

Sitzungsbericht

46. Sitzung der Tagung 1996/97 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Donnerstag, den 23. Jänner 1997

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder, Begrüßung und Gedanken zum Landeshauptstadt-Errichtungsgesetz (Seite 228).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 231).
3. Ltg. 557/A-1/43: Antrag des Verfassungsausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abg. Mag. Romeder, Koczur, Ing. Eichinger, Böhm, Dr. Bauer, Gratzner, Ing. Dautzenberg u.a. betreffend Erlassung des NÖ Landeshauptstadt-Errichtungsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Uhl (Seite 232).
Abstimmung (Seite 232).
4. Mitteilung des Einlaufes - Fortsetzung (Seite 232).
5. Anfragebeantwortungen (Seite 233).
6. Ltg. 563/A-8/18: Antrag der Abg. Dr. Bauer u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Beteiligungen und Privatisierungen durch die öffentliche Hand".
Redner: Abg. Dr. Bauer (Seite 235), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 238), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 239), Abg. Hoffinger (Seite 241), Abg. Pietsch (Seite 243), Abg. Gratzner (Seite 245), Abg. Dr. Strasser (Seite 246).
7. Ltg. 537/B-15/1: Antrag des Umwelt-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umweltbericht 1996.
Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 249).
- Redner:** Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 249), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 251), Abg. Feuerer (Seite 253), Abg. Dr. Michalitsch mit Resolutionsantrag (Seite 256), Abg. Haberler (Seite 260), LR Blochberger (Seite 260).
Abstimmung (Seite 263).
8. Ltg. 544/A-2/16 u. Ltg. 545/A-1/41: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Antrag gemäß § 29 LGO der Abg. Lugmayr, Dr. Bauer u.a. betreffend Errichtung und Betrieb der beiden Gesundheitsprojekte in Allentsteig und Gänserndorf.
Berichterstatter: Abg. Nowohradsky (Seite 263).
Redner: Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 264), Abg. Muzik (Seite 266), Abg. Lugmayr (Seite 267), LR Wagner (Seite 268), LR Mag. Freibauer (Seite 270), Abg. Rosenkranz (Seite 273), Abg. Dr. Bauer (Seite 273), Abg. Gratzner (Seite 275).
Abstimmung (Seite 275).
9. Ltg. 538/A-1/40: Antrag des Kommunal-Ausschusses zum Antrag der Abg. Böhm u.a. betreffend Förderung der Lehrlingsausbildung.
Berichterstatter: Abg. Hofmacher (Seite 275).
Redner: Abg. Dkfm. Rambossek mit Abänderungsantrag (Seite 277), Abg. Haberler (Seite 278), Abg. Dr. Bauer mit Resolutionsantrag (Seite 280), Abg. Nowohradsky mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 285), Abg. Dirnberger (Seite 288),
Abstimmung (Seite 289).

10. Ltg. 546/G-1/10: Antrag des Kommunal-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Trennung der Gemeinde Gartenbrunn in die Gemeinden Gaubitsch und Unterstinkenbrunn und Trennung der Gemeinde Wolfsthal-Berg in die Gemeinden Wolfsthal und Berg).
Berichterstatter: Abg. Feurer (Seite 290).
Abstimmung (Seite 290).

Kurzreiter, Schütz, Marchat u.a. betreffend Arbeitslosenunterstützung für Nebenerwerbslandwirte.

Berichterstatter: Abg. Haberler (Seite 314), (Seite 315).

Redner: Abg. Marchat (Seite 314), Abg. Schütz (Seite 315), Abg. Dr. Prober (Seite 316).

Abstimmung (Seite 317).

* * *

11. Ltg. 548/B-2/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Niederösterreich im Verwaltungsjahr 1995.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 290).
Redner: Abg. Gratzner (Seite 291), Abg. Gebert (Seite 292), Abg. Klupper (Seite 295).
Abstimmung (Seite 297).

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Ich darf, Hohes Haus, mitteilen, daß wegen Krankheit einige Abgeordneten entschuldigt sind, nämlich die Herren Abgeordneten Böhm, Knotzer, Litschauer, Sivec und Ing. Wagner Josef. Ich bitte um Kenntnisnahme.

12. Ltg. 549/B-1/12: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen III/1996.
Berichterstatter: Abg. Klupper (Seite 297).
Redner: Abg. Preiszler (Seite 297), Abg. Sacher (Seite 299), Abg. Egerer (Seite 301), Abg. Marchat (Seite 303), Abg. Kautz (Seite 305), Abg. Moser (Seite 308), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 310), Abg. Dr. Bauer (Seite 312).
Abstimmung (Seite 313).

(*Präsident Mag. Romeder begibt sich zum Rednerpult.*) Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, Sie bei der ersten Sitzung des Landtages in diesem Jahr herzlich zu grüßen und zu begrüßen. Wir alle wissen, daß dieses Jahr 1997 einige Herausforderungen für uns bereit hält. Wenn wir heute durch unser Land gehen, dann sind wir uns dessen bewußt, daß gerade im Jahr 1997 wir die wichtige Aufgabe zu erfüllen haben, die Rahmenbedingungen für die niederösterreichische Wirtschaft nach bestem Wissen und Gewissen positiv zu beeinflussen.

13. Ltg. 556/H-8/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 313).
Abstimmung (Seite 313).

Wir haben heute eine gut ausgebildete Jugend. Und diese gut ausgebildete Jugend verlangt von der Politik heute mehr denn je - und ich glaube, das ist ein moralischer Anspruch - daß diese Rahmenbedingungen optimal zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Erhaltung von Arbeitsplätzen hier gegeben werden. Und wenn wir auch in diesem Jahr im Juni bereits den Vorschlag für das Jahr 1998 beraten werden, dann wird sicher die Frage der Wirtschaftsentwicklung in diesem Land auch in diesem Jahr und bei diesen Beratungen im Mittelpunkt stehen. Dieses Jahr ist aber auch ein Jahr des Neubeginnes der Spitalsfinanzierung. Nach einem 20jährigen Provisorium in unserer Republik haben wir grundsätzliche neue Regelungen auf Bundesebene und auch hier auf Landesebene beschlossen. Wir begeben uns damit in Neuland, wir haben sicher neue Herausforderungen zu bewerkstelligen.

14. Ltg. 540/L-2: Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973.
Berichterstatter: Abg. Hiller (Seite 313).
Abstimmung (Seite 314).
15. Ltg. 554/A-3/35: Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses zum Antrag der Abg.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Historische Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. So ist das Jahr 1997 für das Land Niederösterreich, für die Landesregierung und vor allem auch für das NÖ Landesparlament ein historisches Jahr. Am 24. April 1997 werden wir hier in diesen historischen Räumen unsere letzte Sitzung als Landtag durchführen. Dies dann nach 484 Jahren, wenn wir die Vorläufer unseres Landtages mit einbinden, nämlich die Stände Niederösterreichs. Wir werden diesen 24. April auch dazu nützen - das wurde bereits auch in der Präsidialkonferenz entsprechend beraten und für gut befunden - wir werden diesen 24. April nützen, uns würdig von diesem Haus und dieser unserer Arbeitsstätte zu verabschieden.

Am 21. Mai dieses Jahres beginnt für die Entwicklung unseres Heimatlandes eine neue Situation. Wir werden die erste Sitzung des Landtages in der neuen Landeshauptstadt durchführen. Heute wollen wir die entsprechenden rechtlichen Vorkehrungen treffen, wir werden diesen 21. Mai würdig und festlich in St. Pölten gestalten.

Das Jahr 1996, das hinter uns liegt, war ein Millenniumsjahr, ein Gedenk- und ein Bedenkjahr, ein Jahr der Rückschau, der Gegenwartsbetrachtung und vielleicht für manchen von uns auch ein Jahr der Überlegung, welche Zukunftsvisionen dieses Land - und dazu sind wir ja als Politiker berufen, das zu tun - in Zukunft braucht. Und da ist uns auch, glaube ich, bewußt geworden, daß Wien-Niederösterreich eben Niederösterreich war durch all die Jahrhunderte, im letzten Jahrtausend. Daß Wien-Niederösterreich eine politische Einheit war. Daß Wien eine jener Städte, die in Niederösterreich situiert waren, eben war, sei es in der Markgrafschaft, sei es im Herzogtum, im Erzherzogtum, im Kronland. Ich glaube, gerade heute, wenn wir als ersten Tagesordnungspunkt das Hauptstadt-Errichtungsgesetz beschließen werden, sollen wir das ruhig bedenken. Die Geschichte brachte eine andere Entwicklung. Im vorigen Jahrhundert ist Wien zu einer Millionenstadt geworden, mit eigenen Problemen, mit eigenen Problemlösungsansätzen. Und als daher die Zeit der Monarchie zu Ende ging, nach dem Ersten Weltkrieg, entstand die Frage, wie soll es in diesem Bundesland Niederösterreich, das eben Wien beinhaltet hat, in Zukunft weitergehen. Es gab verfassungsrechtliche Diskussionen auf Bundesstaatsebene, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch politische Bedenken. Denn mit 3 Millionen Einwohner wäre Niederösterreich damals ein so großes Land gewesen, daß die Hälfte aller Bewohner der Republik in diesem Land beheimatet gewesen wäre. Man hat daher die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen ge-

schaffen, daß es zur Trennung von Wien und Niederösterreich kam. Wir haben ja vor einiger Zeit in einer Festsitzung uns auch dieses Umstandes eindringlich besonnen. Ab 1. Jänner 1922 wurden daher aus einem großen Land zwei neue Bundesländer. Und diese zwei neuen Bundesländer sind auch heute noch die größten, ich darf ruhig sagen, die bedeutendsten in unserer Republik, nicht nur auf Grund ihrer geographischen Größe, sondern vor allem auf Grund der Einwohnerzahl, auf Grund ihrer Situierung im geographischen Bereich und dergleichen mehr. Damit war ein Schritt getan für eine wichtige politische Entwicklung in Ostösterreich. Als Konsequenz daraus hätte sich natürlich ergeben müssen, daß man auch hier aus dem neuen Bundesland Wien die Regierungseinrichtungen verlegt in eine Stadt im neuen Bundesland bzw. neu gestalteten Bundesland Niederösterreich. Wir alle wissen aber um die wirtschaftlichen Probleme in dieser ersten Republik. Wir wissen um die politische Polarisierung in dieser Zeit. Es war nicht möglich, in einer Zeit, da 600.000, 700.000 Menschen arbeitslos waren, es in unserer Heimat zum Teil Not und Elend gab, hier einen solchen Schritt zu wagen. Dann kam der zweite Weltkrieg. Und nach 1945 waren die Anliegen des Wiederaufbaues unserer Heimat sicher vordergründiger.

Aber es ist interessant, in den Protokollen nachzulesen, daß bereits 1951 der damalige Bürgermeister von St. Pölten, der hier Abgeordneter war, die Frage der Schaffung einer Landeshauptstadt aktualisierte und zwar in einer Rede zu einem Jahresbudget. Damals ist es bei einer Rede zu einem Budget geblieben. Man war sich darüber einig, daß die Zeit in diese Richtung noch nicht reif war. Jahre später hat eine große niederösterreichische Wochenzeitung, das sei auch heute in Erinnerung gerufen, die "Niederösterreichischen Nachrichten" dieses Thema neu aktualisiert. Es wurde über die Schaffung einer eigenen Landeshauptstadt für Niederösterreich diskutiert, quer durch alle politische Lager. Und es gab durchaus gegenpolige Meinungen. Man hat dann endgültig entschieden, diese Frage zurückzustellen und zum gegebenen Zeitpunkt neu zu überlegen. Man hat hier damals festgehalten, "10 Jahre Nachdenkpause". Diese 10 Jahre sind vergangen und fast auf das Jahr genau hat der damalige Landeshauptmann Siegfried Ludwig nach einer sehr erfolgreichen Landtagswahl - und das muß ich heute hier bemerken, damit man auch die politischen Umstände berücksichtigt - nach einer für ihn und seine Partei erfolgreichen Landtagswahl dieses Thema mit allen politischen Risiken neu zur Diskussion gestellt.

Ich erinnere mich noch genau an diese Situation und diese Entwicklung, gingen doch die Diskussionen, die ich als Mandatar dieses Hauses miterlebt habe, quer durch alle politischen Lager. Es gab viele Veranstaltungen und ich denke heute noch an die Pressekonferenz, die der damalige Landeshauptmann Siegfried Ludwig gegeben hat, um am Nachmittag sich einer Diskussion zu stellen im Klub meiner eigenen Partei. Und ich weiß noch, welches Erstaunen, welche gegenpoligen Meinungen, welche Überlegungen auch hier in den eigenen Reihen vorhanden waren. Nach vielen Diskussionen kam es dann zu einer Volksbefragung am 1. und 2. März 1986, an der sich 61,3 Prozent der niederösterreichischen wahlberechtigten Bevölkerung beteiligten, 56 Prozent für eine eigene Landeshauptstadt votierten und - was damals sehr beeindruckend war - mehr als 44 Prozent, 44,6 Prozent, für St. Pölten.

Es gab dann Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, die damals im NÖ Landtag vertreten waren. Und ich erinnere mich heute noch sehr genau an den 10. Juli 1986, als mein Amtsvorgänger um 10.00 Uhr vormittags hier die Sitzung des Landtages eröffnete und als erster Tagesordnungspunkt die Änderung der NÖ Landesverfassung mit der Schaffung einer eigenen Landeshauptstadt abgehandelt wurde. Landeshauptmann Ludwig hat damals als erster das Wort genommen nach unserem Berichterstatter und er verwies auf die historische Entwicklung der Landeshauptstadtidee, auf die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Konsequenzen, die sich seiner Meinung nach daraus ergeben. Ich möchte heute nur den Schlußsatz seiner Rede hier zitieren: "Laßt uns im Geiste der Zusammenarbeit mit unserer ganzen Kraft an die Bewältigung der Probleme der achtziger und der neunziger Jahre und des nicht mehr allzu fernen dritten Jahrtausends herangehen." Nach ihm, und auch das sei heute erwähnt, nahm Landeshauptmannstellvertreter Höger, damals erstmals in seiner neuen Funktion als Landeshauptmannstellvertreter, das Wort. Er erklärte aus der Sicht seiner Fraktion, warum es und daß es doch zu dieser gemeinsamen Entscheidung der Schaffung einer eigenen Landeshauptstadt kommen konnte, welche Überlegungen dem vorausgingen. "Regionalisierung" sei nur als eine der Überschriften genannt, die man hier gemeinsam gesucht hat, ich wiederhole, gemeinsam gesucht hat, mit der Schaffung der Landeshauptstadt in die Tat umzusetzen. Und ich darf den letzten Satz aus seiner Rede ebenso zitieren, weil ich glaube, hier eine bestimmte Geisteshaltung herauszulesen. Höger sagte: "Ich glaube, wir haben in Österreich unsere Vergangenheit sehr wohl

bewältigt und wir werden auch gemeinsam unsere Zukunft bewältigen."

Hohes Haus! In dieser Geisteshaltung unterbrachen wir danach am 10. Juli 1986, an einem schönen Sommertag, die Sitzung und begaben uns hinaus auf die Terrasse in den Innenhof des Hauses Herrengasse 13. Ich glaube, daß damals deutlich die Geisteshaltung zum Ausdruck gebracht wurde: Nur dann, wenn man gemeinsam bereit ist, für wichtige Weichenstellungen in einem Land zu sorgen, daß diese Weichenstellungen auch zukunftsorientiert möglich sind. Die Landesverfassung wurde geändert, St. Pölten wurde Landeshauptstadt.

Am 10. Juli 1986 war allerdings weder uns im NÖ Landtag noch den Damen und Herren der Landesregierung oder irgendwem in Niederösterreich bekannt bzw. konnten wir wissen, wann wirklich die Arbeit in St. Pölten aufgenommen werden kann. Und daher heißt es im Artikel 2 der Landesverfassung, die wir damals beschlossen haben, daß der Stichtag, an dem St. Pölten zur Landeshauptstadt wird, in einem eigenen Gesetz festgeschrieben werden soll - dem Landeshauptstadt-Errichtungsgesetz. Waren doch noch viele Baumaßnahmen notwendig, Architektausschreibungen, Auftragsvergaben, Baumaßnahmen im engeren Sinne. Nunmehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist heute, am 23. Jänner 1997, der historische Augenblick gekommen, daß wir den Vollzug des Artikels 2 unserer Landesverfassung vermelden können, nämlich in einem eigenen Gesetz, einem Landeshauptstadt-Errichtungsgesetz den zweiten Schritt zu setzen und damit die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß mit Stichtag 21. Mai 1997 die Landesregierung und vor allem der Landtag von Niederösterreich rechtsverbindlich in St. Pölten ihre Arbeit aufnehmen können. Damit wird nicht nur dieser 21. Mai im heurigen Jahr ein historischer Moment in der Geschichte des Landes sein, weil wir als Landtag eine Festsitzung durchführen, sondern es wird ein historischer Tag auch deswegen sein, weil dieser 21. Mai 1997 rechtsverbindlich der erste Tag ist, an dem St. Pölten als Landeshauptstadt errichtet ist und die demokratisch gewählten Organe des Landes Niederösterreich hier rechtsverbindlich ihre Aufgaben aufnehmen können.

Wir werden am 24. April 1997 uns von diesem Saal, von diesem Haus verabschieden. Ich habe erwähnt, ich hoffe, in einem sehr würdigen Rahmen. Wir werden dann Rückschau halten in die Geschichte dieses Hauses, die

Geschichte unserer Heimat, um daraus die Kraft zu schöpfen, gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert unsere Aufgaben auch weiterhin bewältigen zu können. Und wir werden am 21. Mai dann Einzug halten in St. Pölten, wenn ich es so formulieren darf: Einzug halten in unsere Heimat Niederösterreich. Ich glaube, und das möchte ich noch hier deutlich sagen, all das ist ein Zeichen, daß die Verantwortungsträger in diesem Land in der Vergangenheit, ich darf ruhig sagen, heute, in der Gegenwart, und ich hoffe, auch in Zukunft nach außen dokumentieren können, mit welcher Sorgfalt und mit welcher ehrlicher Verantwortung alle Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden.

Hohes Haus! Ich darf Sie daher bitten, diesem Hauptstadt-Errichtungsgesetz heute Ihre Zustimmung zu geben, nachdem dieses Gesetz von allen Abgeordneten des Landtages als Initiativantrag eingebracht wurde und damit auch dokumentiert wird, daß sich hier jeder Mandatar und der Landtag als solcher mit diesem Gesetz und der daraus erfließenden Konsequenz besonders identifiziert. Ich danke Ihnen schon jetzt für die Entscheidung, daß Sie bereit sind, in dem Geist die Zukunft zu bewerkstelligen.

Abschließend eine persönliche Bemerkung: Wenn man heute durch unser Land geht, dann nimmt man die Demokratie für sehr selbstverständlich. Und alle, die bereit sind, in dieser Demokratie Verantwortung für ihre Mitbürger zu übernehmen, werden sehr oft sehr wenig bedankt. Wir erleben sehr oft eine sehr ungute Entwicklung und die gefährliche Tendenz, daß die Politik abgewertet wird.

Ich darf abschließend feststellen, die persönliche Freiheit des Menschen und die Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden. Wir sind heute am Beginn dieses Jahres, wenn wir ein so wichtiges Gesetz beschließen, das historische Weichen stellt, aufgerufen, es auch den Menschen in unserem Lande deutlich zu sagen. Wir sind heute aufgerufen, das der heranwachsenden Jugend immer wieder zu sagen und zu unterbreiten. Jede Generation, und das sage ich sehr ernst, hat die Aufgabe, sich die Demokratie neu zu erarbeiten. Aber das bedeutet, daß wir auch erwarten können und erwarten müssen, und daß wir auch dazu etwas beizutragen haben, daß auch diejenigen, die als gewählte Vertreter für die Demokratie stehen, daß auch die in dieser Gesellschaft nicht als letzte in der Reihe bewertet ihre Aufgaben erfüllen können. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich heute unterstreichen, die Demokratie braucht heute und

morgen wie in der Vergangenheit Menschen, die mit Liebe, innerem Engagement und Idealismus bereit sind, für ihre Mitbürger da zu sein. Und daher war es für mich als Präsident des Landtages im Lauf der letzten Monate persönlich eine besondere Freude, daß Mandatare des NÖ Landtages durch Bundesauszeichnungen, durch Landesauszeichnungen geehrt wurden in den letzten Monaten, in den letzten Tagen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zum Teil im Nachhinein, zum Teil aus aktuellem Anlaß diesen Mitgliedern dieses Hauses herzlich gratulieren und ihnen für ihre Arbeit herzlich danken. Stellvertretend für alle Mandatare dieses Hauses, die ich hier meine und die in letzter Zeit geehrt wurden, darf ich den Klubobmann Dr. Hannes Bauer, dem der Herr Bundespräsident das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik verliehen hat, erwähnen. Und damit stellvertretend die Gratulation an alle nochmals wiederholen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich grüße Sie nochmals bei dieser ersten Sitzung des Landtages von Niederösterreich in diesem Jahr. Ich danke Ihnen, daß wir bei dieser ersten Sitzung dieses Hauptstadt-Errichtungsgesetz, davon bin ich überzeugt, einstimmig beschließen können. Ich wünsche Ihnen persönlich und ich wünsche uns gemeinsam ein gutes Jahr 1997, im Interesse der Menschen in unserem Heimatland Niederösterreich. Glück und Erfolg für unsere gemeinsame Arbeit! *(Anhaltender Beifall im Hohen Hause. - Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)*

Hohes Haus, ich bringe folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 564/L-13/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes.

Ich weise hiemit diese Vorlage dem Landwirtschafts-Ausschuß zu.

Ltg. 557/A-1/43 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Romeder, Koczur, Ing. Eichinger, Böhm, Dr. Bauer, Gratzner, Ing. Dautzenberg u.a. betreffend Erlassung des NÖ Landeshauptstadt-Errichtungsgesetzes.

Dazu darf ich mitteilen, diesen Gesetzentwurf haben wir im zuständigen Ausschuß behandelt und steht dieser jetzt auf der Tagesordnung. Ich

darf daher den Herrn Abgeordneten Uhl bitten, die Verhandlungen zu diesem Gesetz, Ltg. 557/A-1/43, einzuleiten.

Berichterstatter Abg. UHL (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zur Landtagszahl 557/A-1/43 berichten. Als der NÖ Landtag am 10. Juli 1986 den Beschluß gefaßt hat, daß St. Pölten unsere, die Landeshauptstadt unseres Bundeslandes Niederösterreich wird, war trotz bester Vorbereitung und Planung für dieses Vorhaben der endgültige Bezugstermin nicht genau festzulegen. Mit einer kleiner Verspätung - ursprünglich war bereits unser Landesfeiertag, der des heiligen Leopold, der 15. November 1996, ins Auge gefaßt - ist es nun aber am 21. Mai 1997 soweit. Nach der Errichtung soll das Haus nun vom NÖ Landtag und der NÖ Landesregierung besiedelt werden. Die Wichtigkeit des vorliegenden Antrages findet auch in der vorliegenden Tagesordnung ihren Niederschlag. Mit Beschluß des vorliegenden Antrages gilt die Landeshauptstadt als errichtet. Ich stelle daher im Namen des Verfassungs-Ausschusses folgenden Antrag (*liest*):

"Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Romeder, Koczur, Ing. Eichinger, Böhm, Dr. Bauer, Gratzer, Ing. Dautzenberg, Auer, Breininger, Cerwenka, Dirnberger, Dorfmeister-Stix, Egerer, Feurer, Friewald, Ing. Gansch, Gebert, Gruber, Haberler, Hiller, Ing. Hofbauer, Hoffinger, Hofmacher, Hrubesch, Kautz, Keusch, Klupper, Knotzer, Kurzreiter, Lembacher, Litschauer, Lugmayr, Maier, Marchat, Dr. Mautner Markhof, Dr. Michalitsch, Moser, Muzik, Nowohradsky, Pietsch, Preisler, Dr. Prober, Dkfm. Rambossek, Rosenkranz, Rupp, Sacher, Mag. Schneeberger, Schütz, Sivec, Dr. Strasser, Dipl.Ing. Toms, Treitler, Uhl, Vladyka und Wöginger betreffend Erlassung des NÖ Landeshauptstadt-Errichtungsgesetzes.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Romeder, Koczur, Ing. Eichinger, Böhm, Dr. Bauer, Gratzer, Ing. Dautzenberg u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend NÖ Landeshauptstadt-Errichtungsgesetz wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf der NÖ Landesregierung und den Mitgliedern des NÖ Landtages sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit in der neuen Landeshauptstadt alles Gute und eine glückliche Hand zur Lösung anstehender Aufgaben im Interesse unseres Bundeslandes Niederösterreich wünschen. Danke. (*Beifall im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Wir kommen damit zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf nochmals die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen für diesen historischen Beschluß, der einstimmig erfolgte, einen besonderen Dank zu sagen. Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns gemeinsam in der neuen Landeshauptstadt ab Mai dieses Jahres Glück und Erfolg bei unserer Arbeit im Interesse unserer Heimat. Ich danke Ihnen. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Ich darf nunmehr mit Ihrer Zustimmung mitteilen, welche weiteren Geschäftsstücke hier vorliegen und diese den zuständigen Ausschüssen zuweisen.

Ltg. 558/A-3/36 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abg. Dkfm. Rambossek u.a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung 1979.

Ich weise diese Vorlage hiemit dem Verfassungs-Ausschuß zu.

Ltg. 556/H-8/3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion. Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Dazu darf ich mitteilen, daß ich am 9. Jänner 1997 diese Vorlage dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung übermittelt habe und daß, nachdem im Ausschuß eine abschließende Beratung erfolgte, ich dieses Geschäftsstück bereits heute auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt habe.

Ltg. 562/H-2/8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Ausstellung "Zeugen der Intimität. Privaträume der kaiserlichen Familie und des böhmischen Adels. Aquarelle

und Interieurs des 19. Jahrhunderts“ auf der Schallaburg 1997.

Ich weise diese Vorlage hiemit zur weiteren Behandlung zu.

Ltg. 555/A-5/58 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Mag. Freibauer betreffend Nachtragsvoranschlag des Landes NÖ für das Jahr 1996.

Hiezu darf ich mitteilen, daß ich am 19. Dezember 1996 diese Anfrage dem Herrn Landesrat übermittelt habe. Seit 16. Jänner 1997 liegt bereits die Beantwortung vor.

Ltg. 559/A-4/38 - Anfrage des Abgeordneten Gratzer an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend VIA DOMINORUM Grundstücksvermietungs Gesellschaft m.b.H.,

Ltg. 560/A-4/39 - Anfrage des Abgeordneten Preiszler an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend weitere Einsparungen bei der NÖ Exekutive und

Ltg. 561/A-4/40 - Anfrage des Abgeordneten Gratzer an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Straßenmeisterei West - St. Pölten.

Ich habe am 15. Jänner 1997 diese Anfragen dem Herrn Landeshauptmann zugemittelt.

Ltg. 565/A-4/41 - Anfrage des Abgeordneten Preiszler an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Einrichtung eines Gendarmeriemuseums in St. Pölten.

Ich darf bekanntgeben, daß ich am 23. Jänner 1997 den Herrn Landeshauptmann gebeten habe, die Anfrage nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung zu beantworten.

Ich darf weiters bekanntgeben, daß die Beantwortung der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zur Anfrage der Frau Abgeordneten Rosenkranz betreffend NÖ Familienhilfe, Ltg. 539/A-4/37, eingelangt ist. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage von Abg. Rosenkranz an LHStv. Prokop betreffend NÖ Familienhilfe, Ltg. 539/A-4/37:

"1. Wieviele Niederösterreicher kamen in den Jahren 1993, 1994, 1995 und 1996 (bis dato) in den Genuß der NÖ Familienhilfe?

| | |
|------|-------|
| 1993 | 2.218 |
| 1994 | 2.318 |
| 1995 | 2.306 |
| 1996 | 2.620 |

2. In welcher Höhe wurde den Beziehern die Familienhilfe jeweils ausbezahlt?

Die durchschnittliche Auszahlungshöhe betrug:

| | |
|------|-------------|
| 1993 | 1.678,18 ÖS |
| 1994 | 2.102,26 ÖS |
| 1995 | 2.365,42 ÖS |
| 1996 | 2.592,42 ÖS |

Im NÖ Landesbudget waren/sind jeweils vorgesehen:

| | |
|------|--------------|
| 1993 | 63,000 Mio. |
| 1994 | 78,600 Mio. |
| 1995 | 92,775 Mio. |
| 1996 | 105,000 Mio. |

Die NÖ Familienhilfe wurde zuletzt mit Wirkung 1.1.1995 angehoben (max. Auszahlungsbetrag von 3.000,- auf 3.500,- ÖS).

3. Mit welchen familien- bzw. sozialpolitischen Maßnahmen wollen Sie der Verarmung österreichischer Familien entgegenwirken?

Familien und Sozialpolitik sind im Bezug auf die Gesetzgebung weitgehend Bundeskompetenz. Auch die Vollziehung der familien- und sozialpolitischen Normen wie Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht und Familienlastenausgleich erfolgt entweder im Rahmen der unmittelbaren Bundesverwaltung oder durch Selbstverwaltungskörper. Eine grundlegende Änderung in der Familien- und Sozialpolitik durch ein Bundesland allein und dessen Verwaltung ist nicht möglich. Zur finanziellen Absicherung der Familien sollte bei der nächsten Einkommenssteuerreform ein 'steuerfreies Existenzminimum' für Familien eingeführt werden. In der Familienförderung des Landes Niederösterreich wird den gesamten Untersuchungsergebnissen dadurch Rechnung getragen, daß Familien mit mehreren Kindern durch die Berechnungsmethode des 'gewichteten Pro-Kopf-Einkommens' bei allen Einkommensgrenzen berücksichtigt werden. Bei Alleinerzieher-Familien

kommt ebenfalls ein erhöhter Faktor bei der Berechnung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens zur Anwendung.

Auch in anderen Bereichen des Landes, zum Beispiel bei der Wohnbauförderung oder bei der Bemessung des Kindergartenbeitrages, wird auf Mehrkinderfamilien entsprechend Rücksicht genommen. Abgesehen davon hat das Land Niederösterreich seine familienpolitischen Maßnahmen in den letzten Jahren ausgeweitet. 1993 waren im Landesbudget 5,5 Mrd. für Maßnahmen der Familienpolitik einschließlich Wohnbauförderung und Kindergarten veranschlagt, 1997 sind es 6,2 Mrd. Die Steigerung beträgt 11,4 % und ist in Anbetracht der Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung, insbesondere in den Jahren 1995 bis 1997, ein Indikator für eine aktive Familienpolitik des Landes."

Beantwortung der Anfrage von Abg. Dkfm. Rambossek an LR Mag. Freibauer betreffend Nachtragsvoranschlag des Landes NÖ für das Jahr 1996, Ltg. 555/A-5/58:

"Wie schon in der Beratung des Landtages über den Nachtragsvoranschlag des Landes NÖ für das Jahr 1996 erläutert, kann die Landesregierung dem Landtag erst mit dem Rechnungsabschluß 1996 eine vollständige, detaillierte und genaue Aufstellung der Minderausgaben und Mehreinnahmen 1996 vorlegen. Die fristgerechte Beantwortung der Anfrage zur Bedeckung des Nachtragsvoranschlages 1996 durch Minderausgaben und Mehreinnahmen muß sich daher auf globale Größen beschränken.

zu 1)

Im Bericht zum Nachtragsvoranschlag 1996 wird angeführt, daß der Rest der Ausgaben d.s. S 77,502.000,- durch Mehreinnahmen, die mit Ausgaben in ursächlichem Zusammenhang stehen, bedeckt wird. Ausreichende Mehreinnahmen sind im Zusammenhang mit der Sozialhilfe zu erwarten, in der höhere Beiträge Dritter den Aufwendungen des Landes (und der Gemeinden) gegenüberstehen. Über die wichtigsten Mehreinnahmen, die nicht mit dem Nachtragsvoranschlag zusammenhängen, nämlich die Mehreinnahmen aus Steueranteilen, wurde bereits im Landtag berichtet.

zu 2)

Zur Bedeckung des Nachtragsvoranschlages 1996 sind Einsparungen in der Größenordnung von 500 Mio. S vorgesehen. Diese Einsparungen

erfolgen in der Größenordnung von 300 Mio. S im Personalaufwand und 200 Mio. S im Sachaufwand.

zu 3)

Die Landesregierung hat aufgrund der Ermächtigung des Landtages die Einhaltung des ordentlichen Teiles 1997 vorsorglich durch eine Kreditkürzung abgesichert. Diese Maßnahme bezieht sich nur auf das Jahr 1997 und gestattet keine Rückschlüsse auf Minderausgaben oder Mehreinnahmen im Jahr 1996."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nunmehr, Hohes Haus, kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt und zwar zur Durchführung der Aktuellen Stunde. Die Abgeordneten Dr. Bauer, Auer, Gruber, Kautz u.a. haben nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung den Antrag gestellt, eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Beteiligungen und Privatisierungen durch die öffentliche Hand", Ltg. 563/A-8/18, durchzuführen. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung wurde beantragt diese Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. *(Nach der Abstimmung)*: Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Durchführung der Aktuellen Stunde. Ich darf auch diesmal, um Probleme hintanzuhalten, verweisen darauf, daß der erste Redner die Möglichkeit hat, bis zu 15 Minuten das Wort zu nehmen, alle übrigen Mitglieder des Landtages bis zu 10 Minuten, die Mitglieder der Landesregierung ebenfalls bis zu 15 Minuten. Ich darf nunmehr als ersten Redner Herrn Abgeordneten Klubobmann Dr. Bauer bitten, die Begründung zum Thema dieser Aktuellen Stunde vorzutragen.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich bei unserem Herrn Präsidenten für die Mitwirkung an dieser hohen Auszeichnung und für die mir übermittelten Wünsche bedanken und bei allen Abgeordneten, daß dies so positiv aufgenommen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht stellt sich der eine oder andere die Frage, warum in dieser Thematik die Aktuelle Stunde notwendig ist. Ich begründe dies damit, weil die Diskussion im Zusammenhang mit dem Verkauf von Anteilen der Creditanstalt Bankverein doch gezeigt hat, daß man sehr wohl über strategisches Eigentum und sehr wohl über jene Funktionen, die damit verbunden sind und damit auch

für die Volkswirtschaft wichtig sind, öffentlich zu diskutieren hat. Und ich gehe sogar weiter: Nicht nur zu diskutieren hat, sondern haben diese Überlegungen in die strategische Planung und in die strategische Konzeption eines Landes und eines Bundes einzufließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine auch, und dies sei mir nachgesehen, daß hier in bezug auf diese Frage der Privatisierung, in welcher Form und in welchem Ausmaß, offensichtlich innerhalb der Österreichischen Volkspartei, aber auch anderer Parteien nicht eine so klare Linie erkennbar ist, wie ich das zumindest von uns immer erkennen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte nämlich nichts davon, daß ein totaler Rückzug des Staates aus der Wirtschaft sinnvoll erscheint. Sondern ich glaube, daß dies zwar oberflächlich betrachtet ganz gut in die heutige Stimmungslage hineinpaßt, daß aber Risiken damit verbunden sind, die wir für eine Volkswirtschaft besser nicht eingehen sollten.

Öffentliches Eigentum und Unternehmen hat in einer Wirtschaft nämlich vielfältige Funktionen. Es geht zuerst einmal um wichtige Infrastrukturaufgaben. Es geht um die Wahrnehmung strategischer Eigentümerfunktionen und es geht um die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land, die damit mit beeinflußt werden kann. Die Diskussion über staatliche Vermögenspositionen darf daher weder auf die Frage der Verschuldung der öffentlichen Hand und erzielbarer Privatisierungserlöse, noch einseitig auf machtpolitische Taktik reduziert werden. Wir müssen vielmehr die Aktivseite der öffentlichen Vermögensbilanz im Auge behalten. Und wir müssen damit uns des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes bewußt sein, den uns die Eigentümerrolle an Unternehmen verschafft. Das erscheint mir sehr, sehr wichtig und ich stelle das sozusagen gegenüber diesen Modeströmungen des Neoliberalismus oder parteipolitischer Kalküle. Hier ist der Gestaltungswille und die Gestaltungskraft der Politik gefordert und in der Zukunft noch viel stärker gefordert. In Kernbereichen unserer Wirtschaft und zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes muß Österreich einfach strategische Einflußnahmen haben und weiter haben. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß hier auch einmal über diese ideologische Positionierung grundsätzlich diskutiert werden muß.

Seit der Ostöffnung, dem Beitritt Österreichs zur EU und der Liberalisierung des Welthandels befindet sich Österreich in einem dynamischen Prozeß der Globalisierung, das heißt, daß wir in eine Internationalisierungsstrategie einbezogen

sind. Und wenn man sich überlegt, daß die Internationalisierungsstrategie, daß die Globalisierung eine Bewegung ist, die vom Unternehmen heraus entwickelt wird, vor allem von den multifunktionalen Unternehmen, so muß man sich klar darüber sein, daß die Ziele dieser Unternehmen, dieser Konzernzentralen auf die Reduktion der Kosten, die Steigerung der Umsätze und die kurzfristige Maximierung der Gewinne ausgelegt ist. Und da kann es dann nicht einfach heißen, daß diese volkswirtschaftliche Legitimation einfach Begründung in diesen Forderungen findet, sondern ich glaube, daß wir entgegen dieser Empfehlung dieser neoliberalen Szene, "zieht euch aus der Wirtschaft zurück, überlaßt die Wirtschaft dem freien Spiel der Marktkräfte", in Wirklichkeit einen Pendelschlag in eine andere Richtung brauchen. Nämlich in der Richtung, daß wir wissen, daß gut eingesetztes strategisches Kapital eben für die Beschäftigung, für die Entwicklung einer Region von einer ungemeinen Bedeutung sein kann. Und ich meine, daß diese Frage auch schon von Theoretikern durchaus konservativer Prägung erkannt wurde. Ich möchte hier aus einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes vom November 1996 zum Thema "Globalisierung" ein Zitat verwenden: "Wirtschaftspolitisch bedeutend ist die Erkenntnis, daß das zentrale wohlfahrtsökonomische Postulat der Globalisierungsbewegung bzw. des völlig freien Welthandels, nämlich 'alle beteiligten Länder gewinnen', ein fragiles, nicht sehr robustes wirtschaftspolitisches Leitmotiv ist." Diese Studie stammt aus dem November 1996. Faktum ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir uns bewußt sein müssen, daß in diesem dynamischen Prozeß der Globalisierung Gewinner und Verlierer es eben gibt. Und daher darf und muß eigentlich dem entgegengewirkt werden, auch im Rahmen des GATT und der WTO, daß diese bisher so eindeutig geprägte Form der Weltwirtschaftsordnung Korrekturen erhält in der Form, daß sehr wohl die berechtigten Interessen auf Einhaltung ökologischer und sozialer Standards eben auch entsprechender Mechanismen des Schutzes bedürfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir müssen daher aufpassen, daß wir nicht zu den Verlierern in der Globalisierungsfalle zählen. Und wir sollen den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, den uns strategisches österreichisches Eigentum an Unternehmen ermöglicht, nicht leichtfertig aus der Hand geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist auch, daß wir durchaus eine aktuelle wirtschaftliche Entwicklung vorfinden, die uns nicht nur mit Freude erfüllt. Wir haben nach wie vor hohe Beschäftigungszahlen, wir haben in Nie-

derösterreich ein hervorragendes Wirtschaftswachstum, darüber freuen wir uns alle. Aber wir sollen auch nicht übersehen, daß auch durchaus Probleme erkennbar sind und daß tendenziell eine Zunahme der Beschäftigungslosigkeit gegeben ist. Und daß man heuer wie im Vorjahr 1996 Höchstzahlen an Insolvenzen verzeichnet, nahezu 6.000. Das ist verglichen worden vom Kreditschutzverband mit dem Jahre 1932. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz aktuell: Wir sind mitten in Betriebsverlagerungen. In meinem Bezirk schließt die Firma "Huber Tricot" mit Ende März ihre Betriebsstätte in Haugsdorf und geht nach Győr, weil sie halt dort bessere Kostenbedingungen vorfindet. 120 Beschäftigte sind davon betroffen. Ich habe mit der Firmenvertretung ein Gespräch geführt. Aus der betriebswirtschaftlichen Sicht bedeutet das, wenn man 2,- Schilling Einsparung pro Minute hat, so sind das bei 40.000 Werteinheiten 80.000,- Schilling pro Tag. Und wenn man das multipliziert, wird das ein Betrag, von dem betriebswirtschaftlich durchaus verständlich ist, daß man das nützt. Aber wir müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gegen diese Rahmenbedingungen ankämpfen und damit auch dem Unternehmer die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß er unter anderen betriebswirtschaftlichen Gesamtbedingungen weiter in Österreich produzieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu auch ein Zitat aus einer Presseaussendung des Kreditschutzverbandes vom Jänner 1997: "Der österreichische Mittelstand ist zunehmend bedroht; der Hyperwettbewerb, der mehr und mehr einem Vernichtungswettbewerb gleicht, hält weiter voll an. Nicht nur 'die Schnellen fressen die Langsamen', sondern auch die 'Großen die Kleinen', welche immer mehr unter Druck geraten. Dieser Trend bestimmt zunehmend den Strukturwandel." Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte weiters einen amerikanischen Ökonomen, nämlich Mancur Olson, hier zitieren, der da meint: "Die einzig plausible Erklärung für die großen Wohlstandsunterschiede zwischen den Nationen ist der Unterschied in der Qualität der Institutionen und der Qualität der Wirtschaftspolitik." Mancur Olson ist damit immerhin einer, der hier etwas einzubringen hat und der verweist auf die Frage der Qualität der Institutionen und der Wirtschaftspolitik. Das sollte auch uns zu überlegen geben, wie wir hier eben diese Position besetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sprach von Arbeitslosigkeit. Tatsache ist, daß das WIFO 7½ Prozent für 1997 prognostiziert. Aber

Tatsache ist auch, daß knapp 26 Prozent der Beschäftigten in diesem Jahr damit rechnen, daß in ihrem Unternehmen Arbeitsplätze reduziert werden. Die Sachgüterproduktion wird besonders davon betroffen sein. Wir dürfen uns nicht der trügerischen Überlegung hingeben, daß die sogenannte Teilzeitarbeit die Probleme an sich löst, sondern sie entlastet bestenfalls die Arbeitslosenstatistik. Aber Tatsache ist, daß man ja daraus sogenannte Entgelte bezieht. Und da können wir feststellen, daß trotz dieser Zunahmen die darauf entfallenden Entgelte in der Summe etwa nur mehr das Niveau der achtziger Jahre erreichen. Und in Amerika bei Schaffung von 8 Millionen Arbeitsplätzen jenes Niveau der siebziger Jahre. Das heißt, auch die Qualität der Arbeitsplätze muß daher mit einbezogen werden. Wir haben das erlebt im Jahr 1996 bei Semperit, die Mitsprachemöglichkeiten oder besser gesagt, die Nicht-Mitsprachemöglichkeit, den Handlungsspielraum sozusagen der eigenen politischen Kraft. Da mußten wir feststellen, es lohnt sich zwar zu kämpfen um den Arbeitsplatz, weil dann die Situation sich doch noch etwas verbessert als wenn man nicht dagegen kämpft. Oder am Beispiel der "Roth-Technik", wo man 200 Arbeitsplätze schaffen konnte. Aber kaum hat man hier diese eine Betriebsstätte oder dieses eine Unternehmen erfolgreich verteidigen können, schließt, so wie in Haugsdorf, eine andere Firma die Pforten. Das bedeutet, daß eben die Rahmenbedingungen anders zu setzen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und ich meine, daß wir uns nicht einer Illusion hingeben sollen: Die Direktinvestitionen zur Produktionsverlagerung werden aus Kostengründen weiter ansteigen und wird damit eine Substitution von Inlandsproduktion und Exporten letztlich daraus resultieren. Und diese Tatsache, nämlich daß Produktionsbereiche und unternehmerische Funktionen heute problemlos verlagert werden können auf Grund der Technik und auf Grund von relativ standortungebundener Produktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet eben ein gewisses Verlassen territorialer Interessen und territorialer Bindung. Und das bedeutet für mich, daß es heute notwendiger denn je ist, daß wir eine Renaissance der engagierten Wirtschaftspolitik verlangen. Und daß wir diese nicht nur verlangen, sondern daß wir diese, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch gemeinsam durchführen!

Ich meine mit diesem Verantwortungsbeußtsein keinen Rückfall in eine Art "Erhöhung von Subventionen, Senkung der Steuern und Gebühren"-Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich meine hier ein ganz anderes, viel wichtigeres Phänomen und eine wichtigere

Grundlage. Nämlich, vom "freien Wettbewerb" zum "fairen Wettbewerb" durch diese Mechanismen eben zu kommen. Es ist daher unsere Aufgabe, daß wir unsere österreichische Position, die wir aus unserer gemeinsamen Erfahrung der Sozialpartnerschaft haben, wenn sie auch in Österreich brüchig geworden ist vielleicht auf Grund dieser internationalen Gegebenheiten, daß wir diese Erfahrung auf eine höhere Ebene, nämlich jene der Europäischen Union, einbringen und dort die Rahmenbedingungen schaffen. Nämlich in jene Richtung, daß Sozial- und Umweltdumping im internationalen Wettbewerb zu verringern sind und wir erzwingen müssen, daß die Sozial- und Umweltstandards in den Niedriglohnländern wie auch die Kosten selbst entsprechend angepaßt werden.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum eigentlichen Begriff Industriepolitik und strategisches Eigentum. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben alle erkannt, daß diese Globalisierung eine Bewegung ist, die uns natürlich seitens der Wirtschaftspolitik etwas abverlangt. Und daraus resultiert, bei den Unternehmen in die Entscheidungsparameter eingreifen zu können. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß in Wahrheit nicht der "Fördertourismus" entscheidend ist, sondern in Wirklichkeit das Wissen, hier auf einer fairen Basis aufbauen zu können und auf einem Netz aufbauen zu können, das letztlich hält in bezug auf Verlässlichkeit und Sicherheit der Planung. Und damit kommen wir zu dieser Forderung auf Zusammenwirken von Wirtschaft und Politik als gesellschaftlichen Wert. Nicht der Rückzug der Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren ist gefragt, sondern das stärkere Engagement der Politik im Sinne dieser Schaffung von Rahmenbedingungen. Das heißt für mich, Ethik, Politik und Ökonomie müssen einfach zusammen gedacht werden, dürfen nicht getrennt betrachtet werden, sondern müssen wieder zusammen gedacht werden!

Gerade wir im NÖ Landtag, auch in Österreich, müssen uns dessen bewußt sein, daß letztlich das Wohl der Gesellschaft im Vordergrund zu stehen hat. Und daß den Beitrag zum Gelingen des Gemeinwesens die Wirtschaft eben zu leisten hat. Und die Ziele, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen - und da sind wir uns doch einig - einfach sein, Beschäftigungsniveau und soziale Standards zu halten, Wertschöpfung, Einkommen usw. abzusichern.

Und ich sage hier abschließend, weil die Zeit bereits überschritten ist, meine sehr geehrten

Damen und Herren: Strategisches Eigentum ist wichtig! Und ich sage auch hier, daß wir darüber diskutieren sollen. Daß gerade im Land Niederösterreich die ÖVP eigentlich etwas anderes tut als sie auf Bundesebene vertritt. Nämlich im Lande Niederösterreich ist sehr wohl strategisches Eigentum gegeben, um Einfluß zu nehmen oder Entwicklungen zu ermöglichen, zum Beispiel über die AVN, die NÖKOM usw. Ich rede jetzt nicht von diesen lächerlichen Privatisierungen, die da versucht wurden, wenn wie bei der Niederösterreich Werbung herauskommt, daß das Land 95 Prozent hält und 5 Prozent die Wirtschaftskammer. Das kann ja wohl nicht unter "Privatisierung" laufen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber ich meine abschließend, daß wir heute doch einmal fordern sollten, und ich fordere das, daß nämlich dieses Entscheidungsverhalten in Niederösterreich einmal von seiten der ÖVP dargelegt werden soll. Wofür steht sie eigentlich? Ob sie nämlich diese ideologische Barriere, die offensichtlich auf Bundesebene noch vorhanden ist, auf Bundesebene weiter unterstützt und das Gegenteil von dem, was sie sagt, im eigenen Lande tut. Oder ob sie ihre Position so anpaßt, daß sie auch sagen kann, jawohl, wir brauchen strategisches Eigentum, um unseren Wohlstand und unsere regionale Entwicklung besser absichern zu können. Und auf diese Erklärung warte ich und das ist höchst aktuell. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte die nächstfolgenden Redner, nicht mit der Formulierung "abschließend", und diese Formulierung wiederholend, die Redezeit um 20 oder sogar 30 Prozent zu erweitern. Danke vielmals. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich weiß nicht, wieso das Warnlicht geblinkt hat. So schlecht war Deine Rede nicht, Herr Klubobmann. Grundsätzlich möchte ich sagen, daß die Aussagen des Herrn Klubobmannes eigentlich auch im wesentlichen die Aussagen des Liberalen Forums sind. Das heißt, wir stehen genauso wie anscheinend auch die Sozialisten nicht an zu sagen, es kann ruhig eine staatliche, eine strategische Beteiligung bei verschiedenen Unternehmen geben. Die Grundsatzfrage ist ja zu diskutieren. Warum drängt man überhaupt dorthin, daß nur Private in der Industrie und in Gesellschaften tätig sind? Diese Analyse wäre interessant und diese Analyse muß endlich einmal zu einer Auswertung führen. Zu einer Auswertung und zur Auswertung

dieser Fehler. Denn dann wird nicht mehr gefragt sein, daß sich der Staat überall zurückzieht. Warum? Wenn wir zurückschauen, dann hat gerade die verstaatlichte Industrie einen wesentlichen Anteil am Aufbau unseres Landes geleistet. Gerade die "Verstaatlichte" hat viele soziale Errungenschaften, die wir heute gar nicht mehr richtig schätzen, die wir überziehen, als Musterbetrieb entwickelt. Das muß man sagen und darf man sagen, weil es wahr ist.

Wo begann eigentlich das Problem? Das Problem begann, als die Situation am Markt sich verändert hat, die Betriebsratskaiser aber weiter gedrückt haben, weiter gefordert haben und die Unbeweglichkeit des Betriebes bis zur Unendlichkeit gesteigert haben. Es war von Haus aus klar, daß diese Dämme, ausgelöst durch immer größeren Bedarf an Förderungen, einmal bersten würden. Und das hat dann dazu geführt, daß der Aufschrei nach Milliardenverlusten zu einer wirklichen Privatisierung geführt hat. Und hier haben die Politiker die Entscheidungsunfähigkeit bis zum Exzeß getrieben. Sie haben sich so verhalten, daß sie immer wieder die Realität der Marktwirtschaft ignoriert haben. Und dann kam von der ÖVP-Seite, auch von anderen, der Schrei nach voller Privatisierung. Ich glaube, wenn man die Politik in der Form wirklich aus den Betrieben herausbringen würde, und zwar nicht so, wie zum Beispiel, daß ein Geschäftsführer der NÖPLAN bei dem Problem mit der EU erklärt, er ist sich keiner Schuld bewußt, er hat nur politische Aufträge erfüllt. Bitte, das ist meiner Ansicht nach eine Rücktrittserklärung, wenn ein Geschäftsführer einer GesmbH politische Aufträge erfüllt. Hier zeigt sich eigentlich das ganze Dilemma, daran hat das alles gelitten.

Dann ist in den achtziger Jahren die Idee der Ausgliederung gekommen. Da bin ich auch wieder eins mit dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer. Das ist keine Ausgliederung, wenn dann eben die Kammer und dem Land nahestehende Betriebe oder Institutionen wieder den vollen Einfluß nehmen. Ich glaube, daß eine echte Ausgliederung nicht unbedingt eine volle Privatisierung sein muß, weil wir als Politiker auf gewisse Funktionen Einfluß haben müssen. Ich bin auch nicht dafür, daß die Elektrizitätswirtschaft voll privatisiert wird. Auch die Bundesbahn ist ein Bereich, der eigentlich vom Staat gesteuert gehört, weil sie nie wirtschaftlich arbeiten kann. Das kann sie auf der ganzen Welt nicht. Aber sie ist eine funktionelle Notwendigkeit, die uns das Leben ermöglicht. Ich glaube, die Ausgliederungen, vom Barockschloß bis zum Wald, haben wir alle hinter uns. Die erste mit Schönbrunn, noch von Herrn Schüssel einge-

leitet, war gleich ein Skandal und ein Desaster. Dann hat man das wieder hingebogen und jetzt funktioniert es. Jetzt sind auf einmal die Einnahmen so groß, daß sich das Schloß selbst erhalten kann. Und das macht Sinn, so sollte es eigentlich sein. Ich glaube auch, daß gerade in der Vergangenheit der Tiergarten Schönbrunn - und als Tierfreund und Tierschützer muß ich mich wirklich darüber freuen, daß hier erträglichere Situationen erarbeitet werden - zeigt, daß diese Ausgliederungen eine gewisse Freiheit gebracht haben. Und man sieht, es bewegt sich was.

Ich weiß auch jetzt, das "Pickerl", ich nenne es bewußt nicht Vignette, weil "Pickerl" ist schöner. Das erinnert nämlich daran, daß es nicht pickt. Ich glaube, dieses Pickerl und das Desaster, das hier entstanden ist, würde in der Privatindustrie sofort ein Köpferrollen bringen. Egal, ob jetzt untersucht wird oder nicht. Denn eines steht fest: Das Versagen liegt auf der Hand. Es waren keine Pickerln da, sie halten nicht, sie waren falsch zusammengezählt, die Ausschreibung wurde nicht richtig gemacht. Das steht ja heute schon fest. Doch hier wird wieder politisch agiert. Die öffentliche Hand kann das nicht so machen, daß sie in einen ausgelagerten Betrieb geht, wo sie das Sagen hat. Das ist ein Faktum. Und ich glaube, daß es nicht richtig ist, wenn man jetzt auf die Bevölkerung das ganz einfach abschiebt und sagt, wartet, bis wir alles geprüft haben. Denn das, was auf der Hand liegt, ist das Chaos. Und daher gehört schon gehandelt.

Ich glaube auch, daß anstatt dieser halbherzigen Schritte, wie man sie eben bei den Bundesforsten, der Bundes-Immobilien-gesellschaft unternehmen hat, daß Handlungsbedarf besteht. Privatisierung zur Budgetsanierung halte ich für gut. Ich halte sie sogar für sehr gut, wenn man dabei die Budgets wirklich umstrukturiert. Denn sonst ist das nur eine kurze, vorübergehende Heilung, wenn überhaupt. Und das Volksvermögen ist weg.

Ich glaube, man muß sehen, daß die Schulden sich verdoppelt haben, seit diese Koalition am Arbeiten ist. Es ist auch logisch zu erklären, weil wir gewisse Kosten haben, die man nicht sofort abschaffen kann. Man könnte aber Sanierungsschritte setzen. Die echte Privatisierung ist so ein Thema. Wenn ich mir zum Beispiel jetzt das Papier anschau, das man im Zuge des CA-Verkaufes hier produziert hat, das liegt mir hier vor, dann muß ich sagen, daß dieses Papier eigentlich wirklich die Unfähigkeit der Politik analysiert und zeigt. Denn dieses Papier ist nichts anderes als ein Skandal. Es ist die Ignoranz jeglicher freien Marktwirtschaft, jeglichen wirtschaftlichen Den-

kens und jeder Privatisierung. Wenn heute ein Vorstand bereit ist, 17 Milliarden auf den Tisch zu legen und dann fünf Jahre lang das Gekaufte nicht angreifen darf, bitte, meine Damen und Herren, was soll das bedeuten? Das ist ein Skandal! Hier steht wörtlich drinnen, daß die Arbeitsplätze garantiert werden. Jeder weiß, daß in der CA eine Abbaumaßnahme vor der Tür stand. Wer soll das bezahlen? Die Bevölkerung muß so ein politisches Papier, das die ÖVP da herausgepreßt hat, dann tragen und bezahlen. Es darf nicht filetiert werden, es muß des weiteren garantiert werden, daß für fünf Jahre die CA selbständig bleibt wie sie ist. Bitte, wofür wurden 17 Milliarden hingelegt? Dann hätten wir halt fünf Jahre gewartet und dann bezahlt. Dann hätte jeder seine Sachen selbst bezahlt. So kann es ja nicht gehen. Und was ich noch unerhörter finde ist, daß dieses Papier Sachen junktimiert, die mit diesem Kauf überhaupt nichts zu tun haben, wie zum Beispiel ganz einfach diese Haftungsfragen. Es hat sich ein eingespieltes System bei den Sparkassen, bei der Länderbank mit der Gemeinde Wien ergeben, das eigentlich ohne besondere Belastung für den Bürger mit Haftungen gearbeitet hat. Da steht jetzt drinnen, daß sämtliche Geldinstitute in der Zukunft Haftungsgelder und gemeinsame Haftung auf Kostenbasis abhandeln müssen. Ich weiß nicht, ob sich jeder im klaren ist, was das bedeutet. Das bedeutet Entgelt, das bedeutet enorme Kosten für den Kunden der Bank. Und das aus heiterem Himmel geschossen. Denn bis jetzt, das steht ja wohl fest, gibt es keinen Schadensfall, gibt es auch überhaupt keine Beschwerden. Weder von der Industrie noch von sonstwo.

Wenn man sich traut, so ein Papier zu produzieren, dann muß ich sagen, daß der Verkauf der CA eigentlich genug Aussagefähigkeit hat, daß man ein Urteil über die Verantwortlichen spricht. Ich glaube auch, daß es nicht gehen kann, daß zum Beispiel von diesen Geldern jetzt da großzügig politisch zwei Milliarden in drei Jahren abgezweigt werden für Forschung und Export. Das sind 330 Millionen pro Jahr, das ist nichts im wesentlichen, um zu helfen. Das ist eine politische Show. Aber die Gelder werden jetzt schon verteilt, obwohl sie eigentlich noch nicht verdient sind, weil das verhindert man ja fünf Jahre lang. Fünf Jahre lang wird man diesen Leidensweg der CA jetzt beobachten können. Wir werden darauf zurückkommen. Ein Unternehmen, das so dasteht, daß es eigentlich niemandem gehört und daß nichts verändert werden darf, da wird man sehen, was 'rauskommt. Abgesehen davon, daß ich auch der Meinung bin, daß die CA als solches ja auch imaggemäßig unheimlich schlecht dasteht mit dieser

Beurteilung. Ich möchte mich jetzt nicht wiederholen, sondern die Worte des Herrn Präsidenten ernst nehmen. Ich bedanke mich. Aber dieses Papier sollte jeder Abgeordnete bei sich tragen und bei Privatisierungen diese Punkte nicht gelten lassen. Danke. *(Beifall bei LIF.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich bewundere eigentlich den Mut des Herrn Klubobmannes Dr. Bauer, heute nach der sogenannten CA-Privatisierung diese Aktuelle Stunde beantragt zu haben, im Zusammenhang mit der CA-Privatisierung von einer strategischen Planung seiner Partei zu sprechen und anschließend das Buch "Die Globalisierungsfalle" zu kommentieren. Denn ich glaube, daß die Chronik des Verkaufes der Bundesanteile an der CA ein Bankenkoker, ein rot-schwarzer Bankenkoker war und wirklich in die Geschichte Österreichs als traurige Chronik eingehen muß. Daß diese Tatsache auch einmal mehr eine sehr eindrucksvolle Bestätigung war, was die Koalitionsregierung in der Wirtschaftspolitik zusammenbringt, nämlich daß sie nichts zusammenbringt. Sie ist nicht in der Lage, den Wirtschaftsstandort Österreich zu pflegen und zu erhalten. Sie ist nicht in der Lage, die Arbeitsplätze zu erhalten bzw. welche zu schaffen. Sie ist auch daher nicht in der Lage, das Einkommen der Österreicherinnen und Österreicher, das heißt auch der Bürgerinnen und Bürger Niederösterreichs zu sichern. Und wenn der Herr Klubobmann Dr. Bauer hier den Kreditschutzverband zitiert hat, darf auch ich den Kreditschutzverband diesbezüglich zitieren. Und hier heißt es ausdrücklich, Herr Klubobmann: "Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Steuergesetzgebung des Jahres 1996 in- und ausländisches Kapital verunsichert hat. Das Vertrauen in die Stabilität der österreichischen Steuerpolitik im Ausland ist dadurch erschüttert: Der volkswirtschaftliche Schaden, den die Steuergesetzgebung in diesem Jahr angerichtet hat, wird weit über das Jahr 1998 nachwirken."

Hohes Haus! Wenn heute die CA-Privatisierung als dieser Erfolg dargestellt wird, so muß man schon sagen, daß man daran sechs Jahre gearbeitet hat, daß der Verschleiß von drei Finanzministern eingetreten ist, bis es hier zu einer Einigung in der Koalitionsregierung gekommen ist.

Was ist eigentlich geschehen? Im Grunde genommen ist es eine Re-Verstaatlichung und keine Entpolitisierung. Im Grunde genommen wurde nach ersten Schätzungen zufolge, was auch ein Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei im Parlament bestätigt, die Vernichtung von Arbeitsplätzen eingeleitet und keine wirtschaftspolitischen Lösungen herbeigeführt, die das Vertrauen von in- und ausländischem Kapital in den Wirtschaftsstandort Österreich wieder bestärkt hätten.

Ich glaube, wir Freiheitlichen haben in der Frage der Privatisierung immer eine sehr klare Meinung gehabt. Wir haben immer gesagt, wenn die Politik in die Wirtschaft eingreift, so kommt nichts Gutes dabei heraus. Denn die Politik ist eben kein guter Unternehmer, was sich ja in den achtziger Jahren im Zuge des "Verstaatlichten"-Desasters gezeigt hat. Die Folge davon, wenn die Politik in die Wirtschaft eingreift, ist ganz einfach, daß sich viele Betriebe nicht mehr am Markt orientieren, sondern am Parteibuch ihrer Eigentümervertreter. Manchen Betrieben war und ist auch heute noch die Subvention ganz einfach wichtiger als der Gewinn. Aber eine derartige Politik geht ganz einfach zu Lasten des Klein- und Mittelstandes. Wir wissen es ja, und es steht ja außer Zweifel, und es muß eigentlich unbestritten sein, daß die sozialdemokratisch dominierte Koalitionsregierung in der Vergangenheit in den letzten Jahren eine Subventionspolitik in Österreich unternommen hat, die Österreich zu einer verlängerten Werkbank degradiert hat. Es wurden Milliardenbeträge in die einfachen Arbeitsplätze gesteckt, um danach feststellen zu müssen, daß es nach Ablauf der vereinbarten Beschäftigungsgarantiezeit sofort zu Produktionsverlagerungen und Standortschließungen kommt. Ich denke an Semperit, ich denke an Egston, ich denke Euroquarz. Es wurden nahezu keine Initiativen gesetzt, um höherwertige Arbeitsplätze zum Beispiel im Bereich der Hochtechnologie zu schaffen. Das zeigt sich auch daran, daß die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Österreich mit rund 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes weit unter dem OECD-Durchschnitt von zwei Prozent liegen.

Hohes Haus! Für uns Freiheitlichen ist es ganz einfach, und das ist auch von den Wirtschaftstheoretikern, Herr Klubobmann Dr. Bauer, anerkannt, daß der Rückzug des Staates aus seiner Eigentümerfunktion gegenüber Wirtschaftsbetrieben das Ziel jedes modernen Marktwirtschaftskonzeptes ist. Das heißt, der Staat soll nur mehr die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen schaffen, um ein nicht inflationäres Wirt-

schaftswachstum zu ermöglichen. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Ich habe nicht gesagt, "staatliches Eigentum", sondern "strategisches Eigentum"! Das ist ganz etwas anderes. Das kann auch in Privathand sein!)*

Herr Klubobmann, Sie haben ja auch das Buch "Die Globalisierungsfalle" kommentiert und nicht zum von Ihnen beantragten Thema "Beteiligungen und Privatisierungen durch die öffentliche Hand" gesprochen.

Denn in Österreich haben wir heute genau das Gegenteil. Wir haben einen weit verzweigten und geschützten Wirtschaftssektor, der dem Wettbewerb entzogen ist und der auch vergleichsweise gegenüber der Privatwirtschaft eine wesentlich geringere Ressourcenproduktivität aufweist. Wir haben in Österreich prozentuell den höchsten Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft im Vergleich zu den übrigen westlich-demokratischen Staaten. Ich würde sagen, wir sind beim Privatisieren ganz einfach ein Entwicklungsland. Und das ist erwiesen. Es ist erwiesen in der Vergangenheit, daß staatlich geführte und kontrollierte Betriebe ineffizient, krisenanfällig sind und gegenüber vergleichbaren privatwirtschaftlich geführten Betrieben äußerst schwerfällig in der Nutzung von Marktchancen. *(Abg. Dr. Bauer: Aber Herr Kollege, die Deutschen behalten beispielsweise das strategische Eigentum!)*

Wir Freiheitlichen, Herr Klubobmann Dr. Bauer, meinen, daß diese Mängel zu beheben sind, daß der parteipolitische Einfluß einzudämmen ist und daß eine rasche und vollständige Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft zu erfolgen hat, aber daß auch die öffentlichen Anteile an privatwirtschaftlichen Unternehmen, sofern überhaupt noch Interessenten gefunden werden können, daß auch die zu verkaufen sind. Und es dürfte Ihnen, Herr Klubobmann Dr. Bauer offensichtlich nicht ganz bekannt sein, daß eine derartige Privatisierungsoffensive ja auch im Budgetprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1996 bis 2000 unter "Maßnahmen im Vermögensbereich" festgeschrieben ist. Und daß das das Ziel sein muß, belegt ja auch bitte eine Studie des Investmenthauses Morgan Stanley über das mögliche Privatisierungspotential in Europa. Denn diese Studie kommt zum Ergebnis, daß im Vergleich von 10 europäischen Ländern Österreich der Staat mit dem zweithöchsten Privatisierungspotential ist. *(Abg. Dr. Bauer: Was glauben Sie, was ich der amerikanischen Wirtschaft für eine Empfehlung abgeben würde! Da könnte Morgan lange abschreiben davon, wenn ich ihm das sage! Nur, daß das einmal klargestellt ist. Wir können*

doch nicht Eins zu Eins von deren Wirtschaftsphilosophie ausgehen!)

Herr Klubobmann Dr. Bauer! Es ist beim Gesamtkapitalisierungsfaktor ganz klar, Sie wollen es nicht wahrhaben, daß 138 Milliarden Schilling zu privatisieren sind. Wir meinen daher, und ich komme zum Schluß, daß ein konsequentes und rasches Lukrieren von Privatisierungserlösen zur Zeit eine sehr wesentliche Schlüsselmaßnahme ist, um erstens die Schuldenquote der öffentlichen Hand abzusenken, und zweitens, um eine konzentrierte Innovations- und Technologieförderung im verstärkten Ausmaß einzuleiten, wodurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze sichergestellt werden kann. Ich meine, die Zielsetzung in Sachen Privatisierung muß daher lauten: Schaffung neuer Arbeitsplätze, die die Einkommen unserer Bürger sicherstellen und wodurch eine wirtschaftliche Aufbruchstimmung im gesamten Land verbreitet werden kann. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Georg Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Das Thema "Beteiligung und Privatisierung der öffentlichen Hand", über das wir heute hier im Rahmen der Aktuellen Stunde des Landtages diskutieren, zählt zweifellos zu den politischen Aufgaben mit hoher Priorität und ist eine gute Gelegenheit, unterschiedliche Auffassungen der Parteien über die wirtschaftspolitischen Strategien aufzuzeigen und über die wirtschaftspolitischen Strategien zu reden, sie erkenntlich zu machen und an der Art und Weise, wie das heute schon passiert ist, eine moderne und erfolgreiche Beteiligungs- und Privatisierungspolitik umzusetzen. Wie sie umzusetzen ist, daß sich hier die Geister scheiden, dafür gibt es zwei aktuelle Beispiele aus jüngster Zeit, die heute schon hier angesprochen worden sind.

Das eine Beispiel ist die Veräußerung der Bundesanteile an der CA, die bekanntlich zu einer gefährlichen Zerreißprobe der großen Koalition auf Bundesebene geführt hat. Die Gründe dieser politischen Zerreißprobe sind ja allen bekannt. Auf der einen Seite stand die SPÖ, die mit der Veräußerung der CA-Bundesanteile an der Bank Austria den sozialistischen Einfluß auf das Bankenwesen und damit den Machteinfluß auf große Teile der Wirtschaft einzementieren wollte. Die SPÖ verfolgte damit das politische Ziel einer

Rückverstaatlichung. Und auf der anderen Seite stand die ÖVP mit ihrem Ziel einer echten Privatisierung und strukturellen Neuordnung des Bankenwesens, befreit vom Staatseinfluß. Auf das Ergebnis dieser Zerreißprobe brauche ich heute nicht mehr näher einzugehen. Bekanntermaßen hat sich die Privatisierungsstrategie der ÖVP durchgesetzt. Die Bank Austria wird gemeinsam mit der CA auf Grund der getroffenen Vereinbarungen, die die ÖVP der SPÖ abgerungen hat, eine andere Bank werden, als sich das die Drahtzieher dieses Übernahmeputschs in der SPÖ gedacht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite nur kurze Zeit zurückliegende Anlaßfall zum Thema Privatisierung und Beteiligung der öffentlichen Hand hat uns in der Landtagssitzung vor einem Monat beschäftigt. Die SPÖ-Fraktion beantragte damals eine Landes-Beteiligungsgesellschaft, deren Aufgabe es sein sollte, daß sich das Land mit erheblichen finanziellen Mitteln an Restrukturierungsmaßnahmen von Konzernen beteiligt. Mit diesem Antrag wollte sich die SPÖ zum Vollstrecker einer Resolution der Arbeiterkammer NÖ machen, in der es wörtlich heißt: "Angesichts der jüngsten Entwicklung in Österreich, aber auch angesichts umfangreicher, noch geplanter Privatisierungen ist es dringend erforderlich, zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation den Bestand wichtiger Industrien und sonstiger Schlüsselindustrien national und strategisch abzusichern." Und zu diesem Zweck wird die Schaffung strategischer Unternehmenskonzerne in teils öffentlichem, teils privatem Besitz gefordert. Wir haben damals diesen SPÖ-Antrag mit gutem Grund abgelehnt. Und dieser Grund lautet auf den kurzen Nenner gebracht: Wir sind für Privatisierungen und wir sind für Beteiligungen als marktwirtschaftliche Strategien im Rahmen einer offensiven Wirtschaftspolitik. Aber wir sind entschieden gegen die Rückverstaatlichungsgelüste, die es hier gibt.

Wenn Du, Herr Dr. Bauer, angesprochen hast die Privatisierung der Niederösterreich Werbung und Du hast gesagt, was ist denn das schon, da hat die Wirtschaftskammer sich beteiligt. *(Abg. Dr. Bauer: Ja, mit 5 Prozent! Das ist doch keine Privatisierung! Das einzige ist, daß der Landtag keine Kontrolle mehr hat! - Abg. Uhl: Das ist eine reine Feigenblattfunktion!)*

Jeder kann sich beteiligen. Sag' der Arbeiterkammer, sie soll sich beteiligen! Lieber Herr Dr. Bauer, es kann sich jeder beteiligen. Und auf der anderen Seite kritisierst Du die EVN. Da sind wir in Niederösterreich einen Weg gegangen, den

es in ganz Österreich nicht gibt. Wir haben nämlich bereits 49 Prozent privatisiert. (*Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.*) Wir wollen und werden nicht Mittäter einer Strategie sein, die Steuerzahler und Arbeitnehmer in eine Falle einer Wirtschaftspolitik treibt, die vortäuscht, die öffentliche Hand könne im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb mit Steuergeldern nach Belieben investieren und auf diese Weise Arbeitsplätze schaffen. Uns sind die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Politik durch das Desaster der sozialistischen Verstaatlichten-Politik noch zu gut in Erinnerung. Wenn die SPÖ zum Wiederholungstäter werden will, ist das ihre Angelegenheit.

Es dürfte sich in der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht herumgesprochen haben oder noch zu wenig herumgesprochen haben, daß die Zeit der Politiker-Beschäftigungsgarantien vorbei ist. Ein Unternehmer, der seine Produkte nicht zu wettbewerbsfähigen Marktpreisen verkaufen kann, und daher in Schwierigkeiten gerät, wird auch mit staatlicher Hilfe und mit noch so viel Steuergeldern nicht gesünder. Dort hingegen, wo die Strukturierungsmaßnahmen hilfreich sein können, wird sich die öffentliche Hand im Rahmen der Wirtschaftsförderung nicht der Verantwortung entziehen, an einer erfolgreichen Sanierung mitzuwirken. Das war immer so wie viele Beispiele zeigen, und das wird auch in Zukunft so sein. Wir haben mit dem NÖ Beteiligungsmodell ein überaus effizientes und erfolgreiches Förderungsinstrument geschaffen, mit dem wir bereits viel Erfolg gehabt haben. Mit dem wir in vielen Fällen bereits die Modernisierungsinvestitionen ermöglicht haben. Und diesen Weg von Beteiligungen werden wir auch in Zukunft konsequent gehen. Wir haben erst im Herbst beschlossen, weitere 300 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen und haben jetzt bereits eine Milliarde Schilling für diesen Zweck hier im Landtag genehmigt, wovon 750 Millionen Schilling bereits vergeben sind.

Meine Damen und Herren! Die beste Beschäftigungsgarantie und das beste Gütesiegel für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich sind nicht Staatsinterventionen und Rückverstaatlichungen, sondern bessere Rahmenbedingungen, hast Du gesagt, Herr Klubobmann. Bessere Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft, das sind wir uns einig. Die klassische Wirtschaftsförderung spielt dabei nicht mehr die dominierende Rolle wie zu früheren Zeiten. Viel wichtiger ist es, jene gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die unter globalen Wettbewerbsverhältnissen das Wirtschaftsgeschehen und die wirtschaftlichen

Entwicklungsmaßnahmen und Chancen stark bestimmen, und der Wirtschaft vor allem eines ermöglichen, nämlich mehr Flexibilität und Dynamik zu entwickeln. Noch wichtiger als die Strategie der öffentlichen Hand bei Privatisierung und Beteiligungen sind daher aus meiner Sicht alle Maßnahmen und Veränderungen, die dem Ziel dienen, bürokratische Bremsklötze und gesetzliche Zwangsjacken aus dem Weg zu räumen, die unsere wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit für den Sprung ins nächste Jahrtausend beeinträchtigen. Ich bin überzeugt, wir sind in Niederösterreich damit auf einem guten Weg. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ohne TV wird es anscheinend dunkler in diesem Saal. Ich nehme aber an, umso lichtvoller werden jetzt die Ausführungen der Mandatäre sein. Ich gebe als nächstem Herrn Abgeordneten Pietsch das Wort.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Beteiligungen und Privatisierungen durch die öffentliche Hand, ein Thema, das uns nicht nur heute, sondern auch besonders in der Zukunft beschäftigen wird. Die Erhaltung, Sicherung alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird auch in Niederösterreich unsere vordringlichste Aufgabe sein müssen. Globalisierung, Deregulierung und shareholder value scheinen die neuen Reizwörter zur Zeit immer konfrontativer geführter wirtschaftspolitischer Diskussionen zu sein. Die Globalisierung der Wirtschaft ist im Grunde nichts anderes als der normale Strukturwandel einer Volkswirtschaft auf weltwirtschaftlichem Niveau. Jeder Strukturwandel schafft mindestens so viele Arbeitsplätze wie er auch zerstört. Die jüngste Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß weder die Politik der Nachfragebelebung durch den Staat, noch die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik das Beschäftigungsproblem zufriedenstellend lösen kann. Österreich braucht zur Erhöhung der Beschäftigung eine Mischung der beiden Strategien.

Durch den globalen Wettbewerbsdruck ist die NÖ Wirtschaft gezwungen, Technologien in bezug auf Produktion und Innovation laufend zu erhöhen. Das Land Niederösterreich hat zwar Modelle wie das NÖ Beteiligungsmodell, den Wirtschaftsförderungsfonds und die Gründerfinanzierungsaktion des Landes, um bei wirtschaftlich aussichtsreichen Betriebsgründungen, Betriebsübernahmen und Betriebsverlegungen sowie bei strukturverbessernden Investitionen zu helfen. Leider fehlt zu

all diesen sicherlich guten und notwendigen Instrumentarien ein Modell für die befristete Übernahme von gesunden Konzerntöchtern ausländischer Mutterbetriebe im Falle von wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Konzerns im Ausland. International globalisierte Konzerne halten überwiegend die wertschöpfungsintensiven Unternehmensbereiche, also jene mit hoher Entscheidungs- und Investitionsverantwortung, im Stamm-land. Außerdem läßt sich beobachten, daß solche Unternehmungen erfolgreicher sind, in denen Großaktionäre strategisches Eigentum mit langfristigem Interesse am Unternehmensstandort halten.

Angesichts dieser zunehmenden Globalisierung ist für Österreich als Wirtschaftsstandort wichtigste Herausforderung, die heimische Wertschöpfung abzusichern und zu optimieren. Wesentlich dafür wird sein, nicht nur generell die Standortattraktivität zu verbessern, sondern heimische industrielle Kompetenz- und Know-how-Zentren abzusichern und auszubauen, um Impulse für die Wirtschaftszweige zu schaffen. Die Erhaltung starker Industriekerne ist daher eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß ein Land nicht zum Globalisierungsverlierer wird. Zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich und zur Sicherung der Beschäftigung ist es dringend erforderlich, wichtige Industrien und sonstige Schlüsselsektoren nicht vollständig abzuverkaufen. In Deutschland nehmen das die Bundesländer, die Großgemeinden und die Banken wahr. So sollte es auch in Österreich sein. Es gäbe hier eine Strategie, nämlich die Schaffung strategischer Unternehmenskerne in teils öffentlichem, teils privatem Besitz auf der Ebene von Ländern und Großgemeinden unter Miteinbeziehung von Banken, deren privaten Industrie, und institutionellen Investoren.

Der Verkauf der CA an die Bank Austria ist, glaube ich, nun hinreichend diskutiert. Es wurde festgestellt, daß der Steuerzahler der große Gewinner dabei ist. Ich möchte mich daher einem anderen Aspekt dieses Themas zuwenden, nämlich der Frage der Privatisierung. Mich stört an der gesamten Diskussion, daß so getan wird, als ob die Beteiligung von Gebietskörperschaften an Unternehmungen grundsätzlich falsch wäre, als ob ein Unternehmen, an dem eine Gebietskörperschaft beteiligt ist, aus grundsätzlichen Gründen nicht wettbewerbsfähig sein könnte. Dieses Argument ist falsch! Und es ist darüber hinaus auch eine Zumutung für Zehntausende von Beschäftigten in diesem Bereich. In der Bundesrepublik etwa sind Beteiligungen der deutschen Bundesländer an einzelnen Betrieben und Firmen durchaus

gang und gäbe. Zum Beispiel im Bankbereich. Und diese Betriebe gehen sehr gut. Die Westdeutsche Landesbank ist zu 43 Prozent im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen. 23 Prozent haben dort die Gemeindeverbände, 33 Prozent die Sparkassen dieses Landes. Diese Westdeutsche Landesbank ist zweieinhalb- bis dreimal so groß wie die CA und die BA zusammen. Ein zweites Beispiel: Von der Norddeutschen Landesbank hat das Land Niedersachsen eine Beteiligung von 40 Prozent, das Land Sachsen-Anhalt eine Beteiligung von 10 Prozent. Das Land Vorpommern ebenfalls eine Beteiligung von 10 Prozent. Weiters gibt es noch Bundesländer in Deutschland, die Beteiligungen an privaten Firmen halten, wie zum Beispiel an der Preuß-AG mit 65.000 Mitarbeitern und 240 Tochterunternehmen und einem Umsatz von 26 Milliarden Schilling. Ein weiteres Beispiel wäre die Continental-AG, die ebenfalls zu einem Großteil von einem Bundesland gehalten wird. Minister Farnleitner hat ja erwähnt, daß er geprägt ist vom Wirtschaftsprogramm der CDU und der CSU. Dazu gleich ein Beispiel: Der Freistaat Bayern hält 50 Prozent an der Bayerischen Landesbank/ Girozentrale, die anderen 50 Prozent haben die Bayerischen Sparkassen und Giroverbände. Darüber hinaus hat das Land Bayern eine 25-prozentige Beteiligung an der WIAG-AG und diese beschäftigt wiederum 84.000 Mitarbeiter mit einem Umsatz von 42 Milliarden DM. Ich glaube, daß die deutsche Wirtschaft eine durchaus wettbewerbsfähige Wirtschaft ist und daß dort das öffentliche Eigentum und die Beteiligung von Ländern durchaus gang und gäbe ist.

Sie wissen alle, meine Damen und Herren, das Land Niederösterreich hält mehr als 50 Prozent an der EVN. Diese EVN kauft derzeit mit Wissen aller Parteien Aktien der Verbundgesellschaft auf und sie hat gleichzeitig auch nahezu 50 Prozent der Aktien der Burgenland-Holding gekauft. Zum zweiten Beispiel: In Niederösterreich hat sich die Volksbanken-AG an der Hypo-Landesbank beteiligt. Es hat dabei ausführliche Gespräche gegeben auch innerhalb der Parteien Niederösterreichs. Und es ist abzusehen, daß das Land Niederösterreich einen entscheidenden Einfluß an der Landesbank beibehält. Wo ist also die ewige Diskussion bezüglich Privatisierung in diesem Fall? Ein anderes Beispiel: Vor einem halben Jahr ist in Niederösterreich die Niederösterreich-Telekom-Service GmbH gegründet worden. Daran sind zu 50 % die EVN und zu 50 % das Land Niederösterreich beteiligt. Und letztenendes besitzt das Land Niederösterreich 11,6 % der Anteile an der Bundesländer Versicherung. Wo gibt es

hier eine Diskussion, meine sehr geschätzten Damen und Herren?

Ich bin sogar der Meinung, daß diese Beteiligungen der öffentlichen Hand richtig und wichtig sind und halte sie nicht für falsch. Es handelt sich hier nicht um ein "Zurück zu den Wurzeln", wie es hier schon gesagt wurde. Es sollte jedoch überall der gleiche Maßstab angewendet werden. Es darf nicht so sein, daß in Oberösterreich, in Salzburg und Niederösterreich etwas richtig ist und plötzlich ist es im Fall Wien völlig falsch. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann es doch nicht sein! Ich bin der Meinung, daß Gebietskörperschaften sehr wohl an Unternehmungen beteiligt werden können und man sollte diese Form einer Beteiligung oder einer Privatisierung nicht dauernd miesmachen. Auch die Kommunen werden zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien bei ihren Betrieben mit marktbestimmender Tätigkeit, das sind eben jene Betriebe, wie sie vorgesehen sind vom Wasser, Abwasser usw. unbedingt einen Handlungsbedarf haben. Alle diese Modelle haben aber einen Bedarf, nämlich die Finanzierung und das Geld.

Nun möchte ich eine Facette aus der Bankenlandschaft, nämlich den Begriff der Haftung, korrekt Ausfallhaftung durch die öffentliche Hand, beleuchten. Im Zuge der Entscheidung für den Verkauf der Bundesanteile an der CA kam es auch zu einer Diskussion um den Begriff der Ausfallhaftung. Und im Gegensatz zur SPÖ konnte die ÖVP dem Begriff "Haftung" wenig abgewinnen und vertrat in dieser Frage ursprünglich eine wirtschaftlich unverantwortliche Position, die dem österreichischen Kreditwesen und dem Sparkassensektor großen Schaden zugefügt hätte. Eine schlagartige Beseitigung der Haftungen wäre in die Kategorie "Politik der verbrannten Erde" einzuordnen gewesen. Auch die FPÖ-Forderung nach einer Privatisierung der Gemeindesparkassen wäre letztendlich nicht nur darauf hinausgelaufen, die möglichen Erlöse aus Gemeinden zu verringern, sondern auch, die kleinen Sparer zu verunsichern. Das ist auch nicht zielführend. Besonders seltsam ist der Vorschlag, daß die Gemeinden gezwungen werden sollten, in einem halben Jahr ihre Sparkassen zu verkaufen und die unverkäuflichen solle der Finanzminister kaufen. Das ist auch eine schöne Art und Weise einer Auffassung von Sparkassenhaftungen. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Da sind Sie aber nicht informiert, wenn Sie das so sagen!)*

Ich bin gut informiert! Auch ein weiterer wirtschaftlicher Aspekt wurde eingebracht, der zeigt, wie die FPÖ hier vorgeht. Und zwar die Forderung, eine

Haftungsprämie in Höhe eines Promilles der Bilanzsumme zu verlangen. Auch das ist, glaube ich, nicht sehr zielführend. Die Gemeindesparkassen haben in der Vergangenheit zahlreiche kommunale Aufgaben mitfinanziert. Sei es durch Werbeverträge, fix vereinbarte Entschädigungen usw. Und das sollte auch in Zukunft so bleiben. Ich darf hier noch hinzufügen, daß sowohl der Landesverband der Sparkassen als auch der österreichischen Sparkassen durch Briefe darstellt, daß die Aufgabe einer Haftung nicht günstig wäre, da hier dem Finanzplatz Österreich großer Schaden zugefügt würde. Ich glaube, im Hinblick auf diese Dinge wäre es wirklich sehr zu beachten, an dieser Haftungsfrage, an der auch das Land hier sehr partizipiert, nicht zu rütteln. Und abschließend darf ich schon sagen, daß eben diese gesamten Haftungsfragen in Zukunft bei einer allfälligen Veränderung des Sparkassengesetzes sehr wohl und gut zu überlegen wären. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist insofern etwas schwierig, weil die Aktuelle Stunde heißt "Beteiligungen und Privatisierungen durch die öffentliche Hand". Bisher war es eher üblich, daß bei den Aktuellen Stunden tatsächlich aktuelle Probleme aufgegriffen wurden und auch in irgendeiner Weise Niederösterreich-relevante Lösungsvorschläge unterbreitet wurden. Die beiden Redner der antragstellenden Fraktion haben diesbezüglich hier sehr ausgelassen. Denn ich habe zwar ein paar Vorwürfe an die ÖVP gehört und ein paar Vorwürfe an uns, und einen sehr schönen, volkswirtschaftlich interessanten Aufsatz von Herrn Klubobmann Dr. Bauer, aber was uns jetzt im Land vielleicht weiterbringt, war für uns - muß ich leider sagen - nicht zu hören. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn auch die Aussage von Klubobmann Dr. Bauer, daß er gerne den Übergang von der freien zur fairen Marktwirtschaft hätte, klingt zwar unheimlich schön, aber ich glaube, jeder, der da herinnen sitzt, wird sagen, es ist schön, aber eine derartige Utopie und daran zu arbeiten alleine bringt uns nichts.

Ich gehe ja davon aus, daß die Aktuelle Stunde hervorgerufen wurde durch das Abstimmungsergebnis der letzten Sitzung, als die Landes-Beteiligungsgesellschaft nicht durchgebracht

wurde. Auf der anderen Seite wundere ich mich jetzt wiederum, weil keiner der beiden Redner auf diese Landes-Beteiligungsgesellschaft eingegangen ist. Daher nehme ich an, die SPÖ hat diese Idee komplett fallengelassen und hat zur Kenntnis genommen, daß hier die Mehrheit des Landes dagegen ist. Ganz einfach, weil ich auch davon überzeugt bin, daß wir in Niederösterreich mit der Betriebsansiedelungsgesellschaft und mit dem Beteiligungsmodell als Institutionen sicher über ausreichende Mittel verfügen. Wobei hier im einzelnen natürlich die Möglichkeit besteht, Verbesserungen herbeizuführen. Wobei ich gleich dazu anmerken möchte, eine wichtige Verbesserung wäre für uns natürlich die tatsächliche Beratung von Unternehmen, aber auch die Verbesserung, wenn es um die Schaffung von Rahmenbedingungen geht. Denn wir hören immer wieder neue Vorschläge. Und viele dieser Vorschläge, wie die Landes-Beteiligungsgesellschaft, sind ja hervorgerufen, weil wir andere Probleme nicht lösen. Und ich denke, und ich habe das schon einmal hier vorgetragen, die Industriellenvereinigung hat uns eine wunderbare Studie unterbreitet, in welcher ein Lösungsansatz nach dem anderen geboten wird. Angefangen von der Senkung der Lohnnebenkosten bis hin zur Durchforstung der Sozialleistungen, Ausbildungsdauer, Arbeitszeit, Eigenkapitalbedarf. Hier gibt es wunderbare Lösungen, nur werden die nicht angegangen. Sondern man sucht immer wieder neue Modelle, mit denen man das wieder nicht löst, was man eigentlich lösen sollte. Und daher meinen wir, daß es wesentlich wichtiger ist, dort, wo wir Erkenntnisse haben, wo wir genau wissen, was zu machen wäre, das umzusetzen. Dann würden wir uns die eine oder andere Diskussion ersparen.

Nur zum Thema Privatisierung ein Wort, weil hier die Vorwürfe immer so gegensätzlich kommen, wer privatisiert mehr und wer verstaatlicht mehr. Ich glaube, das hält sich zwischen "Rot" und "Schwarz" so ziemlich die Waage. Was die einen auf Bundesebene machen, das vollziehen die anderen auf Landesebene vorzüglich. Ich nehme nur die letzte Gesellschaft her, die gegründet wurde, die "Via Dominorum". Eine Firma, deren Zweck zum Beispiel darin besteht, als Immobilienmakler tätig zu werden, die Häuser Herrngasse 11 und 13 zu verwalten und zu vermarkten. Da stelle ich mir halt die Frage, weshalb gründet man eine Gesellschaft, die etwas unternimmt, was zur Zeit durchaus die Beamten des Hauses machen. Und diese, glaube ich, machen es gar nicht schlecht, denn sie haben bis jetzt sämtliche Vorbereitungen getroffen. Ich denke auch an unsere Unterredungen in der Präsidiäle,

wenn uns immer wieder neue Lösungen für die Verwaltung der Häuser unterbreitet werden. Aber urplötzlich gründet man eine Gesellschaft - 95 Prozent hält das Land, 5 Prozent die Hypo-Bank - die sich mit Immobilienmaklerei beschäftigen wird.

Das ist das eine. Das nächste ist die von Klubobmann Dr. Bauer immer wieder zitierte neue Gesellschaft, die NÖKOM, diese Niederösterreichische Telekom-Servicegesellschaft, von der ich bis heute nicht weiß, was sie tatsächlich macht. Sie wurde gegründet, 50 Prozent hat das Land, zu 50 Prozent ist die EVN beteiligt. Zum Zeitpunkt der Gründung hätte ich die Bemühung unternommen, von den zuständigen Abteilungen zu erfahren, was denn diese Gesellschaft irgendwann machen wird. Das war nicht möglich, weil die Beamten selbst zum Teil überrascht waren, daß diese Gesellschaft überhaupt gegründet wird. Jetzt ist diese Gesellschaft gegründet worden. Und dann gibt es interessanterweise nur Presseaussendungen von Klubobmann Dr. Bauer, denn es gibt kaum einen ÖVP-Abgeordneten, der bis jetzt dazu Stellung genommen hätte. Zumindest wäre sie mir entgangen. Und da steht zum Beispiel bei dieser NÖKOM: Einen großen Vorteil der neuen Gesellschaft, an der neben dem Land auch die EVN zu 50 Prozent beteiligt ist, erblickt Bauer darin, daß sie zusätzliche Kapazitäten zur flächendeckenden Erschließung der Regionen einbringt. In manchen Gebieten werde sie die Aufschließung rascher bewerkstelligen können als die Post. Im Gesellschaftsvertrag steht überhaupt nichts drinnen, daß diese Gesellschaft ein derartiges Unternehmen ist, welches jetzt der Post Konkurrenz bieten wird und tatsächlich jetzt mit Telekommunikationsmitteln hier als Konkurrenzunternehmen auftreten wird. Und weiter wird erklärt: Als erklärtes Ziel bezeichnete Bauer die Verwaltungsvereinfachung, insbesondere die Erleichterung von Behördenwegen für die Bürger oder gar deren Wegfall. Da erheben sich wieder Fragen. Das steht in keinem Gesellschaftsvertrag drinnen. Woher nimmt der Herr Klubobmann diese Zieldefinition? Was steckt hinter dieser Gesellschaft, über die nur der Herr Klubobmann Dr. Bauer Bescheid weiß? Ich frage mich, wie schaut das aus? Muß das Land Niederösterreich wirklich eine eigene Gesellschaft bilden, gemeinsam mit der EVN, um die Verwaltungsvereinfachung endlich durchzuführen, Behördenwege zu erleichtern oder überhaupt deren Wegfall zu erwirken? Das sind Fragen über Fragen, die in diesem Bereich der neuen Gesellschaften auftauchen. Und uns ist es ohnedies unverständlich, weshalb man immer

wieder zu diesen neuen Konstruktionen wie auch zur NÖVOG zum Beispiel, zur Niederösterreichischen Verkehrsorganisationsgesellschaft greift, bzw. wie man auch daran geht, die Nachfolgaufgaben für die NÖPLAN zu regeln.

Einen Bereich möchte ich noch ansprechen, weil er interessanterweise hier immer unter den Tisch fällt, aber eigentlich die Parade-Privatisierungsmöglichkeit im Land Niederösterreich wäre, nämlich die Privatisierung der Straßenmeistereien. Da wird hier bei uns immer so getan, als wäre das so absolut unmöglich. Und ich muß sagen, jetzt haben wir immerhin von einem Mann, der in der Regierung auch etwas zählt, von Noch-nicht-Innenminister Schlögl, von Staatssekretär Schlögl Schützenhilfe bekommen, der sich auch hier klar für diese Privatisierung ausspricht. Und ich hoffe, daß es mit dieser neuen Aussage auch zu neuen Ansätzen kommt.

Ich darf daher für unsere Fraktion hier zusammenfassend zu diesem Thema sagen, daß wir die derzeitigen Instrumente wie die ECO-PLUS Betriebsansiedelungsgesellschaft und das derzeit geltende Beteiligungsmodell als im großen und ganzen ausreichend halten und daher keine neue Landes-Beteiligungsgesellschaft brauchen. Wir sind aber der Meinung, daß im Bereich der Privatisierung hier ein vollkommen falscher Weg gegangen wird, weil einerseits eine immer stärker werdende Verstaatlichung zu sehen ist, und in anderen Bereichen die Privatisierung meistens nur eine Scheinprivatisierung darstellt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als Letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Hochverehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben einen wirklich eindrucksvollen Beginn dieser Landtagssitzung heute erleben dürfen. Nicht nur der historische Moment, sondern auch die Art und Weise, wie unser Herr Präsident diesen Tagesordnungspunkt eingeleitet hat, haben für sich gesprochen. Für die Art und Weise gesprochen wie dieses Haus agieren könnte. Und haben auch gezeigt, welchen Stellenwert dieses Haus und seine Vertreter hier haben könnten. Und ich habe mich eigentlich gefreut und gedacht, der nächste Tagesordnungspunkt, diese Aktuelle Stunde wäre eine direkte Fortsetzung dieses historischen Momentes, einer wirklich intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema, mit

unserem niederösterreichischen Wirtschaftsstandort, mit der Wirtschaftsaktivität, die die NÖ Landesregierung, der Landtag und die Landesverwaltung durchführt. Doch alle, die diese Debatte mitverfolgt haben, sind eigentlich bis auf Ausnahmen von einzelnen Rednern schwer enttäuscht worden.

Lassen wir die Debatte noch einmal kurz Revue passieren. Der Eingangsredner analysiert die Situation und redet von Hyperwettbewerb, gnadenlosem Arbeitsplatzverdrängungswettbewerb, bespricht ausführlich, daß die weltweiten Rahmenbedingungen zu ändern wären, und fordert eine Renaissance der niederösterreichischen Wirtschaftspolitik. Tatsächlich fundamentale Ausführungen, die wirklich ganz entscheidend sind für die NÖ Landespolitik. Der Vertreter des LIF, der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg, verteidigt die Verstaatlichte Industrie, er geißelt, daß ein Geschäftsführer Eigentüraufträge erfüllt und weil ein Pickerl nicht pickt ist die Privatisierung schlecht. Das ist auch ein interessanter Beitrag gewesen. Und ganz interessant war auch der Beitrag des Herrn Dkfm. Rambossek, der gemeint hat, die CA kritisieren zu müssen. Ich glaube, er hat in Linz bei dem Auftritt seines Führers nicht sehr gut zugehört, wie nämlich der Herr Haider vor der Fernsehkamera erklärt hat, daß das ein ganz anständiges Ergebnis ist. Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek, lieber Herr Abgeordneter! Ich glaube, Du wirst ein leichtes Problem mit Deiner Aussage bei Deinem Führer bekommen. *(Unruhe bei der FPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)* Und da muß ich Dich auch fragen, und ich frage das wiederholt, weil ich leider das wiederholt konzidieren muß, was gilt denn eigentlich bei den Freiheitlichen? Das, was Ihr gestern gesagt habt? Das, was Ihr heute sagt oder, was man morgen wieder über den Pressedienst lesen muß? Das sind nämlich meistens zwei bis drei verschiedene Aussagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann haben wir noch gehört von den Freiheitlichen, der Staat muß 'raus aus allen wirtschaftlichen Angelegenheiten, ein Ausverkauf sozusagen ist angesagt und soll gemacht werden. Und dann - und das möchte ich auch erwähnen - *(Abg. Gratzner: Bringen Sie auch etwas Eigenes oder können Sie nur andere kommentieren?)* Ich habe nicht gesagt, daß es nur negative Beiträge gegeben hat. Der Herr Klubobmann Gratzner, und ich möchte das für dieses Haus festhalten, hat die ECO-PLUS und das Beteiligungsmodell unseres Landesrates, unseres Wirtschaftslandesrates Gabmann gewürdigt. Das gehört auch zur

Aufzählung dieser gesamten Aktuellen Stunde dazu. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Ein kurzes Wort zum Herrn Abgeordneten Pietsch sei mir noch gestattet. Die Beispiele, Herr Abgeordneter, die deutschen Beispiele gehen ins Leere. Denn das, was die Sozialisten möchten, ist, daß wir an Industriebetrieben uns beteiligen. An Industriebetrieben, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Ich glaube, daß ich nicht ganz falsch Ihre Anträge zitiere, daß sich hier die öffentliche Hand beteiligt. Und ich sage Ihnen sehr offen und sehr deutlich, wir von der Volkspartei sind der Meinung, daß Private im industriellen Bereich besser wirtschaften als die öffentliche Hand. Und daher sagen wir auch, wenn es ein Problem gibt, dann suchen wir einen Initiativen und sehen zu, daß er Haftungsgeld bekommt. Und dann sorgen wir dafür, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für diesen Betrieb gegeben sind. (*Abg. Dr. Bauer: Die GBI macht doch auch so etwas und hat einige herzeigbare Beispiele!*)

Die Debatte, die dieser Landtag heute am Beginn seiner Sitzung führt, ist eine wichtige, weil sie die Richtungen aufzeigt, wohin die Parteien wollen und was die Visionen und die Ziele der Parteien sind. Und daher ist es auch sehr offen und klar ersichtlich, wohin denn die Wege der einzelnen Parteien gehen. Die einen wollen 'rausverkaufen, die anderen wollen zurück in die siebziger Jahre zu den verlängerten Werkbänken. Verehrte Damen und Herren! Wir von der Volkspartei, wir werden dann privatisieren, wenn es gut für die Bürger und gut für das Land ist. Wenn es einen Mehrwert für den Bürger ergibt! Und wir werden dann Anteile halten, wenn es aus Gemeinwohlgründen und aus infrastrukturellen Gründen notwendig ist, diese Anteile zu halten. Und ich möchte mir ein paar Beispiele anmerken, wo ich glaube, daß hier die klare Linie der Volkspartei sehr klar sichtbar geworden ist. Punkt 1, die EVN, ein Paradebeispiel einer Privatisierung. (*Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*)

Da können, glaube ich, nur jene lachen, die es nicht verstanden haben, zur damaligen Zeit an die Wirtschaftskraft dieses Unternehmens zu glauben. Denn alle Kleinaktionäre sind heute froh, daß sie Aktien gekauft haben und sind froh über die Dividende, die ausbezahlt wird. Und das ist eine Privatisierung, die sich lohnt, die sich für das Land lohnt, die sich für die Bürger lohnt und die sich für die Allgemeinheit lohnt. Und wenn hier kritisiert wird, daß die EVN vom Verbund und von anderen Aktien kauft, ich begrüße das. Ich bin sehr dafür. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Bauer:*

Ich bekenne mich ja dazu. Aber das kann ja nicht als Privatisierung bezeichnet werden!)

Herr Klubobmann Dr. Bauer! Wir werden noch die Zeiten erleben und sehen, daß es sehr gut sein wird, wenn wir einen starken Energiebetrieb haben. Und daher sind wir sehr dafür, daß die EVN sich stärkt, daß die EVN sich strategische Partner sucht, und daß die EVN, an der das Land Niederösterreich Anteile hat, nämlich ordentliche Anteile hat, daß die EVN prosperiert. (*Abg. Dr. Bauer: Das sage ich ja die ganze Zeit! Richtig Herr Kollege! Damit aber treten Sie meinem Ansinnen bei. Das ist das strategische Eigentum, von dem ich spreche!*)

Herr Präsident, ich weiß jetzt nicht, wer am Wort ist. Ist der Herr Klubobmann Dr. Bauer am Wort, oder bin ich am Wort?

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ihr habt einen Dialog. Ich würde bitten, der Redner möge sich nicht ablenken lassen. (*Beifall bei Abgeordneten des Hohen Hauses.*)

Herr Klubobmann Dr. Bauer, bitte mit Zwischenrufen zu sparen, sonst überschreiten wir die Zeit.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Ich möchte auf ein anderes Beispiel kommen, das aktuell ist und das sehr entscheidend ist für die Betrachtungsweise, wie man miteinander umgeht. Die Teilprivatisierung der Landes-Hypo ist, glaube ich, ein sehr gutes Beispiel, wie man mit Partnern im Land umgeht. Die Volkspartei hat mit den Sozialdemokraten, mit allen in der Regierung vertretenen Parteien in einem genau abgesprochenen Vorgang jeden einzelnen Schritt durchbesprochen. Wir haben gemeinsam das Paket verhandelt, wir haben uns da und dort auch etwas von Interessentengruppen anhören müssen. (*Abg. Dr. Bauer: Aber wir haben die Mehrheit behalten, das ist entscheidend!*)

Wir haben uns von mehreren Interessentengruppen, von allen Teilen etwas anschauen müssen und wir haben es gut zu Ende gebracht und zu einem guten Preis für das Landeswohl gemeinsam teilprivatisiert. Diese Vorgangsweise hätte ich dem Herrn Bundeskanzler, dem scheidenden und dem kommenden, auch angeraten.

Wenn wir zu den anderen Beteiligungen des Landes kommen, dann darf ich sagen, wir haben hier eine ganze Reihe kreativer Formen gefunden. Und es ist den Beamten des Landes zu danken und den Verantwortlichen, daß hier neue Rechtsformen zum Teil gefunden wurden, die die Aufgabenstellung ordentlich erfüllen. Es sei nur erwähnt

die ECO-PLUS. Sie wurde zu Recht erwähnt. Es sei auch erwähnt das Donaufestival, die Landessportschule, das Carnuntinum und andere Träger, die wichtige gemeinschaftliche Aufgaben erfüllen. Die in einer Rechtsform agieren, die ganz anders ist als sie in der Vergangenheit gang und gäbe war. Und diese Gesellschaften agieren erfolgreich. Ich möchte eine Gesellschaft nennen, die wohl als ein Beweis dafür gelten kann, wie private Gesellschaften in öffentlichem Auftrag erfolgreich agieren können, das ist die Landeshauptstadt-Planungsgesellschaft. Dort wird vorgezeigt von der Konzeption, von der Planung, der Durchführung bis hin zum Controlling, wie eine in öffentlicher Hand und in öffentlicher Abhängigkeit stehende Gesellschaft vorbildlich ihre Aufgaben erfüllen kann. *(Abg. Gratzler: Haben Sie den Kontrollamtsbericht gelesen?)*

Ich komme in einem vorletzten Punkt zum Abgeordneten Gratzler. Und ich lade ihn ein, wenn er sich nicht auskennt bei der NÖKOM, dann möge er doch von dem Recht eines Abgeordneten Gebrauch machen und eine Anfrage im Landtag stellen. Oder er möge den Gesellschaftsvertrag lesen. Er möge seine parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen. Ich habe mich informiert und ich habe die Information gewonnen und ich kann Dir versichern, das ist eine gute Gesellschaft, sie ist ordnungsgemäß geführt und sie wird ihre Aufgabe blendend erfüllen.

Ein letzter Punkt zu den Straßenmeistereien. Und hier eine ganz klare Aussage, weil ich es nicht zulassen will und nicht zulassen kann, daß Mitarbeiter, Beamte und Manager, die innerhalb des NÖ Landesdienstes arbeiten, auf diese Art und Weise von diesem Pult aus hier angesprochen werden. Es hat wiederholt Evaluierungen gegeben. Es hat dauernde Überprüfungen gegeben. Und es ist uns eine Freude und wir sind stolz darauf, daß wir sagen können, daß die Straßenmeisterei in der jetzigen Form sowohl in der Qualität, als auch was die Kosten betrifft, nicht überbietbar ist in ihrer sorgfältigen Betriebsführung. Und daher sind wir der Meinung und werden wir der Meinung bleiben, daß die Straßenmeisterei in dieser Form die optimale Betriebsform ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die Wirtschaftsdaten, es wurde hier erwähnt, sagen das, was ja wirklich Faktum ist. Niederösterreich hat sich aus dem Tabellenende im Wirtschaftsbereich als Schlußlicht am Ende der fünfziger Jahre - kriegsbedingt und besatzungsbedingt - durch die Arbeit der Be-

völkerung, durch die Arbeit der Landesregierung, durch die Arbeit des Landtages und durch die Arbeit der Landeshauptleute jetzt an die Tabellenspitze vorgearbeitet. In der Beschäftigungszahl, in der Zahl der Arbeitslosen, nämlich was den geringsten Anstieg betrifft, in der Zahl des Wirtschaftswachstums und auch in der Zahl der Kaufkraft. Wir sind stolz darauf, aber das kann nur eine Zwischenetappe sein. Denn die nächste Etappe wird sein, daß wir das große Ziel, das ambitionierte Ziel, das unser Landeshauptmann Dr. Pröll beim Empfang der Wirtschaftskammer Niederösterreich angegeben hat, daß wir als Region, als erfolgreiche Region Europas unter die Top-Ten der europäischen Regionen kommen wollen, daß wir dieses Ziel ansprechen wollen. Und in diese Richtung möchten wir weiter arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich darf allen Diskussionsteilnehmern ein herzliches Danke sagen. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Umweltbericht 1996. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück, Ltg. 537/B-15/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 537/B-15/1 betreffend den Bericht der Landesregierung über die Maßnahmen des Umweltschutzes (Umweltbericht 1996).

Gemäß § 3a des NÖ Umweltschutzgesetzes hat die NÖ Landesregierung alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht über Maßnahmen des Umweltschutzes zu erstellen und dem NÖ Landtag vorzulegen. In Vollziehung der zitierten Gesetzesstelle wurde der beiliegende NÖ Umweltbericht 1996 erstellt. Der Bericht ist in den Händen der Abgeordneten und ist ziemlich umfassend. Ich darf dazu noch sagen, daß dieser Bericht, der NÖ Umweltbericht 1996, die neuesten Erkenntnisse präsentiert und Aktivitäten zum Thema Umweltschutz in Niederösterreich darstellt. Er soll mit seinen Informationen über die Umweltsituation in Niederösterreich wiederum allen Umweltinteressierten wichtige Hilfestellungen bis zum nächsten Umweltbericht 1998 leisten. Ich darf daher den Antrag des Umwelt-Ausschusses stellen *(liest)*:

"Antrag des Umwelt-Ausschusses betreffend den Bericht der NÖ Landesregierung über Maßnahmen des Umweltschutzes (Umweltbericht 1996).

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über Maßnahmen des Umweltschutzes (Umweltbericht 1996) wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Leider ist der Herr Landesrat nicht anwesend. Tut mir leid, denn ich hätte einige Fragen. Der Umweltbericht, der uns vorliegt, ist sehr informativ und auch gut ausgeführt. Und ich habe das hier von dieser Stelle zum letzten Bericht schon gesagt. Ich glaube, daß er wirklich zeigt, daß etwas getan wird. Nur glaube ich, daß ein wesentlicher Punkt, und das habe ich auch bei meiner Rede zum letzten Bericht festgehalten, daß mir eines fehlt: Ein Ausblick, eine Zielsetzung für einzelne Projekte. Und ich kann daher wirklich nicht umhin, einige Bemerkungen zu machen, die ich wirklich nicht als Kritik sehen will, sondern es handelt sich um Feststellungen, die notwendig sind. (*LR Blochberger betritt den Saal.*)

Im letzten Umweltbericht war sehr ausführlich über das Projekt Biodiesel berichtet worden. Dieses Projekt Biodiesel wurde so dargestellt, auch vom Herrn Landesrat in seinen Ausführungen, daß man sich vorstellt, daß Bauern Gemeinschaften gründen und hier selbstversorgend tätig werden. Ich glaube, daß das eine wirklich gute Idee ist, nicht nur war. Und ich glaube auch, daß es zur Kenntnis genommen werden muß von diesem Hohen Haus und von Niederösterreich und vom Herrn Landesrat, daß es in ganz Europa bereits Gesetze gibt, auch in Deutschland und Italien, daß und wo Biodiesel eingesetzt werden muß bzw. gefördert eingesetzt wird. Ich komme daher nicht ganz ohne Lächeln davon, wenn ich eine einzige Sache über Biodiesel auf der Seite 25 finde, wo drinnen steht, daß der Straßendienst in Niederösterreich jetzt Treibstoffversuche macht. Das ist ja direkt eine Verhöhnung, nachdem vorher -zig Millionen investiert wurden, um Biodieselanlagen zu bauen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich kann Ihnen sagen, wo dieser Biodiesel hingehet. Der wird mit enormen Kosten von österreichischen Spediteuren nach Deutschland und Italien geführt, weil er hier nicht verwendet

wird. Darum scheint er auch da drinnen nicht mehr auf. Und ich frage Sie, wozu sind diese Millionen in eine gute Idee investiert worden, wenn sie nachher nicht weiter verfolgt wird? Und daher drängt sich wieder auf, daß in diesem Bericht aufgenommen wird die Kontinuität der Projekte, eine Kontinuität der Idee und zumindestens eine abschließende Bankrotterklärung - wenn es eine solche gibt. In diesem Fall hielte ich es aber durchaus für falsch, wenn man von dem Projekt Abstand nimmt.

Es gibt dann noch einige andere Punkte, die korrigiert werden sollten. Zum Beispiel haben wir jetzt einen Nationalpark Donau-Auen. Uns allen war das ein besonderes Anliegen und wir waren sehr zufrieden, daß das jetzt einmal in dieser Form strukturiert wurde. Wenn man den Bericht hernimmt, so stehen hier schlicht und einfach für wesentliche Sachen der Zukunft unwahre Behauptungen drinnen. Und das, glaube ich, sollte nicht sein. Es steht hier auf der Seite 169, daß die Untersuchungen das Urteil "nicht verträglich" ergeben haben für Kraftwerke und Aufstauungen, weil in Stauhaltungen durch abgedichtete Begleitdämme die natürliche Auendynamik dramatisch und drastisch reduziert wird. Und hier muß ich Ihnen sagen, handelt es sich ganz einfach um eine falsche Aussage, die auf Erkenntnissen des Jahres 1976 basiert. Mittlerweile haben die Menschen, die sich mit der Donau beschäftigen, gelernt. Es wurden damals nur zweistufige Ausbau- und Staustufen untersucht und nicht Fließstrecken mit einstufiger Ausbauführung. Und dabei ergibt sich dann noch die Situation, daß durch die Planungsgruppe die einstufige Lösung mit freier Fließstrecke gar nicht untersucht wurde, diese Beurteilung der alten Lösung aber ganz einfach ohne wissenschaftliche Basis als Gegebenheit angenommen wurde.

(*Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.*)

Ich glaube, daß es auch wichtig ist zu wissen, daß zum Beispiel die DOKW beim Kraftwerk Freudenu auf 56 Kilometer Staustrecke nur mehr 13 Kilometer Abdichtung hat. Und das nur, weil der 2. und der 20. Bezirk speziell abgesichert werden mußte - das sind allein 12 Kilometer. Auf der linken Seite wurde überhaupt nur mehr ein Kilometer abgedichtet. Und da muß ich den Herrn Landesrat ersuchen, weil es wirklich notwendig wäre, solche Erkenntnisse in den Umweltbericht einfließen zu lassen. Wir werden uns in der Zukunft sehr intensiv damit beschäftigen müssen, wie wir die Sohleintiefung verhindern. Und wir werden dabei - und das werden wir vom Liberalen

Forum verlangen - auch die Umweltverträglichkeitsprüfung dieser Lösung einführen. Da wird sich nämlich herausstellen, was dann geschieht mit der Umwelt, wenn tausende Kubikmeter herumgekart werden. Nur als Beispiel.

Ich darf dann auch noch auf die Müllverbrennungsanlage zu sprechen kommen. Die Müllverbrennungsanlage, ein gemeinsamer Beschluß, den wir alle tragen, wird zu langsam vorangetrieben. Man sieht, daß jetzt private Investoren auf die Bühne kommen, es wird die Bevölkerung verunsichert. Zum Schluß haben wir dann wirklich drei, vier Müllverbrennungsanlagen, die eine totale Überkapazität darstellen und die von uns so geförderte und gemeinsam getragene Anlage praktisch an den wirtschaftlichen Ruin bringen. Und ich verstehe es nicht, ich habe es auch nicht verstanden bei der Besprechung, daß man nicht sofort die Standortentscheidung getroffen hat. Denn hier gibt es ja auch wieder einige Punkte bei Tulln. Ich glaube nicht, daß wir das durchbringen werden, daß mitten in der Au eine Abholzung erfolgt und dort eine Verbrennungsanlage aufgestellt wird.

Ich darf dann noch zur Windenergie kommen. In dem letzten Umweltbericht war die Windenergie ganz groß herausgestrichen. Sie ist auch eine reine und wirklich sinnvolle Energieform. Ich kann mir nur nicht vorstellen, wie das funktionieren soll. Überall, wo man jetzt herumfährt, entstehen diese "Windradln". Sie sind nicht schön, aber sie sind umweltverträglich. Mir gefallen sie nicht. Auf der anderen Seite müssen sie mit einem Drittel subventioniert werden. Und außerdem gibt es Probleme mit der Abnahme durch die EVN. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung zeigt, daß diese Windräder, die jetzt hier in diesem Bericht nur mehr auf Seite 25 mit einem Bildchen vorkommen, alles andere ist schon verschwunden, die ganzen Lobreden darüber, wie die existieren können, wenn die EVN ablehnt, den Strom zu übernehmen. Und hier gibt es keine Langzeitverträge. Jetzt haben wir das dann gefördert bei drei Millionen mit einer Million, so viel kostet ungefähr so ein Windradl - ich war bei dem Bauern bei uns, der eines aufgestellt hat - und dann muß die Subventionierung des Stromes erfolgen. Und wenn das nicht langzeitgesichert ist, Herr Landesrat, dann halte ich es wirklich nicht für richtig, daß man dieses Projekt in der Form an unsere Bevölkerung heranträgt. Denn hier wird eine Vielzahl von Investitionen durchgeführt, die langfristig wieder dem Investor auf den Kopf fallen. Das Land schreibt die Förderung ab, mehr können wir nicht tun. Aber was macht der arme Bauer dann, wenn die EVN ihm den Strom nicht mehr zum Preis X

übernimmt, der erforderlich ist, damit das wirtschaftlich ist. Und so etwas hat in so einem Bericht zum Beispiel ansatzmäßig nach meinem Dafürhalten zumindestens drinzustehen, welche Bemühungen, welche Risiken. Danke. *(Beifall bei LIF.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es hat einiges auf sich gehabt was der Herr Klubobmann Ing. Dautzenberg gesagt hat. Aber ich glaube, im wesentlichen ist die Art und Weise dieses Berichtes zu kritisieren, nicht der Bericht selbst. Die Beamten haben ja hier nur das vorgebracht, was ihnen in Wirklichkeit aufgetragen wird. Und da ist in Wirklichkeit das Problem gegeben. Aufgetragen wird ein Bericht aus der Vergangenheit und nicht, wie es sein sollte, ein Bericht für die Zukunft. Und das ist ja das Dilemma, das wir in diesem Land immer wieder haben im Bereich der Umweltpolitik und in den damit verwandten Bereichen. Ich verweise nur etwa auf den Energiebericht, auf den ich später noch zu sprechen komme. Die entscheidenden Akzente in dieser Landespolitik im Umweltbereich werden leider immer nur im Rahmen von Prestigeprojekten gesetzt. Ich erinnere an den Nationalpark. Da geht es darum, daß der Herr Landeshauptmann oder der Herr Landesrat Blochberger auf der Titelseite der "Kronen Zeitung" landen. Und nicht darum, daß man Auen schützt in diesem Land. Denn jeder Niederösterreicher, der sich mit diesem Thema beschäftigt, egal ob Politiker oder Privatmann, Herr Kollege, jeder, der sich damit beschäftigt weiß, daß, wenn wir alles so belassen wie es ist, daß die Donau östlich von Wien sich weiter eingräbt, daß die Au austrocknet, daß das Ganze, wenn wir es so belassen wie es jetzt ist, nur eine Farce darstellt. Immer wieder wird gerade dieser wichtige und sensible Bereich nur für Prestigeprojekte, für parteipolitische Zwecke mißbraucht. Und genauso schildert sich in Wirklichkeit die Geschäftseinteilung in Umweltbereichen, die in diesem Haus vorgenommen wird. Die Knochenarbeit etwa beim Wasserwirtschaftsbereich muß der Landesrat Schimaneck machen. Das Geld vergibt dann Blochberger. Das schöne Foto vorne im Leitfaden, das ist von Landesrat Blochberger. Dann gibt es noch den Landesrat Wagner, der ein kleines Segment hat in diesem Bereich. *(LR Blochberger: Herr Kollege! Man muß auch was arbeiten, nicht nur Presseaussendungen machen!)* Ja, das ist ja genau das, was ich sage. Sie, Herr

Landesrat sind ja das typische Beispiel, daß man nur Presseaussendungen macht. Daß man nur auf den Titelseiten abgebildet ist, von der "Kronen Zeitung" über die "NÖN" oder wo auch immer. Und Sie sind das Beispiel, daß man es zusammenbringt - und ich erlebe es ja tagtäglich mit seit dreieinhalb Jahren - daß man es zusammenbringt, in dreieinhalb Jahren überhaupt keine ernstzunehmenden Akzente in der Umweltpolitik zu setzen. Mit einer einzigen Ausnahme, Herr Landesrat. Sie schaffen es, in gewissen Bereichen, gerade bei den erneuerbaren Energieträgern, wie der Herr Ing. Dautzenberg gesagt hat, in Wirklichkeit eine Rückentwicklung zustande zu bringen in diesem Niederösterreich. Man braucht sich nur den Energiebericht anzuschauen. Gehen wir ins Detail. Ich trete Ihnen den Wahrheitsbeweis an. Gehen wir ins Detail. In den letzten drei Jahren haben wir es geschafft in Niederösterreich, daß uns in dem weiten Bereich der erneuerbaren Energieträger die Oberösterreicher reell, nicht nur pro Kopf, überholt haben. Etwa bei der Windenergie. *(LR Blochberger: Begründen Sie das bitte!)*

Ja, es steht ja da drinnen. Sie brauchen ja nur die eigenen Berichte, wo Ihre Bilder vorne abgebildet sind, einmal ordnungsgemäß lesen, Herr Landesrat, dann wissen Sie, welche Fehlentwicklung Sie politisch in diesem Land, in diesen Bereichen zu verantworten haben. Fehlentwicklungen insofern, als uns andere Bundesländer überrunden. Und ich gebe Ihnen gerne auch ein konkretes Beispiel: Die vorher so salbungsvoll von Herrn Dr. Strasser gelobte EVN. Was bietet die EVN einem privaten Windbetreiber in Niederösterreich an? Eine Dreijahresgarantie, Herr Präsident, für 1,28 Schilling in Wirklichkeit, während die oberösterreichische OKA etwa 15 Jahre diesen Tarif anbietet. Das heißt, es kann sich ein Privater in Niederösterreich niemals ein solches Projekt leisten ohne öffentliche Gelder zu installieren im Bereich der EVN. Und wir haben ja bereits diese Umweltflüchtlinge. Sie brauchen ja nur auf der Autobahn schauen, viele, vor allem die Industrieviertel, Herr Landesrat, Sie sind ja auch einer, ich fahre auch immer dort vorbei, dort haben wir die ersten Umweltflüchtlinge in Wirklichkeit. Niederösterreicher, die im Gebiet der EVN zu Hause sind, die dort investieren wollten, sind ins Gebiet der Wien-Strom geflüchtet. Weil Sie ganz einfach nicht in der Lage sind, in diesem Land Rahmenbedingungen zu schaffen, die die alternativen Energieträger, die ganz einfach die Arbeitsplätze am Land, die ganz einfach - da komme ich dann noch hin - das Toronto-Ziel etwa verwirklichen würden. Das ist die Wahrheit, wie es aussieht. *(Zwischenruf bei Abg. Hiller und LR*

Blochberger.)

Herr Kollege Hiller! Ich gebe Ihnen nicht ein Beispiel, ich gebe Ihnen gleich mehrere Beispiele, wo Sie, ohne daß Sie es gewußt haben offenbar, weil sonst könnten Sie die Wortmeldung, den Zwischenruf jetzt nicht machen, mitgestimmt haben. Wir haben den Antrag für die Hackschnitzelheizungen eingebracht. Wir haben den Antrag für die Windenergie eingebracht. Das war ein Antrag der Freiheitlichen, wo der Abgeordnete Friewald dann "draufgegangen" ist. Nachzulesen wahrscheinlich in Ihrem Klub, falls Sie die Papiere noch haben. Und das ist genau das Problem, Herr Kollege Hiller, das ist genau das Problem, warum da drinnen schöne Erklärungen stehen. Seit 15 Jahren gibt es eine Energiepolitik, aber eine katastrophale in diesem Land. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.)*

Das zeigen ja die Berichte, wo der Herr Landesrat wieder mit einem schönen Farbfoto vorne herauslacht. Da haben uns die Oberösterreicher und die Steirer überholt. Ich will vom deutschen Ausland gar nicht sprechen. Herr Landesrat, das ist genau das Problem, das wir mit Ihnen haben. Es sind unsere Sorgen, daß wir in diesem Bereich Arbeitsplätze schaffen könnten, daß wir in diesem Bereich der schwer geschundenen Landwirtschaft, mit der Sie "ohne Wenn und Aber" in die EU gegangen sind, Arbeitsplätze und Bauernhöfe erhalten könnten. Und Sie versäumen das alles, Herr Landesrat! Das ist die Realität. Genauso sind Sie derjenige, der das Toronto-Ziel unterschrieben hat, was eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2010 um 50 Prozent bewirken sollte. Und die Wahrheit ist, daß wir Jahr für Jahr Steigerungen haben, weil ganz einfach nach wie vor fossile Energieträger forciert werden von Ihrer Seite. Weil Sie, und Herr Landesrat, da kommen wir jetzt auf den Punkt, weil Sie ganz einfach mit dieser Energiemafia verbandelt sind, mit dieser fossilen. Sie sind ganz einfach mit den EVN-Leuten zusammen und erschweren es den privaten Betreibern in diesem Bereich.

Ich komme jetzt zur Nachbarortschaft, zu Lichtenegg zum Beispiel. Das ist das nächste Beispiel, ein Blockheizkraftwerk. Es steht knapp vor dem Zusperrern. Warum? Weil man den Herrschaften nicht sagt, wie man so etwas betreiben soll. Da muß es Kraft/Wärmekuppelungen geben, da kann es keine Transportverluste, Leitungsverluste von 30 und 40 Prozent geben. Ich komme auf die großen Themen zurück. Beispiele habe ich dem Abgeordneten Hiller, dem Herrn Landesrat genügend geliefert. Ihm hat es gereicht. Ich hoffe nur, daß den Landesbürgern seine Politik bald dementsprechend reichen wird, daß er sich damit

nicht mehr abgeben muß. (*Beifall bei der FPÖ.*)
Und da komme ich noch einmal zurück zum Wasserrecht. Es wäre gerade im Bereich der Energie, im Bereich der Umweltpolitik, im Bereich des Wasserrechtes äußerst wichtig, daß man Kompetenzballungen zustande bringt, die auch wirklich eine Umsetzung von politischen Maßnahmen ermöglicht. Ich habe es vorher schon angeführt. Landesrat Schimanek darf die Knochenarbeit machen, das Geld vergibt dann der Herr Landesrat Blochberger und aus den Broschüren lacht auch er heraus. Es wäre auch umgekehrt falsch, gar keine Frage, wenn der Herr Landesrat Schimanek aus irgendwelchen Broschüren lachen würde, obwohl der Blochberger die Arbeit geleistet hat. Aber gerade darum geht es, glaube ich. Da müssen wir schon vorausdenken in Richtung auf das Jahr 1998, daß es hier wirklich in Zukunft klare Kompetenzen geben soll. Klare Kompetenzen, daß dieser ganze Umweltbereich - es kann in anderen Bereichen des Landtages ähnlich sein - daß man hier wirklich zusammenlegt, daß hier die Ressorts so gestaltet werden, daß auch Arbeit in diesem Land effektiv umgesetzt werden kann.

Ich denke auch an die Abfallwirtschaftsverbände. Hier gibt es nach wie vor keine Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Hier gibt es nach wie vor keine demokratischen Strukturen. Da sitzen in den meisten Verbänden, ich nehme jetzt etwa Wr. Neustadt her, obwohl hier durchaus wirtschaftlich gearbeitet wird in vielen Bereichen, da sitzen nach wie vor nur die Bürgermeister drinnen. Das kann doch kein demokratisches Kriterium sein. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Das sind ja die, die auch die Verantwortung tragen!*)
Herr Präsident! Es kann und darf nicht sein, daß es keine Kontrolle gibt in einem Land. Daß überall nur die Mehrheit alleine entscheidet und sich selbst kontrolliert. Und das ist bei den Abfallwirtschaftsverbänden nach wie vor der Fall. (*Beifall bei der FPÖ.*) Obwohl manche, das gebe ich durchaus zu, obwohl manche Verbände durchaus gut wirtschaften. Andere wieder weniger gut, wie man hört und wie man sieht, wenn man etwa den St. Pöltener Bereich betrachtet oder auch andere Bereiche. Wie gesagt, wichtig wird es in Zukunft sein, daß erstens die Kompetenzzusammenlegung im Umweltbereich kommt, im Außenwirtschaftsbereich kommt, daß wirklich alles von einer Hand gemacht wird, daß wirklich die Kontrolle angelegt werden kann. Aber umso wichtiger wird es auch sein, daß Umweltberichte nicht nur Vergangenes darstellen, sondern auch Visionen für die Zukunft entwickeln. Daß sie in Zukunft auch einen Ausblick bieten in der Politik, wo es hingehen soll, wo es hingehen muß. Und da, glaube ich, ist gerade der Zeitraum einer

Legislaturperiode etwas, was sehr realistisch ist, wo man Maßstäbe setzen kann. Ich bringe daher den folgenden Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Haberler, Dr. Michalitsch, Feurer und Ing. Dautzenberg zum Antrag des Umwelt-Ausschusses, Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umweltbericht 1996, Ltg. 537/B-15/1, betreffend Aufnahme von konkreten Zielvorstellungen und Erstellung eines Stufenplanes im Rahmen eines Maßnahmenkataloges für die Dauer einer Legislaturperiode.

Gemäß § 3a des NÖ Umweltschutzgesetzes, LGBl.8050-1, hat die NÖ Landesregierung alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht über Maßnahmen des Umweltschutzes zu erstellen und dem Landtag vorzulegen. Aus dem nun vorliegenden Umweltbericht 1996 sind den einzelnen Kapiteln Bestandsaufnahmen und allgemeine Zielvorstellungen sowie Ansprechpartner in den jeweiligen Bereichen zu entnehmen. Im Sinne einer transparenteren und für den Bürger nachvollziehbaren Umweltpolitik erscheint es notwendig, über Absichtserklärungen hinaus einen Maßnahmenkatalog in Form eines Landesumweltschutzplanes für die Dauer einer Legislaturperiode" - sprich fünf Jahre - "mit gleichzeitig angeführter Prioritätensetzung in den einzelnen Abschnitten oder in Form eines Anhangs dem Landtag vorzulegen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Umweltangelegenheiten zuständige Landesrat Blochberger, wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung eine Novelle zum NÖ Umweltschutzgesetz vorzulegen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Es ist nicht das erste Mal, daß wir hier versuchen, im Bereich der alternativen Energieträger, im Bereich der Umweltpolitik, alle vier Parteien gemeinsam - und das will ich auch betonen - Maßstäbe zu setzen. Wir haben es bei der thermischen Verwertung einmal geschafft, in dieser Periode wirklich sehr weit voranzukommen, das Ganze zu finalisieren. Wir haben andere Anträge gemeinsam, mit 56 Stimmen, hier herinnen beschlossen, einstimmig beschlossen, um es klar auszudrücken. Aber es wird auch an diesem Landtag liegen, es sich in Zukunft nicht gefallen zu lassen, hier einstimmige Beschlüsse zu fassen und zuzuschauen, wenn ein Landesrat ganz ein-

fach diesen Landtag übergeht. Wenn ein Landesrat ganz einfach hergeht und einen Fristsetzungsantrag, nachdem er das erste Mal, auf gut deutsch gesagt "kein Ohrwaschel gerührt" hat, übergeht. Und am 30. Juni etwa im Energiebereich, 30. Juni 1996, muß ich sagen, einen Plan vorlegt, der bis 1998 geht. Es wird an uns liegen, daß wir uns als die gewählten Gesetzesvertreter in diesem Land das in Zukunft nicht mehr bieten lassen. Ich bitte Sie daher darum, gerade in bezug auf diesen Antrag auch sehr wachsam zu sein. Die Umweltsprecher aller Parteien haben es ja in den letzten dreieinhalb Jahren, glaube ich, bewiesen, daß es hier sehr wohl eine konsensfähige und zukunftssträchtige Politik geben kann in diesem Haus. Aber wir dürfen es uns nicht bieten lassen, daß ein Mitglied der Landesregierung die oft einstimmigen Beschlüsse in diesem Landtag ganz einfach negiert. Wir sind die frei gewählte Volksvertretung. In diesem Sinne danke ich, daß wir diesen Antrag gemeinsam einbringen konnten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt als nächster Redner Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der vorliegende Umweltbericht 1996 gibt einen umfassenden Überblick über die Umweltsituation in Niederösterreich. In 15 Fachkapiteln wird über die Umweltprobleme informiert und es werden aber auch die Maßnahmen und Tätigkeiten in Niederösterreich aufgezeigt. Es ist natürlich nicht möglich, zu all diesen Kapiteln hier im Rahmen einer Wortmeldung im Landtag Stellung zu beziehen, das würde zweifellos den Rahmen einer Wortmeldung hier sprengen. Es ist aber grundsätzlich, glaube ich, festzustellen, daß Österreich unter den europäischen Staaten in den vergangenen Jahren gerade im Umweltschutz eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Es wurden viele neue Maßstäbe gesetzt, die zu dieser führenden Rolle Österreichs im Umweltschutz geführt haben. Die OECD hat erst jüngst in einem Bericht Österreich auf dem Gebiete des Umweltschutzes ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Meine Damen und Herren, das bedeutet natürlich nicht, daß es keine Probleme im Bereich des Umweltschutzes gäbe, oder daß man sich auf dem Erreichten ausrasten sollte. Im Gegenteil! Diese Position verpflichtet, daß man eine offensive Umweltpolitik weiterführt, um die erreichte Position zu festigen.

Von dieser Politik hat natürlich auch das Bundesland Niederösterreich profitiert, das die bundespolitischen Aktivitäten in vielen Bereichen durch landespolitische Maßnahmen ergänzt hat. Die Leitlinie für die zukünftige Umweltpolitik, die langfristige Sicherung der Umweltqualität als Maßstab für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist im nationalen Umweltplan der Bundesregierung festgeschrieben. Dieser nationale Umweltplan darf nicht als starres Konzept für die Umweltpolitik in den nächsten Jahren angesehen werden. Er sollte aber ein Wegweiser sein, der aufzeigt, in welche Richtung und wie aus der gegenwärtigen Sicht die Entwicklung gelenkt werden muß, um sich dem Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung anzunähern. Wenn der Herr Abgeordnete Haberler heute in diese Richtung einen Resolutionsantrag eingebracht hat, in welchem wir ergänzend zu diesem nationalen Umweltplan auch einen Landesumweltplan fordern, dann, glaube ich, ist es richtig, daß wir versuchen, hier eine Änderung des Umweltschutzgesetzes herbeizuführen, um eben die Perspektive der NÖ Umweltpolitik entsprechend aufzuzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde heute auch schon andiskutiert, die NÖ Umweltpolitik kann auf eine durchaus erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. In einer meist sachlichen Atmosphäre konnten mit großer Übereinstimmung hier im Hause wichtige Weichenstellungen in der Umweltpolitik vorgenommen werden. Der vorliegende Umweltbericht ist eine mitunter kritische Auseinandersetzung mit Umweltproblemen und sich daraus ergebenden Aufgaben in unserem Bundesland Niederösterreich. Erlauben Sie mir, daß ich jetzt einige Probleme doch herausziehe aus diesem Bericht. Im Bereich der Luftreinhaltung kann festgestellt werden, daß die Schwefeldioxid-Belastung im großen und ganzen rückläufig ist. Doch muß auch festgestellt werden, daß im Osten und Norden Niederösterreichs noch immer Immissionsereignisse auftreten, die die Grenzwerte überschreiten. Die meisten Überschreitungen im Zeitraum von 1993 bis 1995 wurden in der Meßstelle Hainburg mit 17 Überschreitungen registriert. Ausschlaggebend für diese Ereignisse dürfte sein, daß sich hier bei bestimmten Wetterlagen Importe aus den Nachbarstaaten mit lokalen Emissionen summieren. Sind bei der SO₂-Belastung noch Importe aus anderen Nachbarländern maßgebend, so ist die Situation bei Stickoxid eine ganz andere. Hier sind wir selbst verantwortlich für die Emissionen. Und 67 Prozent der Stickoxidemissionen werden vom Straßenverkehr verursacht. Nach verschiedenen Studien werden durch den geregelten Katalysator, gerin-

geren Treibstoffverbrauch und gezielte Motoroptimierung die Luftschadstoffemissionen bis 2005 beträchtlich reduziert. Diese Prognosen deuten darauf hin, daß bei Kohlenmonoxid eine Reduktion um 50 Prozent, bei Schwefeldioxid um 18 Prozent, bei Stickoxid um 38 Prozent und bei Kohlenwasserstoff um 56 Prozent möglich erscheint.

Im Gegensatz zum Verkehrsbereich, wo eine deutliche Reduktion im nächsten Jahrzehnt zu erwarten ist, muß bei stationären Quellen, insbesondere bei Kleinverbrauchern und beim Hausbrand, noch ein Konzept entwickelt werden, um hier eine ähnliche Situation zu erreichen. Im Energiebericht 1996 des Landes Niederösterreich wird für das zweite Quartal 1997 die Vorlage eines NÖ Energiekonzeptes an den Landtag angekündigt. Ich hoffe, daß damit ein Startschuß zu Maßnahmen erfolgt, die auch die Ziele des Umweltschutzes, aber auch natürlich der Wirtschaftlichkeit in der Energiepolitik beinhaltet. Die Energiefrage, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sicherlich eine Schlüsselfrage in der Umweltpolitik. Und deshalb kommt ihr auch so hervorragende Bedeutung zu. Der Umbau in Richtung erneuerbare Energien, aber natürlich auch Einsparung von Primärenergie mußte ja auch in der NÖ Umweltpolitik viel stärker als bisher wahrgenommen werden.

Ich komme zu einem zweiten Problemkreis, das ist die Abfallwirtschaft, die uns ja - ich gehöre 12 Jahre diesem Hause an - in diesem Zeitraum immer wieder beschäftigt hat. Und wir sind uns dessen bewußt, daß wir gerade im Bereich der Abfallwirtschaft vor wichtigen Weichenstellungen stehen. Und ich glaube, es ist uns bewußt, daß an vorderster Stelle natürlich die Abfallvermeidung hier Platz greifen muß. Und wenn man den Umweltbericht 1996 genau studiert, dann wird hier nachgewiesen, daß die Gesamtabfallmenge im Jahre 1994 - man greift also auf das Jahr 1994 zurück - gegenüber dem Vorjahr, also 1993, sich um 5,5 Prozent auf 451.422 Tonnen erhöht hat. Das ist ganz bestimmt eine Entwicklung, die wir hier, glaube ich, nicht gutheißen können. Und ich habe auch das Gefühl aus unserer Region, daß sich dieser Trend leider Gottes in den letzten Jahren auch noch fortgesetzt hat.

Das wäre zum Beispiel für den Umweltplan des Landes Niederösterreich eine Aufgabe, daß man versucht, gemeinsam mit dem Bund hier gerade in dieser Richtung Maßnahmen zu setzen, damit eben die Abfallvermeidung stärker als bisher Berücksichtigung findet. Es ist zwar durch verschärfte Behördenauflagen, über die in

mancher Hinsicht auch zu diskutieren wäre, durch die Erhöhung des Altlastensanierungsbeitrages und auch durch die Auswirkungen der Deponieverordnung mit einer Steigerung der Müllentsorgungskosten zu rechnen, was unter Umständen dazu beitragen könnte, daß der einzelne Staatsbürger hinsichtlich der Abfallvermeidung auch tatsächlich mehr beiträgt als bisher. Aber ich glaube, es geht eigentlich bei der Abfallvermeidung darum, daß man schon versucht, an der Entstehungsquelle Maßnahmen zu setzen. Das heißt, daß wir verschiedene Produktionsprozesse einfach ändern müssen, um eben dazu beizutragen, daß wir auf der einen Seite die Quantität der Abfälle verringern, aber auch die Qualität der Abfälle in Richtung mehr Umweltverträglichkeit ändern müssen.

Im Gegensatz zur Abfallvermeidung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind beim Abfallrecycling durchaus Fortschritte festzustellen. Dies läßt natürlich den Schluß zu, daß sich die Mülltrennung hier voll bewährt hat. In Niederösterreich wurden 1994 insgesamt 150.794 Tonnen an Altstoffen gesammelt, das sind 104 Kilogramm pro Kopf und entspricht das der achtfachen Menge des Jahres 1988. Gegenüber dem Vorjahr 1993 ist eine Steigerung der Altstoffsammlung um 28,7 Prozent feststellbar. Bei Biomüll sind es sogar 58,7 Prozent. Dennoch beträgt der noch zu deponierende Restmüll pro Kopf in Niederösterreich 125 Kilogramm pro Jahr. Analysen der Fachleute haben ergeben, daß man diese Zahl noch um ungefähr ein Drittel senken könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vermeidung und Verwertung von Abfällen ist unser erklärtes Ziel als Sozialdemokraten. Wir werden daher auch im Rahmen dieses Hauses immer dazu beitragen, daß wir entsprechende Maßnahmen setzen, um eben in diese Richtung unser Abfallwirtschaftsmodell weiter zu entwickeln. Es ist ebenfalls unser Ziel, eine ungefährliche und reaktionsunfähige Endlagerung der Reststoffe herbeizuführen, um eben zu einer nachsorgefreien Deponie zu kommen. Wir haben darüber im Landtag in der Vergangenheit mehrmals diskutiert und haben uns eigentlich dafür ausgesprochen, daß wir hier eine Entwicklung in Richtung Müllverbrennung herbeiführen wollen. Durch die Deponieverordnung sind die Rahmenbedingungen festgelegt. Wir haben darüber hinaus uns bereits im Umwelt-Ausschuß entschlossen, eine Novelle des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes herbeizuführen. Dieser Gesetzesentwurf ist momentan bei der EU zur Notifizierung eingereicht. Und ich meine, daß in nächster Zeit hier wirklich Rahmenbedingungen in

Niederösterreich festgelegt worden sind oder werden, die es eben klar machen, welche Form letztlich die Entwicklung nehmen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider Gottes hat uns das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 3. Dezember 1996 ein Problem beschert. Der VfGH hat nämlich das sogenannte NÖ Standortabgabegesetz 1992 als verfassungswidrig aufgehoben. Und das birgt natürlich schon die Gefahr in sich, daß hier verschiedene Zusagen, die von möglichen Standortgemeinden gekommen sind, zurückgenommen werden könnten. Man muß auch bedenken, daß verschiedene Deponien eigentlich nur mit dieser Zusage errichtet werden konnten. Und es ist natürlich klar, daß wir uns hier Gedanken machen müssen, wie man in erster Linie jene Gemeinden, die eben schon Abfallbehandlungsanlagen bzw. Deponien haben, befriedigen kann. Und wir haben uns darüber natürlich auch Gedanken zu machen, welche Möglichkeiten es gibt, in Zukunft Standortgemeinden von Müllverbrennungsanlagen oder überhaupt Abfallbehandlungsanlagen zu entschädigen, damit diese positive Einstellung zu diesen Zusagen auch gegeben bleibt. Ich bin daher sehr froh, daß der Herr Kollege Dr. Michalitsch gemeinsam mit mir heute auch einen Resolutionsantrag einbringen wird, in dem hier auf die Notwendigkeit einer solchen Abgabe hingewiesen wird und die Landesregierung dann aufgefordert wird, einerseits zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, eine ähnliche Abgabe hier einzuheben und wenn das nicht möglich sein sollte, daß man dann darüber hinaus bei der Bundesregierung unter Umständen vorstellig wird, um eben diese Standortabgabe einheben zu können. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, um eben gerade im Bereich der Errichtung von Verbrennungsanlagen in unserem Bundesland weiterzukommen.

Ich bin auch einer Meinung mit dem Kollegen Haberler und mit dem Herrn Ing. Dautzenberg, daß wir schön langsam uns hinsichtlich der Standortwahl einer Müllverbrennungsanlage der AVN entscheiden sollten. *(LR Blochberger: Nicht schön langsam, sehr rasch bitte!)* Sehr rasch, ja. Rasch ist uns noch lieber, Herr Landesrat. Es ist ja angekündigt, daß im Frühjahr noch die Entscheidung fallen sollte. Aber wir sehen jetzt aus Zistersdorf, daß das Ganze doch ein bißchen heiß wird. Man sollte die Zeit nicht versäumen und der Bevölkerung, vor allen Dingen auch den möglichen Standortgemeinden reinen Wein einschenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich der Koordinierungsstelle für Umweltschutz für diesen Bericht recht herzlich danken. Ich glaube, es wurden hier wirklich in übersichtlicher Form eine ganze Reihe von Umweltdaten zusammengetragen, die für den Umweltinteressierten oder die interessierten Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher eine wertvolle Hilfe darstellen. Recht herzlichen Dank für diese übersichtliche Darstellung. Selbstverständlich wird meine Fraktion diesen Bericht in dieser Form auch zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Umweltschutz ist als Begriff nicht alt. Ich kann mich erinnern an meine Zeit als Schüler, in den siebziger Jahren ist das Umweltbewußtsein langsam gewachsen. Das ging über die Kinder, so wie heute auch. In den achtziger Jahren ist der Umweltschutz zum Thema von Auseinandersetzungen geworden, ich sage nur "Hainburg". Davor und danach gab es viele Themen und eine gewisse Aufbruchstimmung. Aus dieser Zeit resultieren viele Gesetze, die für uns heute noch bestimmend sind vom Gesetz über den umfassenden Umweltschutz bis hin zu unseren Landes-Umweltschutzgesetzen, die etwa Basis sind für die Umweltschutzgesellschaft - da war Niederösterreich führend - oder für die Umweltschutzanstalt. Also gewaltige legislative Anstrengungen wurden damals unternommen. In den neunziger Jahren ist nicht die große Zeit der Gesetzgebung, sondern die Zeit der Praxis gekommen. Und über diese Praxis im Umweltschutz legt der Umweltbericht 1996, der uns in einer sehr ansprechenden, umfassenden und gefälligen Form vorliegt, Rechenschaft.

Ich habe mir die Mühe gemacht, zu beurteilen, welche Kapitel seit dem letzten Mal neu dazu gekommen sind. Es ist ja sozusagen eine kontinuierliche Entwicklung. Als erstes ins Auge stechende Kapitel ist jenes über das Klimabündnis zu nennen. Bekanntlich geht es darum, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 um 50 Prozent zu verringern, eine Bündnisgemeinschaft mit Ländern Amazoniens zu schließen, und um Informations- und Bewußtseinsbildung. Wenn wir diese globalen Ziele betrachten, dann sehen wir, daß diese in sehr, sehr viele Einzelbereiche zerfallen, in denen Handlungsbedarf gegeben ist. Ich darf, weil heute schon im Rahmen der

Privatisierungsdebatte auch der Straßenbereich erwähnt wurde, gleich als zweiten Punkt erwähnen die Aktivitäten der Straßenverwaltung. Auf Seite 26 des Berichtes sieht man, was das Land ganz konkret geschaffen hat. Und das ist schon eine Antwort auf den Kollegen Haberler, der gemeint hat, dem Umweltreferenten bestimmte Dinge vorwerfen zu müssen. Es ist eben so, daß Umweltschutz eine Querschnittmaterie ist, in der der Umweltlandesrat federführend, aber auch viele andere tätig sind. Und die Landesregierung als Ganzes kommt in diesem Bericht vor. Und hier etwa der Bereich, für den Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll verantwortlich zeichnet, wenn Sie sich das anschauen: Da gibt es von Holz-Hackschnitzelheizungen über Warmwasser-Sonnenkollektoren, über Photovoltaik bis Wärmepumpen- und Windkraftanlagen nichts, was moderner Umweltschutzstandard ist, was das Land in diesem Bereich nicht hätte. Und wenn Sie die Seite 89 aufschlagen, dann sehen Sie, was im Landesbereich konkret zur Verwirklichung des Klimazieles getan wird. Wenn Sie sich die Angaben über Emissionen aus fossilen Brennstoffen zu Gemüte führen, finden sie seit 1993 massive Rückgänge. Wir haben einen stark steigenden Einsatz von erneuerbarer Energie. Und das schlägt sich in einem Bereich nieder, in dem das Land das Toronto-Ziel sogar schon übererfüllt hat, weil wir die Emissionen seit 1986 um 55 Prozent reduziert haben.

Ein weiterer Bereich, der schon angesprochen wurde, der neu ist, ist der Bereich der Europäischen Union. Es ist ein Kapitel über die Raumordnung. Wer sich im Land bewegt, Kollege Haberler, und sich anschaut, was in diesen Fördergebieten möglich ist, der sieht, daß es da vernetzte Projekte gibt, neue Lebensgrundlagen für den ländlichen Raum, Umweltschutzprogramme, die in diesem Ausmaß ohne die Förderprogramme der EU nicht möglich wären. Und wenn Sie sich die Luftgütegeschichten anschauen - der Herr Kollege Feurer hat das schon erwähnt - dann ist es ja so, daß in Gmünd oder Hainburg die Luft nicht deshalb schlecht ist, weil die Gmünder und Hainburger ein Defizit hätten oder die Umweltpolitik des Landes Niederösterreich, sondern weil das Ausland eben andere Standards hat. Und da ist es eben unsere Aufgabe, im Rahmen der EU und bei den Beitrittsverhandlungen dahin zu wirken, daß diese Länder möglichst rasch unsere Standards bekommen. Da tun wir für unsere Bevölkerung wesentlich mehr als wenn wir noch so viele Milliarden bei uns investieren!

Ich möchte aber jetzt zu den ganz großen Erfolgen kommen im Umweltbereich, die auf die Arbeit der Landesregierung, primär, sage ich, auf jene des Landesrates Blochberger zurückzuführen sind. Erster Punkt, Nationalpark: Am 26. Oktober 1996 eröffnet, eine großartige Sache. Es geht darum, wertvolle Lebensräume zu erhalten, zu erschließen, die auch wirtschaftlichen Nutzen bringen. Und es ist gelungen, mit einer flexiblen Verordnung, da gab es noch Verhandlungen in letzter Minute, auch einen Spielraum zu schaffen, daß für die Einbindung der Bevölkerung noch die Möglichkeit besteht, vor Ort die konkreten wirtschaftlichen Nutzungen, die ja nach wie vor möglich sind, so zu gestalten, daß die örtliche Bevölkerung damit leben kann.

Zweiter Bereich, Abfallwirtschaft: Da hast Du ja selbst zugestanden, daß hier auch von den Verbänden wirtschaftlich gearbeitet wird. Und ich finde es schade, wenn die Daten etwa im Bericht, aber auch im Abfallwirtschaftsbericht vorliegen, wenn solche Erfolgszahlen vorliegen, daß man dann glaubt, noch polemisieren zu müssen. Und hier auf die Bürgermeister hinschlagen zu müssen glaubt, nur weil man selbst eben keinen Bürgermeister hat. Wenn man sich konkret die Werte anschaut bei Rest- und Sperrmüll: Das Aufkommen sank von 250 Kilo pro Kopf 1990 auf 156 Kilo. Also eine Reduktion um mehr als ein Drittel, wenn ich das im Kopf jetzt richtig überschlage. Oder bei biogenen Abfällen ein Anstieg von 0 auf 60, oder bei Altstoffen von 55 auf 110 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Da steckt unheimlich viel Bewußtseinsbildung dahinter. Da steckt System dahinter, auch bei den Kosten für den Restmüll und der kostenfreien Entsorgung in den gelben Säcken und Tonnen, wo die Bevölkerung umgedacht hat. Das kann ich nicht verordnen, nicht dekretieren, das ist die Frucht einer flächendeckenden Arbeit. Und diese Arbeit beginnt bei der Landesregierung und setzt sich in den Gemeindestuben und in den Verbänden fort. Und die Zahlen sprechen hier eine ganz, ganz deutliche Sprache. Und da kann man wirklich nur bitten, einen gemeinsamen Weg zu gehen im Interesse des Umweltschutzes, und nicht zu polemisieren.

Über den gemeinsamen Weg bei der thermischen Müllbehandlung brauche ich nicht mehr viel sagen, der Herr Kollege Feurer hat da vieles vorweggenommen. Wir sind auf einem gemeinsamen Weg, hier Nachhaltigkeit zu erreichen. Deponien, das sieht man überall, können nicht ewig halten als Bauwerke und es entstehen für nächste Generationen unheimliche Nachsorgekosten. Diese Nachsorgekosten, so steht zu hoffen, werden bei

der thermischen Entsorgung nicht entstehen. Überdies wird, wie der Kollege Friewald immer richtig sagt, durch die thermische Nutzung und den Entfall von anderen Brennstoffen unter modernster Filtertechnik auch noch ein Beitrag zur gesamthaften Hebung der Luftqualität, zur Luftverbesserung geleistet.

Ein dritter großer Erfolg in der Berichtsära, Klimabündnisrelevant, ist die Bautechnikverordnung. Leider nicht die Frucht der Arbeit des Kollegen Schimanek, wohl aber von vielen tüchtigen Beamten im Amt der Landesregierung und externen Experten, der ÖVP und der sozialdemokratischen Fraktion, die in mühsamen Verhandlungen es zuwege gebracht haben, daß wir die besten k-Werte in ganz Österreich normiert haben und damit mit der Wärmedämmung einen aktiven Beitrag leisten, das Klimabündnisziel zu erreichen. Das geht nicht nur von hier aus, sondern da muß man viele Gespräche vor Ort führen. Und wenn ich gleich anschließen darf etwa die Biodieselelegenheiten. Auch diese sind klimawirksam. Da gibt es eben nur in Niederösterreich Aktivitäten. Das war wieder der Landesrat Blochberger und die Kollegen hier aus dem Haus, der Abgeordnete Friewald in Asperhofen und der Kollege Kurzreiter in Starrein, die konkret Genossenschaften gegründet haben. Die Bauern produzieren selber und führen die Produkte auch im Kreislauf, völlig CO₂-neutral. Das ist gelebte Umweltpolitik in der Praxis! Das kann man sehen! Da kommen aus ganz Österreich - bei Asperhofen aus meinem Bezirk weiß ich es - vom Bundespräsidenten abwärts Interessierte und schauen sich das an, weil Niederösterreich hier führend ist. Oder, weil ich bei der Bautechnik bin, Wohnbauförderung. Es ist mit den Umweltberatungen, die ich hier erwähnen will und dem Förderungsmodell und den Bewußtseinsbildungsaktivitäten Klimabündnis, Umweltberatung, habe ich schon gesagt, und die landwirtschaftlichen Fachschulen nicht zu vergessen, gelungen, daß wir bei den Selbstbau-Solaranlagen mittlerweile sogar die Oberösterreicher, die von Beginn weg führend waren, überholt haben. *(Abg. Haberler: Nicht pro Kopf, Herr Kollege! Nicht pro Kopf!)*

Beim Selbstbau sind wir führend, insgesamt stehen wir österreichweit an zweiter Stelle. Und das hat einen guten Grund. Den Steirern, die als waldreiches Land bei der Fernwärme auch vom Start weg vorne waren, denen sind wir mit Investitionen von 300 Millionen Schilling in den letzten fünf Jahren nahegerückt. Fast jeder hat in seinem Nahbereich Anlagen. Und wenn man sagt, wir müssen den Menschen sagen, wie das geht, so ist das halt eine bestimmte Entwicklung. Wer vor fünf

oder zehn Jahren Pionierarbeit geleistet hat in der Planung, der hat halt nicht den Stand haben können, den es in der Umweltpolitik heute gibt. Aber es ist gelungen, mit der Öko-Sonderaktion allen diesen Werken einen vernünftigen wirtschaftlichen Standard zu ermöglichen.

Ein letzter großer klimawirksamer Punkt ist das Verkehrskonzept. Wenn Sie das Landesverkehrskonzept hernehmen, es ist auch im Bericht angesprochen, dann habe ich da drinnen in den letzten fünf Jahren Steigerungen im Kfz-Verkehr - das weiß jeder von uns, der auf der Autobahn fährt oder in den Städten - Steigerungen um 12,9 Prozent bzw. 6 Prozent auf allen Straßen in Niederösterreich. Aber im Vergleichszeitraum finde ich auch 10 Prozent Zuwachs beim VOR, 12 Prozent bei den Regionalbussen und bei den Verbänden ohne VOR gar 22 Prozent. Das heißt, unsere Vermeidungsstrategie, Verlagerungsstrategie greift. Und da gibt es auch Daten, wie sich das auf die Umwelt auswirkt. Wir erreichen das CO₂-Ziel nur dann, wenn wir auch im Verkehr ansetzen. Und daher ist es notwendig, hier etwa, wie Landeshauptmann Dr. Pröll es getan hat, Verträge abzuschließen und den Ausbau der Schieneninfrastruktur etwa im Zentralraum voranzutreiben.

Herr Kollege Feurer hat natürlich auch Problembereiche angesprochen. Bei so vielen Erfolgen gibt es immer auch etwas, wo man handeln muß. Und es gibt zwei herausragende Bereiche. Das eine ist der Bereich der Standortabgabe, das ist bestens erklärt worden, ich kann mir das sparen. 1992 wurde ein Gesetz beschlossen, das ist jetzt gleichartig angesehen worden in den abgabenrelevanten Teilen mit dem Altlastensanierungsgesetz und wurde daher behoben. Wir wollen aber den Gemeinden helfen, die im Vertrauen auf gewisse Vorteile materieller Art einem Standort zugestimmt haben oder so einen Standort - ob freiwillig oder unfreiwillig - entgegengenommen haben. Ich glaube, daß ein Weg gesucht werden müßte, diesen Ausgleich der Lasten sowohl für jene Gemeinden, die Deponien haben, aber auch unter Umständen für die Gemeinde, die die thermische Abfallentsorgung auf ihrem Gemeindegebiet beherbergen wird, einen gewissen materiellen Vorteil zu bieten. Und daher erlaube ich mir, einen Resolutionsantrag den Damen und Herren zu unterbreiten. Sie gestatten, daß ich ihn verlese (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Michalitsch und Feurer zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ

Umweltbericht 1996, Ltg. 537/B-15/1, betreffend Aufhebung des NÖ Standortabgabegesetzes.

Das NÖ Standortabgabegesetz 1992 ermächtigt Gemeinden, eine Standortabgabe für das Verwenden von Grund in der Gemeinde für das Betreiben einer Deponie zu erheben. Ziel des NÖ Standortabgabegesetzes war es, durch eine Standortabgabe einen Anreiz für Gemeinden zu bieten, Grund und Boden für Deponieflächen bereitzustellen. Gleichzeitig sollte damit eine Abgeltung für die Belastungen, die durch den Betrieb von Deponien entstehen, geschaffen werden. Die Berechnung der Standortabgabe erfolgte derart, daß die Standortabgabe für Abfälle im Sinne des NÖ AWG 1992 und im Sinne des Abfallwirtschaftsgesetzes höchstens S 40,-/m³ des deponierten Abfalls beträgt.

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 3. Dezember 1996, G 207-209/96-8, hat der Verfassungsgerichtshof das NÖ Standortabgabegesetz 1992 ersatzlos behoben. Begründend wurde im wesentlichen auf die Gleichartigkeit der Standortabgabe und des Altlastenbeitrages nach dem Altlastensanierungsgesetz verwiesen. Die Aufhebung des NÖ Standortabgabegesetzes 1992 bewirkt nun, daß von den Betreibern einer Deponie keine Standortabgabe mehr zu entrichten ist. Für neu zu errichtende Deponien ist klar, daß diese finanziellen Anreize somit nicht mehr bestehen. Für die Gemeinden mit Altdeponien bewirkt dies jedoch, daß sie in ihrer Disposition und in ihrem Bemühen, Standorte mit Deponieflächen bereitzustellen, getäuscht wurden. Der Einnahmehausfall ist für diese Gemeinden daher besonders gravierend.

Um einen Ausgleich zu schaffen, ist daher eine Neuregelung erforderlich. Der Tatbestand, der als Anknüpfung für die Abgabenerrichtung anzusehen ist, müßte dabei so formuliert werden, daß eine Gleichartigkeit zum Altlastenbeitrag vermieden wird. Sollten keine administrierbaren Anknüpfungspunkte gefunden werden und es somit dem Landesgesetzgeber verwehrt wäre eine landesgesetzliche Regelung zu erlassen, so sollte die Landesregierung beim Bund vorstellig werden und um eine ausdrückliche bundesgesetzliche Ermächtigung für die Einhebung einer zum Altlastenbeitrag gleichartigen Abgabe ersuchen. Darüber hinaus mögen Überlegungen angestellt werden, inwieweit das Betreiben einer Müllverbrennungsanlage oder anderer Abfallbehandlungsanlagen als abgabenrechtlicher Tatbestand in die Standortabgabe einbezogen werden könnte.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert,

1. wegen der Aufhebung des NÖ Standortabgabegesetzes durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Überlegungen anzustellen, in welcher Weise der abgabenrechtliche Tatbestand zur Vorschreibung einer Standortabgabe formuliert werden könnte, ohne daß die vom Verfassungsgerichtshof geltend gemachte Gleichartigkeit zu einer ausschließlichen Bundesabgabe (Altlastenbeitrag) besteht. Gleichzeitig" - ich weiß, das ist etwas juristisch formuliert - "sollte untersucht werden, in welcher Weise das Betreiben einer Müllverbrennungsanlage oder anderer Abfallbehandlungsanlagen als Anknüpfungspunkt für einen Abgabentatbestand möglich und zulässig wäre. Entsprechende Formulierungsvorschläge sollten ausgearbeitet und dem Landtag vorgelegt bzw. darüber berichtet werden.
2. Sollte sich herausstellen, daß als Anknüpfungspunkt für eine Standortabgabe keine administrierbaren Anknüpfungspunkte gefunden werden können, gegen die nicht die selben Bedenken, wie sie der Verfassungsgerichtshof bereits geäußert hat, bestehen, so möge der Bund ersucht werden," - also zweiter Weg, zum Bund zu gehen - "die Ermächtigung zur Einhebung einer gleichartigen Abgabe zum Altlastenbeitrag zu erteilen."

Ich darf ersuchen, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen.

Ein Streifzug durch den Umweltbereich wäre nicht vollständig, wenn man nicht das Berggesetz in Erinnerung rief. Du hast das heute unterlassen, aber ich weiß, daß es auch Dir ein Anliegen ist. Und es ist auch ein gemeinsam formuliertes Anliegen dieses Landtages, im Berggesetz zu einer Lösung zu kommen. Ich glaube, daß die Ereignisse in Zwentendorf gezeigt haben, daß man es nicht hinnehmen kann als Landesgesetzgeber, daß der Bund über weite Bereiche der niederösterreichischen Fläche - 40, 50, 60 Prozent - behördliche Entscheidungen trifft, ohne die Landes-Raumordnung zu berücksichtigen. Es geht uns nicht darum, ein weiteres behördliches Verfahren durchzuführen. Es geht uns um gleichgelagerte Anrainerrechte für Gemeinden. Nicht nur Formal-Parteienstellung, sondern inhaltliche Parteienstellung für die Anrainer. Und vor allem geht es darum, daß nicht der Bund ohne Rücksicht auf Verluste und sachliche Kompetenz die Landes-Raumordnung aushebeln kann. Und daher finden am heutigen Tag Gespräche statt in Verfolgung

unseres Resolutionsantrages, in denen mit dem Bund ein Kompromiß gefunden werden soll.

Abschließend hoffe ich gezeigt zu haben, daß die Umweltpolitik in Niederösterreich trotz vieler Wünsche, die jeder von uns hat - und jeder wünscht sich eine optimale Umwelt, wunderbar reines Wasser, Verkehrsverbindungen, die ihn überall direkt hinbringen ohne Belastungen - daß aber trotz dieser vielfach nicht vereinbaren Wünsche in Niederösterreich sehr, sehr viel erreicht wurde. Die Umweltpolitik in Niederösterreich kann sicher an Hand auch dieses Berichtes als Erfolgsbereich der Politik bezeichnet werden. Natürlich gibt es Bereiche, die wir für die Zukunft formulieren müssen. Und ich gehe davon aus, Kollegen von der F, Kollege Haberler insbesondere, daß wir, wenn wir das Umweltschutzgesetz novellieren, daß wir dann eine vernünftige Vorgangsweise finden werden. Daß wir nicht einen starren Plan machen zu Beginn einer Legislaturperiode, wodurch für fünf Jahre alles zementiert ist, sondern daß die Vorgangsweise so gewählt wird, daß im Zweijahresrhythmus oder sonstwie auch eine Überarbeitung der Ziele möglich ist. Weil jeder weiß, daß gerade im Umweltbereich sich die Ziele oder die konkreten Maßnahmen oft sehr schnell ändern.

Ich gehe also davon aus, daß wir vernünftige Ansätze finden werden, daß wir im nächsten Umweltbericht - 1998 ist das dann - auch den Maßnahmenkatalog im Sinn des Resolutionsantrages finden werden, und daß wir so gemeinsam in diesem Haus und ohne große Polemik an dem weiter arbeiten, was uns am Herzen liegt. Nämlich eine gesunde, lebenswerte Umwelt für uns und alle Menschen in Niederösterreich. In diesem Sinn werden wir diesen Bericht gerne zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Herr Kollege Michalitsch! Auch wenn ich über weite Phasen seinen Ausführungen nicht beitreten kann, in bezug auf die Standortabgabe finde ich, daß das erstens notwendig ist, zweitens sehr vernünftig ist. Und ich würde gerne namens der freiheitlichen Fraktion ad personam diesem Antrag beitreten.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist weiters Herr Landesrat Blochberger.

LR BLOCHBERGER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Umweltpolitik und die Diskussion darüber ist eigentlich auch Diskussion über die Zukunftspolitik, so empfinde ich das. Und deswegen bin ich auch positiv berührt, wenn sich eine Vielzahl von Damen und Herren dieses Hauses an Hand des vorliegenden Berichtes mit der Situation der niederösterreichischen Umwelt auseinandersetzt; oft auch sehr kritisch. Und ich darf das, was vorhin auch der Herr Kollege Dr. Michalitsch formuliert hat, unterstreichen. Meine Damen und Herren! Bei uns in Niederösterreich ist in der Umweltpolitik sehr viel geschehen. Es ist richtig, vor 20 Jahren war dieser Begriff vielleicht noch ein abstrakter. Heute wissen wir, daß die Umweltpolitik einen ganz wichtigen Stellenwert hat.

Ich darf daher jetzt versuchen, in ein paar Minuten doch die wichtigsten Leitlinien der NÖ Umweltpolitik noch einmal klar zu skizzieren. Wenn wir die Abfallpolitik hernehmen, so darf ich doch hier mit Freude vermerken, daß uns in Niederösterreich schon sehr viel gelungen ist. Wir haben bei Hausmüll eine Reduktion von fast 50 Prozent erreicht, wohl wissend, daß das Gesamtaufkommen des Restmülls im Steigen begriffen ist. Wir haben hier auch unsere Leitlinie: Der "best-entsorgte" Müll ist der nicht entstandene. Und darauf war unsere Politik ausgerichtet. Wir werden diesen Weg auch ganz gezielt weiter gehen, auch wenn es für Restmüll eine Müllverbrennungsanlage gibt. Und wir werden uns nicht, von wem auch immer, in die Schuhe schieben lassen, daß wir dann unsere Grundsatzphilosophie über Bord werfen. Sondern wir werden trachten, Mülleinsparungen vorzunehmen, Verpackung einzusparen.

Zweitens, Recycling: Wir werden auch diesen Weg weitergehen, daß wir Stoffe immer wieder verwenden, soweit und solange das möglich ist. Auch hier gibt es in Niederösterreich gute Fortschritte. Trotzdem bleibt uns eine gewisse Fraktion über, die nicht mehr verwendet werden kann. Und diese Fraktion und nichts anderes werden wir einer thermischen Verwertung zuführen. Ich bedanke mich daher für den einstimmigen Beschluß des Landtages und für den Konnex, der bisher immer wieder geherrscht hat. Auch bezüglich des Abfallwirtschaftsgesetzes und seiner Novelle. Herr Kollege Feurer! Ich weiß schon, es war wirklich nicht einfach - und ich betrachte diesen Beschluß des Ausschusses im Vorjahr als einen Meilenstein und zwar einen wichtigen Meilenstein. Hier geht es ja auch um gewaltige wirtschaftliche Interessen, bitte, das nicht zu übersehen, von Abfallverbänden, von Gemeinden, von Anlagebetreibern. Und trotzdem ist der Landtag von Niederösterreich zielstrebig, geht er diesen Weg. Und ich hoffe, daß uns Brüssel diesen Weg nicht

verbaut. Und ich hoffe daher weiter, daß wir in den nächsten Wochen auch im Landtag möglichst einstimmig die Novelle dieses Abfallwirtschaftsgesetzes beschließen können. Meine Damen und Herren! Hier sind wir wesentlich mutiger, wesentlich mutiger als die Politik der Bundesregierung. Weil auf Grund der Deponieverordnung es hier zwei Wege gibt, wir aber uns für den einen Weg zur thermischen Verwertung entschieden haben und daher nur die 5 % DOC und nicht die 6.000 Kilojoule im Gesetz verankert haben. Meine Damen und Herren! Das ist umgesetzte, mutige Umweltpolitik, die vielleicht dem einen oder anderen auch wirtschaftlich wehtut. Ich bedanke mich hier wirklich für das Verständnis und ich hoffe, daß wir diesen Konnex fortsetzen.

Nun zur Zeitfrage, weil natürlich und mit Recht gefragt wird, wann kommt denn die Entscheidung? Ich habe mir einen Zwischenruf erlaubt, Herr Kollege Feurer, weil Du gesagt hast, wir müssen uns schön langsam entscheiden: Möglichst rasch! Ich hoffe, daß wir im März, spätestens April diese Entscheidung treffen können, sodaß wir dann wissen, wo ist der geeignetste Standort, der günstigste Standort in Niederösterreich. Ich bin trotzdem froh, daß am Sonntag auch die Bevölkerung von Zistersdorf in einer eigentlich sehr klaren Abstimmung mit einer Beteiligung von 75 Prozent und 60 Prozent Zustimmung hier bewiesen hat, daß sie demokratisch reif ist und auch Sachargumente gelten läßt. Und daß sie jenen nicht glaubt, die hier nur in Panikmache versuchen, ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen. Meine Damen und Herren! Für mich ist das ein sehr positives Zeichen. Und ich werde als zuständiger Politiker der Landesregierung hier garantieren, daß dieses Verfahren auch wirklich rechtens durchgeführt wird. Und es ist dann Sache der Betreiber, wenn ein positiver Bescheid kommt, ob diese Anlage errichtet wird oder nicht. Da wird der Rechenstift entscheiden. Das müssen sich die Betreiber dann überlegen. Man ist ja kein Hellseher. Wir wissen nicht genau, wohin die ganze Entwicklung geht, sich die ganze Problematik entwickeln wird. Aber ich bin froh, daß wir einmal eine Gemeinde haben, die sich auch zu einer solchen Anlage bekennt. Ein mutiger Beschluß. Das zur Müllverbrennung und der Problematik rundherum.

Von der Zeitfolge her ist es so angelegt - und wir sind im Zeitplan - daß wir dann in die Umweltverträglichkeitsprüfung gehen, daß wir die Einreichphase beginnen. Und ich rechne in ungefähr zwei Jahren mit einer Bescheiderlassung für einen niederösterreichischen Standort im Raum

von Tulln, im Tullnerfeld oder in Zwentendorf. Wir werden sehen, wohin die Entscheidung hier fällt. Im Müllbereich sehen wir uns vor einer sehr mutigen und sehr positiven Entwicklung.

Energiebereich: Na selbstverständlich, meine Damen und Herren, auch mir geht es zu langsam! Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich noch damals als Abgeordneter schon versucht habe, in Richtung Biomasse mich zu engagieren. Meine Damen und Herren! Es ist ganz einfach nicht wahr, wenn hier von diesem Rednerpult aus behauptet wird, Niederösterreich würde überholt werden und würde Dinge verschlafen. Es ist völlig umgekehrt der Fall, Herr Abgeordneter! Die Steirer waren auf Grund des Waldreichtums bei der Biomasse immer federführend. Wir sind aber den Steirern dicht auf den Fersen. Wir haben über 80 kleinregionale Fernheizsysteme, haben über 300 Millionen Landesmittel investiert. Ich glaube, das ist herzeigbar. Nur, meine Damen und Herren, dort fehlt es an der Wirtschaftlichkeit. Jetzt kommt es darauf an, meine Damen und Herren: Wenn wir nicht daran gehen, unser Steuersystem zu ökologisieren, dort auch die Gewichte etwas zu verschieben, dann werden wir uns mit der Biomasse, ob es Biodiesel, ob es Hackschnitzel oder Stroh ist, immer schwer tun. Dort ist der Hebel anzusetzen. (*Abg. Marchat: Ihr seid 10 Jahre in der Bundesregierung und redet 10 Jahre nur davon! Zehn Jahre lang habt ihr nichts getan!*)

Dort ist der Hebel anzusetzen, meine Damen und Herren. Und dorthin müssen wir versuchen, auch die Gewichte zu legen und gemeinsam, auch über Parteigrenzen hinweg, diesen Weg zu gehen. Hier könnten wir tausende Arbeitsplätze absichern. Es ist daher auch für Arbeitnehmervertreter sicher sinnhaft oder genauso sinnvoll, nicht nur über Arbeitszeitverkürzung, flexible Arbeitszeiten, sondern auch darüber zu reden, daß es Sinn machen würde, wenn wir uns die Wärme für die Raumheizung, für die Erwärmung von Wasser, selbst erzeugten.

Unser Wald schreit nach Durchforstungen. Wir haben hier Biomasse, Sonnenenergie und vieles andere mehr. Hier müssen wir auf der Bundesebene versuchen, diese Voraussetzung umzusetzen und das, was wir schon sehr, sehr lange verlangen, auch Wirklichkeit werden lassen. Politik ist Bohren an harten Brettern, meine Damen und Herren. Und wir bohren hier weiter. Aber daß Niederösterreich überholt wurde, gehört in das Reich der Märchen. Genauso bei der

Solarenergie. Hier waren die Oberösterreicher immer vor uns. Ich darf heute hier behaupten, daß wir bei den Selbstbaugruppen, Herr Abgeordneter, bei den Selbstbaugruppen sehr wohl führendes Bundesland geworden sind. Das kommt nicht von ungefähr. Wir haben wirklich eine Bewegung ins Leben gerufen, die beachtlich ist. Meine Damen und Herren! Darauf können wir stolz sein, daß wir Niederösterreicher hier ambitionierte junge Leute haben in den 35 Umweltberatern. Die gibt es in keinem anderen Bundesland oder es gibt sie kaum. Wir haben 35 junge Leute. Wir haben erst vor einigen Monaten das zehnjährige Jubiläum gefeiert. 35 junge Leute arbeiten ambitioniert mit den Bürgermeistern in den Regionen zusammen, um ein Umweltbewußtsein schaffen. Das gibt es in dieser Dichte in keinem anderen Bundesland. Und dann zu sagen, Niederösterreich hätte in der Umweltpolitik versagt, das weise ich doch in den Bereich der Polemik, wo es hingehört. Ich verstehe schon, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, daß Sie halt manche Dinge ganz einfach nicht wahrhaben wollen. Ich ziehe jetzt einen Vergleich, denn selbst wenn ich als Umweltlandesrat auf dem Wasser gehen würde, würden Sie herauskommen und sagen, Blochberger kann nicht schwimmen. Genauso ist Ihre Argumentation, meine Damen und Herren, aber die Fakten sprechen halt eine andere Sprache.

Was die Orientierung in der Agrarpolitik angeht, meine Damen und Herren: Erst vor einigen Tagen gab es eine Bilanz eines scheidenden Bundeskanzlers. Und es war sehr interessant, daß auch dort bei Franz Vranitzky einer der Punkte war, daß eigentlich Österreichs Landwirtschaft den höchsten Stellenwert hat, was die Biobauern angeht, von ganz Europa. Meine Damen und Herren! Ich bin froh darüber. Das zeigt sehr deutlich, daß wir hier gemeinsam den richtigen Weg gehen. Und wir Niederösterreicher sind bekannt in Europa. Die Produktionsmethoden in der Landwirtschaft haben sich gravierend geändert, aber auch die Bauern haben gravierend umgedacht. Aber nicht nur die Bauern, auch Landesbeamte. Meine Damen und Herren! Ich habe mich immer gefragt, wieso gibt es in den Straßenmeistereien Hackschnitzelheizungen? Wieso gibt es in den Straßenmeistereien Solaranlagen? Dann bin ich draufgekommen: Weil es dort zwei ambitionierte Landesbedienstete gibt, die trotz der Zwänge, die hier vorhanden sind, in Eigeninitiative es geschafft haben, in vielen Diskussionen in unseren Straßenmeistereien, in einer Reihe von Straßenmeistereien in gescheiter Weise, in sinnvoller Weise Hackschnitzelheizungen zu bauen, das Holz von

den Autobahnrändern zu verwenden; Solaranlagen zu bauen, Photovoltaik-Anlagen zu bauen. Hut ab auch hier vor diesen Landesbeamten, die bewiesen haben, daß sie Umweltpolitik ernst nehmen und umsetzen.

Dazu gehören auch unsere landwirtschaftlichen Schulen. Auch die wurden geöffnet, etwa für die dezentralen Kompostierungsanlagen. Meine Damen und Herren! Wir werden angerufen, von Kärnten, von anderen Bundesländern, viele wollen dem niederösterreichischen Beispiel folgen. Viele Gemeinden bedienen sich der Landwirtschaft, ein paar Bauern, die es geschickt machen, die es verstehen, auch den Inhalt der "Grünen Tonne" zu kompostieren, dezentral, und vieles andere mehr. Hier wurde eine Menge an positiven Dingen bewegt, die wir durchaus herzeigen können.

Aber zufrieden sein wäre verkehrt. Wir müssen uns in der Umweltpolitik, in der Energiepolitik, bei der Wärmedämmung weiter bemühen, immer wieder das Bewußtsein zu schaffen. Wir werden auch eine sehr breite Diskussion führen in unserem Land, auch in den Gemeinden, das wäre meine Vorstellung und mein Wunsch. Auch über die Energieversorgung draußen in den ländlichen Regionen. Denn es macht doch wenig Sinn, daß zügewise Kohle in unsere Regionen verfrachtet wird und Öl verfrachtet wird und damit wieder Kaufkraft abfließt in irgend welche ausländische Volkswirtschaften. Das kann nicht der Weg sein. Und gleichzeitig bekommen die Bauern dafür etwas, daß sie nichts mehr anbauen auf ihren Feldern. Meine Damen und Herren, da stimmt irgend etwas nicht! Hier müssen wir gemeinsam umdenken, mit den Arbeitnehmern, denn da geht es um tausende Arbeitsplätze, bei der Errichtung kleinregionaler Fernheizsysteme, beim Betrieb kleinregionaler Fernheizsysteme, bei der Wärmeisolierung. Da werden Sie uns von der ÖVP immer als Partner finden, damit wir diese Ziele auch erreichen können. Das ist Zukunftsbewältigung. Das sind wir kommenden Generationen schuldig. Dann werden wir das Toronto-Ziel erreichen. Sicher müssen wir uns alle gewaltig anstrengen dafür. Eine Unterschrift auf einem Blatt Papier reicht sicherlich nicht.

Nationalpark, und damit komme ich auch schon zum Schluß: Meine Damen und Herren, mir ist bewußt, - schade, daß der Abgeordnete Ing. Dautzenberg nicht hier ist - daß die Nationalparkerklärung nur ein erster Schritt ist in dieser Region. Die Sohlestabilisierung ist ein ganz wesentlicher Faktor. Wenn das in den nächsten Jahren, sprich zwei Jahrzehnten, nicht mehr bewerkstelligt wird, dann droht auch hier durch die

Grundwasserabsenkung der Ruin des Auwaldes. Das müssen wir verhindern. Ich bin aber froh, denn ich habe gemeinsam mit Herrn Kollegen Wagner die erste Nationalparkbeiratssitzung erlebt. Meine Damen und Herren! Alle 13 Gemeinden waren vertreten. Es sind dort acht Bürgermeister vertreten aus allen Parteien. Hier habe ich das Gefühl, daß wirklich erkannt wird, was es in dieser Region zu arbeiten gibt. Und dieses regionale Parlament, wie ich das immer formuliere, wird das auch maßgeschneidert in Angriff nehmen, was dieser Region gut tut. Ich bin hoffnungsfroh, wenn es auch politisch schwierig war. Meine Freunde von der Freiheitlichen Partei! Auch wenn Sie auf der Brücke gestanden sind und der Kollege Schimanek bei den Demonstranten dagegen, Sie hätten sich auch mit uns für den Nationalpark einsetzen können. Aber dort haben Sie versucht, politisches Kleingeld einzuwechseln. Meine Damen und Herren, so sehe ich Politik nicht. Sondern Politik sehe ich als Aufgabe, dafür einzutreten, wovon man überzeugt ist. Die Zukunft wird uns recht geben. Und wir führen auch im Thayatal eine gute Diskussion, die uns Hoffnung gibt, daß wir auch dieser Region demnächst, in den nächsten Jahren einen Nationalpark verwirklichen können. Das ist blaue Umweltpolitik, meine Damen und Herren, für die ich die Verantwortung trage. Und ich darf heute die Gelegenheit wahrnehmen, Sie alle wieder herzlichst einzuladen, die Polemik wieder zu vergessen. Die gehört schon auch dazu. Ich bin lange genug in diesem Haus, daß ich das weiß. Und ich war vielleicht auch einmal nicht der angenehmste Abgeordnete dieses Hauses, obwohl ich mich bemüht habe, sachlich zu sein. Es ist mir auch nicht immer gelungen. Umweltpolitik ist nicht schwarz, Umweltpolitik ist nicht rot, sie ist nicht blau, sie ist nicht grün und sie ist nicht gelb, sondern sie muß bewältigt werden. Umweltpolitik ist, Antworten zu finden, ist Zukunftspolitik. Und die Zukunftspolitik sollte unser gemeinsames Engagement wert sein. In diesem Sinne ein Dankeschön und ein Bitteschön für gemeinsame weitere Aktionen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Er verzichtet. Wir gelangen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Umwelt-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Zum Geschäftsstück "NÖ Umweltbericht 1996" liegen zwei Resolutionsanträge vor. Ich lasse zunächst über den Resolutionsantrag 1 zum Umweltbericht 1996 der Abgeordneten Haberler, Dr. Michalitsch, Feurer und Ing. Dautzenberg abstimmen. Er betrifft die Aufnahme von konkreten Zielvorstellungen und Erstellung eines Stufenplanes im Rahmen eines Maßnahmenkataloges für die Dauer einer Legislaturperiode. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag 2 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Feurer und Haberler betrifft die Aufhebung des NÖ Standortabgabegesetzes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Nowohradsky, die Verhandlungen zu den Zahlen Ltg. 544/A-2/16 und Ltg. 545/A-1/41 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Lugmayr, Dr. Bauer u.a. gemäß § 29 LGO zu den Anträgen der Abgeordneten Lugmayr u.a., Ltg. 545/A-1/41, und der Abgeordneten Dr. Bauer u.a., Ltg. 544/A-2/16, beide betreffen die Errichtung einer Tagesklinik in Gänserndorf, zu berichten.

Der Antrag des Ausschusses betrifft die Errichtung und den Betrieb der beiden Gesundheitsprojekte in Allentsteig und Gänserndorf. Der Bezirk Gänserndorf ist der einzige Verwaltungsbezirk Niederösterreichs, in welchem keine öffentliche Krankenanstalt für die Bevölkerung zur Verfügung steht. In den letzten Jahrzehnten wurden vielfach Bemühungen gesetzt, um die spitalsmäßige Versorgung dieses einwohnerstarken Bezirkes sicherzustellen. Hierbei wurden verschiedenste Varianten in Betracht gezogen, etwa ausgehend von einer Beteiligung am Sozialmedizinischen Zentrum Ost in Stadlau bis zur Errichtung einer eigenen Krankenanstalt.

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 30. November 1993 einstimmig einen Grundsatzbeschluß zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bezirk Gänserndorf gefaßt. In der Folge wurde die Landesregierung über die weiteren Schritte informiert und am 14. September 1994 faßte der Kommunalgipfel den Beschluß, den Planungsauftrag für ein medizinisches Zentrum in Gänserndorf mit den Schwerpunkten Notfallversorgung, Nachsorge,

Tagesklinik und Dialyse zu erteilen. Es wurde auch schon ein Baubeirat für dieses Projekt installiert. Die weiteren Umsetzungsaktivitäten gerieten jedoch ins Stocken, auch in Zusammenhang mit der Erstellung eines österreichweiten Krankenanstaltenplanes. Auch zur Errichtung eines neuen Baues einer Sonderkrankenanstalt für Neurologie samt Einrichtung eines Rehabilitationszentrums hat die NÖ Landesregierung einen zustimmenden Grundsatzbeschluß gefaßt, der die möglichst rasche Realisierung dieses Vorhabens vorsieht.

Mit der verpflichtenden Einführung des LKF-Systems im österreichischen Gesundheitswesen ab dem Jahr 1997 haben sich sämtliche Ausgangsbasen und Berechnungen, insbesondere bisherige Abschreibungsmodelle, Mehrwertsteuer etc. bei der Errichtung von Krankenanstalten geändert. Die leistungsbezogene Aufteilung nach Punktwerten hat ebenfalls eine neue Berechnung der Erträge und Betriebsaufwände erfordert. Diese Daten sind erst jetzt verfügbar, da das LKF-Modell 1997 erst im Oktober des Jahres 1996 vom Bund übermittelt wurde. Auf der Grundlage dieser neuen Berechnungen wurde das nun vorliegende gemeinsame Modell für Allentsteig und Gänserndorf von den Mitgliedern der Landesregierung Landesrat Mag. Edmund Freibauer und Landesrat Ewald Wagner ausgearbeitet. Es stellt die Voraussetzung für eine rasche Realisierung und Inangriffnahme der Tagesklinik in Gänserndorf und des Neurologiezentrums Allentsteig dar. Es gibt den betroffenen Gemeinden erstmals eindeutig Klarheit über die zukünftig zu erwartenden Belastungen aus dem Betrieb der Gesundheitseinrichtung. Die zuständigen Mitglieder der Landesregierung sollten daher, entsprechend dem vorliegenden Konzept, möglichst rasch die erforderlichen Schritte unternehmen um die Realisierung der beiden Gesundheitsprojekte in Allentsteig und Gänserndorf sicherzustellen.

Ich stelle daher namens des Gesundheits-Ausschusses den Antrag über den Antrag der Abgeordneten Lugmayr, Dr. Bauer u.a. (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Antrag der Abgeordneten Lugmayr, Dr. Bauer u.a., mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, entsprechend dem vorliegenden Modell für die Errichtung und den Betrieb der beiden Gesundheitsprojekte in Allentsteig und Gänserndorf sämtliche Schritte zu unternehmen, um die Realisierung

der beiden Gesundheitsprojekte möglichst rasch zu ermöglichen, wird genehmigt.

2. Der Antrag der Abgeordneten Lugmayr u.a. betreffend die Errichtung einer Tagesklinik Gänserndorf, Ltg. 545/A-1/41, und der Antrag der Abgeordneten Dr. Bauer, Dorfmeister-Stix u.a. betreffend die Errichtung einer Tagesklinik in Gänserndorf, Ltg. 544/A-2/16, gelten durch diesen Antrag als miterledigt."

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Herr Abgeordneter, ich danke für Bericht und Antrag und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (*FPÖ*): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Herr Präsident hat es in seiner Einleitung schon gesagt, wir haben heuer, wenn wir Glück haben, das Jahr, in dem die Gesundheitsreform nach 20jähriger Diskussion tatsächlich in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. Wir wissen es, diese Gesundheitsreform wurde durch die Einführung der leistungsorientierten Abrechnung eingeleitet, sollte eben Transparenz ermöglichen, Schwachstellen aufdecken und dann zu Strukturmaßnahmen führen.

Das zweite wichtige Moment in der Gesundheitsreform war es, den Finanzierungsrahmen fix zu machen, einen Fonds einzurichten, dessen Finanzierung eben nach oben hin begrenzt ist, ein sogenanntes geschlossenes Finanzierungssystem zu errichten. Und dieses geschlossene Finanzierungssystem ist auch der Angelpunkt der Reform. Denn es zwingt uns zur Notwendigkeit, die Einzelentscheidungen untereinander abzustimmen. Denn die Zuwendungen von Mitteln an einen bestimmten Standort hat es dann an sich, daß für andere Standorte weniger zur Verfügung steht, daß es eben zu einer Verknappung der Mittel für die restlichen Einrichtungen kommt. Das ist zwar schmerzhaft, aber sicher die einzige und einzig mögliche Methode, hier wirklich zu einer Reduzierung der Kostensteigerung zu kommen. Diese heilsame und schmerzhaft Selbstbeschränkung in der Kostenausweitung erfordert allerdings, daß wir ein genau durchkalkuliertes, landesweites Konzept haben auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite denke ich, daß dieser Zwang, an ein begrenztes Budget zu denken, die

Bereitschaft fördern sollte, auf alle fachlich und sachlich nicht einwandfrei begründbaren Vorhaben zu verzichten. Denn es wird notwendig sein in diesem Fonds, daß ein Antragsteller, sei es jetzt bereits ein Krankenanstaltenträger oder ein potentieller Träger, eben haarscharf vor den anderen argumentieren kann, warum dieses Vorhaben an diesem Standort und an keinem anderen errichtet werden soll.

Dieses geschlossene Finanzierungssystem kann nun, allerdings nur, so es nicht durchlöchert wird, garantieren, daß die Politiker frei von tagespolitischen Zwängen das langfristige Ziel erreichen, nämlich eine dauerhafte Absicherung der Spitalsfinanzierung. Ich betone noch einmal, der Erfolg jeder Reform wird daran hängen, daß wir die Vorgaben, die wir uns selbst mit diesem begrenzten Finanzrahmen gestellt haben, daß wir diese Vorgaben wirklich akzeptieren und nicht versuchen, durch Aus-, Flucht- und Schleichwege diesen Zwang selbst zu unterlaufen. Das wäre erstens nicht ehrlich gegenüber den Bürgern, die von uns erwarten und nach der Medienberichterstattung ja auch glauben müssen, daß wir es nun ernsthaft zu einer Reform bringen wollen. Und es wäre auch ganz und gar nicht vernünftig. Denn die Konsequenzen wären nicht nur, daß wir die Kostensteigerung - von einer Reduzierung der Kosten, das wissen alle, die sich auskennen, kann ja sowieso nicht die Rede sein - daß wir diese Kostensteigerung nicht nur nicht in den Griff bekommen, sondern viel schlimmer noch, schlimmer als jetzt, wir würden sie auch gar nicht mehr überschauen können. Denn die Kosten würden ja dann nicht mehr nur im Gesundheitsbudget auftauchen, sondern verschleiert auch in anderen Posten des Budgets. Und damit das jedenfalls nicht passieren kann, habe ich mir erlaubt, zusammen mit dem Abgeordneten Ing. Dautzenberg einen Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz und Ing. Dautzenberg zum Antrag des Gesundheits-Ausschusses zu Ltg. 544/A-2/16 und zu Ltg. 545/A-1/41, Antrag der Abgeordneten Lugmayr, Dr. Bauer u.a. gemäß § 29, betreffend die Errichtung und den Betrieb der beiden Gesundheitsprojekte in Allentsteig und Gänserndorf, betreffend Erhaltung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds als geschlossenes Finanzierungssystem.

Der neu gegründete Gesundheits- und Sozialfonds ist als geschlossenes Finanzierungssystem mit dem Ziel errichtet

worden, die Kostensteigerungen mit Hilfe der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung einzudämmen und die Akutversorgung durch bedarfsgerechte Krankenanstalten sowie durch die Schaffung und den Ausbau alternativer Versorgungseinrichtungen zu gewährleisten.

Nunmehr wird die Landesregierung aufgefordert, entsprechend dem vorliegenden Modell (Grobkalkulation durch die Firma Humanomed) für die Errichtung und den Betrieb der beiden Gesundheitsprojekte in Allentsteig und Gänserndorf Schritte zu unternehmen, um die Realisierung der beiden Gesundheitsprojekte möglichst rasch zu ermöglichen. Das Bundesland Niederösterreich und der NÖKAS sollen an der Betriebsgesellschaft je 50 % der Anteile halten. Diese Konstruktion darf jedoch nicht zum Unterlaufen des geschlossenen Finanzierungssystems des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds führen. Es muß darauf verzichtet werden, durch Interventionen jedweder Art Finanzmittel aus anderen Bereichen zu lukrieren und/oder durch Aufnahme von Krediten - z.B. zur Vorfinanzierung - zusätzliche Finanzmittel heranzuziehen. Eine solche Vorgangsweise würde die Aufhebung der Deckelung bedeuten und das Gesamtsystem gefährden. Zumal Konstruktionen wie die vorliegende sicherlich Modellcharakter haben und Forderungen anderer Krankenhausträger nach sich ziehen werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung sicherzustellen, daß durch die Gründung von Errichtungs- und/oder Betriebsgesellschaften das geschlossene Finanzierungssystem des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds nicht unterlaufen wird und damit die notwendigen Strukturmaßnahmen verhindert werden.
2. Nach der Entscheidung im NÖ Gesundheitsfonds betreffend Umsetzung eines Projektes die diesbezüglichen, detaillierten Unterlagen dem NÖ Landtag zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen."

Ich darf Sie, Hoher Landtag, um Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

Nun zu den zwei Projekten, die heute hier zur Beschlußfassung vorliegen. Zum ersten, Gänserndorf: Wir alle wissen, daß die Geschichte in Gänserndorf eine über die Jahrzehnte

dauernde ist. Und ich möchte hier klarstellen, daß es auch unser Anliegen ist, daß in Gänserndorf das hier vorliegende Projekt tatsächlich gebaut wird. Wir haben uns wiederholt dafür ausgesprochen und es kann hierüber keinen Zweifel geben.

Ganz anders Allentsteig: Es ist vor Jahren möglicherweise oder wahrscheinlich sogar be-rechtigt beschlossen worden, es haben sich dann aber sehr bald fachliche Zweifel an der Einrichtung einer akuten Neurologie gerührt. Und diese Woche, es ist heute auch schon in der Zeitung gestanden, aber Sie alle wissen es, diese Woche haben sich diese Zweifel so weit verdichtet, daß es eine einhellige, ablehnende Fachmeinung gibt. Das ist auch nicht erstaunlich. Es haben nicht die Fachleute vorher geirrt und jetzt haben sie umgeschwenkt, sondern man sagt, die Medizin verdoppelt ihr Wissen alle sieben Jahre. Und gerade für das Gebiet der Neurologie hat das in den letzten Jahren absolut zuge-troffen. Es ist hier wirklich ein Quantensprung passiert. Und ich möchte da nicht weiter darüber reden, ich bin keine medizinische Fachfrau. Ich denke nur, man sollte das beherzigen, was der Neurologe Prof. Gerstenbrand, wir wissen, daß er wirklich eine internationale Kapazität ist, hier gesagt hat. Er sagt: "Eine Akutneurologie benötigt die fächermäßige Unterstützung. Allentsteig hat da gar nichts, von der medizinischen Infrastruktur bis zum geschulten Pflegepersonal und zu den Krankenschwestern. Das Projekt abseits eines Spitals auf der grünen Wiese zu errichten, ist unverantwortlich." Meine Damen und Herren! Darüber sollten wir uns vielleicht als Politiker nicht so einfach hinwegsetzen. Denn es ist nicht nur so, daß wir hier etwas bauen, was vielleicht betriebswirtschaftlich nicht rentabel sein mag. Sondern hier steht eindeutig die Fachmeinung dagegen. Und wenn wir hier Neurologiebetten errichten, die - so wie es hier eigentlich ausgedrückt ist - nicht imstande sein werden, die Versorgung auf dem Stand der medizinischen Technik zu ermöglichen, so haben wir eben Neurologiebetten errichtet, die Sache ist verplant und es wird uns nicht möglich sein, Neurologiebetten einzurichten, die dann wirklich alle Stückeln spielen und die Versorgung so sicherstellen, wie es heutzutage möglich wäre. Ich denke, man sollte hier über Alternativen nachdenken in Richtung Rehab-Einrichtungen oder etwas Ähnliches. Herr Landesrat, ich glaube doch, daß wir uns dazu den Weg verbauen. Denn in diesem Antrag, den wir heute hier vorliegen haben, steht ja ganz eindeutig etwas von einer Akutversorgung drinnen. Wenn ich hier lesen darf: "Auch zur Errichtung eines Neubaues einer

Sonderkrankenanstalt für Neurologie samt Errichtung eines Rehabilitationszentrums hat die NÖ Landesregierung ... usw." Es wird hier bereits unterschieden zwischen dem vermutlich auch von uns zu akzeptierenden Rehab-Zentrum und der Sonderkrankenanstalt, die eindeutig die Akutversorgung sicherstellen soll. Ich denke, meine Damen und Herren, dieses Projekt ist bestimmt nicht entscheidungsreif. Und wir sollten das noch einmal zurücknehmen und noch einmal gut diskutieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für uns, meine Damen und Herren, hat sich die Sachlage wirklich seit dem Gespräch der Experten vollkommen verändert. Die Zweifel, die wir vorher hatten, sind jetzt wirklich durch die Fachmeinung so untermauert, daß wir zu einer Entscheidung gekommen sind, die uns sicher mit der Fachmeinung in Einklang bringt. Und so wie sich heute die Entscheidungsgrundlagen präsentieren, können wir diese Junktimierung zwischen Gänserndorf und Allentsteig nicht akzeptieren. Ich bitte Sie, Herr Präsident, einen Weg zu finden, über diese beiden Projekte eine getrennte Abstimmung durchzuführen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Muzik zu Wort.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Prä-sident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Ich kann heute mit Freude feststellen, daß ein langer, ein sehr langer Leidensweg, nämlich ein über 28 Jahre dauernder, die Errichtung und den Betrieb des Gesundheitsprojektes in Gänserndorf betreffend, in die Endphase geht. Und die jahre-langen Bemühungen um die Errichtung einer Tagesklinik in Gänserndorf können heute durch den gemeinsamen Antrag - und ich betone das Gemeinsame - einem positiven Abschluß zugeführt werden. Nach vielen Gesprächen mit den zustän-digen Landesräten Wagner und Mag. Freibauer sowie mit dem Bürgermeister der Stadtgemeinde Gänserndorf ist es gelungen, die Frage der Fi-nanzierung endgültig zu klären. Damit steht der Errichtung der Tagesklinik für den Bezirk Gänserndorf - und das ist der einzige Bezirk in Niederösterreich, der ohne Spital auskommen muß - sicher nichts mehr im Wege. Für den Bezirk Gänserndorf, meine Damen und Herren, ist dies nach den bereits erwähnten 28 Jahren als eine Erfolgsmeldung anzusehen. Man muß auch be-denken, welche Varianten in diesem langen Zeit-raum in Betracht gezogen wurden, ausgehend von einer Beteiligung am Sozialmedizinischen Zentrum Ost in Stadlau bis zur Errichtung eines

eigenen Krankenhauses in Gänserndorf. Mit der heutigen Beschlußfassung aber kann man sicher von einem Erfolgserlebnis sprechen.

Herr Landesrat Freibauer! Ihre Aussage vom 30. November 1993, deren einleitende Worte ehren mich persönlich sehr. Nämlich in der Angelegenheit der Tagesklinik in Gänserndorf. Als Sie meinten, und ich möchte das auch zitieren: "Aber eines möchte ich loben an Ihnen, Herr Kollege Muzik. Sie engagieren sich anständig und wir werden einmal miteinander auch die Eröffnung des Gesundheitszentrums Gänserndorf feiern. Ganz sicher, das verspreche ich Ihnen." Und weiter, "Sie werden sich freuen, daß auf Grund des Grundsatzbeschlusses der Landesregierung von heute" - 30. November 1993 - "dann im Jahre 1996 voraussichtlich dieses Gesundheitszentrum errichtet sein wird." Der letzte Satz, den ich zitiere, der hat mich weniger geehrt: "Sehen Sie nur zu, daß sie bald auf diesen gemeinsamen Zug aufspringen, sonst sind Sie hinten geblieben!" Ende des Zitates - Ihre Worte, Herr Landesrat. *(LR Mag. Freibauer: Das klingt wirklich so, als wäre es von mir!)*

Es ist von Ihnen. Herr Landesrat! Ich bin aber der Meinung, daß wir sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem Hohen Hause nicht als Trittbrettfahrer in dieser Angelegenheit tätig waren. Ich bin der Meinung, daß wir schon gemeinsam in diesem Zug gesessen sind, um eine Lösung zu finden. Und wir haben immer eine Lösung für unsere Mitmenschen im Bezirk Gänserndorf gefordert. Meine Damen und Herren! Darin ist eigentlich unsere Initiative zu sehen, darin ist auch das Bemühen vor allem des Kollegen Sivec, der leider heute nicht anwesend ist, und von mir zu sehen. Aber wenn Sie meinten, Herr Landesrat, mit Torpedos aus unserem Munde haben wir Feuer frei auf Sie bekommen - ebenfalls ein Zitat aus jener Landtagssitzung hier im Hohen Hause - so glaube ich vielmehr, meine Damen und Herren, daß unser Engagement schon wesentlich dazu beigetragen hat, daß diese Beschlußfassung beschleunigt wurde und auch die Entscheidungsfindung. Und wenn Sie, Herr Landesrat, mein Engagement lobten und von einem Zug sprachen, auf den es gelte aufzuspringen, um nicht überzubleiben, dann kann ich das vielleicht mit meinem Beruf vergleichen oder auf diesen umlegen. Der Lokführer ist jener, meine Damen und Herren, der den Zug führt und nicht am letzten Trittbrett hinten mitfährt. Es wäre natürlich ein bißchen überheblich und übertrieben, würde ich mich in dieser Angelegenheit an die Spitze stellen wollen. Ich will nur das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, meine Damen und Herren.

Zur medizinischen Versorgung des Raumes Gänserndorf wurde von der Firma Humanomed im Zuge einer Studie, wie ja bereits auf Grund der Antragstellung bekannt, eine Lösung in Form eines medizinischen Zentrums erarbeitet. Als Lösungsumfang wurde eine Unfallambulanz mit 24-Stundenbetrieb, eine Nachsorgeambulanz am Vormittag, eine Tagesklinik mit acht systemisierten Betten und zwei bis drei Aufwachbetten aus verschiedenen medizinischen Fachrichtungen unter Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte als notwendig erachtet. Durch die Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung von Abgangsabdeckung auf leistungsbezogene Krankenanstaltenfinanzierung, die sogenannte LKF, ergeben sich neue Bewertungskriterien, die Finanzierung der Leistungen und anfallenden Tätigkeiten in der Tagesklinik in Gänserndorf betreffend. Die Finanzierung soll nach der ausgearbeiteten und vorgeschlagenen LKF-Variante 2 erfolgen, wonach Gänserndorf weiterhin NÖKAS-Gemeinde bleibt. Weiters, meine Damen und Herren, wird die Gemeinde Gänserndorf das Grundstück für die Tagesklinik kostenlos zur Verfügung stellen und 20 Prozent der Errichtungskosten tragen. Die Errichtungskosten liegen nach der Grobschätzung etwa bei 130 Millionen Schilling. Davon wird Gänserndorf 20 Prozent begleichen. Meine Damen und Herren! In dieser Angelegenheit wurde sehr lange diskutiert und ich möchte jetzt gar nicht näher auf die Geschichte eingehen. Wir alle wollen gemeinsam - und ich betone nochmals das Gemeinsame - und endgültig die Debatte abschließen mit einem positiven Ergebnis, mit einer besseren medizinischen Versorgung für unseren Bezirk Gänserndorf. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wieder einmal steht das Thema "Versorgung des Bezirkes Gänserndorf" und "Sonderkrankenanstalt Allentsteig" zur Diskussion. An sich sollte das gar nicht mehr notwendig sein, denn Allentsteig wurde das erste Mal 1991 schon einstimmig von der Landesregierung in das Raumordnungsprogramm aufgenommen und als Sonderkrankenanstalt festgelegt. Und das medizinische Zentrum in Gänserndorf wurde am 30. November 1993 grundsätzlich in der Landesregierung beschlossen. Es ist klar, daß inzwischen Diskussionen auf Bundesebene zur leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung stattgefunden haben, daß sich inzwischen auch der NÖ Gesundheits- und

Sozialfonds konstituiert hat und daß damit andere Voraussetzungen geschaffen wurden. Und daß wir heute unsere Meinung, die wir ja schon seit vielen Jahren grundsätzlich haben - und zwar im großen und ganzen einhellig - daß wir diese bekräftigen.

Ich bin nicht einverstanden mit der Frau Abgeordneten Rosenkranz, die in ihrem Resolutionsantrag fordert, daß wir uns jede Entscheidung des Gesundheitsfonds vorlegen lassen sollen. Ich meine, das widerspricht doch auch Ihrer Argumentation, daß wir den NÖ Gesundheitsfonds fachlich arbeiten lassen sollen und nicht hineinregieren und -intervenieren usw. Und wenn Sie in diesem Antrag fordern, daß die Sinnhaftigkeit von Allentsteig - für Gänserndorf, haben Sie gemeint, ist es nicht notwendig - noch einmal überprüft werden soll, dann meine ich, grundsätzlich entschieden muß es im Fonds werden, im Gesundheitsfonds. Aber Sie widersprechen sich auch in der Argumentation. Denn Sie schreiben hier: Es soll die Schaffung und der Ausbau alternativer Versorgungseinrichtungen gewährleistet sein. Und ich meine, nicht nur Gänserndorf, sondern auch Allentsteig ist sehr wohl eine alternative Versorgungseinrichtung. Denn Allentsteig ist nicht geplant als neurologisches Krankenhaus im herkömmlichen Sinne, sondern sehr wohl als Kombination mit einer Rehabilitation. Und das ist etwas Alternatives, etwas Zeitgemäßes.

Ich habe mir hier eine Passage herausgenommen aus der PROGNOSE-Studie über die Versorgung des Gesundheitswesens in Niederösterreich. Und da wird geschrieben, daß die Versorgung an sich recht gut ist, aber regional sehr unterschiedlich. Das trifft besonders für Gänserndorf zu, wo wir nun die Versorgung mit einer alternativen Einrichtung, mit einer ambulanten Einrichtung sicher in die neue Richtung der kosteneffizienteren Einrichtung schaffen werden. Und es sollen kostengünstigere und ambulante Pflegebereiche und Rehabilitationsbereiche geschaffen werden. Und ich finde, das trifft für Allentsteig genauso zu.

Ich bin froh darüber, daß es gelungen ist, diesen Antrag nun gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei zu formulieren. Ich bin auch froh darüber und ich hoffe, die Entscheidung der Stadt Gänserndorf hält nun, sich, wie alle anderen Träger von Krankenhäusern an der Finanzierung zu beteiligen. Wir haben Gänserndorf und Allentsteig das Risiko genommen, das möglicherweise befürchtet wurde auf Grund des neuen Betriebsfinanzierungsmodelles. Und damit hoffe ich doch, daß wir die notwendigen Voraussetzungen in der

Willensbildung hier im Landtag geschaffen haben mit der Aufforderung an die Regierung, die natürlich nur über den NÖ Gesundheitsfonds verwirklicht werden kann, daß wir das damit geschaffen haben.

Dem Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz kann meine Partei nicht zustimmen, aber dem gemeinsamen Antrag werden wir mit Freuden zustimmen, weil wir hoffen, daß damit sowohl in Gänserndorf als auch in Allentsteig eine sinnvolle Einrichtung für die Versorgung der Bevölkerung geschaffen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Wagner.

LR WAGNER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Lassen Sie mich einige wenige Anmerkungen zu diesem heutigen Tagesordnungspunkt machen. Es ist zweifellos so, daß mit diesem heutigen Beschluß zumindest einmal für die Zukunft Klarheit in der Finanzierung dieser beiden Vorhaben gegeben ist. Und ich stehe auch nicht an, und ich habe das den Allentsteigern zuvor gesagt, und ich sage es auch in diesem Hause, die Allentsteiger müßten sich eigentlich bei Landesrat Freibauer jetzt bedanken. Denn dieses Finanzierungsmodell hat den Allentsteigern für die Zukunft zumindest einmal in diesem Bereich viele Sorgen genommen. Mir ist völlig klar - und ich werde das noch ausführen - unter normalen Bedingungen, unter LKF-Bedingungen, wäre es sicherlich für die Zukunft für Allentsteig nicht leicht gewesen, überhaupt an die Realisierung eines derartigen Projektes zu denken.

Es geht darum, für die Zukunft in allen Fragen immer wieder das medizinische Erfordernis in einem Bezirk entsprechend zu formulieren und auch zu prüfen, ob es möglich ist, nach dem Stand der Wissenschaft dann dort vorzugehen. Und als zweite Frage werden wir uns bei jedem Projekt stellen müssen, ob dieses Projekt auch wirklich wirtschaftlich tragbar ist in Zeiten, in denen es auf allen Seiten gedeckelte Budgets gibt. Und natürlich alle, die am großen Kuchen mitnaschen, mit Argusaugen darauf schauen werden, daß aus diesem Topf nicht allzu viele Dinge abgezweigt werden, weil damit natürlich alle ins Schleudern kommen könnten.

Eine Erklärung, warum es bei Gänserndorf vielleicht über Gebühr lange gedauert hat, hängt

sicherlich damit zusammen, daß natürlich die Veränderung des Finanzierungssystems auch die Frage gestellt hat, wie wird denn in der Zukunft eine Tagesklinik sich darstellen. Es gibt hier überhaupt keine Erfahrungen. Und es war daher notwendig, halt aus vielen Überlegungen diese Berechnungen anzustellen, die angestellt wurden und damit auch klarzumachen, daß auch unter diesen neuen Bedingungen, wenn auch LKF-Punkte dort erwirtschaftet werden, am Ende Abgänge, Verluste, wie immer Sie das sagen wollen, überbleiben. Und daher war es wichtig, auch diese Frage einer Finanzierung so zu lösen, daß der Gemeinde einigermaßen Sicherheit geboten wird, daß sie hier nicht sozusagen ungeprüft in ein Abenteuer läuft. Und es ist zweifellos auch für Gänserndorf die Sicherheit gegeben, weil das eben ein Pilot-, ein Modellprojekt ist.

Und ich habe mich bemüht, und ich hoffe, daß es auch gelingen wird, bei Gänserndorf den Baubeschluß für ein physikalisches Institut an einem ganz anderen Ort noch einmal abzubiegen, damit dieses physikalische Institut an den Ort der Tagesklinik übersiedelt. Und wenn das gelingt, und vielleicht auch noch zwei Arztordinationen das medizinische Angebot dort komplettieren, so könnte das wirklich für Gänserndorf ein Modell werden, das wesentliche Dinge in Zukunft sicherstellt. Aber es ist klar, auch in Zukunft werden die Gänserndorfer Betten in Wien brauchen. Denn es kann in einer Tagesklinik natürlich nur eine beschränkte Leistung geboten werden. Und alles, was darüber hinausgeht, geplante Operationen etwa, wird natürlich nach wie vor in Wien stattfinden haben. Und ich hoffe und ich gehe davon aus, daß diese Frage in Wahrheit keine Frage mehr ist. Für uns Niederösterreicher ohnehin nicht. Also, ich glaube, wir sind in Gänserndorf am richtigen Weg. Wir haben den Baubeirat schon für das nächste Mal eingeladen, es wird mit der Bauabteilung des Landes bereits noch einmal das Raumprogramm überprüft, damit wir dort keinen Quadratmeter zu viel, keinen Quadratmeter zu wenig bauen, und daß natürlich auch die Grundstücksgröße entsprechend abgestimmt wird, damit auch hier wirklich möglichst sparsam aber doch ein möglichst gutes Projekt auf die Füße gestellt wird.

Bei Allentsteig, meine sehr geschätzten Damen und Herren, möchte ich ein für allemal hier ausräumen: Es geht nicht darum, den Allentsteigern etwas Böses anzutun. Sondern auch hier ging es mir und geht es mir darum, ein Projekt auf die Füße zu stellen, von dem wir auch morgen und übermorgen noch unterschreiben können, daß es ein gescheites Projekt ist und vor allem,

daß wir uns nicht übermorgen darüber den Kopf zerbrechen, wie wir das finanzieren. Und daher möchte ich noch einmal klar machen, daß ich vor allem mit der Problematik mich in den letzten Wochen und Monaten immer mehr auseinandersetzen mußte, daß halt immer mehr Fachleute gesagt haben, eine Akutneurologie auf der grünen Wiese ohne einen entsprechenden Background ist einfach medizinischer Unfug. Und das hat sich am vergangenen Dienstag, es wurde ja heute schon gesagt, herausgestellt. Ich habe aber kein Problem damit - auch das sage ich in aller Deutlichkeit - wenn jetzt darüber nachgedacht wird - und ich formuliere dann noch einen Anhang - wie man in Allentsteig eine Sonderkrankenanstalt kreiert, die sehr wohl auch natürlich in manchen Bereichen auf LKF-Punkte, das heißt also auf den Gesundheitsfonds zurückgreifen kann. Ich hoffe, daß es möglich sein wird - es ist noch nicht gesagt, daß es uns möglich sein wird - für den Rehab-Bereich die Sozialversicherung zur Mitfinanzierung zu gewinnen. Denn ich sehe natürlich nicht ein, daß Patienten aus Niederösterreich nach Passau geschickt werden um gutes Geld der Österreicher, wenn wir das im eigenen Land auch zustande bringen. Aber darüber müssen natürlich noch Gespräche mit dem Hauptverband geführt werden. Ich gehe jedoch davon aus, daß das möglich sein wird. Und es wird, so ist das am vergangenen Dienstag auch herausgekommen, natürlich auch Patienten geben, die vielleicht über Gebühr dort sein werden müssen, weil sie einer längeren Rehabilitation und Pflege bedürfen. Und da wird es halt so wie in Gugging und in Mauer sein müssen, daß auch Teile der Sozialhilfe angesprochen werden können. Und ich hoffe also, daß es mit diesem heutigen Beschluß möglich sein wird, auch in Allentsteig diese Sonderkrankenanstalt zuwege zu bringen.

Ich hätte schon heute - es war nicht möglich aus terminlichen Gründen, ich hoffe, daß es morgen oder am Montag gelingt - jene Leute versammeln wollen, die hier einen konkreten Auftrag bekommen werden. Vor allem der Sanitätsdirektor, der Hofrat Ladenbauer und der Herr Hofrat Kuhlant - damit hat er es auch gleich erfahren, nachdem er auf der Galerie sitzt - sollen darüber nachdenken, wie dieses medizinisch-pflegerische Konzept für Allentsteig auszuschauen hat, welche personelle Ausstattung notwendig ist, welche medizinisch-technische Ausstattung notwendig ist und wie vor allem auch die baulichen Maßnahmen zu setzen sind, daß - und das ist das Entscheidende - das Krankenhaus Allentsteig, das unter den Bedingungen von heute zum Tode verurteilt ist, möglichst rasch umgestellt werden kann auf

diese Sonderkrankenanstalt, damit wir dort eben die Möglichkeit haben, nicht Geld zu vernichten, sondern nach Möglichkeit jene medizinischen Leistungen zu erbringen, die in Niederösterreich gebraucht werden. Und wenn das gelingt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann bin ich überzeugt davon, daß wir einen Schritt weiter gekommen sind. Und ich meine, und das möchte ich auch in Richtung FPÖ sagen, daß wir mit diesem heutigen Beschluß eigentlich noch lange nicht sozusagen schon implementiert haben, daß wir in Allentsteig etwas machen, was medizinisch nicht gescheit ist. Sondern es geht um ein Finanzierungsmodell und um nicht mehr und nicht weniger.

Der Gesundheitsfonds wird sich mit diesem Konzept zu beschäftigen haben und irgendwann einmal wird auch der Landtag sich mit der Frage zu beschäftigen haben, unter welchen Bedingungen und zu welchen Preisen dort etwas gebaut wird und so weiter und so fort. Das heißt also, die Letztentscheidung hat natürlich auch in dieser Frage der NÖ Landtag. Sodaß also der NÖ Landtag natürlich von der Kontrolle und der Prüfung, ob diese Projekte gescheit sind, nicht ausgeschlossen ist, sondern ganz im Gegenteil, der Landtag wird die letzte Entscheidung zu treffen haben. Ich danke Ihnen schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Es ist tatsächlich eine große Freude, daß heute dieser gemeinsame Beschluß auf Antrag von ÖVP und SPÖ über die beiden Gesundheitsprojekte Allentsteig und Gänserndorf hier im Landtag eine große Zustimmung erhalten wird. Das ist damit nicht nur eine Bestätigung des Finanzierungsmodelles für diese zwei Sonderfälle an Gesundheitseinrichtungen, sondern, glaube ich, auch eine wichtige Bestätigung des bisherigen gemeinsamen Ringens um Lösungen. Und ich glaube, es war hier - und ich werde das auch im Detail anführen - doch so, daß ständig ein Bemühen um neue Ideen spürbar war. Es stehen ja neue Aufgaben zur Bewältigung an, sowohl in Allentsteig wie auch in Gänserndorf, und das kann man halt nicht mit herkömmlichen Lösungsvorschlägen bewältigen, sondern nur mit neuen Ideen.

Und wenn - ich muß auf den Zeitplan ein bißchen eingehen - der Herr Abgeordnete Muzik sagt, im Jahr 1996 wollten wir eigentlich schon Gänserndorf eröffnen, dann kann ich sagen, ich hatte wirklich die feste Absicht, als ich das gesagt habe im Jahr 1993, daß es so sein soll. Und ich habe auch ständig alles dazu beigetragen, um dieses Projekt voranzutreiben. Am 27. Jänner 1993, also zwei, drei Monate, nachdem ich zum Landesrat gewählt wurde, habe ich als Raumordnungsreferent diese Arbeitsgruppe reaktiviert zur Spitalsversorgung in Niederösterreich mit dem Schwerpunkt Gänserndorf. Am 10. März 1993 fand die zweite Sitzung dieser Arbeitsgruppe statt, schon unter Beiziehung der Bezirksärzte und der Primärärzte. Und am 31. März habe ich bereits als Raumordnungsreferent eine Studie in Auftrag gegeben zur Erstellung einer Konzeption für eine optimierte Gesundheitsversorgung für den Raum Gänserndorf. Und die Studie ist dann von mir am 4. Oktober 1993, sozusagen fertig dem Herrn Landesrat Wagner übermittelt worden. Dann hat es innerhalb weniger Wochen ein Treffen gegeben wieder mit der Ärzteschaft, eine Information und Besprechung bei der Landessanitätsdirektion, dann die Information der Ärztekammer und nicht nur der Ärzteschaft. Schließlich haben wir gemeinsam in der Sporthalle Gänserndorf in einer öffentlichen Diskussion das Projekt "Medizinisches Zentrum Gänserndorf" vorgestellt. Und aus dieser Veranstaltung, glaube ich, hat der Herr Abgeordnete Muzik zitiert, wenn ich es richtig verstanden habe.

Nun, ich habe in der Folge, und zwar im Jänner 1994, der Humanomed den Auftrag erteilt, jetzt sozusagen die nötige Umsetzungsstudie zu erstellen. Und diese Studie ist am 20. Mai 1994 eingelangt, da waren wir immer noch im Zeitplan, den ich angekündigt habe. Und am 6. Juni 1994 haben wir zwei uns wieder geeinigt über den Leistungsumfang. Was soll also dieses medizinische Zentrum jetzt wirklich anbieten. Am 14. September 1994 hat es einen Kommunalgipfel gegeben, der den Planungsauftrag erteilt hat. Gleichzeitig war das der Tag meiner ersten Enttäuschung in der Sache. Da habe ich nämlich erfahren bei diesem Kommunalgipfel, daß das Grundstück, auf dem wir alles geplant hatten, von der Gemeinde Gänserndorf verkauft wurde. Stimmt es? Also, das war schon ein Tiefschlag. Wer der Gemeinde Gänserndorf diesen Rat gegeben hat, weiß ich nicht, aber er hat sicher dazu beigetragen, das Ganze zu verzögern. Trotzdem wurde am 5. Dezember 1994 die erste Baubeiratssitzung einberufen zwecks Konstituierung. Und dann war längere Zeit Pause - nicht von mir verursacht, son-

dem aus zwei Gründen vor allem. Die Grundstücksfrage einerseits, dieses ständige Überlegen, kann sich die Gemeinde Gänserndorf so eine Einrichtung leisten? Wie kommt man am billigsten durch? Und dann ist die Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung dazugekommen, und das war natürlich auch eine ganz gute "Ausrede", unter Anführungszeichen. Es sind eineinhalb Jahre vergangen, in denen nichts weiter gegangen ist. Schließlich habe ich am 6. Dezember, am Nikolotag, ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Ich glaube, da können die Gänserndorfer wirklich sagen, da ist der Nikolaus gekommen. Denn in diesem Finanzierungskonzept war festgelegt eine Risikobegrenzung für die Gemeinde Gänserndorf. Solche Finanzierungskonzepte sind nur für Sonderfälle möglich, also zum Beispiel für Gänserndorf und für Allentsteig, sind aber nicht im ganzen Land anwendbar. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Nun, dann die Informationen an den Gesundheits-Ausschuß, Beschluß im Gesundheits-Ausschuß. Und heute sind wir soweit, daß wir hier wirklich sagen können, jetzt haben auch die Gänserndorfer zugegriffen, nach langem Zögern. Und die Einrichtung ist nicht nach Deutsch Wagram abgewandert. Obwohl die das auch gerne gehabt hätten. Aber fairerweise muß ich sagen, die Deutsch Wagramer waren nicht so zimperlich bei den verschiedenen Bedingungen. Die Gänserndorfer haben im letzten Augenblick noch erkannt, wo man Ja sagen muß. Ich freue mich, weil ich bin in Gänserndorf ja acht Jahre zur Schule gegangen, jetzt kommt dieses Zentrum nach Gänserndorf und nicht nach Deutsch Wagram. Aber die Hauptsache ist, der Bezirk Gänserndorf wird nun in Zukunft medizinisch besser versorgt. Und dazu wird sicher auch das Schwerpunktkrankenhaus Mistelbach noch etwas beitragen, denn die Zusammenarbeit mit der Tagesklinik hängt sicher auch von der Leistungsfähigkeit des Schwerpunktkrankenhauses in Mistelbach ab. Aber jetzt wird alles, glaube ich, richtig laufen.

Wären wir in Allentsteig schon so weit, würde ich mich noch mehr freuen. Jeder kennt meine Position in dieser Sache. Ich habe sie nirgends noch verschwiegen, weder gegenüber den Klubs, noch gegenüber der Opposition, noch gegenüber dem NÖGUS. Also alle, die mich fragen, bekommen immer die Antwort, die hier feststeht. Wir haben vier Problemfälle in der Gesundheitsversorgung in Niederösterreich. Das ist Allentsteig, das ist Gänserndorf, ist aber auch Eggenburg und Korneuburg. Und die vier bilden ein Paket und für die vier wird es Lösungen geben. Miteinander! Da muß man aber auch den Mut haben, miteinander

Verantwortung zu tragen. Das gehört auch dazu. Ich lasse mich nämlich nicht dann alleine prügeln. Ich soll immer alle möglichen Ideen beisteuern, wie man das gut finanziert usw., es muß auch auf anderer Ebene etwas mehr an guten Ideen zur Lösung der vier Fälle eingebracht werden.

Wie war das in Allentsteig? Da müssen wir auch ein bißchen die letzte Zeit in Erinnerung rufen. Am 28. August 1991, da war ich noch nicht in der Landesregierung, ist bereits von der NÖ Landesregierung mit dem Raumordnungsprogramm beschlossen worden die Umwandlung des Krankenhauses Allentsteig in eine Sonderkrankenanstalt für Neurologie. Das ist einstimmiger Beschluß der Landesregierung, gefällt nach Begutachtungsverfahren, selbstverständlich mit Zustimmung des Landessanitätsrates. Alles, was notwendig war, ist damals in dem Beschluß enthalten gewesen. Ich bin dann im Oktober 1992 hier eingebunden worden in die Sache, eigentlich noch als Obmann des Gemeindevertreterverbandes, bei einem Sanierungsgespräch für Gemeinden. Und da ist auch Allentsteig dabei gewesen. Und da habe ich diesen Bann, der da bestand, durchbrochen. Also Allentsteig hat dann mit Zustimmung von Landeshauptmannstellvertreter Höger über meinen Antrag zwei Millionen Schilling erhalten als Sonder-Bedarfszuweisungsmittel für die Planung dieses Projektes in Allentsteig. Weil sie nicht imstande waren, selbst die Trägerkosten aufzubringen. Weil sie nicht einmal den Haushalt ausgleichen konnten zu diesem Zeitpunkt. Am 16. November 1993 hat es dann einen Kommunalgipfel gegeben mit dem Grundsatzbeschluß über die Errichtung einer Sonderkrankenanstalt für Akutneurologie in Kombination mit einer Neurorehabilitation in Allentsteig. Und dann hat es wieder Verzögerungen gegeben. Fast zwei Jahre lang. Wo liegen da die Verzögerungsursachen? Ihr kennt sie alle - die Grundstückssuche. Aber nicht, weil die Allentsteiger nicht das Grundstück zur Verfügung stellen wollten, sondern weil immer mit dem Lärm Probleme gemacht wurden. Es wurde "viel gelärmt" und viel gemessen, und dann hat man doch einen Platz gefunden, auf dem man diese Einrichtung doch bauen könnte.

Schließlich gab es am 19. September 1995 einen nächsten Schritt: Den Grundsatzbeschluß über die Errichtung eines Neubaus der Sonderkrankenanstalt für Neurologie und Schmerztherapie in der Sitzung der NÖ Landesregierung. Der erfolgte wieder einstimmig. Und am 14. Mai 1996: Sitzung der NÖ Landesregierung, Stellungnahme, gemeinsame Stellungnahme zum NÖ Krankenanstaltenplan, insgesamt natürlich zum österreichi-

schen Krankenanstaltenplan. Und da ist nachzulesen: Eine Schließung des Krankenhauses Allentsteig wird nicht akzeptiert. Damit hat die Landesregierung eine Standortgarantie abgegeben für eine Gesundheitseinrichtung in Allentsteig. Natürlich immer im Sinne der Beschlüsse der Landesregierung. Im Mai 1996 - und das ist wieder ein Versäumnis, das da passiert ist - im Mai 1996 hat nämlich Allentsteig einen Antrag gestellt und eine sogenannte Zwischenlösung beantragt beim Gesundheitsreferat. Und nichts ist geschehen in bezug auf eine Zwischenlösung. Im November 1996 haben sich die Allentsteiger an den Landeshauptmann gewendet und schreiben, ich zitiere nur wenig aus den vielen Seiten: Wir haben bereits im Sommer bei Landesrat Ewald Wagner um die Bewilligung zur Umstrukturierung des derzeitigen Krankenhauses in eine Sonderkrankenanstalt für Neurologie, wie es im NÖ Raumordnungsprogramm und in zahlreichen Landesbeschlüssen festgelegt wurde, angesucht und die Unterlagen ordnungsgemäß eingereicht. Was auch niemand bestreitet. Es handelt sich dabei, schreibt die Gemeinde weiter, um eine Zwischenlösung bis zum Neubau des neurologischen Zentrums in Allentsteig. Daher ist vorerst auch nur eine eingeschränkte Neurologie vorgesehen, wie sie eben im bestehenden Haus ohne große Kosten durchführbar ist. Das würde wesentlich zur Senkung unseres Krankenhausdefizites beitragen und gleichzeitig eine personelle und infrastrukturelle Vorbereitung für das neurologische Zentrum mit sich bringen. Und das stimmt, was die Allentsteiger da schreiben. Man hätte tatsächlich auch schon Geld sparen können, wenn man schon die Umwandlung im Sinne der Zwischenlösung durchgeführt hätte.

Wichtig ist jetzt, wie geht es weiter nach den Beschlüssen, die nun der Landtag faßt? Es gilt für Allentsteig das Finanzierungskonzept wie für Gänserndorf. Es wird der nächste ständige Ausschuß des NÖGUS sich wieder mit Gänserndorf und Allentsteig, mit Korneuburg und Eggenburg beschäftigen, das habe ich in der letzten, der konstituierenden Sitzung bereits angemeldet, daß diese vier Tagesordnungspunkte vorzubereiten sind. Und ich glaube, wir sollten bis dahin das machen, was ich heute dem Herrn Landesrat Wagner am Vormittag vorgeschlagen habe. Ich habe gesagt, wie kann nun diese Zwischenlösung, die die Allentsteiger beantragt haben, ausschauen? Wie kommt man zu dieser Zwischenlösung bis zur Erreichung eines angestrebten Zieles? Erstens einmal, diese Sonderkrankenanstalt heißt mit Recht "Sonderkrankenanstalt". Auch wenn

unterschiedliche Patienten dort behandelt werden müssen. Es ist das auch im Sinne der Gemeinschaft aller Krankenhäuser Niederösterreichs gelegen. Warum? In jedem Krankenhaus gibt es derartige Patienten, die jetzt vor allem in internen Abteilungen behandelt werden. Fachleute sagen, daß das nicht richtig ist, daß die in internen Abteilungen behandelt werden. Manche werden auch in andere Bundesländer geschickt. Und wenn man jetzt alle diese Krankenhäuser sozusagen betrachtet, dann gibt es eine ganze Menge von Patienten, die eigentlich dort nicht am besten aufgehoben sind, sondern besser aufgehoben wären in einem Neurologiezentrum Allentsteig. Und daher müssen alle diese Krankenhäuser und Träger auch mit einsehen, daß natürlich diese Einrichtung in Allentsteig etwas kostet. Daß das daher nicht außerhalb des NÖGUS zu finanzieren ist, sondern eindeutig eine Aufgabe des NÖGUS ist. Und der heißt ja auch "Niederösterreichischer Gesundheits- und Sozialfonds". Wir haben immer gewußt, es gibt Bereiche, die sich überschneiden. Und das ist so ein typischer Fall, der da auch angesprochen wird. Daher auch eine Sonderkrankenanstalt. Und für diese Sonderkrankenanstalt soll also schon zum Zeitpunkt der Zwischenlösung natürlich dieses Finanzierungskonzept angewendet werden.

Soweit das eine; das zweite: Der Herr Landesrat Wagner hat mir zugesagt, und er hat es auch erwähnt jetzt in seiner Rede, daß nun diese Zwischenlösung definiert wird. Was heißt Zwischenlösung im Bereich der medizinischen Aufgaben, im Bereich der Ausstattung mit Personen und mit Einrichtungen? Das wird in aller Kürze nun definiert. Aber nicht von mir oder von Landesrat Wagner, sondern von Fachleuten. Vom Sanitätsdirektor gemeinsam mit den Vertretern des Krankenhauses Allentsteig und Experten aus der Neurologie usw. Die werden definieren, wie eine Zwischenlösung Allentsteig ausschauen soll. Und dann hat mir der Herr Landesrat Wagner gesagt, wenn das zufriedenstellend definiert ist, wird er sofort auch seine Unterschrift geben zur Genehmigung. Es braucht nämlich keine anderen Beschlüsse mehr. Niemand braucht mehr einen Beschluß zu fassen. Wenn die Zwischenlösung vom Landesrat Wagner anerkannt ist, dann braucht nur mehr er zu unterschreiben und wir können schon umwandeln. *(Abg. Gruber: Aber jetzt wird schon darüber abgestimmt!)*

Jetzt schon. Wir reden davon, wie es weitergeht nach dem Beschluß, Herr Abgeordneter. Wir sind schon ein Stück weiter. Wir nehmen an, der Beschluß ist gefaßt, wir haben alle schon unsere Freude darüber ausgedrückt. Ich glaube, es wird

niemand umfallen von denen, die gesagt haben, daß sie zustimmen. Und wir reden, und diese Frage haben wir eindeutig zu beantworten, wir reden darüber, wie geht es weiter? Mit papierenen Beschlüssen allein ist niemandem geholfen. Weiter geht es mit der Definition der Zwischenlösung. Und wenn die Zustimmung zur Zwischenlösung da ist, wird der NÖGUS damit beschäftigt, wird das Finanzierungsmodell angewandt, wird die Gesellschaft gegründet. Und das sind die Aussichten, dieser Beschluß und die Gespräche Wagner-Freibauer von heute Vormittag, die wir den Betroffenen in Allentsteig einerseits und andererseits in Gänserndorf bieten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren im Landtag! Noch einmal ein Dankeschön, daß Sie unsere Vorstellungen, die in diesem Beschluß ja kurz gefaßt vorliegen, auch anerkennen und mittragen. Ich glaube, wenn wir sagen, wir machen anständige Politik, so heißt das, daß wir diese gemeinsamen Beschlüsse auch gemeinsam umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP, Abg. Uhl und Abg. Muzik.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ganz kurz noch einmal, Herr Landesrat Freibauer, wenn ich das so salopp formulieren darf, ich denke, Sie haben jetzt wirklich jede Klarheit beseitigt. Denn was wir, Ihr, bzw. Sie hier heute beschließen, ist dieses sogenannte Grobkonzept. Und Sie sagen, es wird kein weiterer Beschluß notwendig sein und es wird jetzt der Gesundheitsfonds alles unternehmen. Dem ist ja überhaupt nicht so. Wir haben hier Maßnahmen zur Umsetzung, Punkt 4.1 bis 4.9. Und ich denke, wir halten jetzt bei Punkt 4.3, Antragstellung an den NÖ Gesundheitsfonds. Das war ja auch das, was wir grundsätzlich befürwortet hätten. Der Gesundheitsfonds befaßt sich jetzt eben mit diesen beiden Dingen. Aber schon in der Formulierung des Antrages ist es ja tatsächlich schon ausgeweitet. Da wird ja bereits gefordert: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, sämtliche Schritte zu unternehmen. Das konterkariert ja irgendwie diesen Schritteplan hier. Wenn wir bei Punkt 4.3 sind, dann kommt 4.4, Entscheidung im Gesundheitsfonds, Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bund, Beschluß des NÖGUS, und dann 4.7, Grundsatzentscheidung im Landtag. *(LR Mag. Freibauer: Frau Abgeordnete! Mit einer Verwirrungspolitik werden Sie die Probleme nicht*

lösen! Sie wollen ein Argument dafür, daß Sie dagegen sind. Wir nehmen das zur Kenntnis, daß Sie dagegen sind!)

Das steht da im Grobkonzept! Das haben Sie in dem Konzept Freibauer-Wagner aufgeschrieben. Und über dieses Konzept soll heute hier abgestimmt werden.

Frau Kollegin Lugmayr! Sie sagten eben, unser Resolutionsantrag wäre widersprüchlich zu diesem Punkt. Das ist er aber nicht. Wir wollten nur sichergestellt haben, daß wir nicht hier auf der Grundlage eines sogenannten Grobkonzeptes, das wirklich kaum Genaueres enthält, eine endgültige Entscheidung treffen. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)* Ja, das sind alles Zetteln. Wir hören eben auch, daß der Landesrat mit dem Landesrat gesprochen hat und das wird jetzt Grundlage dieses Antrages. Ich darf Sie nur an eines erinnern: Es geht da nicht um kleine Summen. Darf ich Ihnen sagen, was Allentsteig kostet? Das ist ein Investitionsrahmen von 255 Millionen Schilling! *(LR Mag. Freibauer: Sie können sich darauf verlassen, daß alles ordnungsgemäß durchgeführt wird um den Leuten zu helfen!)*

Ich meine, es ist doch ein bißchen leichtfertig, über so etwas einfach so hinwegzureden und zu sagen, wir haben zwar überhaupt kein konkretes Programm. Sie haben wieder von einer Akutversorgung gesprochen, der Landesrat Wagner hat gesagt, das ist noch lange nicht ausgemacht. Sie haben gesagt, es dreht sich um die Akutversorgung. Es sind 255 Millionen Schilling, die hier bereitgestellt werden für etwas, was eigentlich noch gar nicht konkret am Tisch liegt. Und da meine ich doch, daß es ein bißchen nachlässig ist, solche Summen so wenig vorbereitet jetzt wirklich in einer Zeit, wo alles und jedes knapp wird und wo allgemein gespart werden muß, solche Summen einfach so zu verplanen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als letzter Redner ist vorgemerkt Herr Klubobmann Dr. Bauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr froh, daß die Vorredner der ÖVP und der SPÖ übereinstimmend gewürdigt haben, daß hier ein Schlußstein gesetzt wurde unter eine lange Diskussion, eine jahrzehntelange Diskussion. Und es ist notwendig, daß man zu dem steht, was gegenüber einer Region an Versprechen eingegangen wird. Daß dies auch eingehalten wird.

Nun, in der Tat möchte ich jetzt nicht mehr die Frage oder die Stationen dieses Weges nachvollziehen, sie könnten auch etwas anders gezeichnet werden als das von Landesrat Freibauer vorgenommen wurde. Ich möchte das jetzt nicht sozusagen überzeichnen oder "darüberzeichnen". Tatsache ist und das sei schon angemerkt, auch aus dem Selbstbewußtsein des Landtages heraus, daß es vieler Beschlüsse des Landtages von Niederösterreich bedurfte, um zu diesem Beschluß letztlich zu kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daß es zumindest, auch wenn ich natürlich den Landesräten Wagner und Freibauer die besten Absichten unterstelle, wesentliche Aufgabe des Landtages war, zumindest beschleunigend zu wirken, was die Termine betrifft, und auch, was die Entscheidungsfindung betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Landtag von Niederösterreich hat wiederholt hier sich zu Wort gemeldet und wir haben dann in diesem Dialog sozusagen als Landtag Aufforderungen an die Regierung gerichtet. In diesem System des Dialoges wurde eine Entscheidungsfindung herbeigeführt, die notwendig ist und die ich als Schlußstein einer langen, aber sehr wichtigen Diskussion sehe.

Was nun die Frau Abgeordnete Rosenkranz betrifft: Frau Abgeordnete! Natürlich kann man jetzt im letzten Moment noch versuchen, Haare in der Suppe zu finden, nach dem Motto, vielleicht doch nicht ganz so, wie es vielleicht, oder so, oder anders. Also noch einmal: Wir haben das Gesundheits- und Sozialforum bzw. den Gesundheitsfonds geschaffen in der Absicht, daß dieser Fonds in Zukunft seine Aufgaben relativ autonom wahrnimmt, wenn es auch manche stört - und ich sage das - wenn es auch manche stört, daß dort verbindlich drinnen ist, daß die Landes-Vertreter nicht überstimmt werden können. Daher ist das auch klar und damit ausgedrückt, daß auch in Zukunft natürlich die Verantwortung im Lande bleibt. Das kann ja nicht irgendwelchen Geschäftsführern überlassen werden in einem Bereich, der 11,5 Milliarden Schilling im Topf hat. Das kann ja nicht sein, daß für ein Viertel des Landesbudgets die, die das Landesbudget tragen und beschließen, sozusagen außerhalb der Einflußsphäre stehen. So kann es ja wohl nicht konzipiert sein. Und daher meine ich, daß es gut ist, daß wir uns als Landtag dazu bekennen, praktisch so etwas wie eine Verpflichtung, die wir nicht vor Dezember zu Ende geführt haben werden, durchaus jetzt, nämlich heute, zu beschließen. Und das als Auftrag an den Gesundheits- und Sozialfonds einbringen und weitergeben. So viel, meine sehr geehrten Damen und Herren, an Selbstbewußt-

sein muß man schon haben, daß man denen, denen man künftig die Führung anvertraut, durchaus auch sagen kann und soll, mit welchem Einstieg sie hier gleich einmal zu beginnen haben. Nämlich mit diesen Sonderstandorten und mit diesen Sonderanstalten.

Zur Finanzierung: Ich glaube tatsächlich, daß dieses Allentsteig und auch Gänserndorf als ein Sonderfall anzusehen ist, und daher auch eine besondere Finanzierung gerechtfertigt ist. Und daß bei weitem nicht daraus abgeleitet werden kann, daß dies eine Generalfinanzierung wird oder die übliche Finanzierungsform. Und noch etwas, meine sehr geehrten Damen und Herren: Der Herr Landesrat Mag. Freibauer hat hier von einer gewissen Verzögerung gesprochen, die vielleicht durch die Gemeinde eingetreten wäre. Der Eindruck hätte entstehen können. Nun, ich meine, dem gegenüber muß man schon eines einbringen: Es kann nicht sein, daß jene Gemeinden, die in der nicht sehr glücklichen, aber doch angenehmen Lage in diesem Fall sind, Abgangsgemeinde zu sein, daß die jeden Beschluß fassen können im Vertrauen darauf, die anderen, sprich das Land, gleichen das aus. Und es kann nicht sozusagen als "Disqualifizierung" jetzt herangezogen werden das Verhalten eines Bürgermeisters, der sich Sorgen macht, ob er bei seiner Finanzkraft, auch wenn es sich um keine Abgangsgemeinde handelt, die Finanzierung leisten kann. Denn es gibt Gemeinden, die können heute alles beschließen, doch das kann ja wohl nicht die Regel werden, daß der Gemeinderat beschließt und wir übernehmen sozusagen die Ausfallhaftung. Der andere muß sorgfältig auswählen, ob er bei seiner Finanzkraft, in seinen Finanzen noch die Möglichkeit einer zusätzlichen Finanzierung hat. Und dann entsteht dadurch vielleicht sogar bei einem in dem Fall sehr verantwortungsbewußten Verhalten der Eindruck von Verzögerungen, die damit verbunden sind. Ich möchte das einmal in aller Offenheit sagen, weil es hier nicht zu einer Diskriminierung jener Bürgermeister kommen kann, die dieses Verantwortungsbewußtsein gezeigt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, wir sind sehr froh, daß unter diese lang geführte Diskussion ein Schlußstrich gezogen wird mit unserem Beschluß. Wir gehen davon aus, daß die Umsetzung tatsächlich sehr rasch erfolgt und das Versprechen gegenüber der Bevölkerung in diesen Regionen eingelöst wird. Ich möchte auch sagen, die Diskussion, die vielleicht von Freibauer und Wagner geführt wurde in bezug auf den

Akzent der Akutneurologie, das ist nicht Gegenstand des Landtagsbeschlusses. Ich würde das auch nicht empfehlen, in diesem Präzisionsgrad einen Beschluß zu fassen. Sondern entscheidend ist der Wille des Landtages, hier Sonderanstalten zu schaffen, die eben erst in der Genauigkeit der Aufgabenstellung definiert werden und im Rahmen des finanziellen Ausmaßes fixiert werden. Und ich meine auch, was die Akutneurologie betrifft, wir sollten uns den Worten der Fachleute nicht verschließen. Dessen ungeachtet müssen wir gegenüber Allentsteig wissen, daß wir ihnen den Rahmen zugesagt haben, egal ob das Projekt in der einen oder anderen Form verwirklicht wird. Ob jetzt Remobilisierung oder Neurologie nicht im strengen Sinne der Akutneurologie verwirklicht wird, das ist die Sache der Fachleute, deren Rat wir gerne annehmen und deren Empfehlungen wir folgen. Wir haben zu beschließen, und das tun wir als Sozialdemokraten und als Österreichische Volkspartei, ich darf das stellvertretend sagen, denn in allen Verhandlungen haben wir das auch durchgezogen: Wir wollen hier die Standorte fixieren, wir wollen die Sonderfinanzierung fixieren und damit wollen wir das Versprechen einfach einlösen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Herr Klubobmann Gratzler ist als nächster Redner gemeldet.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Schlußsatz von Klubobmann Dr. Bauer, nämlich auch die Sonderfinanzierung wird schon beschlossen, war natürlich auch ein ganz interessanter Aspekt. Vor allem, das will er beschließen, aber was drinnen steht, will er nicht so meinen. Und wir beschließen jetzt ein Projekt, von dem die Fachleute uns vielleicht schon einmal sagen werden, wofür wir es brauchen. Wissen Sie, das erinnert mich schon ein bißchen daran, man muß zu den eigenen Beschlüssen stehen, wenn sie auch nicht gut sind, aber wir ziehen sie durch. So ähnlich wie den Semmering-Tunnel. Das haben wir einmal beschlossen, da bleiben wir drauf. Wir wissen nicht, wie man finanziert, wir wissen nicht wofür wir ihn brauchen, aber wir machen ihn erst einmal. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

So ähnlich ist es hier. Denn eines muß man schon dazu sagen: Der Herr Landesrat Mag. Freibauer steht hier und sagt: Es ist kein Beschluß des Landtages mehr notwendig. Da drinnen im

Konzept steht genau - ich glaube, der Punkt 7 ist es - daß dann der Landtag darüber befinden muß. Jetzt liegen heute für die Beschlußfassung zwei komplett verschiedene Aussagen vor. Der eine sagt, er wird noch einmal befaßt, im Text drinnen steht, er wird nicht befaßt. Das sind derartig viele Angaben, die nicht nachvollziehbar sind für mich. Aber die an und für sich schlimmste Angabe fehlt, nämlich die Notwendigkeit und die Untermauerung durch die Fachleute. Mich würde es daher nicht wundern, wenn es in ein paar Jahren einmal einen Bericht des Kontrollamtes gibt, der ungefähr so beginnt, daß eben der Finanzkontrollausschuß bemängelt, man hat seinerzeit den Bau eines weiß Gott wieviele hundert Millionen Schilling teuren Objektes beschlossen, ohne daß man die Meinung der Fachleute mit einbezogen hat. Und daher steht dieser Bau heute leer oder was auch immer. So wird das ausschauen. Und ich muß sagen, es wäre nicht uninteressant, einmal die Variante zu spielen, daß dann der Finanzkontrollausschuß nicht diejenigen prüft, die das ausführen haben müssen, sondern einmal diejenigen prüft, die das ohne Grundlage beschlossen haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir gelangen daher zur Abstimmung. Ich darf vorher noch feststellen, Frau Abgeordnete Rosenkranz, daß ich von der Geschäftsordnung her keine Möglichkeit sehe, diesen Antrag so zu zergliedern, daß nach Ihren Wünschen abgestimmt werden kann. Es ist auch im Antragstext immer wieder die Rede vom gemeinsamen Modell für Allentsteig und Gänserndorf. Ich sehe mich daher nicht in der Lage, sondern ich kann nur über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses hier abstimmen lassen. Wir gelangen somit zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses):* Mit Mehrheit angenommen! Die Abgeordneten der Freiheitlichen haben nicht mitgestimmt. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Zu diesem Geschäftsstück liegt ein Resolutionsantrag vor und zwar jener der Abgeordneten Rosenkranz und Ing. Dautzenberg. Er betrifft die Erhaltung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds als geschlossenes Finanzierungssystem. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Ab-

gelehnt! Für diesen Antrag haben die Abgeordneten der Freiheitlichen und des Liberalen Forums gestimmt. (*Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.*)

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hofmayer, die Verhandlungen zu Ltg. 538/A-1/40 einzuleiten.

(*Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter Abg. HOFMAYER (ÖVP):
Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe über den Antrag mit der Geschäftszahl Ltg. 538/A-1/40 der Abgeordneten Böhm, Hoffinger, Ing. Gansch, Nowohradsky, Dr. Strasser und Dipl. Ing. Toms betreffend Förderung der Lehrlingsausbildung zu berichten.

Die derzeitige konjunkturelle Lage bringt für viele Betriebe ernsthafte Schwierigkeiten. Der verschärfte Wettbewerb zwingt viele Betriebe zu Sparmaßnahmen. Von diesen Sparmaßnahmen sind in erster Linie das Personal und damit Arbeitsplätze betroffen. Neben der Kündigung bestehender Arbeitsplätze besteht nur wenig Bereitschaft, neue Arbeitsplätze bzw. Ausbildungsstellen zu schaffen.

Die Osterweiterung und die Globalisierung der Wirtschaft im gesamten führt zwangsläufig zu notwendigen Umstrukturierungen in der Wirtschaft und damit auch im Ausbildungsbereich. Bestes Beispiel dafür ist die steigende Beliebtheit der Fachhochschulen. Gründe dafür sind die praxisorientierte Ausbildung und die guten Berufschancen. Neben diesen besonders qualifizierten Ausbildungsstellen kann aber auf die Ausbildung in und durch die Betriebe nicht verzichtet werden. Auch hier können qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Die hohe Qualität und Ausbildung der Arbeitnehmer sichert auch zukünftige Beschäftigung. Dessen ungeachtet ist der Arbeitsmarkt durch ein ständiges Sinken der Lehrlingszahlen gekennzeichnet. Neben der oft fehlenden Bereitschaft der Jugend, einen Lehrberuf zu ergreifen, sinkt neuerdings auch die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Ursachen dafür sind der bürokratische Aufwand und die zunehmenden finanziellen Belastungen. Dieser Entwicklung muß aus mehrfachen Gründen entgegengesteuert werden. Nicht nur daß ausgebildete Facharbeiter für eine florierende Wirtschaft von Bedeutung sind, stellt auch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Jugend ein sozialpolitisches Anliegen dar. Die Probleme, die sich durch arbeitslose

Jugendliche ergeben, seien hier nur angedeutet. Es ist daher erforderlich, Betrieben, die eine eigene Lehrlingsausbildung durchführen, auch finanzielle Erleichterungen zu gewähren. Als eine Maßnahme könnte beispielsweise den Betrieben eine Wirtschaftsförderung in der Höhe der auf die Lehrlingsentschädigung entfallenden Kommunalsteuer gewährt werden. Damit soll ein finanzieller Anreiz für Betriebe geschaffen werden, mehr Lehrstellen bereitzustellen.

Die Gemeinden sollen daher angeregt werden, den auf die Lehrlingsentschädigung entfallenden Teil der Kommunalsteuer als Förderung zu gewähren. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, daß diese Wirtschaftsförderung keine Nachteile für die Gemeinden im Förderungsbe- reich bringt. So muß sichergestellt werden, daß diese Förderung der auf die Lehrlingsentschädigung entfallenden Kommunalsteuer nicht zu einer Sperre bzw. einer Reduzierung von Bedarfszuweisungsmitteln für die Gemeinde führt. Über diese Möglichkeit wären die Gemeinden entsprechend zu informieren.

Zum Antrag liegt ein Abänderungsantrag vor der Abgeordneten Hofmayer, Dkfm. Rambossek, Nowohradsky und Hrubesch. Dieser lautet: Der Antrag der Abgeordneten Böhm u.a. wird wie folgt geändert:

1. Im vorletzten Absatz der Begründung wird vor dem letzten Satz folgender Satz eingefügt:
"Gegebenenfalls könnte diese Wirtschaftsförderung auf die Löhne - Gehälter jener Mitarbeiter, welche mit Lehrberechtigung Lehrlinge ausbilden, ausgedehnt werden."
2. Der Antragstext lautet: "Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gemeinden in geeigneter Weise über die Möglichkeit der Gewährung einer Wirtschaftsförderung in der Höhe der auf die Lehrlingsentschädigungen und gegebenenfalls der auf Löhne - Gehälter jener Mitarbeiter, welche mit Lehrberechtigung Lehrlinge ausbilden, entfallenden Kommunalsteuer zu informieren, wobei darauf hinzuweisen wäre, daß dies zu keiner Kürzung von Bedarfszuweisungsmitteln führt."

Somit stelle ich den Antrag des Kommunal-Ausschusses (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Böhm u.a., mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die

Gemeinden in geeigneter Weise über die Möglichkeit der Gewährung einer Wirtschaftsförderung in der Höhe der auf die Lehrlingsentschädigungen und gegebenenfalls der auf Löhne - Gehälter jener Mitarbeiter, welche mit Lehrberechtigung Lehrlinge ausbilden, entfallenden Kommunalsteuer zu informieren, wobei darauf hinzuweisen wäre, daß dies zu keiner Kürzung von Bedarfszuweisungsmitteln führt, wird genehmigt."

Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und darüber abstimmen zu lassen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für den Bericht und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen des Hohen Hauses!

Der Antragsbegründung kann nur zugestimmt werden. Denn in der Vergangenheit hat der Arbeitsmarkt ganz klar und deutlich gezeigt - der Arbeitsmarkt verstanden als ein Bewährungsfeld von Bildung und Ausbildung -, daß die österreichische Bildungsstrategie hier in hohem Maße zielführend ist. Ich meine, das duale Ausbildungssystem, die Facharbeiterausbildung in unserem Land war in der Vergangenheit unbestritten ein Grundpfeiler für unsere Erfolge, was Wirtschaftswachstum und Beschäftigtenstand betrifft. Die Qualität österreichischer Facharbeiter und eine gut ausgebildete Jugend sind sicherlich die größten Standortvorteile unseres Landes für die Zukunft und es gilt, diesen Wettbewerbsvorteil für unser Land weiter zu sichern.

Wir Freiheitlichen haben ja aus diesem Grund bereits im Juni 1995 mit einem Resolutionsantrag die Befreiung der Lehrlingsentschädigungen von der Kommunalsteuer verlangt. Aus diesem Grunde werden wir auch heute diesem Antrag gerne die Zustimmung geben, wie auch jede andere sinnvolle Lehrlingsoffensive von uns mitgetragen werden wird. Denn ich glaube, wir müssen uns alle ins Bewußtsein rufen, daß die Situation Österreichs und Niederösterreichs gegenüber der Billigkonkurrenz aus den Oststaaten nur ein Abbild der rohstoffarmen europäischen Wirtschaft ist, weshalb unsere Wirtschaft im wesentlichen über das sogenannte Humankapital, dem Potential aus menschlicher Arbeitskraft, wettbewerbsfähig sein kann. Ich darf in Erinnerung rufen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es 1970 österreichweit noch rund

62.800 angebotene Stellen für Lehranfänger gab, denen rund 45.800 Jugendliche, die sich für eine Lehre entschieden, gegenüberstanden. Seit 1980 der Arbeitsmarkt jedoch durch ein ständiges Sinken der Lehrlingszahlen gekennzeichnet ist. Seit 1995 muß festgestellt werden, daß sich die Schere zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen immer stärker öffnet. Ende 1996 standen österreichweit einem Lehrlingsangebot von rund 42.300 Jugendlichen eine Nachfrage von rund 38.600 Stellen für Lehranfänger gegenüber. Das heißt, daß 3.700 Jugendliche, die sich für eine Lehre, die sich für eine Facharbeiterausbildung entscheiden wollten, vor verschlossenen Betriebstüren standen. Und auch für 1997 sieht die Prognose des Arbeitsmarktservices eher düster aus, es werden neuerlich um 1.600 Lehrstellen weniger offen stehen. Das Lehrlingsangebot jedoch wird auf Grund der stärkeren Geburtenjahrgänge um 1,5 Prozent auf 42.900 steigen. Das heißt, die Schere zwischen Angebot und Nachfrage öffnet sich bedauerlicherweise stärker, 5.900 Jugendliche werden keinen Lehrberuf ergreifen können.

Hohes Haus! Auch in unserem Bundesland muß seit 1979 eine besorgniserregende Abnahme der in niederösterreichischen Betrieben beschäftigten Lehrlinge festgestellt werden. Waren es 1979 noch 31.610 Lehrlinge, die ausgebildet wurden und anschließend die Wirtschaft als Facharbeiter belebt haben, waren es 1990 nur mehr 23.379 Lehrlinge, 1995 betrug die Beschäftigtenzahl auf dem Lehrlingssektor nur noch 19.382. Das ist seit 1979 eine negative Talfahrt von rund 39 Prozent. Die aktuelle Statistik Anfang November 1996 zeigt auch, daß es in Niederösterreich 983 vorgemerkte Lehrstellensuchende gibt und lediglich 618 offene Lehrstellen. Diese rückläufigen Lehrlingszahlen, aber auch die steigende Jugendarbeitslosigkeit - in Niederösterreich waren Ende Oktober 1996 in der Altersgruppe bis unter 25 5.209 junge Menschen als arbeitslos vorgemerkt, und jeder von ihnen ist für uns Freiheitliche ein Arbeitsloser zu viel - diese Entwicklung macht es nach unserer Meinung eben dringend notwendig, jenen Betrieben, die bereit sind, Lehrlinge auszubilden auch finanzielle Erleichterungen zu gewähren.

Ich habe es schon gesagt, wir Freiheitlichen begrüßen daher den Antrag, der für die Gemeinden die Möglichkeit schafft, Betrieben, die eine Lehrlingsausbildung durchführen, eine Wirtschaftsförderung gewähren zu können, die sich am Faktor Kommunalsteuer orientiert. In formeller Hinsicht, Hohes Haus, darf ich, was die Antrag-

steller betrifft, einen Abänderungsantrag einbringen (*liest*):

"Abänderungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Hrubesch zum Antrag der Landtagsabgeordneten Böhm u.a., Ltg. 538/A-1/40 betreffend Förderung der Lehrlingsausbildung.

Die Antragsteller sind:

Die Abgeordneten Böhm, Dkfm. Rambossek, Hoffinger, Hrubesch, Ing. Gansch, Nowohradsky, Dr. Strasser und Dipl.Ing. Toms."

Ich weiß schon, es wird auch immer erwähnt, die Gemeinden sind die größten Investoren, sie investieren rund 43 Milliarden Schilling pro Jahr. Dieser Betrag macht 60 Prozent der Investitionen der öffentlichen Hand aus. Und es werden daher immer Bedenken gebracht, daß diese Mittel den Gemeinden entgehen. Ich glaube, das ist eine isolierte Betrachtungsweise. Denn die Gemeinden erhalten bei einer größeren Anzahl von Lehrlingen sicherlich Mehreinnahmen über die Ertragssteuern, über die Lohnsteuer, aber auch über die Umsatzsteuer infolge eines Anwachsens des Kaufkraftvolumens. Und daher sollte man es in diesem Fall auch den Gemeinden überlassen, ob sie eine Wirtschaftsförderung für die Ausbildung der Jugend gewähren. Denn die Gemeinden sind eben auch aus diesem Grund, weil sie die größten Investoren sind, sicherlich daran interessiert, Betriebe als Vertragspartner zu haben, die gut ausgebildete Facharbeiter haben. Ich weiß schon, daß von seiten der Sozialdemokraten diesbezüglich ein anderes Modell favorisiert wird, ein Modell des Lastenausgleiches zwischen lehrlingsausbildenden und nicht-lehrlingsausbildenden Unternehmen. Nur, mir scheint das ganz einfach nicht der richtige Weg zu sein. Denn ich glaube, daß nicht Strafsteuern für Betriebe, die nicht ausbilden können oder wollen, das richtige Rezept sind, sondern nur positive Anreize werden dazu führen, daß neue Arbeitsplätze bzw. Ausbildungsstellen für unsere Jugend geschaffen werden. Daher meine ich, daß der vorliegende Antrag sicherlich ein wichtiger Schritt, ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Haberler.

Abg. HABERLER (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Dieser Beschluß in Richtung Lehrlingsförderung kann und darf in diesem Land, aber vor allem in dieser Republik nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Man weiß, daß es pro Betrieb, ich sage jetzt über den Daumen, nur etwa 150,- Schilling pro Lehrling sein werden. Die Lehrherren oder die Auszubildner, besser gesagt, sind ebenfalls berücksichtigt. Es kann und darf aber, wie ich bereits gesagt habe, nur ein erster Schritt sein.

Und ich verstehe auch die Haltung, Herr Präsident Koczur hat ja dazu schon vor einigen Tagen Stellung genommen, ich verstehe die Haltung der Sozialdemokraten überhaupt nicht. Sie sitzen seit 26 Jahren auf Bundesebene in der Regierung, sind auch auf Landesebene immer relativ entscheidend mit eingebunden oder wesentlich mit eingebunden, wenn auch nicht an erster Stelle. Und im Prinzip schaut man da einer Entwicklung zu, und Kollege Dkfm. Rambossek hat schon gesagt, von 31.000 vor etlichen Jahren auf etwa, 18.800 waren es, glaube ich, noch 1996 - ich will mich jetzt nicht auf ein paar Hundert kaprizieren. Aber die Entwicklung ist ganz klar. Man schaut der Entwicklung zu, die ganz einfach traditionelle, über Jahrhunderte gewachsene Strukturen dem Verfall preisgibt innerhalb einiger weniger Jahre, wenn wir nicht bald etwas unternehmen. Und es wird notwendig sein, neben diesen Maßnahmen, die jetzt der Landtag setzt - und das kann nur ein Segment sein - wirklich entscheidende Maßnahmen zu setzen. Oder zumindest schnell darüber zu diskutieren und dann in den nächsten Monaten, in ein, zwei Jahren allerspätestens auch gewisse Dinge umzusetzen.

Ich denke hier etwa an den Krankenkassenbeitrag im ersten Lehrjahr, eine Sache, über die man diskutieren kann. Ich weiß, die Problematik der Mitversicherung bei den Eltern, da kann der Teufel schon im Detail stecken. Ich denke hier etwa an Fehlzeiten in Berufsschulen und im Urlaub oder an den Urlaub, wo man einen gemeinsamen Fonds, wie auch immer - und da gebe ich dem Kollegen Dkfm. Rambossek nicht ganz recht, das sage ich auch ganz offen. Denn wir werden uns überlegen müssen, ob man Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, nicht in Zukunft diese Sozialleistungen - es ist nichts anderes als eine Sozialleistung, langfristig gesehen - ob man den Betrieben das nicht abgilt in der einen Art und Weise. Aber auch in der anderen Art und Weise jenen, die nur die Ausbildung oder das Kapital, das hier in den Menschen gesteckt wurde, konsumieren. Das heißt, daß jene Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, die nicht zum Handkuß kommen, sehe

ich auch nicht ganz ein. Das sage ich ganz offen. Und es werden sich Arbeiterkammer und Gewerkschaften sehr wohl überlegen müssen, inwieweit sie, und ich kenne das Budget der AK Niederösterreich, da gibt es gewaltige Überschüsse. Wenn man will, kann man da auf Rücklagen zurückgreifen. Es wird auch von hier aus notwendig sein, weil es ja die ureigenste Aufgabe einer Arbeiterkammer, eines Gewerkschaftsbundes sein muß, daß man hier finanziell und in allen anderen Bereichen den Lehrlingen oder der Ausbildung im gesamten unter die Arme greifen wird müssen.

Es ist auch die Frage, ob gewisse Schutzbestimmungen - und ich spreche hier sehr bewußt Bereiche an, die sehr heikel sind, wo man sagen könnte, als Oppositionspolitiker lassen wir lieber die Finger davon, aber gewisse Schutzbestimmungen - ich sage ganz bewußt, gewisse - sinnvoll und zeitgemäß sind und förderlich sind für Lehrberufe. Ich denke hier nur an einen Bereich, in dem ich selbst sieben Jahre tätig war, nämlich in der Bäckereibranche, wo bei Klein- und Mittelbetrieben, aber auch bei vielen Großbetrieben - im Prinzip ist die Lieferzeit überall dieselbe - der Lehrling erst um 4.00 Uhr anfangen darf. Um 4.00 Uhr bitte sind die Semmeln gemacht, ist das Brot gemacht, da kommt er dann nur mehr zum Kleingebäck, das heißt zum Kornspitz oder was immer, oder zum Plundergebäck zurecht. Da brauche ich den Lehrling nicht mehr, da lernt er auch nichts mehr von den Grundlagen der Bäckerei. Das sind Dinge, die wird man überlegen müssen. Ich kenne viele Meister, die sagen, Lehrling gern, nur um 6.00 Uhr ist bei mir die Bäckerei zu, um 5.00 Uhr oder $\frac{1}{2}$ 5 Uhr sind die ersten Auslieferungswagen draußen, um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr fährt der letzte. Da ist in vielen Betrieben der Zug abgefahren, wenn der Lehrling kommt. Das ist nur ein Beispiel, obwohl es eine sehr gefährliche Diskussion ist, prinzipiell, über Schutzbestimmungen, aber in diesem Bereich muß man sie führen in gewissen Branchen. Und wenn man das alles zusammen nimmt, ich habe das einmal überschlagen, Krankenkassenbeiträge, Kommunalsteuer, was ja heute vorliegt, AK-Mitgliedsbeitrag etwa für Lehrlinge, Fehlzeiten wie Berufsschulen, Urlaub, ein eventueller Fonds, ein Ausgleichsfonds wie gesagt, den man analog schaffen könnte zum Behindertengesetz für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden bzw. die keine Lehrlinge ausbilden ab einer gewissen Größenordnung, etwa von 20 Arbeitnehmern, AK-Förderungen, ÖGB-Förderungen ... Ich glaube, daß man rund, oder es ist errechenbar, daß man rund ein Drittel der derzeitigen Lehrkosten einsparen könnte auf der einen Seite, ohne auf der anderen Seite dem Lehrling etwas wegzunehmen.

Herr Klubobmann Dr. Bauer! Ich glaube schon, daß es an der Zeit ist, und daß Ihr das sehr wohl ein bißchen verschlafen habt als Sozialdemokraten, in einem guten Vierteljahrhundert, daß wir uns hier wirklich in die Hände spucken und das Problem angehen. Und dann noch einmal, warum mir das so wichtig ist. Die Rechnung ist in Wirklichkeit auch die, branchenspezifisch sehr unterschiedlich, daß mancher Lehrling im dritten Lehrjahr, wenn man den Arbeitstag, die Stunde berechnet, teurer ist für den Arbeitgeber als ein ausgelerner Geselle. Also warum soll er sich nicht einen Hilfsarbeiter einstellen, das ist die Methodik, wie sie draußen läuft in der Zwischenzeit, wenn in Wirklichkeit der Lehrling im dritten Lehrjahr teurer kommt. Denn zu den 10 Wochen Berufsschule, die zusätzlich dazukommen gegenüber anderen Arbeitnehmern kommen die fünf Wochen Urlaub, die jeder andere hat, und die vier Wochen Krankenstand. Im Schnitt muß man aber die 10 Wochen Berufsschule, wie gesagt, dazuzählen.

Ich glaube, es ist für uns alle eine gesellschaftspolitische Frage, ob wir in Zukunft - und die Entwicklung läuft ganz stark dorthin, und ich verstehe die Herrschaften von der sozialdemokratischen Fraktion weder in diesem Haus, auf Grund der Wortmeldung des Herrn Präsidenten Koczur, noch verstehe ich sie auf bundespolitischer Ebene, warum man sich dieser gesellschaftspolitischen Frage nicht in einer ganz anderen Art und Weise widmet, sie ganz anderen Lösungsansätzen zuführt. In Wirklichkeit tut man gar nichts.

Die Entwicklung hat aber in Wirklichkeit in dieser Republik bereits System. Das heißt, ich will die ÖVP nicht "aus der Losung" nehmen. Man schaut zu und gibt Sterbehilfe bei den Bauern. Man schaut zu und gibt dort und da kleine Sterbehilfen gegenüber der kleinen gewerblichen Wirtschaft. Und man schaut leider auch schon viel zu lange zu - und deshalb haben wir in dem vorher bereits angeführten Zeitrahmen fast schon eine Halbierung der Lehrlingszahlen etwa in Niederösterreich - wie jetzt auch dieser Bereich demonstriert wird. Das wird langfristig Auswirkungen auf den Sozialstandard der Republik haben. Insofern als in vielen Betrieben der Lehrling und der daraus resultierende Facharbeiter durch eine Hilfskraft ersetzt wird. Durch eine Hilfskraft ersetzt wird, die nicht geringer zu schätzen ist, aber es ist doch etwas anderes, wenn ein Mensch etwas von der Pike auf erlernt, wenn er den Beruf später dann ausübt und wenn er damit die Chance behält, ein gleichwertiges Glied am Arbeitsplatz zu sein und damit auch in der Gesellschaft ein gewisses Ansehen und einen gewissen

finanziellen Hintergrund sich aufbauen zu können. Und da, Herr Klubobmann, ich weiß schon, Sie sind der nächste Redner, deshalb spreche ich Sie auch jetzt an, da wird es nicht genügen, daß man wieder schöne, hervorragende rhetorische Erklärungen abgibt. Da werden wir, damit meine ich jetzt nicht die Sozialdemokraten alleine, da werden wir in den nächsten Jahren, in den nächsten Monaten schon, Farbe bekennen müssen. Sonst wird es diese traditionelle Säule, den Lehrling - und es ist heute so schön von Landesrat Wagner bei der Eröffnung drüben im Rittersaal angeführt worden, wo ein Behinderter, der einen Lehrberuf ergriffen hat, geschilert hat, der heute ein Schuhgeschäft hat, der Schuster gelernt hat - diesen traditionellen Lehrling - das wird es nicht mehr spielen in dieser Gesellschaft, wenn wir da nicht bald etwas unternehmen.

Dieser Problematik müssen wir uns ganz einfach bewußt sein. Und Herr Klubobmann, ich gehe noch einmal ganz bewußt auf Dich ein. Denn es gibt so ein bißchen die Diskussion, seit dem 13. Oktober etwas intensiver, wer wird das Erbe Kreiskys antreten? Ich glaube, es ist das sicherlich eines jener Indizien dafür, wer es schaffen wird. Ich sage es ganz offen, wir sind bereit, daß wir in diese Bresche - und das ist es in der Zwischenzeit - massiv einsteigen werden und massiv einsteigen müssen. Es ist uns bewußt, daß sicherlich der Wirtschaftsflügel bei uns auch etwas mitzureden hat, aber bei Euch bekommt man wirklich das Gefühl, daß Ihr die ureigensten ideologischen Säulen, die Ihr einmal gehabt habt, an das Großkapital spätestens mit dem 12. Juni 1994 verkauft habt. Nicht böse sein, aber es mutet wirklich in die Richtung an. Das sind die Säulen der Sozialdemokratie. Vor 25 Jahren wäre wahrscheinlich ein Nichtreagieren auf solche Probleme von Eurer Seite schier unmöglich gewesen. Mir ist schon bewußt, man hat sich da in einem Netz gefangen. Auf der einen Seite die AK, die muß mit der Bundes-Wirtschaftskammer sich ausgleichen, dann haben wir den Österreichischen Gewerkschaftsbund, dann gibt es auf der anderen Seite die Probleme mit der eigenen Bauernkammer. Dann die Hälfte der Sozialversicherungsanstalten, hier "rot" - da "schwarz", bei den Pensionsversicherungsanstalten hier "schwarz" - da "rot", die Hälfte. Man hat sich da schon in einem System gefangen, das zweifelsohne nicht einfach ist. Das billige ich jedem Politiker der beiden Regierungsparteien zu. Ich glaube, das ist eine Entscheidungsfrage, wo Ihr Euch langfristig werdet entscheiden müssen, oder dessen bewußt werden müßt, daß das entscheidende Auswirkungen haben wird auf die zukünftige Form der politischen Landschaft. Denn

wer in dieser Republik, und das ist ganz einfach in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen, nicht bereit ist, Entscheidungen zu treffen, den wird früher oder später ja ganz einfach die politische Realität überholen. Es wird wieder gefragt sein, und es muß gefragt sein in diesem Land, daß man in Zukunft Entscheidungen trifft. Entscheidungen, mögen sie zu 100 Prozent richtig sein, nur teilweise richtig sein, oder mögen auch Fehler dabei sein. Aber das Problem der Politik in Wirklichkeit - und damit schließe ich wieder den Kreis retour zu diesem Tagesordnungspunkt der Landtagssitzung - das Problem der Politik und auch der Lehrlingspolitik in diesem Bundesland ist in Wirklichkeit das, daß niemand in diesem Land mehr ernsthaft bereit ist, ein Thema anzupacken und Entscheidungen zu treffen. Das ist und kann nur ein Segment, ein erster Schritt sein, die entscheidenden Taten in diese Richtung müssen ganz einfach folgen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenngleich vielleicht der Antrag zur Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ein untauglicher erscheint, so scheint mir umso wichtiger die Diskussion über die Lehrlingsausbildung und über die Problemstellung, die damit verbunden ist und die wir auch zu lösen haben.

Ich glaube nämlich nicht, so wie in der Antragsbegründung hier ausgeführt wird, daß hier mit so geradezu geringen Mitteln wirklich jene Initiativen gesetzt werden, die Firmen dazu bewegen, zusätzlich Lehrlinge aufzunehmen. Das glaube ich einfach nicht. Und daher ist auch unsere Grundhaltung die, daß man mit diesem Problem, das uns sehr, sehr ernst ist, nicht so populistisch verfahren soll und geschwind einen Antrag einbringen mit 150,-, 160,- Schilling. Und dann kommen die Lehrlinge, und dann ist das Problem gelöst.

Ich stimme mit Abgeordneten Haberler überein, daß diese Frage der Ausbildung unserer Jugend - und wir haben etwa die Hälfte im dualen System und die andere Hälfte der Jugend in schulischen Ausbildungssystemen - darüber entschieden wird, wie wir die Zukunft bewältigen werden. Und das ist daher ein sehr, sehr wichtiges Thema. Nur, und das hat uns schon etwas enttäuscht, wenn man so ein Thema aufgreift, dann kann man es nicht wirklich über die Kommunalsteuer lösen

und da glauben, wenn man die Gemeinden informiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, sie dürfen sozusagen etwas tun. Ja Entschuldigung, viele Gemeinden leisten bereits Wirtschaftsförderung, andere können sich keine Wirtschaftsförderung leisten, das ist alles. Und damit könnte man schon sagen, es ist ja niemand gehindert, im Rahmen der Wirtschaftsförderung durchaus Beiträge zu leisten. Daß ich aber so verschämt hinausschreiben soll an die Gemeinden, nämlich, daß, weil die Kommunalsteuer auf die Lehrlingsentschädigung entfällt, das sozusagen keine Kürzung von Bedarfzuweisungen beinhalten soll, ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn jemand Wirtschaftsförderung leistet, bekommt er sowieso keine Kürzung. Der wird ja nicht bestraft dafür, daß er Wirtschaftsförderung macht, wenn im Rahmen seiner budgetären Vorschau das eben leistet.

Das ist einmal der Anlaßfall, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun weiß ich, daß hier die Antragsteller selbst entsetzt waren, wie sie begriffen haben, glaube ich, worum es da geht. Und damit einen Abänderungsantrag eingebracht haben, der darin besteht, daß ein Lehrlingsgipfel einzuberufen ist. Und ich möchte nicht verhehlen, daß ich dem Antrag, der den Lehrlingsgipfel betrifft, durchaus bereit bin, beizutreten, weil ich glaube, es soll keine Chance vertan werden, um über dieses Problem zu reden.

Trotzdem, noch einmal auf die Kommunalsteuer zurückgehend: Es ist nicht nur, wie Präsident Koczur das ausgeführt hat, die Frage der Gemeinden, der Belastung der Gemeinden, sondern ich sage, ich projiziere das primär auf die Wirkung für die entsprechenden Betriebe. Und ich schätze die 160,- Schilling pro Monat wirklich nicht als jene Größe ein, daß man hier sein Verhalten ändert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, daß hier etwa bei einer Gemeinde von 3.000 Einwohnern - Koczur hat es gesagt, ich möchte das nur in Erinnerung rufen - bei 73 Lehrlingen etwa der Gemeinde das 140.000,- Schilling kostet. Wenn man die Kosten für die Ausbildung noch dazurechnet, so sind das 300.000,- Schilling, die zusätzlich zu den von der Gemeinde für den Besuch der Berufsschulen aufzuwendenden Kosten von 490.000,- Schilling dazu kommen, also eine ganz beachtliche Größenordnung. Und dennoch gibt es in Wirklichkeit, ich sage das noch einmal, keine höhere Bereitschaft von seiten der Betriebe. Ich habe mir auch angesehen, was das Arbeitsmarktservice dazu sagt. Tatsache ist, daß wir mit einer steigenden Lehrlingszahl zu rechnen haben in den nächsten Jahren, demographisch

bedingt, und daß letztlich auch bei erhöhten Förderungen, die heute schon von seiten des AMS erfolgen, die Problemstellung eine unveränderte ist. Und ich sage das, um hier keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Wir bekennen uns zur Lehrlingsausbildung! Das Land braucht diese Fachleute und wir glauben auch, daß wir der Jugend nicht nur das Gefühl, sondern der Jugend das Recht einräumen müssen, eine gute Berufsausbildung zu haben um ihr Leben dann eben gut bewältigen zu können.

Ich möchte jetzt nicht auf die Details eingehen der Unterstützung. Es gibt also hier bereits Angebote an die Wirtschaft und an die Ausbildungsinstitutionen, damit wir so in einer Art Breitbandausbildung jenen, die zum Beispiel keine Lehre finden, in einem Jahr diese berufsorientierte Lehre anbieten, die vielleicht dann eingerechnet werden kann, alles das sei mit überlegt. Vor allem geht es aber darum, daß durch diese überbetrieblichen Ausbildungs- oder Berufsorientierungen eines sichergestellt ist: Daß kein Jugendlicher letztlich ohne Ausbildungsplatz sein soll. Das ist das primäre Ziel. Und das Arbeitsmarktservice, gemeinsam auch mit dem ESF-Fonds, der hier auch mit angesprochen werden soll, soll dann diese entsprechenden Unterstützungen geben. Und dazu nenne ich zwei Zahlen, die vielleicht interessant sind. Nämlich, die Förderung der Lehrausbildung in Betrieben beträgt immerhin absolut 235, das ist eine Steigerung um über 70 Prozent, und die Förderung der zwischenbetrieblichen Zusatzausbildung für Lehrlinge ist ebenfalls um 20 höher, das entspricht einer Steigerung von 117 Prozent. Das heißt, diese Notwendigkeit, solche Instrumente einzusetzen, ist klar bewiesen und wird in Zukunft noch stärker notwendig sein. Und jetzt gibt es so eine sozialpartnerschaftliche Überlegung, zu der wir uns durchaus bekennen können und die also darauf beruht, daß natürlich, wenn man das einzeln durchgeht, die Ausbildungsvorschriften angepaßt werden. Das kann man alles dann in diesem Rahmen diskutieren. Daß die Ausbildungszeit abgesichert wird, daß die Ausbildungsbereitschaft - und darauf kommt es mir an - erhalten bleibt. Wir müssen alles tun, damit die Ausbildungsbereitschaft sehr wohl weiter gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt sage ich einmal in Richtung der Gewerbebetriebe ein Dankeschön, weil tatsächlich von den Lehrabschlüssen, die im Jahre 1996 mit 7.764 in der Statistik zu Buche stehen, das Gewerbe 4.954 Lehrabschlüsse ermöglicht hat, der Handel 1.510, die Industrie 512 und der Tourismus- und Fremdenverkehrsbereich 788. Insgesamt sind das

7.764, ein Minus gegenüber 8.086. Aber das zeigt, wie wichtig die Gewerbeausbildungsplätze sind. Aber es zeigt auch etwas anderes, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das erfüllt mich zunehmend mit Sorge. Sie wissen, daß ich sehr lange direkt im Industrie- und Bankenbereich tätig war. Und egal, wo ich hingekommen bin, war es früher selbstverständlich, daß jeder Betrieb mit großem Stolz gesagt hat, wieviele Lehrlinge er hat, wie gut sie sind. Die meisten haben gesagt, zwei haben sie mit Auszeichnung und so weiter. Es war damit ein Stolz verbunden, wenn sie über ihre Lehrlinge gesprochen haben. Und es war auch selbstverständlich, daß jeder Betrieb das Gefühl gehabt hat, daß diese Lehrlingsausbildungsstelle einer der wichtigsten Investitionen in die Zukunft ist. Und was ist inzwischen eingetreten? Die großen Betriebe haben ihre "Ober-Betriebswirte", die meistens nicht so gut sind als sie mit Fremdwörtern herumhauen können. Das haben sie gelernt, doch haben sie kaum mehr Dialogfähigkeit. Dafür führen sie nur mehr über Kennzahlen - ich kritisiere das nicht, aber mir kommen die Leute ein bißchen eigenartig vor, um nicht andere Ausdrücke zu verwenden. Ich war lang genug Lektor an der Wirtschaftsuni, also weiß ich, wie manche ihre Abschlüsse gemacht haben. Und wenn ich die dann reden höre, wie sie gleichsam "vor lauter Kraft gar nicht mehr gehen können", dann muß ich sagen, na, besser, man sagt nichts mehr darüber.

Ich nenne jetzt zwei Beispiele, eines aus dem Bereich des Bundes und eines aus dem Land, das ich im folgenden bringen werde: Zum Beispiel bin ich bei einer Feier anlässlich der Eröffnung der siebten Turbine im Kraftwerk Ybbs-Persenbeug durch die Lehrwerkstätte geführt worden. Ich gehe durch und die sagen, ja, das ist eine ganz hervorragende, wichtige Ausbildungsstätte, eine ganz wichtige. Aber wir wollen das eigentlich abstellen, diese Lehrlingsausbildung bei uns, weil das brauchen wir nicht mehr. Aber vielleicht könntest du nachdenken, ob wir für ausländische Lehrlinge diese hervorragende Einrichtung nützen können. Also, ich habe nichts dagegen, daß da Leute aus anderen Ländern ausgebildet werden. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn die einbezogen sind in unser Ausbildungssystem auf zwei Jahre und ihnen dort Hervorragendes beigebracht wird. Aber ich habe sehr viel dagegen, daß ein Betrieb mit dieser Dividendenleistung als erstes die Lehrlingsausbildung streicht. Und wenn ich nach Niederösterreich schaue zur landeseigenen EVN - der Herr Dr. Strasser ist ja so stolz, daß wir das Eigentum dort erhalten haben und ich bekenne mich dazu. Nur, in der Privatisierungsdebatte ist das eigenartig, sich zu bekennen, daß man nicht

privatisiert. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was hat die EVN gemacht? Die EVN hat eine hervorragende Lehrlingsausbildung eingestellt. Landesstellen stellen die Lehrlingsausbildung ein! Ja, wenn da keine Vorbildwirkung kommt von solchen Betrieben, die es sich leisten können - schaut Euch einmal an, wie gut die EVN wirtschaftet, wie gut sie situiert ist! Aber das wichtigste ist, daß die Lehrlingsausbildung eingestellt wird. Das ist ein Kostenfaktor, den man nicht mehr gern mitschleppt. Für sich lohnt sich das sozusagen nicht und für andere wollen wir nicht ausbilden.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, da gab es wirklich einen radikalen Stimmungswechsel in der Mentalität. Und ich glaube, daß wir daher alles daransetzen müssen, daß wieder dieses Bewußtsein, Lehrlingsausbildung ist eine Verpflichtung gegenüber der Wirtschaft insgesamt, einkehren muß. Egal, ob der jetzt unmittelbar in seinem Betrieb bleibt, der Volkswirtschaft bleibt er ja auf jeden Fall erhalten. Und daher sollte man diese Mentalität, die etwas verschwunden ist, wieder zurück in Erinnerung rufen. Und da gefällt mir ein Hinweis, und den möchte ich ganz klar herausarbeiten, nämlich wieder aus der sozialpartnerschaftlichen Auffassung. Und dazu bekenne ich mich. Daß man durchaus nachdenken kann, wie finanzielle Entlastungen durchzuführen sind. Aber es muß klar sein, daß diese Entlastung nicht so sein kann, daß letztlich man ein einziges Ziel verfolgt, daß die Kosten 'runterfahren auf Kosten des Ausgebildeten. Das kann es wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte hier sagen, daß zum Beispiel die Frage der Lehrwerkstätten, aber natürlich auch qualitativ hochstehender Gewerbe- und Handelsbetriebe, da einzubeziehen sind. Also auch die Lehrwerkstätte ist einzubeziehen. Es kann nicht sein, und so lautet die weitere Ausführung, daß einige wenige engagierte Betriebe die Facharbeiterausbildung für die gesamte Wirtschaft und auch für die staatlichen Einrichtungen machen. Die gesamte Wirtschaft, aber auch die öffentliche Hand, hat für einen finanziellen Ausgleich Sorge zu tragen. Wenn eine bundesweite Lösung nicht möglich ist, werden entsprechend den niederösterreichischen Bedürfnissen möglicherweise auch branchenbezogen diesbezüglich sozialpartnerschaftliche Modelle zu realisieren sein. Das ist eine Übereinkunft, man hat sich geeinigt in Niederösterreich, Ing. Reinbacher, Präsident der Wirtschaftskammer, und Präsident Staudinger der AK, und hat hier über diese Bildungsinhalte und über deren Notwendigkeit eine klare Erklärung

abgegeben. Nun gibt es auch eine andere Übereinkunft, nämlich von seiten des Wirtschaftsministeriums, von Farnleitner unterschrieben, Hums hat das unterschrieben und Verzetnitsch. Im Juni des Vorjahres war man sich einig, daß man über die Mittelaufbringung, über eine neue Finanzierungskonzeption sich unterhält. Und daß das bereits ein System der Finanzierung sein soll. Und da heißt es: In den nächsten Monaten ist zwischen der Regierung und den Sozialpartnern ein Modell des Kostenausgleiches zu erarbeiten, in dem ein teilweiser Lastenausgleich zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Unternehmen einschließlich der öffentlichen Hand gefunden wird. Dieses Modell soll noch heuer legislativ umgesetzt werden. Über die Sommermonate sind Gespräche zwischen Regierung und Sozialpartner über eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung zu führen. Also diese Gespräche sind geführt worden. Und sie alle sind getragen von dem Wunsch, daß die Lehrlingsförderung mit der Zielsetzung nach Schaffung hochqualitativer Ausbildungsplätze und Schaffung von mehr Lehrplätzen, daß aber auch eine Reform der Lehre angegangen werden soll. Und jetzt gehe ich zeitlich noch etwas zurück. Die ersten Verhandlungen haben 1994 begonnen, dann gab es Entschließungsanträge seitens der SPÖ, dann gab es wieder einen Antrag am 13. November 1995, auf ein Bundesgesetz, mit dem das Berufsausbildungsgesetz 1969 geändert werden soll. Dann gab es wieder einen Entschließungsantrag vom 15. Jänner 1996, die finanzielle Förderung von Ausbildungsbetrieben betreffend und, und, und. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich schon: Wir sind uns alle einig, daß das ein zentrales Anliegen der Gesellschaft ist. Und wir sind uns alle einig, daß wir die Ausbildung brauchen und diese Lehrplätze anzubieten haben in einer Qualität und in einem Umfang, wie sie halt gebraucht werden. Und ich frage mich, warum es so schwer ist, hier Wege zu finden, daß eine raschere Lösung gegeben ist.

Und ich sage, daß es nicht Ziel sein kann, wie ich manchen Anträgen entnehme und wie sie auch von seiten der Freiheitlichen Partei und manchesmal auch von der Volkspartei kommen, die vielleicht so zusammenzufassen sind, daß dadurch eine billige Beschäftigung entstehen soll oder ein billiger Beschäftigter entstehen soll. Meiner Meinung nach ist es wichtig, jene Betriebe zu unterstützen, die Lehrlinge so gut qualifizieren, daß sie für die Zukunft eine Beschäftigungschance haben. Und daher müssen wir uns in diesem Interesse der künftigen Beschäftigungschance schon auf eine Methode einigen, daß die-

ses Ausbildungsziel erreicht wird und nicht durch eine Gießkannenförderung das Ganze eigentlich letztlich nur darauf abzielt, wie ich eingangs gesagt habe, daß es halt ein bißchen billiger wird. Das ist nicht der Ansatz. Und das verdienen auch unsere jungen Menschen nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und so meine ich, daß wir durchaus diesem Lehrlingsgipfel eine gewisse Aufmerksamkeit widmen, weil ich glaube, daß es gut ist, über diese unmittelbar anstehenden Fragen in einem Gipfel zu sprechen.

Ich möchte jetzt nicht mehr weiter ins Detail gehen über Modellvorschläge zur Finanzierung der Lehrlingsausbildung. Ich möchte auch nicht jetzt im Detail erörtern, wie das dargestellt wird, ob wir für diese Lehrlingsausbildung einen Finanzbedarf von etwa zwei Milliarden Schilling haben. Finanziert soll dies durch die Betriebe, die Arbeitnehmer beschäftigen, werden, eben durch eine Einhebung von 0,2 % bis 0,25 % der Brutto- oder Gehaltssumme, aufgebracht über die Sozialversicherungen. Ich will in diese Details nicht eindringen, ich habe jedoch meine konkreten Vorstellungen. Aber wir sollten uns dessen bewußt sein, daß wir zu handeln haben. Und nicht, daß ich jetzt sage, es ist noch ganz gut gegangen im Jahr 1996, 1997 wird es auch wieder gehen. Sondern es muß strukturell Vorsorge geleistet werden. Und weil der Kollege Haberler davon gesprochen hat, naja, ich würde meinen, das Erbe Kreiskys - ich bin ja einer seiner Schüler - sollen nicht andere antreten, die das, so meine ich, vielleicht nicht ganz richtig interpretieren können. Aber es ist schon richtig, daß es uns immer darum gegangen ist, diese Barrieren zwischen den Ausbildungssystemen abzubauen. Und es war für mich seinerzeit als Landesrat sehr, sehr wichtig zum Beispiel, diesen Ansatz auch über die Fachhochschulen zu finden, als es lange Diskussionen gab, ob man da die Matura nachzuholen hat oder nicht. Letztlich ist es dann darum gegangen, daß dieses duale Ausbildungssystem einen Zugang zum Höchstausbildungssystem eben bekommt, und auch in der Fachhochschule bekommen soll, und damit wirklich eine Gleichwertigkeit vom Ansatz, von den Chancen der Ausbildung, schulischer Art oder dualer Berufsausbildung, erreicht wird. Und da waren nicht wenige, und ich habe das wirklich sehr, sehr vehement, auch, sage ich offen, in vielen Diskussionen in meiner Fraktion erst durchringen müssen, weil es da halt auch Vorbehalte bei Schultheoretikern usw. gab. Und da haben sie mich dann immer gefragt, wieviel werden das denn beanspruchen? Ich antwortete stets, und wenn es nur wenige Prozent sind, so ist es doch eine Chance und vor allem ein gesellschaftliches

Signal einer Gleichstellung, die notwendig ist, um hier diese Frage, ist Lehre eine Sackgasse oder ist es eine Chance, eben zu beenden, daß es keine Sackgasse mehr ist, sondern eine Ausbildung, die gleichberechtigt neben der schulischen Ausbildung steht. Und daher muß die Weiterführung der beruflichen Ausbildung einfach in eine Fachhochschule münden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir erscheint es daher sehr, sehr wichtig, und ich bin sehr froh, daß von allen Parteien hier Übereinstimmung über die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Frage herrscht. Ich habe einen Resolutionsantrag vorbereitet, den ich einbringen möchte. Ich habe bereits erklärt, zu dem Lehrlingsgipfel wird die sozialdemokratische Fraktion beitreten. Ich würde mir wünschen, daß auch mein Antrag, der diese Fragen der Sicherung der Ausbildungsqualität im Lehrlingsbereich behandelt, ebenfalls Zustimmung findet. Ich möchte den Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dr. Bauer zum Antrag der Abgeordneten Böhm u.a. betreffend Förderung der Lehrlingsausbildung, Ltg. 538/A-1/40, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Ausbildungsqualität im Lehrlingsbereich.

Im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte ist die Qualität der Berufsausbildung ein entscheidendes Kriterium. Durch den aufgrund der vorhandenen Wirtschaftssituation entstandenen Kostendruck auf die Unternehmen ist die auf Basis des dualen Ausbildungssystems erreichte hochwertige Qualität der Lehrlingsausbildung gefährdet.

Lag in der Vergangenheit das Lehrstellenangebot immer deutlich über der Zahl der Lehrstellensuchenden, so gibt es seit August 1996 auch in Niederösterreich mehr gemeldete Lehrstellensuchende, als offene Lehrstellen gemeldet sind. Daneben ist auch insgesamt ein Rückgang des Lehrstellenangebotes feststellbar. Wengleich nicht immer nur die wirtschaftlichen Basisdaten eines Unternehmens für den Umfang der Lehrlingsausbildung maßgebend sind, wie das Beispiel der mehrheitlich im Eigentum des Landes stehenden EVN-AG zeigt, die trotz beachtlicher Dividendenausschüttung ihre Lehrwerkstätte bereits vor Jahren ersatzlos auslaufen ließ, so ist doch vielfach der Kostenfaktor der Ausbildung der Maßstab für das Lehrstellenangebot eines Unternehmens.

Da in Zukunft jedoch nur jene Facharbeiter gute Beschäftigungschancen haben werden, die über möglichst weitreichende Qualifikationen verfügen, ist es notwendig, gerade jene Betriebe, die ihren Lehrlingen über das Berufsbild hinausgehende Zusatzqualifikationen für zukunftssträchtige Berufe vermitteln, entsprechend zu unterstützen. Diese Unterstützung sollte neben Beiträgen der öffentlichen Hand, die sich auch ausgebildeter Facharbeiter bedient, auch einen Lastenausgleich zwischen auszubildenden und nichtauszubildenden Unternehmen umfassen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung

1. beim Bund vorstellig zu werden, damit die zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Soziales und dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten getroffene Vereinbarung zur Förderung der Berufsausbildung vom 2. Juli 1996 möglichst rasch realisiert wird,
2. im eigenen Bereich bis zum Wirksamwerden der Regelungen auf Bundesebene, dem Beispiel anderer Bundesländer folgend, durch eine Überbrückungsaktion einen Landeszuschuß an jene auszubildende Unternehmen, die Kenntnisse vermitteln, die über das jeweilige Berufsbild hinausgehen, oder die über den Unternehmensbedarf hinaus Lehrlinge ausbilden, zu gewähren, wobei eine Kofinanzierung aus Mitteln des ESF der Europäischen Union zu prüfen wäre,
3. durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß auch im NÖ Landesdienst und in mehrheitlich vom Land NÖ beherrschten Unternehmen eine qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung erfolgen kann."

Ich bitte, Herr Präsident, auch über diese Resolution abstimmen zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich richte wirklich einen Appell an alle, daß diese Frage der Ausbildung und der Umgang mit unserer Jugend sehr, sehr intensiv diskutiert werden muß, mehr als das vielleicht manchenmal derzeit der Fall scheint. Und ich würde bitten, auch hier die Zustimmung zu geben, weil ich glaube, daß diese qualitätssichernde Maßnahme letztlich auch jene Maßnahme ist, die wir alle brauchen und die uns allen zugute kommt. Denn nur die, die nach uns diese Positionen einnehmen, nach guter

Ausbildung, werden die Garanten dafür sein, daß ein gutes, reiches Land in Wohlstand weiterbesteht. Und in dem Sinne bitte ich um die Zustimmung. Und ich freue mich, daß für alle drei Fraktionen - beim Liberalen Forum gehe ich davon aus, auch wenn keine Wortmeldung vorliegt, daß sie das in der gleichen Weise interpretieren - diese Ausbildungsfragen zu einem zentralen Anliegen nicht nur der Politik, sondern der gesamten Gesellschaft werden. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wenn wir heute zu dem Thema "Förderung der Lehrlingsausbildung" sprechen, so müssen wir natürlich auch im Hintergrund zunächst einmal doch auch sagen, daß wir in Niederösterreich bei den Wirtschaftsdaten hervorragend liegen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Und wenn zum Beispiel die durchaus kritische Wochenzeitschrift "News" schreibt, daß Niederösterreich Spitze ist bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und wir mit 3.500 Arbeitsplätzen an erster Stelle stehen, so glaube ich, ist es sicher ein Lob von einer Seite, von der man es sich nicht erwartet hätte. Auch die Arbeitslosenrate liegt in Niederösterreich unter dem Österreichdurchschnitt. Und vor allem eines, was in den letzten Tagen jetzt bekannt wurde, auch das Steueraufkommen, was ja auch ein Indiz für die funktionierende Wirtschaft ist, ist in Niederösterreich im Vergleich zum Beispiel mit Wien und Burgenland mit einem Prozentsatz von plus 19,9 Prozent, also rund 20 Prozent im Vergleich zu Wien mit 11 Prozent und Burgenland mit 12 Prozent sicher durchaus sehenswert.

Aber die Qualität der Berufsausbildung ist auch in Niederösterreich ein entscheidender Faktor. Es gibt ein Abkommen der Sozialpartner, ein Satz, der für mich eigentlich richtungsweisend sein muß für die Politik. Und zwar, die Qualität der Ausbildung unserer Jugend ist auch das wichtigste Kapital, das Österreich in das gemeinsame Europa einbringt. Der bei uns in der Lehrlingsausbildung eingeschlagene Weg des "learning by doing" ist richtungsweisend. Die im internationalen Vergleich ausgesprochen geringe Jugendarbeitslosigkeit bestätigt den Erfolg der in Österreich praktizierten Zusammenarbeit zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung. Und wenn ich sage, schulische Ausbildung, so hat es zu diesem Thema heute

eine Pressemeldung gegeben, in welcher das Liberale Forum wiederum die Polytechnischen Lehrgänge angreift, die Abschaffung der Polytechnischen Lehrgänge fordert, überhaupt nur Berufsorientierung verlangt usw. Und da muß ich sagen, daß gerade aus den Polytechnischen Lehrgängen 50 Prozent der Lehrlinge, die derzeit im Lehrberuf sind, kommen. Und gerade bei denen, die vom Polytechnischen Lehrgang kommen, finden wir eine ganz geringe Fluktuation. Das heißt, dort wird in Richtung Berufsorientierung Hervorragendes geleistet und wir sollten das bitte nicht heruntermachen.

Ein Problem aber, und mit dem beschäftigen wir uns heute, ist natürlich die steigende Jugendarbeitslosigkeit. Die können wir nicht übersehen. Die Wirtschaft hat vor noch nicht allzu langer Zeit beklagt, daß Facharbeitermangel vorherrsche. Und auf der anderen Seite wurden Kampagnen gemacht, um eben die Lehrlinge wiederum an die Betriebe zu binden. Leider Gottes hat sich dieser Trend sehr schnell umgekehrt, binnen kurzer Zeit ist der Abbau an Lehrlingen überall festzustellen. Seit 1980 sank die Zahl der Ausbildungsbetriebe in ganz Österreich um ein Drittel. Um ein Drittel weniger Ausbildungsbetriebe, wie wir heute schon gehört haben, die sich bereit erklären, jungen Leuten eine Chance zu bieten. 10.000 Lehrstellensuchenden stehen gegenüber 4.000 offene Lehrstellen. Und was uns auch heute zu diesem Thema zusammenbringt ist jene Tatsache, daß gerade die Zahl der Lehrstellensuchenden gegenüber dem Vorjahr um 39 Prozent zugenommen hat. Wie schaut es in Niederösterreich aus? Wir haben in Niederösterreich 500 offene Lehrstellen, fast 800 Lehrstellensuchende, also auch hier ein Ungleichgewicht. Führend darin ist meistens der Einzelhandelskaufmann, da gibt es sehr große Wünsche, Bürokaufmann usw. Auch hier gilt es in Zukunft, die Lehrlingsströme in die richtige Richtung zu lenken.

In einem bin ich mit Herrn Klubobmann Dr. Bauer sicher einer Meinung, wenn er sagt, daß gerade die Großbetriebe sich von der Lehrlingsausbildung absentieren und daß die Hauptlast hauptsächlich bei unseren kleinen Gewerbebetrieben in den Gemeinden draußen liegt. Und die dann eigentlich den ausgebildeten Fachmann, die Fachkraft heranziehen. Ein Tischler geht zum Beispiel dann zum Möbelhandel, wird dort mit offenen Armen aufgenommen, kann dort natürlich wesentlich besser in seinem Berufsbild weiter arbeiten und dient natürlich auch dem großen Möbelhandel. Das wird natürlich auf Dauer nicht gehen, daß immer nur der kleine Gewerbebetrieb diese Aus-

bildungslast trägt. Wir haben also gesagt, es müßte etwas geschehen. Und daher auch dieser Antrag der ÖVP. Der Antrag der ÖVP ist nicht in diese Richtung zu sehen, daß - und daher habe ich die Aufregung seitens des Präsidenten, aber auch seitens der SPÖ nicht verstanden, daß es hier um gesetzliche Änderungen geht, wie in der Zeitung auch zu lesen war, daß die Gemeinden wiederum aufgefordert werden, etwas zu tun. Sondern es geht rein um eine Information und um eine gewisse Rechtssicherheit für unsere Gemeinden draußen. Der Antrag der ÖVP ist sicher auch symbolisch zu sehen. Es soll eine Unterstützung sein. Dieser Antrag soll Schule machen auch für andere Institutionen. Ich weiß schon, wegen dieses Betrages von rund 2.600,- Schilling im Jahr wird sicherlich kein Lehrlingsboom ausbrechen. Davon bin ich überzeugt. Ich weiß auch, daß diese zirka 150,-, 160,- Schilling pro Monat niemanden dazu unbedingt animieren werden. Aber wir haben auch andere Förderungen in den Gemeinden. Zum Beispiel im Bereich der Geburtenbeihilfe, wo etwa 1.000,- bis 1.500,- Schilling aus diesem Anlaß gegeben werden. Und ich glaube bitte, wegen der 1.500,- Schilling wird auch kein Babyboom ausbrechen. Sondern das ist ja deshalb so geplant, daß man hier das Umfeld schafft, daß die Gemeinden, wenn sie es beschließen wollen, die Rechtssicherheit haben und sich auch für die Lehrlinge und für die Betriebe in der eigenen Gemeinde aussprechen können.

Wir wollten das Problem thematisieren, das haben wir mit dem Antrag heute erreicht. Ich bin froh darüber, daß sich alle hier zu Wort gemeldet haben. Ich möchte es aber nicht unbedingt dramatisieren. Denn wir wissen ganz genau, daß es in manchen Bereichen branchenmäßig sehr gut geht, in manchen Bereichen sehr schlecht, auch regional ist das Ganze unterschiedlich. Was wir wollen ist, ein Klima schaffen, in welchem der Gewerbetreibende, aber auch der Lehrling bemerkt, daß wir uns bemühen.

Man muß auch heute bei dieser Diskussion sagen, daß man die Ausbildungsvorschriften vielleicht auch in irgendeiner Form überdenken sollte. Es ist sicher so, daß zum Beispiel ein Dachdeckerlehrling bis zum 19. Lebensjahr nicht auf das Dach steigen darf, aber umgekehrt der Hilfsarbeiter im selben Alter sehr wohl. Das sind Dinge, über die man reden muß. Darüber muß man diskutieren, man muß hier auch in irgendeiner Form dem Lehrherrn entgegenkommen, das scheint keine Frage. Aber die Lehrlinge sind sehr, sehr wertvolle Mitarbeiter. Eine Befragung bei zirka tausend Unternehmen

hat gezeigt, daß die Hälfte der Gesamttätigkeit der Lehrling in produktiver Tätigkeit steht, rund 20 Prozent der Gesamtzeit für die betriebliche Unterweisung aufwendet und 30 Prozent für die externe Ausbildung, Berufsschule, Fortbildungswesen und dergleichen mehr.

Wenn ich nun schon am Wort bin, so auch ein Satz dazu: Wir dürfen nicht nur das Problem der Jugendarbeitslosigkeit beim Lehrling aufhängen, sondern wir müssen auch angesichts der Abgänger von Akademien, Hochschulen usw. uns Gedanken machen. Auch dort haben wir sehr, sehr große Schwierigkeiten gerade in letzter Zeit. Ich glaube, jeder Abgeordnete wird das aus seinen Sprechstunden kennen, daß auch hier sehr, sehr große Probleme auf uns zukommen werden. Es gibt hier Steigerungsraten um die 80 Prozent bei jenen, die heute keinen Arbeitsplatz bekommen, obwohl sie eine ausgezeichnete Ausbildung genossen haben. Da gibt es den Verein "Jugend und Arbeit", der hier auch unterstützt wird, wo sich zum Beispiel auch jetzt wiederum im Bereich der Abgänger der pädagogischen Akademien Leute melden können, und wo auch wiederum die Gemeinden sehr vorbildhaft agieren und dort finanziell einen Beitrag leisten und diese jungen Leute anstellen.

Mit diesem Nachlaß wird es, wie immer wiederum gesagt wurde, zu keiner Änderung beim Finanzausgleich kommen. Das waren diese Befürchtungen, auch von Präsident Koczur. Es werden keine gesetzlichen Änderungen notwendig sein. Denn die Gemeinden fördern heute schon. Und ich kann mir nicht vorstellen, wenn zum Beispiel eine Gemeinde eine Wohnbauförderung eingeführt hat, daß deswegen in dieser Gemeinde dann keine Wohnbauförderungsmittel seitens des Bundes oder des Landes fließen werden. Also diese Bedenken teile ich nicht. Die Gemeinde hat hier - und das sollen wir nicht unterschätzen - eine sehr, sehr starke autonome Lösungsmöglichkeit. Macht sie es überhaupt, das ist die Frage. Die zweite Frage ist, machen wir es bei allen Lehrlingen oder bieten wir einen Anreiz im ersten Lehrjahr. Wie lange mache ich das usw. Lassen wir die Gemeinden draußen in den Regionen arbeiten. Ich glaube, das ist wichtiger als daß wir hier Gesetzesbeschlüsse durchführen.

Und noch eines: Viele Gemeinden haben das ja schon beschlossen. Es gibt ja sehr, sehr viele Gemeinden, die durchaus in dieser Richtung schon tätig waren. Es wurden auch Dringlichkeitsanträge in den Gemeinden eingebracht. Aber hier bestand auch die Rechtsunsicherheit, habe ich dann die Förderungsmöglichkeit noch oder wird

mir die weggenommen. Und das, glaube ich, sollte mit diesem Antrag heute ganz genau geklärt werden. Mir geht es heute hier um die Rechtssicherheit und nicht darum, die Gemeinden in irgend einer Form zu bevormunden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe abschließend zwei Resolutionsanträge, wobei ich aber vorher noch eingehen möchte auf den Resolutionsantrag des Abgeordneten Dr. Bauer. Bitte, der kommt mir so vor, als machten wir jetzt, fünf Minuten vor Zwölf noch schnell etwas. Machen wir noch einen schnellen Resolutionsantrag, damit wir von der SPÖ auch auf den fahrenden Zug, der heute schon genannt wurde, aufspringen. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Aber bitte, dieser Antrag geht ja weit über das hinaus, was Du eigentlich in Deiner Wortmeldung gesagt hast, nämlich in der Richtung, daß die Wirtschaft und auch Gewerbebetriebe hier einen Topf schaffen, wo ein Ausgleich stattfinden kann. Dieser Antrag geht ja bei weitem darüber hinaus. Und zwar auch in der finanziellen Form. Denn wenn ich hier sage, 2.000,- Schilling pro Monat mal 20.000 Lehrlinge mal 12 Monate, komme ich auf über 200 Millionen Schilling, die das Land Niederösterreich dafür zur Verfügung stellen muß. (*Abg. Dr. Bauer: Das ist das Zeichen, daß Sie ihn nicht gelesen haben!*)

Das ist halt zu überprüfen, glaube ich. Aber ich denke, es ist ein Antrag, der weit über den des Bundesministers und über die Vereinbarungen hinausgeht.

Ich darf den ersten Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Nowohradsky, Dr. Bauer, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg zum Antrag der Abgeordneten Böhm u.a. betreffend Förderung der Lehrlingsausbildung, Ltg. 538/A-1/40, betreffend Einberufung eines Lehrlingsgipfels durch die Landesregierung.

Die derzeitige Arbeitsmarktsituation ist durch einen Höchststand von in Ausbildung stehenden Lehrlingen gekennzeichnet, wobei trotz der hohen Anzahl an Lehrstellen der Bedarf noch immer nicht gedeckt wird. Dies führt dazu, daß - und dies regional sehr unterschiedlich - viele Jugendliche keine entsprechende Lehrstelle finden.

Um dieser Situation entgegenzuwirken, sind auch Maßnahmen seitens der öffentlichen Hand erforderlich. Förderungen, wie die in dem zugrundeliegenden Antrag vorgeschlagenen, stellen nur eine Möglichkeit dar. Darüber hinaus ist die Um-

setzung weiterer Maßnahmen erforderlich. Sämtliche Maßnahmen und Überlegungen sollten im Rahmen eines Lehrlingsgipfels unter der Führung der NÖ Landesregierung diskutiert und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, einen Lehrlingsgipfel unter Einbeziehung sämtlicher Betroffenen einzuberufen und dabei

- die Lehrlingsausbildung generell
 - über mögliche Impulse - in Kooperation mit der Wirtschaft - zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen
 - Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem AMS und
 - die Ausnützung der Mittel des ESF der Europäischen Union
- zu diskutieren."

Als zweiten Resolutionsantrag darf ich den folgenden Resolutionsantrag vorlegen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Nowohradsky und Muzik zum Antrag der Abgeordneten Böhm u.a. betreffend Förderung der Lehrlingsausbildung, Ltg. 538/A-1/40, betreffend Einführung eines Mopedausweises ab dem 15. Lebensjahr.

In vielen Bereichen des heutigen Lebens wird mehr Mobilität und Flexibilität gefordert. Dies gilt für sämtliche Bereiche der modernen Wirtschaft, aber auch schon für Jugendliche, die noch in der Ausbildung stehen. Mobilität wird sowohl für den schulischen Bereich, als auch für die Ausbildung am Arbeitsplatz gefordert. Der Forderung nach mehr Mobilität kann jedoch nur dann entsprochen werden, wenn auch die Möglichkeit zur Nutzung von Verkehrsmitteln gegeben ist. Während in Ballungsräumen die Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel relativ gut ist, besteht im ländlichen Raum vielfach der Zwang, auf private Verkehrsmittel zurückzugreifen. Diese Entwicklung wird auch dadurch verstärkt, daß gerade im ländlichen Raum viele öffentliche Verkehrsmittel von der Einstellung bedroht sind. Daraus entsteht ein Zwang zur Nutzung von privaten Verkehrsmitteln, um Arbeits- oder Ausbildungsplätze zu erreichen. Gerade Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr ist jedoch ein solcher Zugriff auf private Verkehrsmittel versagt, da die Berechtigung zum Lenken von Mopeds erst ab dem 16. Lebensjahr erlangt werden kann. Das Moped stellt jedoch in

vielen Bereichen das einzige Verkehrsmittel dar, um Arbeitsplätze oder Ausbildungsplätze zu erreichen. Etliche Ausbildungsplätze bleiben dadurch für Jugendliche verschlossen. Gerade in Zeiten, in denen verstärkt mit einer Jugendarbeitslosigkeit gekämpft wird, und auch bereits von Jugendlichen und Schülern mehr Flexibilität und Mobilität verlangt wird, sollen ihnen die notwendigen Möglichkeiten geboten werden.

Eine Möglichkeit zu dieser Mobilität bestünde darin, das Mindestalter für die Erlangung eines Mopedausweises auf 15 Jahre herabzusetzen. Entsprechende Untersuchungen und Vergleiche in anderen Ländern haben auch ergeben, daß dadurch keine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit oder erhöhte Unfallzahlen zu erwarten wären.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden und um die Herabsetzung des Mindestalters zur Erlangung des Mopedausweises auf 15 Jahre zu ersuchen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein Freibrief, den wir vielleicht jetzt Mopedrasern geben, sondern das soll hier wirklich im Einvernehmen mit sehr vielen Bereichen sein. So soll es hier zu einer Verkehrssicherheitsprüfung kommen, so soll es hier auch eine medizinische Überprüfung geben. Und es soll dabei auch eine Einverständniserklärung der Eltern dabei sein, daß eben dieser Mopedausweis gemacht werden kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie im Interesse unserer Jugendlichen und vor allem der Lehrlinge, diesen Resolutionsanträgen, aber auch dem Antrag als solchen zuzustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Nur einige kurze Klarstellungen. Ich glaube, ich kann nicht unwidersprochen lassen, was hier der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek gemeint hat, nämlich zum Lastenausgleich, der bei Gott nicht eine Frage der sozialistischen Gewerkschafter ist, sondern der einvernehmlich hier outriert wurde zwischen allen Fraktionen. Nicht nur im Arbeitnehmerbereich, sondern der auch mit der Wirtschaft akkordiert, beschlossen und unterfertigt

wurde. Das ist keine Strafsteuer, sondern die Schaffung von Gerechtigkeit zwischen den Betrieben. Und ich darf Ihnen nur versichern, der Herr Abgeordnete Haberler ist als Kontrollobmannstellvertreter der Arbeiterkammer Niederösterreich mit dabei gewesen und hat erst im November bei der Vollversammlung eben diesen Beschluß betreffend diesen Lastenausgleich mit beschlossen. *(Abg. Dr. Bauer: Einstimmig war das!)*

Einstimmig. Das war ein einstimmiger Beschluß. Ich möchte das hier wirklich klarstellen. Und ich glaube, man kann natürlich überall verschiedener Meinung sein, doch man soll das in Erinnerung rufen.

Zum Kollegen Haberler möchte ich sagen, die Frage des Krankenkassenbeitrages, der Abschaffung im ersten Lehrjahr bei Mitversicherung bei den Eltern, das ist eine Frage, bei der wir nie mitgehen können, da würden wir automatisch den jungen Menschen Versicherungsjahre wegnehmen. Und was die Frage der Überschüsse der AK betrifft, die hier mitfinanzieren soll, so muß ich sagen, Gottseidank ist die AK gut geführt und hat keine Probleme. Wie wir ganz konkret Lehrlinge unterstützen, das kann man gerne erklären: Allein im vergangenen Jahr hat die Arbeiterkammer Niederösterreich über die Jugendschutzabteilung in 2.600 Fällen 9,952.000,- Schilling für die Lehrlinge herausgeholt. Das ist der wesentlichste Bereich, den wir hier auch auf Grund unseres Gesetzesauftrages als Arbeiterkammer durchzuführen haben. Wir sollten die Kompetenzen immer auseinander halten.

Eines möchte ich noch dazu sagen. Natürlich geht es in dieser Frage nicht nur um die momentane Problematik, daß im Moment eine Verknappung bei den Lehrstellen eingetreten ist. Ich erinnere, vor wenigen Jahren war es noch umgekehrt. Und wenn wir uns die demographische Entwicklung bei unserer Jugend anschauen, wird es in den paar Jahren wieder ganz anders sein. Es geht, glaube ich, egal, in welcher Situation, ob es mehr oder weniger offene Lehrstellen gibt, darum, daß wir den jungen Menschen durch eine qualifizierte Ausbildung Zukunftschancen sichern.

Diese Frage einer besseren Qualifizierung der Ausbildung ist im Mittelpunkt unserer Zukunftüberlegungen sicherlich wichtiger als momentane Kostenminimierungen, die man auch ansprechen soll und kann, gar keine Frage. Und ich möchte mich anschließen beim Dank an die gewerbliche Wirtschaft. Denn wenn wir uns anschauen, wo Lehrlinge ausgebildet werden, ist es ja in der Tat so, daß wir hier der gewerblichen

Wirtschaft im Gegensatz zur Industrie zu großem Dank verpflichtet sind, weil hier der Großteil ausgebildet wird. Wichtig ist, daß wir, wenn wir das Hauptziel, nämlich die Bildungsströme umzulenken, damit die Wirtschaft in Zukunft auch qualifizierte Facharbeiter zur Verfügung hat, wenn wir dieses Hauptziel vor Augen haben, dann müssen wir ganz einfach schauen, daß die jungen Menschen eine positive Erwartungshaltung in den zu erlernenden Beruf haben. Daß die Attraktivität der Ausbildung stimmt und die Erwartungshaltung für die Zukunftschancen, für die Einkommenschancen, Aufstiegschancen usw. in dieser Branche, in diesem Betrieb entsprechend gegeben sind. Und da ist natürlich die Frage der Unterschiedlichkeit der Ausbildung sicherlich gegeben. Es hängt auch stark mit der betrieblichen Situation zusammen. Die Frage der Qualität der Auszubildenden ist unterschiedlich, die technische Ausstattung einzelner Lehrbetriebe ist natürlich ganz unterschiedlich, die Arbeitsweise usw. Und wir sollten diese Frage der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt rücken. Aber nicht mit gegenseitigen Beschuldigungen, Unterstellungen, sondern die Frage, wie wir gemeinsam in Zukunft Positives zustande bringen können. Und in dem Sinn glaube ich auch, daß dieser ÖVP-Antrag heute ganz, ganz wichtig war. An diesem kleinen Beispiel der Frage der Kommunalsteuer: Wir sind ja auch gegen eine Abschaffung dieser Kommunalsteuer. Es geht nur um die Frage, wie es Abgeordneter Nowohradsky so richtig gesagt hat, der Schaffung von Rechtssicherheit für die Gemeinden.

Diese heutige Initiative, die hier eingebracht wurde, ist, glaube ich, der Startschuß, daß in die Lehrlingsproblematik zumindest in unserem Bundesland Bewegung hineinkommen kann. Und wenn wir den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hier vor uns haben, bitte ich um Verständnis, wenn wir da nicht mitgehen können. Denn wir sollten so etwas Weitgehendes nicht heute ad hoc sozusagen als Einzelmaßnahme beschließen. Überlassen wir es doch diesem Lehrlingsgipfel. Und ich nehme an, wenn wir heute diesen Beschluß fassen, daß die NÖ Landesregierung das rasch in Angriff nehmen wird, diesen Lehrlingsgipfel. Wo wir akkordiert zwischen den Arbeitnehmer-Interessensvertretern und der Wirtschaft, dem Land, den Berufsschulen und allen Betroffenen entsprechend koordinierte Maßnahmen in unserem Bundesland setzen können. Ich setze sehr auf diesen Lehrlingsgipfel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFMACHER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen, sodann über den Antrag des Kommunal-Ausschusses und anschließend über die drei eingebrachten Resolutionsanträge.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Abänderungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Hrubesch zu Ltg. 538/A-1/40): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF; Ablehnung SPÖ.)

Ich lasse über den Antrag des Kommunal-Ausschusses abstimmen. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kommunal-Ausschusses): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF; Ablehnung SPÖ.)*

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionsanträge. Ich lasse zuerst über den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Ausbildungsqualität im Lehrbereich abstimmen. *(Nach Abstimmung über den genannten Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsantrag der Abg. Nowohradsky, Dr. Bauer, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg betreffend Einberufung eines Lehrlingsgipfels): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsantrag der Abg. Nowohradsky und Muzik betreffend Einführung eines Moped-Ausweises ab dem 15. Lebensjahr): Mit Mehrheit angenommen! - Ein Teil der Mitglieder der FPÖ hat mitgestimmt. Dies zu Protokoll. (Zustimmung ÖVP, SPÖ, Teile der FPÖ, LIF; Ablehnung durch Abg. der FPÖ.)

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Herr Abgeordneter Sivec hat sich aus unvorhergesehenen Gründen von der heutigen Sitzung entschuldigen müssen und kann daher auch nicht wie vorgesehen zum Geschäftsstück Ltg. 546/G-1/10 berichten. Besteht ein Einwand dagegen, daß dies Herr Abgeordneter Feurer übernimmt? Ich sehe, das

ist nicht der Fall. Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Feurer, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 546/G-1/10 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich habe namens des Kommunal-Ausschusses über Ltg. 546/G-1/10 betreffend die Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden zu berichten.

Auf Grund der Bestimmungen der NÖ Gemeindeordnung wurde die Gemeinde Wolfsthal-Berg durch Verordnung der Landesregierung vom 22. August 1996 in die Gemeinde Wolfsthal und in die Gemeinde Berg getrennt. Mit Verordnung vom 13. Dezember 1994 hat die Landesregierung die Gemeinde Gartenbrunn in die Gemeinden Gaubitsch und Unterstinkenbrunn mit Wirkung vom 1. Jänner 1995 getrennt. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll das durch die beiden Gemeindetrennungen unrichtig gewordene Verzeichnis der Gemeinamen richtiggestellt werden. Ich stelle daher folgenden Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Feurer für die Berichterstattung. Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 548/B-2/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf berichten zur Landtagszahl 548/B-2/4, dem Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Niederösterreich im Verwaltungsjahr 1995.

Der Rechnungshof erstattet gemäß Art.127 Abs.6 1. Satz B-VG dem NÖ Landtag über seine Tätigkeit im vorausgegangenen Jahr Bericht. Der Bericht enthält einige Hauptprobleme der öffentlichen Finanzkontrolle in allen Bundesländern, wobei der Rechnungshof im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit wiederholt über den Anlaßfall hinausgehende Feststellungen getroffen hat, die er nachstehend zusammenfaßt. Über die Gebärungsprüfung der Flughafen Wien AG wird infolge der gemeinsamen Kapitalbeteiligungen des Bundes sowie der Länder Niederösterreich und Wien dem Nationalrat und dem Wiener Gemeinderat zeit- und inhaltsgleich berichtet. Ich darf den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Niederösterreich, Verwaltungsjahr 1995, wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten um die Debatte und um die Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Klubobmann Grätzer.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Tätigkeitsbericht, der sich ja hauptsächlich mit dem Flughafen, mit der Flughafen Wien AG beschäftigt, ist insofern ganz interessant, weil ja auch darin eindrucksvoll geschildert wird der wirtschaftliche Aufstieg des Unternehmens, der ja auch herauskommt, aber auf der anderen Seite eben auch Dinge geprüft werden, wo man merkt, hier kommt man nicht ganz zurecht bzw. hier werden Angelegenheiten der Geschäftsführung nicht so genau genommen. Da geht es vornehmlich um die Beteiligungen an anderen Unternehmungen. Und das spielt ja so auch in die Aktuelle Stunde rein, daß eben bei derartigen

Beteiligungen es noch nicht so abläuft, wie man sich das vorstellt.

Zum Bericht selbst von meiner Warte her nur ein paar allgemeine Bemerkungen, weil ja immer im besonderen Teil die Erledigung der Empfehlungen des Rechnungshofes aus dem Vorjahr erwähnt werden. Und es fällt ganz einfach auf, daß das Land Niederösterreich von den 15 Empfehlungen des Rechnungshofes aus dem Vorjahr 14 ganz einfach negiert und nicht erfüllt hat. Und das ist eigentlich eine Zahl, über die man nicht einfach hinweggehen kann und sagen, naja, da ist halt etwas noch nicht erledigt. Sondern das entspricht nach meiner Überlegung und nach meiner Erfahrung, die ich hier herinnen gewonnen habe, auch einem gewissen - ich sage das bewußt so salopp - "Wurschtigkeitsgefühl" gegenüber überprüfenden Organen. Wir erleben das ja auch sehr oft bei den Prüfberichten des Finanzkontrollausschusses. Wobei gerade wir Freiheitlichen da dann ab und zu in eine Bahn gelenkt werden, daß es heißt, wir nehmen diese Berichte her, um zu skandalisieren, wir nehmen die Berichte her, um zu kriminalisieren. Darum geht es nicht. Aber es ist mittlerweile auf Grund der Menge der Berichte, die ich selbst mir angeschaut habe, ganz einfach ableitbar, daß Kontrollberichte nicht ernst genommen werden.

Ich glaube, daß es daher auch Aufgabe des Landtages ist, hier doch darauf zu achten und mehr darauf zu drängen, daß die einzelnen Abteilungen der Landesregierung, aber auch die einzelnen Ressortchefs selbst doch dieser Verantwortung nachkommen. Denn ich sehe eine natürliche Folgeerscheinung des Ganzen. Ich würde es einmal so sagen: Wenn der Schlendrian sich einmal eingeschlichen hat, ist es unheimlich schwer, ihn wieder einmal wegzubringen. Aber es wird zugeschaut. Und ich nehme das Beispiel der NÖPLAN her. Bei der NÖPLAN hat der Finanzkontrollausschuß den ersten Prüfungsbericht, nämlich die NÖPLAN betreffend, sehr scharf verfaßt. Es ist um den Bau der Landessportschule gegangen, den die NÖPLAN abgewickelt hat. Reaktion? Null! Die NÖPLAN hat genauso weiter gearbeitet, wie sie eben dieses Projekt durchgezogen hat und es hat sich nichts geändert. Das nächste Projekt war die Straßenmeisterei in St. Pölten. Der Finanzkontrollausschuß hat wieder eigentlich ärgste Dinge festgestellt, die Unnötigkeit der Abwicklung überhaupt durch die NÖPLAN, eine Verteuerung des Projektes um lockere - also wenn man jetzt nur die oberflächlichen Daten herausgenommen hat - 30 Millionen Schilling alleine deshalb, weil die NÖPLAN dort gearbeitet hat. Und das hat keine

Folgen! Und da es keine Folgen hat, wird sich sicher bei der Fertigstellung des Regierungsviertels, des Landhauses noch einmal widerspiegeln, daß hier niemand und vor allem der Landeshauptmann nicht Konsequenzen aus Prüfberichten zieht.

Ich habe mir selbst diese Woche am Montag die Mühe gemacht und einmal einen halben Tag rein Augenschein genommen in St. Pölten. Mir ein paar Sachen angeschaut, mit ein paar Leuten gesprochen, die dort bereits arbeiten. Es ist haarsträubend, was sich jetzt bereits dort auftut! Bei einem Trakt sind die Toiletten nicht benützbar, weil man aus irgendwelchen Gründen kein Wasser hat, der Block 1 B läßt sich nur auf 15 Grad beheizen, die Bediensteten frieren. Das geht durch bis zur Garage - anscheinend eine der modernsten Garagen. Und wenn man 'rein- und 'rausfährt, dann sieht man, daß dort die Säulen stehen, wo man eben nicht mit Kreditkarten zahlen kann wie in jeder, ich sage es einmal so, in jeder "Kleinstgarage" in Wien kann man mit Kreditkarten zahlen, nur nicht in St. Pölten. Und noch etwas: Es fahren ja viele Leute 'rein, die den Beleg brauchen. Doch dort steht offensichtlich noch eines von diesen uralten Kasteln, die das Ticket schlucken und keinen Beleg ausdrucken. Das sind diese Kleinigkeiten. Aber wenn das bei einem kurzen Besuch in St. Pölten bereits so aussieht, dann ist das - und davon bin ich überzeugt - eine natürliche Konsequenz daraus, weil Prüfberichte hier im Hause nicht ernst genommen werden. Und weil sich die Landesregierung in vielen Bereichen um Empfehlungen des Rechnungshofes und der Finanzkontrolle nicht kümmert. Und ich meine, mit diesen Zuständen gehört endlich aufgeräumt, nämlich zum Wohle der Landesbürger und vor allem der Steuerzahler. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich möchte mich in meinem Beitrag in erster Linie mit dem Flughafen Wien-Schwechat beschäftigen, mit der Flughafen-AG. Und das bietet mir auch die Gelegenheit, meine Damen und Herren, einmal hier im Landtag über den Wirtschaftsfaktor Flughafen Schwechat zu sprechen und die Bedeutung für unsere Region in Schwechat und überhaupt für Niederösterreich einmal hier darzustellen.

Meine Damen und Herren! Der Flughafen Wien heißt zwar Flughafen Wien, liegt aber zur Gänze in Niederösterreich. Er ist der zentrale Flughafen Österreichs und hat eine Ausdehnung von 10 km² und hat derzeit 10.000 Beschäftigte. Am Flughafen Wien-Schwechat werden achteinhalb Millionen Passagiere abgefertigt. Er hat große Bedeutung für das Binnenland Österreich. 63 Linien- und 154 Chartergesellschaften frequentieren zum Beispiel im Jahre 1995 - es hat sich bereits gesteigert - diesen zentralen Verkehrsknotenpunkt, der nach der Ostöffnung jetzt tatsächlich inmitten Europas liegt. Dazu kommt noch ein Frachtaufkommen von zirka 125.000 Tonnen, die am Flughafen Wien-Schwechat umgeschlagen werden. Die Rolle des Flughafens als internationaler Treffpunkt hat durch die Errichtung des "world trade center" eine bedeutende Ausweitung erfahren. 1990 wurde dieses Gebäude eröffnet mit einer Gesamtfläche von 18.000 m². Ein modernes Kommunikations- und Konferenzzentrum ist hier entstanden.

Die Bedeutung eines Flughafens kann natürlich nicht allein auf die Bereitstellung von Flugdienstleistungen beschränkt betrachtet werden. Der Vienna-Airport hat nicht nur als Verkehrsbetrieb Bedeutung sondern gibt wichtige Impulse für die Ansiedlung anderer Wirtschaftszweige. So gibt es am Flughafen, meine Damen und Herren, 52 Luftfahrtunternehmen, 9 Mineral- und Wartungsfirmen, 41 Expeditionen, 45 Einzelhandels- und 12 Großhandelsunternehmen, 56 Dienstleistungsbetriebe, 11 Gastronomiebetriebe und 8 Bundesstellen. Der Flughafen, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, ist damit der größte geschlossene Arbeitsplatz Niederösterreichs. Der wichtigste Arbeitgeber auf diesem Flughafen ist natürlich die Flughafen Wien-AG. Sie hat rund ein Fünftel der Beschäftigten, das sind insgesamt 2.215 sichere Arbeitsplätze. Der Personalstand stieg in den letzten Jahren im Schnitt um 6 Prozent, insbesondere 1992 mit der Errichtung der Tochtergesellschaft, der Security-Gesellschaft ViAS. Das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten liegt über dem Durchschnittsverdienst der übrigen Bundesländer. Man kann rechnen, meine Damen und Herren, daß, wenn man die Familienangehörigen dazurechnet, daß über 26.000 Personen direkt vom Flughafen leben. Das hohe Lohnniveau wirkt sich natürlich auch fiskal für die umliegende Wirtschaftsregion aus. Allein die Flughafen-AG hat 1995 30,4 Millionen Schilling an Kommunalabgabe an die angrenzenden Gemeinden abgeführt. Auf Grund der ständigen Aktivitäten in den letzten Jahren, die aus der Entwicklung des Luftverkehrs abzuleiten sind und sich ergeben haben, gab es natürlich umfangreiche Investitio-

nen und Fremdleistungen und dadurch wieder große und wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft. Allein die Flughafen Wien-Gruppe investierte 1995 1,3 Milliarden Schilling. Ein ähnlicher Betrag wird praktisch auch 1996 zu Buche schlagen und insgesamt, meine Damen und Herren, hat die Flughafen Wien-Gesellschaft von 1990 bis 1995 sieben Milliarden Schilling investiert. Dazu kommen noch sechs Milliarden aus Fremdleistungen von anderen Firmen, die am Flughafen beschäftigt und tätig sind.

Durch eine so rasante Entwicklung - und auf Grund der Masterplanung wird das noch bis zum Jahr 2000 fortgesetzt werden - ergibt sich auch die Frage der Umweltbedingungen am Flughafen. Und es besteht dort Gottseidank und bedeutungsvoll, muß ich sagen, gerade auf diesem Gebiet ein sogenannter Nachbarschaftsbeirat, der sich aus dem Management und den Bürgermeistern der anrainenden umliegenden Gemeinden zusammensetzt. Daß diese Gelegenheit da ist, in diesem Gremium anstehende Probleme zu erörtern, trägt natürlich zu einem verbesserten Klima zwischen den Anrainergemeinden und dem Flughafen sehr viel bei. Und als einer der betroffenen Bürgermeister habe ich gemeinsam mit meinen Kollegen und gemeinsam mit dem Vorstand in den letzten Jahren einige Verbesserungen der Umweltbedingungen für unsere Bürger rund um den Flughafen erreichen können.

Hier ganz kurz einzelne Punkte: Es hat vor vielen Jahren in den einzelnen Anrainergemeinden überhaupt keine Lärmmeßstellen gegeben. Jetzt gibt es in allen Anrainergemeinden insgesamt 12 Lärmmeßstationen, eine mobile Lärmmeßstelle, die ebenfalls eingesetzt wird. Und es gibt eine sogenannte Fanomusanlage, wo die An- und Abflugrouten am Flughafen EDV-mäßig aufgezeichnet werden und so Überfliegungen von Siedlungsgebieten geahndet werden und Piloten darauf aufmerksam gemacht werden können. Es ist uns auch gelungen, im Verkehrsministerium zu erreichen, daß eine entsprechende Lärmzulässigkeitsverordnung erlassen worden ist, die in der Zwischenzeit schon zweimal novelliert worden ist. Im Endeffekt, meine Damen und Herren, gibt es praktisch am Flughafen Schwechat in der Nacht und zwar von 22.30 Uhr bis 6.00 Uhr Früh keine lauten Kategorie 2-Flugzeuge. Also jene Flugzeuge, die da vom Osten immer hereinkommen. Die haben mehr oder weniger ein Flugverbot und am Flughafen dürfen nur mehr diese Kategorie 3, also die leisen Flugzeuge landen. Und als letzte Vereinbarung, das möchte ich noch anbringen, haben wir erreicht mit der Flughafen-AG, daß eine

Zuschußaktion für den passiven Lärmschutz vereinbart wurde. In den Anrainergemeinden werden seitens des Flughafens Schallschutzfenster gefördert. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr den ansuchenden Bürgern rund 2,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Aufzählung dieser zahlreichen Fakten möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um tatsächlich auf die außerordentliche Wichtigkeit dieses großen Unternehmens im Wiener Umland hinzuweisen und auch klarstellen, meine Damen und Herren, daß die Flughafen-AG für unser Bundesland, das ja mit 17,4 Prozent Miteigentümer ist, keine Belastung ist. Im Gegenteil! Durch die beachtlichen Steigerungen, durch kräftige Gewinne und durch den Ausbau der Eigenmittel und durch die rege Investitionstätigkeit, diese Investitionstätigkeit wird im wesentlichen durch den Cash-flow finanziert, hat also dieser Flughafen, dieses Großunternehmen, dieser börsennotierte öffentliche Betrieb tatsächlich eine große volkswirtschaftliche Bedeutung für unsere Region und für unser Bundesland. Das muß man heute besonders hervorstreichen. Und im Lichte der heutigen Privatisierungsdebatte in der Aktuellen Stunde möchte ich hier und heute wieder einmal erklären, daß eine gänzliche Privatisierung des Flughafens bzw. der Flughafen-AG für mich persönlich und für viele in unserer Region nicht in Frage kommt. Ich glaube nämlich, daß die derzeitige Eigentümerstruktur, nämlich 52,2 Prozent in öffentlicher Hand - je ein Drittel Bund, Wien und Niederösterreich - und 47,8 Prozent in Streubesitz, also in privatem Besitz, in Händen von Privataktionären, für mich eigentlich der idealste Mix in der Eigentümerstruktur ist. Und so sollte es im wesentlichen auch bleiben.

Abgesehen von der jährlichen Gewinnausschüttung für Niederösterreich von zirka 43 Millionen jährlich, in den letzten Jahren waren es über 200 Millionen, ist der Einfluß des Staates und der öffentlichen Hand auf diesem Zentralflugplatz Österreichs, dieser wichtigen Verkehrseinrichtung allein aus Gründen der Sicherheit und aus Gründen der Umwelt notwendig. Ich meine daher, Privatisierung hat hier und speziell in der Luftfahrt seine Grenzen. Niederösterreich wäre, glaube ich, gut beraten und sollte eigentlich nicht der Versuchung unterliegen, die Flughafenanteile zu verkaufen, um vielleicht durch diesen Erlös die Landeshauptstadt St. Pölten - lieber Kollege Gruber, Du verzeihst mir - die Landeshauptstadt St. Pölten zu finanzieren. Ich persönlich habe mich mehrmals dagegen ausgesprochen und nehme auch befriedigt zur Kenntnis, daß sowohl

der Landeshauptmann als auch Landesfinanzreferent Mag. Freibauer nicht ins Auge fassen, diese Aktien zu verkaufen.

Hoher Landtag! Aus meinen bisherigen Ausführungen konnten Sie entnehmen, daß dieses Großunternehmen Flughafen Wien mit seinen hervorragenden Wirtschaftsdaten, nämlich jährlicher Umsatz von 22,7 Milliarden und Bilanzgewinn von über 200 Millionen, mit seiner Wertschöpfung und mit seiner gesellschaftsbezogenen Leistungsrechnung tatsächlich eigentlich das Paradeunternehmen Österreichs ist. Daß bei so einer rasanten Expansion dieser Betrieb und dieses Management natürlich ständig gefordert wird, nämlich bei der Umsetzung und bei der strategischen Planung, ist klar. Aber zu dieser Umsetzung gehört, und das geht aus dem Rechnungshofbericht hervor, natürlich ein entsprechendes Controlling. Im vorliegenden Rechnungshofbericht, der ja, wie schon ganz kurz angedeutet, im Parlament bereits Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage war, in diesem Rechnungshofbericht werden neben den positiven Darstellungen, die ich hier unterstrichen habe, nach meiner Meinung auch berechtigte Mängel und Empfehlungen aufgezeigt. Von Mitte 1994 bis September 1995 fanden die planmäßigen Rechnungshofeinschauen statt, und zwar für die Jahre 1986 bis 1994, wobei das Gesamtunternehmen mit dem Schwerpunkt Investitionen geprüft wurde. In diesem Zeitraum, ich habe es schon erwähnt, wurden rund sechs Milliarden Schilling investiert. Es ging damals um die Projekte Pier Ost, Parkhaus 3, Speditionsgebäude, Erweiterung des Terminals im Ankunfts- und Abflugbereich, um die Erweiterung der Infrastruktur und vor allen Dingen des Vorfeldes sowie der Anschaffung von Großgeräten. Mit dem Beschluß des Aufsichtsrates wurde neben der Rechnungshofkontrolle auch eine eigene begleitende Kontrolle eingesetzt. Und im Zuge dieser Kontrolle wurde auch aufgezeigt, daß es Schwachstellen im Ablauf gibt. Und das hat auch der Rechnungshof bestätigt. Nämlich, die Planung sei im Erststadium sehr ungenau gewesen und erst im Zuge des Baues wurde die Planung mehrfach geändert und adaptiert. In ihrer Stellungnahme, Hoher Landtag, erklärte die Flughafen-AG, daß diese Planversäumnisse deshalb entstanden seien, weil eben ein Wachstum von rund acht Prozent erwartet wurde. Man mußte rechtzeitig mit dem Bau beginnen. Damals war noch die Planung auf die EXPO, also die Weltausstellung mit Budapest ausgerichtet, und man hat befürchtet, daß die Baukosten davonlaufen. Man wollte die Projekte daher rasch fertigstellen.

Ein weiterer Vorwurf: Die Kosten seien von 350 auf 700 Millionen Schilling explodiert und Großprojekte seien freihändig und nicht der Ö-Norm entsprechend vergeben worden. Die Aussagen der Flughafen-AG, daß im Zuge der Bauaufträge sowohl der Umfang als auch die Qualität entscheidend erweitert und verbessert werden mußte, scheint mir fürs erste einmal plausibel. Aber man hätte wahrscheinlich auch durch eine vorausschauende Ausbaustrategie diese Dinge vermeiden können. Bezüglich der Ausschreibung gibt es natürlich einen Ansatz zur Kritik. Ich glaube, Ö-Normen sind bei Ausschreibungen grundsätzlich einzuhalten. Auch dann, so sagt der Rechnungshof, wenn auf Grund von Preisverhandlungen bessere Ergebnisse erzielt werden. Ich halte es aber auch für angebracht, hier festzustellen - und hier hat der Rechnungshof, glaube ich, auch recht - daß bei Investitionen in dieser Größenordnung Auftragsvergaben ohne Terminisierung, ohne ausreichender Festlegung des Auftragsvolumens nicht erfolgen dürfen. Hier muß es von vornherein eine ständige überwachende Kontrolle geben. Und diesem Umstand, muß ich nachträglich jetzt auch sagen, und dieser Forderung hat der Aufsichtsrat bereits meines Wissens nach Rechnung getragen. Es gibt innerhalb des Aufsichtsrates nun einen sogenannten Baubeirat, der ständig die Bauaufträge überwacht und hier eine Kontrolle ausübt.

Der Rechnungshof, meine Damen und Herren, kritisiert am Beispiel der Tochtergesellschaft Immobilienverwertung beim Corvin-Hotel, also beim Flughafenhotel, die Beteiligungspolitik des Flughafenmanagements. Wenn auch darauf hingewiesen wird, daß diesem Ungleichgewicht zwischen Ertrag und Risiko zahlreiche Vorteile durch dieses Fünfsternehotel am Flughafen gegenüberstehen, so ist die wirtschaftliche Entwicklung, wie auch hier die Kontrolle zeigt, in diesem Corvin-Hotel ständig und genau zu überprüfen. Vor allem müßte man für den Fall, daß der Verlust des Eigenkapitals eintritt, hier eine vorbereitende Strategie bereits überlegen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine aktuelle, aber auch kritische Anmerkung. Aktuellen Pressemeldungen der letzten Zeit war zu entnehmen, daß das Flughafenmanagement seit neuestem Auslandsbeteiligungen plant. Wie zum Beispiel einen Zweimillionen-Einkauf in australische Flughäfen, ein Know-how Engagement in Brandenburg, also im ehemaligen Ostdeutschland, und zwar an einem ehemaligen russischen Militärflugplatz, und die allerletzten Investitionsabsichten des Vorstandes des Flughafenmanagements gehen in die Richtung, daß auch

österreichisches Kapital in das ferne Südafrika fließen soll. Ich meine, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, und ich habe es den Herren Vorstandsdirektoren persönlich auch schon gesagt, nämlich, daß ihr Tatendrang in dieser Vorstandsetage am Flughafen nicht soweit gehen sollte, daß auf der einen Seite österreichisches Kapital ohne Risikogarantie in das Ausland für ausländische Projekte investiert wird, wenn andererseits - und hier kommen einige Forderungen, die ich unterstreichen will - wenn andererseits zum Beispiel der Verkauf der Flughafenwerft im Rahmen der VAS mit dem Verlust von zahlreichen hochqualifizierten Technikern geplant ist, wenn die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie die Anbindung des Flughafens an ein internationales Schienennetz oder zumindest der Ausbau der zweigleisigen S 7 bis Wien nicht erfolgt ist. Oder wenn die Kooperation und die Fusionsverträge mit dem Nachbarflughafen in Bratislava noch nicht konkretisiert und umgesetzt sind. Oder, zum Abschluß, die notwendigen Strukturanpassungen im Hinblick auf die ab 1999 geltenden EU-Liberalisierungsbestimmungen beim Handling zum Beispiel oder in der Flugzeugabfertigung anstehen. Und schließlich sollten im Zuge der Masterplanung auch Möglichkeiten von Luftfahrtorientierenden Betriebsansiedlungen in der Region um den Flughafen berücksichtigt werden. Dafür, meine Damen und Herren, sollten vom Unternehmen die Geldmittel eingesetzt werden und nicht für risikoträchtige Kapitaltransfers in das Ausland.

So gesehen, meine Damen und Herren, ist der vorliegende Rechnungshofbericht, wie schon gesagt, eine Bestätigung der hervorragenden Bilanz des Flughafens bzw. der Flughafen-AG, aber auch ein Hinweis, daß in Zukunft die Planungen, die Abwicklung, die Kontrolle der Investitionsvorhaben zu verbessern wären, aber auch die Beteiligungspolitik betriebswirtschaftlich, und ich füge hinzu, auch volkswirtschaftlich einer genaueren Prüfung unterzogen werden sollte.

Abschließend: Die wachstumsorientierte Luftwirtschaft läßt Prognosen zu, daß bis zum Jahr 2005 am Flughafen Wien-Schwechat 12 bis 15 Millionen Passagiere abgefertigt werden und dann rund 20.000 Arbeitnehmer beschäftigt sein werden. Also eine Herausforderung, eine große Herausforderung für dieses große öffentliche Unternehmen, aber auch eine große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung im Wiener Umland sowie in der gesamten Ostregion. Und schon aus diesem Grunde - und ich wiederhole es - sollte der Flughafen Wien-Schwechat, die Flughafen AG in Zukunft dem öffentlichen und dem österreichi-

schen Einfluß nicht entzogen werden. Und in diesem Sinne, meine Damen und Herren, wird die sozialdemokratische Fraktion dieses Landtages dem vorliegenden Rechnungshofbericht ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der vorliegende Bericht beinhaltet drei Bereiche. Der erste Bereich ist ein Problem der öffentlichen Finanzkontrolle in allen Bundesländern, wie der Berichtstatter schon gesagt hat, Projektmanagement in der kommunalen Verwaltung. Der Rechnungshof stellt das hier an Hand von zwei Beispielen dar. Man kann sagen, der Succus daraus ist im Grundsatz zu sehen, so wenig als möglich und so viel als notwendig.

Der zweite Bereich sind die unerledigten und erledigten Anregungen des Rechnungshofes aus den Vorjahren. Bei den unerledigten gibt es teilweise Lösungsansätze, aber auch - und ich möchte dazu Stellung nehmen - zum Beispiel in der Frage der NÖPLAN völlig divergierende Ansichten zwischen dem Rechnungshof und der NÖ Landesregierung. Ich glaube aber, es ist auch zu akzeptieren, wenn ein Überprüfer, in dem Fall die NÖ Landesregierung, nach reichlicher Überlegung im Sinne der Gesamtverantwortung bei der seinerzeitigen Entscheidung bleibt und den Empfehlungen eben begründeterweise nicht nachkommt. Auch das sollte akzeptiert werden.

Und der dritte Berichtsteil, das ist eigentlich der Schwerpunkt dieses Berichtes, sind die Prüfergebnisse über die Flughafen Wien AG in Schwechat. Darüber zu referieren ist für mich jetzt schon etwas schwer, wenn zwei Flughafen-Insider hier am Rednerpult stehen und mein Vorredner, der Abgeordnete und Bürgermeister Gebert natürlich die meisten Dinge aus dem Geschehen des Flughafens schon vorweggenommen hat. Ich möchte daher nur auf einige wenige Aspekte noch eingehen.

Ich bin auch der Meinung, daß diese Anteilsverteilung, die derzeit am Flughafen besteht, nämlich je 17,38 Prozent in der Hand des Bundes, der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich und der Rest in Streubesitz, an und für sich eine Verteilung ist, die so in Ordnung ist und man sollte an dieser Anteilsverteilung nicht rütteln. Ich glaube auch, daß für unser Landesbudget die

Dividenden, die wir daraus beziehen, 43,8 Prozent im Jahr 1995 zum Beispiel, sicherlich von Interesse sind und wir darauf nicht verzichten sollten.

Der Flughafen hat für die ganze Ostregion eine große Bedeutung. Ich möchte in vier Punkten das ganz kurz zusammenfassen. Erstens einmal ist der Flughafen ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor mit einer Infrastruktur, die vergleichbar ist mit einer mittelgroßen Stadt. Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, welche Betriebe dort angesiedelt sind. Es sind insgesamt 224 Unternehmen dort angesiedelt. 80 Prozent dieser Betriebe werden als Kapitalgesellschaften geführt und rund 23 Milliarden Schilling werden pro Jahr insgesamt umgesetzt. Und entsprechend hoch ist natürlich auch die Steuerleistung der Flughafen Wien AG. Zum Beispiel gab es 1995 alleine Steuern von Einkommen und Ertrag in der Höhe von 280 Millionen Schilling. Der zweite Bereich, möchte ich sagen, ist, der Flughafen ist wohl der größte Arbeitsplatz Niederösterreichs. Auch das wurde schon dokumentiert. Über 10.000 Menschen aus dem Raum Wien, Niederösterreich und auch aus dem Burgenland finden dort dauernd Beschäftigung. Um ein Beispiel zu erwähnen, das für die vier daran beteiligten Gemeinden sicher nicht uninteressant ist, wenn die Stadt Schwechat daraus 19,2 Millionen allein aus der Kommunalsteuer lukriert, Fischamend 5,2 Millionen, Kleineusiedl 3,6 Millionen und auch Schwadorf - und der Bürgermeister freut sich darüber natürlich - 2,4 Millionen Schilling, so ist das für die Budgets dieser Gemeinden natürlich von großer Bedeutung. Und ein weiterer erfreulicher Aspekt ist, daß die Betriebe am Flughafen eigentlich die Entwicklung der nächsten Jahre recht positiv einschätzen. Da gibt es eine Umfrage, die besagt, daß 35 Prozent der Firmen für die nächsten zwei Jahre einen starken Personalbedarf prognostizieren. Rund 50 Prozent rechnen bis zum Jahr 2005 mit zusätzlichem Personalbedarf im Bereich ihrer Unternehmen. Ich glaube daher, daß auch für die nächsten Jahre der Flughafen ein wichtiger, guter Arbeitgeber für unsere jungen Menschen mit guter Ausbildung sein wird.

Dritter Punkt: Der Flughafen ist auch ein bedeutender Auftraggeber. Man kann das zusammenfassen, wenn man sieht, welche Investitionen hier im Bereich des Flughafens erfolgen. Von 1986 bis 1994 wurden 7,2 Milliarden Schilling alleine durch die Flughafen AG investiert. Dazu kommen die vielen Investitionen der ansässigen Unternehmen, welche allein im Jahr 1995 sechs Milliarden Schilling betragen haben. Der größte Teil dieser Investitionen fließt in die Bau-

wirtschaft, ebenfalls ein wichtiger Faktor in diesem Bereich. Die Bauwirtschaft profitiert von der positiven Entwicklung am Airport, glaube ich, am meisten. Die steigenden Passagierzahlen machen es ganz einfach erforderlich, daß diese Investitionen vorgenommen werden. Ich glaube, wenn man sieht, daß sich das Verkehrsaufkommen seit 1983 mehr als verdoppelt hat, ist das an und für sich verständlich. Diese so rasante Entwicklung wurde, glaube ich, nicht vorhergesehen. Man hat aber auf diese Entwicklung doch laufend reagiert und durch Projektänderungen sehr rasch hier diesen neuen Entwicklungen Rechnung getragen.

Ein Bereich, den ich vielleicht noch erwähnen möchte, ist der Bereich des Catering. Damit man eine Vorstellung hat: Es werden dort zwischen 16.000 und 24.000 Menüs pro Tag im Dreischichtbetrieb für die Airlines zubereitet. Rund 400 Mitarbeiter sind damit beschäftigt. Es gibt dort gewaltige Jahresverbrauchssummen, 500 Tonnen Fleisch und Wurst werden verarbeitet, 77 Tonnen Butter. Pro Tag wird allein Apfelstrudel in einer Länge von 300 m produziert. Dies nur, um einige Beispiele da herauszunehmen.

Vierter Punkt: Der Flughafen ist auch ein eigener Sicherheits- und Umweltbereich. Die Sicherheitsbereiche wurden auch schon erwähnt, es gibt 160 ausgebildete Spezialisten, die für die sichere Abwicklung der Abläufe und der Zutrittskontrollen zuständig sind. Wir finden dort die Spezialeinheit Kranich, die vorgesehen ist, um vor Terror und kriminellen Aktivitäten zu schützen. Dazu kommen Bereiche wie Sicherheitskontrolle, Flugsicherung, Wetterzentrale, Ambulanz, Feuerwehr. Aber auch der Winterdienst ist ein wichtiger Bereich, der alleine pro Jahr rund 100 Millionen Schilling an Kosten verursacht. Und der Nachbarschaftsbeirat sorgt dafür, daß es in den Umweltbereichen immer wieder zu Verbesserungen kommt.

Abschließend vielleicht noch ein paar Worte zu einigen anderen Feststellungen im Prüfbericht. Im Prüfbericht wird festgestellt, daß das Tarifniveau am Flughafen Wien im Spitzenfeld der internationalen Flughäfen liegt. Das ist richtig. Aber Österreich ist auch kein billiges Land, darüber müssen wir uns auch im klaren sein. Außerdem sind die Vergleiche, die angestellt werden, oft nicht ganz zielführend. Vergleiche sind schwierig. Man könnte eigentlich einen Flughafen Wien-Schwechat nur vergleichen mit geographisch ähnlich gelagerten Flughäfen, wie zum Beispiel München oder Zürich, und da liegen wir ziemlich gleichauf im Preisniveau. Auch die Flugstruktur ist eine andere. Wir haben meist kleinere Flugzeuge

mit einem durchschnittlichen Abfluggewicht von 58 Tonnen. Frankfurt zum Beispiel hat ein Abfluggewicht von 100 Tonnen im Durchschnitt. Das schlägt sich natürlich auch nieder in der Preissituation. Denn ob ein kleines Flugzeug oder ein großes startet, ist letzten Endes im Aufwand, in den verursachten Kosten gleich, jedoch bei einem höheren Abfluggewicht kommt die einzelne Tonne umso günstiger, um das kurz zu sagen.

Abschließend darf ich bemerken, daß trotz einiger kritischer Anmerkungen in dem Rechnungshofbericht - das ist richtig - der Rechnungshof ein positives Gesamtbild vom Flughafen gibt. Ich glaube auch, daß die Prognosen für den Flughafen stark steigend sind. Man wird rechnen müssen, daß bis zum Jahr 2005 es beinahe eine Verdoppelung im Bereich Passagiere und Fracht am Flughafen geben wird. Das wird zu einem weiteren Ansteigen der Zahl der Dienstnehmer führen. Ob in so einem Ausmaß, wie der Kollege Gebert gemeint hat, das bezweifle ich. Aber es wird sicherlich ein zusätzlicher Anstieg hier gegeben sein.

Dringend notwendig wäre, und damit komme ich auch zum Schluß, die Anbindung an ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsmittel, eine Schnellbahnverbindung. Hier gibt es eine Regierungszusage, die da lautet: Bis zum Jahre 2000 zweigeleisiger Ausbau, Viertelstundentakt und Fahrzeitreduktion auf 15 Minuten. Derzeit fährt man über 30 Minuten. Nur, heute haben wir schon 1997, ich zweifle daran, daß das bis zum Jahr 2000 fertiggestellt wird, weil es wirklich sehr langsam weiter geht. Ich glaube, es wäre notwendig, jene, die diese Zusagen gemacht haben, wieder zu erinnern, daß diese Zusagen auch möglichst eingehalten werden sollten, damit es nicht zu einem echten Verkehrschaos in diesem Bereich kommt. Wir werden den Rechnungshofbericht gerne zur Kenntnis nehmen und ihm die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klupper, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 549/B-1/12 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichte zum Bericht des Finanzkontrollausschusses III/1996. Der Bericht umfaßt 16 Prüfberichte. Es sind dies Prüfungen der Abteilung Kultur und Wissenschaft, der Abteilung Umwelt, Wirtschaft und Raumordnung, der Bezirkshauptmannschaften, weiters von Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen wie in Herzogenburg und in Waidhofen a.d. Ybbs, des Krankenhauses in Mödling, der Höheren Lehranstalt für Mode- und Bekleidungstechnik in Mödling, der Landesberufsschule in Laa a.d. Thaya, der landwirtschaftlichen Fachschulen in Mistelbach und in Sooß, des Gebietsbauamtes 4 in Krems sowie der Straßenbauabteilung 4 in Wr. Neustadt, der Abfallwirtschaftsverbund PlanungsgesmbH, der Wiental-SammelkanalgesmbH und des Vereines Niederösterreich-Wien. Ich darf dazu namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht III/1996 des Finanzkontrollausschusses über die bei Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Finanzkontrollausschusses entsprochen wird."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und dann die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

(*Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.*)

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe mir vorgenommen, aus diesem umfangreichen Bericht des Kontrollamtes die Bereiche Kultur und Raumordnung vorzunehmen. Weil ich glaube, obwohl sie kurz gefaßt sind, daß hier

einiges für mich ein bißchen unverständlich ist und sich überhaupt die Frage stellt immer wiederum, weil wir alle Jahre wieder und zwischendurch immer wiederum diese Kontrollamtsberichte des Landes bekommen. Und wenn man liest und auch die Nachkontrollen verfolgt, wird einiges nicht ausgeführt und bleibt im Raum stehen.

In erster Linie finde ich hier Subventionen für den Verein der Freunde des Museums für Urgeschichte in Asparn a.d. Zaya und für den Kunstverein Horn. Es sind laut Regierungsbeschluß und Voranschlag 1,125.000,- Schilling vorgesehen gewesen und auch mehr oder weniger ausgeschüttet worden. Nur stellt sich für mich die Frage, und wie heißt es im Kontrollamtsbericht, ich darf hier wortwörtlich zitieren: "Der Kunstverein Horn nimmt im Rahmen der mit der Kulturabteilung kooperierenden und durch diese subventionierten Vereinsgalerien eine Sonderstellung ein." Ich meine auch, daß dieser Verein irgendwo eine Sonderstellung innehat, weil zumindest aus diesem Bericht heraus nicht klar oder dezidiert hervorgeht, wie es um diesen Verein wirklich bestellt ist. Und wir hatten ja schon vor einigen Jahren einen ähnlichen Verein, das war damals der berühmt-berüchtigte Fotoklub von Wolkersdorf, an den 400.000,- Schilling an Subventionen jährlich ausgeschüttet wurden. Um auf unsere mehrfachen schriftlichen Anfragen einmal ein bißchen Licht ins Dunkel zu bringen, hat sich dann mehr oder weniger herausgestellt, daß es ein bißchen ein - ich sage es hier vorsichtig - ein "exklusiver Verein" war, der schöne Reisen gemacht hat und verschiedenes andere. Und ich frage mich hier auch beim Kunstverein Horn, der immerhin - und wenn ich mir das jetzt zerlege - einige hunderttausend Schilling bekommen hat, wie es damit bestellt ist. Es geht lediglich hervor, daß Ausschüttungen gemacht werden und der Verein, ja, wie heißt es hier: "Der Horner Kunstverein ist somit kein Verein zur Förderung einer Außenstelle des NÖ Landesmuseums." Überhaupt, der Sammelbegriff "Verein zur Förderung von Außenstellen" ist einmal sehr, sehr verschwommen und nicht durchsichtig. Also hier meine ich, gibt es, wenn man diesen Bericht näher zitiert, einige Unklarheiten für mich. Und ich möchte nicht hoffen, daß es ähnlich bestellt ist wie bei diesem sogenannten Fotoklub in Wolkersdorf.

Eigenartig erscheint mir auch, daß es im Vereinswesen bei den Vorstandsmitgliedern des Asparner Vereines da heißt: "Gemäß § 8 leitet ein Ausschuß die Angelegenheiten des Vereines. Dieser Ausschuß besteht aus 10 Mitgliedern. Obmann des Vereines und des Ausschusses ist der

jeweilige Bezirkshauptmann von Mistelbach." Ich habe nichts dagegen, wenn ein Bezirkshauptmann sich auch kulturellen Dingen widmet, selbstverständlich, keine Frage. Nur ist es schon eigenartig, wenn hier ambitionierte, hohe oder höchste Verwaltungsbeamte diesen Vereinen vorstehen und dann aus dieser Aufgliederung und auch aus diesem Bericht nicht klar hervorgeht, was hier wirklich mit diesen Geldern geschehen ist. Es sind immerhin, ich habe es schon gesagt, 1,125.000,- Schilling. Die wurden auf Raten ausgezahlt. Es wird auch davon gesprochen, daß es sehr eilig war, daß man telegraphisch Geld angewiesen hat und andere Dinge.

Meine Damen und Herren! Es ist eigenartig! Und ich würde den Kontrollausschuß, die Mitglieder des Kontrollausschusses bitten, daß sie künftig bei solchen Dingen die Kontrollen, und ich weiß schon, diese Berichte gehen zum Teil noch zurück bis ins Jahr 1990, zumindest bei den weiteren, Vereinigung Förderung von Außenstellen in Baurechtsaktionen, wo ein Bericht vorliegt aus dem Jahre 1990, jetzt eine Nachkontrolle stattgefunden hat. Und ich habe mir die Mühe gemacht, auch den alten Bericht durchzusehen und gesehen, daß eigentlich der Anregung von damals in keinsten Weise vom Land Rechnung getragen wurde. Und da erhebt sich dann wirklich die Frage, braucht man überhaupt diese Abteilung? Ist es nicht eine Institution eines Amtes, das sich selbst kontrolliert, wo mehr oder weniger diesen Kontrollen dann nicht Folge geleistet werden? Und, meine Damen und Herren, wenn man jetzt schaut, was es alles auf der österreichischen Bühne so an Kontrollinstanzen gibt, angefangen von der Volksanwaltschaft bis zum Rechnungshof, bis zum Finanzkontrollausschuß und dem Unabhängigen Verwaltungssenat. Ja selbst jetzt schon auch in den Medien via Fernsehen die Walter Schiejok-Sendung und Hilfe mit Vera Rußwurm und "Help" und alle diese Dinge, die letztendlich für den Bürger da sein sollten und man immer wiederum erlebt, daß in Wirklichkeit bei verschiedenen Fällen eigentlich niemand zuständig ist. Ich weiß, daß der Kontrollausschuß vom Land Niederösterreich im speziellen die Kontrolle des Landes, die Tätigkeit der politischen Institutionen, der Fachabteilungen prüfen soll. Aber ich habe wiederholt verwiesen, auch schon in vorhergehenden Kontrollamtsberichten, daß dieser Prüfung, diesen Anregungen, diesen Feststellungen in keinsten Weise Rechnung getragen wird. Meine Damen und Herren! So kann es nicht sein! Wenn schon der Bürger in persönlichen Belangen sein Recht suchen muß, dann kann man sehr wohl verlangen, daß eine

Institution vom Land Niederösterreich, die die Aufgabe, die politische Aufgabe hier hat, die Größeren zu kontrollieren, auch diesem Auftrag entsprechend nachkommt.

Ich könnte jetzt, ich glaube, es ist sinnlos, hier eine weitere Vorlesung zu machen. Jeder verantwortungsvolle Politiker hat ja diesen Bericht, so hoffe ich zumindest, gelesen und sich auch seine Gedanken darüber gemacht. Aber Resumé des Ganzen ist, daß wirklich die Bitte an die zuständigen Organe und auch an den Kontrollausschuß-Obmann ergeht, dezidiert, wenn - ansonsten können wir uns das wirklich sparen, daß durch die Lande gefahren wird - wenn Anregungen und Feststellungen gemacht werden, daß die zuständigen politisch Verantwortlichen, die Herren Landesräte, die Landesregierung, trachten solle, daß diesen Anordnungen auch Rechnung getragen wird. Wir werden diesem Bericht des Finanzkontrollausschusses sicherlich unsere Zustimmung geben, aber merken schon an, daß es hier einiges nachzuholen gibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Beim Finanzkontrollausschuß-Bericht habe ich mir jene Bereiche vorgenommen, die in den Bereich landwirtschaftliche Fachschulen fallen. Es wäre verlockend, hier diese Grundsatzdebatte über die landwirtschaftlichen Fachschulen, die wir in diesem Haus schon sehr oft geführt haben, fortzusetzen. Ich möchte das heute nicht in dem Umfang tun, sondern nur einige grundsätzliche Bemerkungen machen, da ja der Bericht an und für sich über die Fachschule Mistelbach, die Fachschule Sooß und über die Internatsbetriebe im Detail keine besonders brisanten Punkte aufweist.

Grundsätzlich kennzeichnen unsere landwirtschaftlichen Fachschulen sinkende Schülerzahlen in allen Bereichen. Dafür gibt es verschiedenste Ursachen. Den Strukturwandel in der Gesellschaft, neue vielfältige Bildungsangebote, den Zustrom aus der ländlichen Bevölkerung nunmehr natürlich auch zu allgemeinbildenden höheren Schulbildungseinrichtungen anderer Art. Möglicherweise liegt es auch daran, daß natürlich die landwirtschaftlichen Fachschulen manchmal nicht mehr das adäquate Bildungsangebot bieten. Und selbstverständlich wird natürlich rein von der Bevölkerungsstruktur her die Zahl jener Schüler, die aus der Landwirtschaft kommen, von Jahr zu Jahr

geringer. Diese grundsätzlichen Entwicklungen äußern sich in dem vorliegenden Bericht auch in einigen Auffälligkeiten, die zum Ausdruck kommen. Es wird in dem Bericht zum Beispiel die Internatspflicht unter die Lupe genommen. Und zwar im kritischen Sinne. Die Internatspflicht, die es ja im gewerblichen Berufsschulwesen nicht mehr gibt, erscheint mir tatsächlich auch im ländlichen Schulwesen nicht mehr ganz zeitgemäß zu sein. Manchesmal kann man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die Internatspflicht deswegen aufrecht erhalten wird, um die ohnehin nicht gute Kostensituation, den nicht guten Kostendeckungsgrad etwas zu verschönern. Wie der Bericht zeigt, ist der Kostendeckungsgrad bei den Internatsgebühren zum Beispiel bei allen Schulen unter 50 Prozent, bei einer liegt er, glaube ich, bei 51 Prozent, bei manchen Schulen sogar weit, weit darunter. Es wird auch aufgezeigt, und dieser Kritik schließe ich mich auch an, daß es in vielen Bereichen keine Kostenrechnung gibt, daß keine Kostenklarheit und damit zu wenig Transparenz gegeben ist.

Ein Wort zur Personalsituation: Offensichtlich ist hier eine gewisse Scheu vor einschneidenden Strukturmaßnahmen gegeben. Ich möchte nicht sagen, weil hier vielleicht eine etwas monokolare Belegschaft betroffen ist. Soweit möchte ich nicht gehen. Aber immerhin wird hier in manchen Bereichen doch mit etwas viel Rücksichtnahme einer Umstrukturierung nicht nachgekommen, wiewohl in anderen Bereichen, das ist ja heute schon diskutiert worden hier im Hohen Landtag, zum Beispiel in der Wirtschaft draußen sehr schmerzliche Maßnahmen, die oft wirklich die Menschen treffen in bezug auf Konsolidierung, Umstrukturierung, Einsparungen gesetzt werden. Denken wir nur an die Maßnahmen in der Verstaatlichten Industrie, in der ehemaligen, bei den ÖBB, bei der Post usw. Also hier ist noch ein Bereich, der uns allemal noch als ein etwas geschützter Bereich erscheint. Das zeigt und spricht auch dieser Kontrollamtsbericht an, weil doch in manchen Bereichen die Personalreduktion und die Personalkonsolidierung ein Gebot der Stunde wäre und möglich wäre. Ich glaube, wenn man nicht die gesamte Existenz des landwirtschaftlichen Schulwesens auf Dauer aufs Spiel setzen will, müßte man hier doch sehr rasch reagieren.

Der Bericht stellt auch fest, daß in so manchen anderen Bereichen keine befriedigende Situation besteht. Zum Beispiel ist eine ernsthafte Kalkulation bei den Verköstigungsquoten eben wegen dieser fehlenden Kostenrechnungsmög-

lichkeiten nicht gegeben. Bei den Heimbeiträgen besteht also kaum Kostenwahrheit. Es wird auch aufgezeigt, daß die Internate, vor allem die neu errichteten, doch oft zu großzügige Raum- und Funktionsprogramme bekommen haben, was in vielen Bereichen natürlich jetzt zu einer übermäßigen Kostenbelastung und zu einer schlechten Ausnutzung dieser großzügigen Neueinrichtungen führt. Es sind manchesmal die Strukturmaßnahmen zu lange ignoriert worden, sie sind dringendst notwendig. Noch einmal, das Personal ist vielerorts auch überproportioniert. Daher muß ein Resumé gezogen werden, und dem müßte sich der Landtag, und dem müßten sich die Verantwortlichen anschließen, daß eine Strukturreform dringendst notwendig ist und daß ein Schritt in Richtung einer Kostenrechnung in diesen Bereichen notwendig wäre. Und das zeigt dieser Bericht auf. Vielleicht wurde das von manchen zu lange auf die leichte Schulter genommen, vielleicht wurden zu lange gesellschaftspolitische Bastionen hier verteidigt, die eigentlich nicht mehr der Realität entsprechen. Vielleicht gilt für manche auch noch immer das Motto, ja, die Fixkosten, die zahlt ohnehin das Land, Gebäude, Personal, Investitionen, daher brauchen wir hier nicht besonders rationell vorgehen. Man gewinnt also manchmal den Eindruck, daß hier allzu viele kleine Königreiche noch existieren. Ich glaube aber jetzt objektiv und konstruktiv, daß man zum Wohle des Ganzen die notwendigen Strukturmaßnahmen fortsetzen und durchziehen sollte.

Hoher Landtag! Eben, weil die Schülerzahlen sinken, versuchen manche Schulen, neue Aufgaben zu finden. Das ist an und für sich in Ordnung, das ist an und für sich gut und notwendig. Es entsteht manchmal aber der Eindruck, daß das zu krampfhaft versucht wird, daß man hier krampfhaft nach Aufgaben sucht, die doch auch hie und da zu Irrwegen führen. Ich möchte ein Beispiel anführen, wo es funktioniert hat. Die landwirtschaftliche Fachschule in Mistelbach mit der Agro-HAK, das ist eine Innovation, die nunmehr fünf Jahre lang durchgezogen wurde und Bestand hat. Die Vino-HAK in Krems, darüber haben wir ja auch schon hier im Landtag diskutiert, die kann man noch nicht so beurteilen, weil sie ja erst nach dem ersten Jahrgang bzw. im zweiten Jahrgang sich befindet. Ich weiß nur, daß sie vor Ort recht gut ankommt. Aber eines muß man sagen, und das zeigt auch der Bericht auf, daß andere Modelle total gescheitert sind, wie zum Beispiel Obersiebenbrunn oder Poysdorf. Natürlich auch wieder die Anmerkung, die Suche nach neuen Aufgaben für die Schulen muß legitim sein. Aber wir dürfen da nicht mit zweierlei Maß

messen. Obersiebenbrunn und alle anderen haben die Möglichkeit gehabt, nach neuen Aufgaben zu suchen, bei Gumpoldskirchen - eh schon wissen - wird es halt immer wieder hintertrieben und erschwert oder überhaupt verunmöglicht.

Wir waren in Sooß bei Melk in der landwirtschaftlichen Fachschule, die ja herrlich gelegen ist in einem schloßartigen Gebäude. Daran ist wirklich nichts auszusetzen. Unsere Jugend bzw. die Schülerinnen, die dort ausgebildet werden, leben in einer wunderschönen Umgebung. Nur haben wir dort eines festgestellt: Natürlich sucht man mangels guter Auslastung der Lehrerschaft, weil eben die Schülerzahlen nicht mehr die sind wie seinerzeit, nach neuen Aufgaben für die Beschäftigten. Und ich bin der Meinung, daß diese halt sehr oft mit den ursächlichen schulischen Aufgaben eigentlich nichts mehr zu tun haben. In Sooß haben wir festgestellt, daß solche Aufgaben sogar aus dem Schulbudget mit Mehrdienstleistungen finanziert werden. Schulfremde Aufgaben, wie zum Beispiel die Bäuerinnenberatung in verschiedenen Kammerbezirken, die gar nicht zum Einzugsbereich dieser Schule gehören, aus der Lehrverpflichtung der Lehrer honoriert werden. Ich meine, das ist eine typische Aufgabe der Interessensvertretung, der Landwirtschaftskammer. Das kann nicht Aufgabe der Schule sein! Noch dazu aus öffentlichen Mitteln. Noch dazu aus Mitteln des Schulbudgets des Landes Niederösterreich. Ich weiß schon, daß Sie hier eine andere Meinung vertreten, lieber Kollege. Ich weiß, daß Du hier die Ansicht von mir nicht teilst. Aber es muß hier wirklich einmal gesagt werden, hier übernimmt sehr wohl das Land mit seinen landwirtschaftlichen Schulen Interessensvertretungsaufgaben. Und man könnte sich auch zur Aussage versteigen, daß manche landwirtschaftliche Schulen einen politischen Boden beackern. *(LR Blochberger: "Politisch" ist ja gut, Staatsbürgerkunde und ähnliches soll ja sein. Nur "parteilpolitisch" wäre schlecht!)*

Ich glaube eher, daß man zu den schulischen Aufgaben kommen sollte, Herr Landesrat. Wir haben darüber schon oft genug debattiert. Gesellschaftspolitischen Boden o.k., parteipolitisch habe ich ohnehin nicht gesagt, oder? Das kann sich ja jeder dazu denken, das muß man ja nicht aussprechen. Aber man sollte hier wieder zu den ursächlichen schulischen Aufgaben zurückkehren.

Herr Landesrat! Wir sind uns einig, daß wir das landwirtschaftliche Schulwesen reformieren müssen. Ich bin sehr gerne bereit, für meine Fraktion - wir sind ja in dem landwirtschaftlichen Schulbereich "sehr stark" vertreten, mit einer Per-

son, aber so ist es halt - ich würde ja dort gerne mitarbeiten. Aber, Herr Landesrat, es hat seit über einem Jahr keine einzige Sitzung mehr gegeben. Also der landwirtschaftliche Schulbeirat hat seit vielen Monaten nicht mehr getagt. *(LR Blochberger: Im Februar wird eine Sitzung stattfinden!)* Also wir werden schauen, daß wir eine Sitzung zusammenbringen. Vielleicht, hoffentlich in den nächsten Jahren, damit der Schulbeirat überhaupt seine Existenzberechtigung hat. Es wird ja niemand eine Angst vor einer Strukturreform haben in dem landwirtschaftlichen Schulbereich, ich glaube nicht.

Ich mache es kurz: Herr Landesrat und sehr geehrte Damen und Herren! Es ist höchste Zeit, daß das landwirtschaftliche Schulgesetz reformiert wird. Und umso mehr freut mich der Zufall, daß wir heute den Entwurf in die Hände bekommen haben. Gerade heute, am Tag, an dem der Kontrollamtsbericht debattiert wird, ist uns auch der Entwurf für das neue landwirtschaftliche Schulgesetz überreicht worden. Ich werde ihn sehr genau studieren. Ich werde mir auch den Termin reservieren, wenn wir zeitgerecht wissen, wann wir dann darüber diskutieren. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir geben also die Hoffnung nicht auf, daß das landwirtschaftliche Schulsystem zeitgemäß reformiert wird. *(LR Blochberger: Das liegt am SPÖ-Klub. Seit vorigen Donnerstag liegt der Entwurf im SPÖ-Klub!)* Ja, seit vorigen Donnerstag. Seit einer Woche, wenn ein ganzes Jahr nichts geschehen ist.

Wir werden diesen vorliegenden Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß wir die Debatte über die Reform des landwirtschaftlichen Schulwesens irgendwann einmal doch beenden können. *(Beifall bei der SPÖ und LR Blochberger.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die Zwischenrufe, Hohes Haus, haben gezeigt, dieser Landtag ist sehr dialogfähig. Ich darf als nächstes die Frau Abgeordnete Egerer ums Wort bitten.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mir ist es wirklich ein Bedürfnis, zu meinem Vorredner einen Satz zu sagen. Meine Meinung, Herr Kollege, ist, daß man sehr wohl landwirtschaftliche Lehrer, die nicht ganz ausgelastet sind, in der Erwachsenenbildung einsetzen kann. Warum soll das nicht geschehen? Und ich habe damit auch sehr gute Erfahrungen gemacht. *(Abg. Keusch: Aber nicht aus dem Schulbudget bezah-*

len bitte!) Vielleicht können wir einmal diskutieren darüber. Aber bitte, das ist jetzt nicht mein Thema.

Ich nehme zum Finanzkontrollbericht Stellung und im speziellen zu den beiden geprüften Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen und zu den Berufsschulen.

Unsere Sozialeinrichtungen werden durch den steigenden Lebensstandard immer mehr gefordert. Wir sind heute Gottseidank in der Lage, unseren pflege- und hilfebedürftigen Mitmenschen die verschiedensten Dienstleistungen anzubieten, wodurch sie auch relativ lang in ihrer eigenen gewohnten Umgebung und speziell in ihren eigenen vier Wänden bleiben können. Parallel dazu brauchen wir aber auch Pflegeheime. Und es werden an die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime stets steigende Anforderungen gestellt. Daher muß auch eine ständige Strukturveränderung stattfinden. Und natürlich müssen auch die entsprechenden baulichen Maßnahmen getroffen werden. Der heutige Trend geht, wie wir ja wissen, weg vom Wohnbett zum Pflegebett.

Das Raumordnungskonzept für Pensionisten- und Pflegeheime, das im Mai 1994 herauskam, sagt uns den künftigen Bedarf und auch die Aufgaben voraus. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Pflegebedürftigkeit mit steigendem Alter rasch zunimmt. Das Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Waidhofen a.d. Ybbs wurde beispielsweise in dieses Ausbau- und Investitionsprogramm aufgenommen mit Gesamtinvestitionskosten von 104 Millionen Schilling. Die Leasingfinanzierung soll im Jahr 2017 abgeschlossen sein, wobei 1990 mit dem Bau begonnen wurde und die Inbetriebnahme laut Plan 1992 erfolgte. Somit konnte dadurch auch der Bauzeitplan eingehalten werden. Die Kapazität von 100 Betten gliedert sich hier in 40 Pflegebetten und 35 Betreuungsbetten, und ein relativ geringer Anteil von 26 Betten wird nach wie vor als sogenannte Wohnbetten geführt.

Vom Finanzkontrollausschuß wurde speziell das Jahr 1994 geprüft. Zum Prüfungszeitraum war das Heim voll ausgelastet und es lagen bereits weitere Anmeldungen vor. Der Dienstpostenplan konnte auch eingehalten werden. Lediglich im medizinisch-technischen Dienst fehlt ein Therapeut oder eine Therapeutin und leider Gottes konnte trotz aller Bemühungen niemand entsprechend Qualifizierter gefunden werden. Um diesen Mangel abzudecken kommt regelmäßig ein freiberuflicher Physiotherapeut ins Haus. Das ist ei-

gentlich auch erstaunlich, daß genau für diesen Bereich niemand gefunden werden konnte, obwohl auf der anderen Seite eigentlich Nachfrage herrscht.

Das Pensionisten- und Pflegeheim Waidhofen arbeitet mit dem Krankenhaus Waidhofen bzw. mit der Stadt Waidhofen sehr eng zusammen. Und zwar in verschiedenen Bereichen, wie in der Essensversorgung, der Abfallentsorgung, bei der Wärmelieferung usw. Das Jahresergebnis weist gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen von 5,8 Prozent auf. Zu erwähnen wäre auch noch das Heimcafe, das für Bewohner und Besucher beider Heime, nämlich Pflegeheim wie Krankenhaus, zur Verfügung steht und natürlich als Kommunikationszentrum dient.

Das ebenfalls geprüfte Pensionisten- und Pflegeheim Herzogenburg ist im Gegensatz zu Waidhofen, das ja ein Neubau ist, ein Bauwerk aus dem vorigen Jahrhundert und es wurde erstmals 1983/85 generalsaniert. Zusätzlich hat dann noch die Stiftung Bürgerspital Herzogenburg mit Hilfe eines Baurechtsvertrages ein Seniorenwohnheim dazu errichtet. Der Gebäudestand blieb seither unverändert. Durch Umstrukturierung kam es im alten Trakt zu einem Umbau, der in zwei Etappen durchgeführt wurde. Das Ergebnis ist nicht restlos zufriedenstellend auf Grund der örtlichen Gegebenheiten. Sie wissen alle, in bestehenden Gebäuden kann man nicht Umbauarbeiten in dem Ausmaß durchführen wie man vielleicht gerne möchte.

Der Finanzkontrollausschuß stellte fest, daß es ein Raum- und Funktionsprogramm für einen bestimmten Standard geben soll. Dieses Programm gibt es bereits und es wurde bereits bei der Planung der vier neuen Heime berücksichtigt. Die vier neuen Heime haben wir hier bereits beschlossen: Berndorf, Vösendorf, Neunkirchen und Wilhelmsburg. Und die werden dann diesen gewünschten Standard aufweisen.

Ich habe schon erwähnt, in bereits bestehenden älteren Gebäuden ist es jedoch sehr schwierig, die gewünschten baulichen Maßnahmen zu treffen. Es sind ja bestimmte Vorgaben schon gegeben. Und es kann daher dem Trend "Pflegebett statt Wohnbett" noch nicht lückenlos entsprochen werden. Ebenso wie beim Dienstpostenplan, der vom Land genau vorgegeben wurde. Es fehlt derzeit auch in diesem Pflegeheim Herzogenburg noch an diplomierten Schwestern. Diese Arbeit verrichten leider Gottes noch Bedienstete des Sanitätshilfsdienstes. Wobei man

sicherlich auch bemüht ist, diese über den zweiten Bildungsweg hinaus weiterzubilden und dadurch auch Abhilfe zu schaffen. Die fehlenden Diplomkrankenschwestern sind ein Problem, das uns durchaus bewußt ist. Grund dafür dürfte nicht zuletzt aber auch meines Erachtens die Nähe der Landeshauptstadt sein, wo eigentlich im Schwerpunktkrankenhaus St. Pölten relativ viele Diplomkrankenschwestern immer wieder Anstellung finden. Es ist auch, glaube ich, nicht immer erforderlich, daß alle Pflegeleistungen nur von diplomierten Schwestern durchgeführt werden müssen. Pflegehelfer und Helfer sind bei entsprechender Ausbildung und bei qualifizierter Leitung durchaus auch in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Laut Rechnungsabschluß konnte der Voranschlag im wesentlichen eingehalten werden. Die Einnahmen konnten auch hier in diesem Heim um zirka 14,3 Prozent gesteigert werden, was wiederum zurückzuführen ist auf das Pflegegeld, das es ja stufenweise bei uns gibt. Unregelmäßigkeiten gab es, und das gebe ich zu, in der Geldgebarung, wobei speziell eine Person die Vorschriften nicht ganz eingehalten hat. Es wurden aber bereits Konsequenzen gezogen und sie mußte das Haus verlassen. Einzelfälle kann man bitte nicht verallgemeinern. Man wird immer bemüht sein, solche Fehlverhalten auszumerzen. Aber auf Grund eines Fehlverhaltens speziell einer einzigen Person kann man meiner Meinung nach auch nicht alle Kontrollaufgaben gleich in Frage stellen.

Im wesentlichen bemühen sich die NÖ Pensionisten- und Pflegeheime, den Versorgungsstand ständig auszubauen, was natürlich mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden ist. Und durch die Neuorganisation mit 1. April 1994 sind alle Heime auch eigene Dienststellen und unterstehen der Abteilung IX/2. Jedes dieser Heime hat einen eigenen Heimleiter und wird natürlich von diesem Heimleiter geführt. Unsere gesellschaftliche Entwicklung erfordert ein immer umfangreicheres Sozialsystem, das aber schon an der Grenze der finanziellen Belastbarkeit angekommen ist. Nur durch neue Ideen und veränderte Organisationsstrukturen können die großen Aufgaben auch in Zukunft bewältigt werden.

Ebenfalls geprüft wurden vom Finanzkontrollausschuß Berufsschulen. Und zwar die Berufsschule in Mödling und in Laa a.d. Thaya. Die Höhere Lehranstalt für Mode- und Bekleidungstechnik, wie sie offiziell heißt, bildet derzeit zirka 210 Schüler bzw. Schülerinnen aus in vier verschiede-

nen Schultypen mit unterschiedlichster Ausbildungsdauer, von der Haushaltungsschule bis hin zur Höheren Lehranstalt mit Reifeprüfung und mit Lehrabschluß. Im Jahr 1994 gab es eine Ausgabenüberschreitung, die im wesentlichen auch im Jahr davor in der gleichen Höhe festgestellt werden konnte. Somit hätte man den Voranschlag höher ansetzen müssen. Das Budget 1994 wurde allerdings noch dazu durch das 70jährige Bestandsjubiläum der Schule zusätzlich belastet, dessen Kosten im vollen Umfang aber leider Gottes vorher nicht vorhersehbar waren. Hinsichtlich der Budgetplanung und der Budgetkontrolle werden entsprechende Richtlinien erstellt, die natürlich dann auch eingehalten werden müssen. Grundsätzlich werden Zu- und Umbauten durchgeführt, welche dann auch vom Finanzkontrollausschuß geprüft wurden.

Die Landesberufsschule Laa a.d. Thaya wurde einer bautechnischen Prüfung unterzogen. In der Schule Laa waren umfangreiche Umbauarbeiten und Reparaturen notwendig. Schule und Internatsgebäude wurden funktionell getrennt. Weiters wurden alle Gebäude nach modernen und zweckmäßigen Richtlinien neu ausgestaltet. Der Finanzkontrollausschuß hat in diesem Zusammenhang die Bauorganisation besonders gewürdigt und betont, daß das Zusammenwirken aller Verantwortlichen und aller Betroffenen, sprich jetzt Schuldirektor, Lehrer, bis hin zu den Schülern, beispielgebend war und auch für zukünftige Projekte beispielgebend sein soll.

Die Schule wurde seinerzeit als landwirtschaftliche Schule erbaut und wurde diese dann 1980 geschlossen. Das Gebäude wurde anschließend vom gewerblichen Berufsschulrat übernommen. Derzeit werden Einzelhandelskaufleute in der Lebensmittelbranche unterrichtet. Hundert Mädchen bzw. auch einige Burschen haben in dem Internatstrakt Platz. Das Einzugsgebiet dieser Schule ist das nördliche Niederösterreich. Auch auf das Freizeitangebot wird großer Wert gelegt. Alle sind mit den Umbauten bzw. mit der Neugestaltung äußerst zufrieden. Ich glaube, das ist ein schöner Schlußpunkt für eine Schule.

Zur Berufsschule Laa sei noch gesagt, daß der Standort für die gesamte Region von großer Bedeutung ist. Besonders im Grenzgebiet ist es wichtig, Infrastrukturmaßnahmen auszuweiten. Gleichzeitig wäre es aber auch wichtig, die Attraktivität einer Grenzregion für die Bevölkerung, vor allem für junge Menschen, weiterhin zu erhöhen. Und in diesem speziellen Fall wäre weiters vielleicht auch eine Ausweitung der Verkehrsverbindung nach Laa anzustreben, um den Schülerinnen und Schülern aus der nördlichen

Region doch eine rasche An- und Abreise zu gewährleisten.

Moderne, zweckmäßig und bestmöglichst ausgestattete Berufsschulen sind für eine qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung der Jugend heute unerlässlich. Da der wirtschaftliche Konkurrenzkampf in einem Europa ohne Grenzen immer härter wird, ist es besonders wichtig, daß unsere Lehrlinge auch weiterhin zu hochqualifizierten Fachkräften herangebildet werden und daß wir dazu auch die Voraussetzungen schaffen. *(Beifall bei ÖVP und Abg. Dr. Bauer.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte auch zu den beiden landwirtschaftlichen Fachschulen und zu dem Kostenvergleich sprechen. Ganz kurz nur zum Kollegen Sacher. Er macht seinem Ruf, daß er am liebsten alle Landwirtschaftsschulen zusperren will, glaube ich, alle Ehre, wenn er dauernd von Strukturreformen usw. spricht. Und er war seinerzeit auch Mitinitiator dieses unglückseligen Antrages, den er mit dem Kollegen Ing. Gansch eingebracht hat, wodurch ja jetzt einige Schulen zugesperret werden sollen, aber darauf komme ich noch. *(Abg. Keusch: Du warst nie dabei und führst die große Lippe!)* Nein, ich bin in eine landwirtschaftliche Schule gegangen und Du nicht. Und das ist der Unterschied. *(Abg. Keusch: Das ist typisch und bedauerlich, wenn jene, die nirgends sich einbringen, dann Dinge von sich geben, die nicht stimmen!)* Kollege Keusch, ich will auf die Zahlen eingehen. Ich beginne mit der landwirtschaftlichen Fachschule Mistelbach. Was mir besonders aufgefallen ist, ist dort der starke Rückgang der Schülerzahlen. Ich glaube, das ist im Weinviertel überhaupt sehr eklatant. *(Neuerlich Zwischenruf bei Abg. Keusch.)*

Ich glaube, ich habe als Abgeordneter das Recht, über den Finanzkontrollausschuß-Bericht zu sprechen. Und, Herr Kollege Keusch, das kannst mir Du nicht nehmen. Wenn Du es auch gerne tätest, die stalinistischen Methoden gibt es in diesem Haus nicht. *(Beifall bei der FPÖ. - Heftige Unruhe in der SPÖ.)*

Nein, das muß ich jetzt noch einmal dezidiert sagen. Wer ist er denn, daß er mir vorschreibt, was ich sage? Ich bin frei gewählter Mandatar, ob es einem Kollegen Keusch paßt oder nicht. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Keusch: Es geht um die*

Qualität der Aussage! - Unruhe im Hohen Hause.) Und diese Methoden sind halt stalinistisch, das muß man da auch einmal sagen. Das sage ich da und zu dem stehe ich.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es paßt nicht zum Stil dieses Hauses, von stalinistischen Methoden zu reden!

Abg. MARCHAT (FPÖ): Gut, ich nehme das zur Kenntnis, nehme aber den Ausdruck nicht zurück. *(Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.)* Ich will mich nicht mehr äußern. *(Abg. Keusch: Nein, weil das die Tendenz des Kollegen Sacher nicht war! Das muß man schon feststellen!)* Das hat er schon gesagt! *(Abg. Keusch: Nein, das hat er nicht gesagt! Er hat von Umstrukturierung geredet! Das ist was anderes als zusperren! Damit das klar ist. Ich habe sehr genau aufgepaßt!)* Wir kennen ja das Schulkonzept des Herrn Landesrates auf Grund des Resolutionsantrages von Sacher und Ing. Gansch. Und was ist der Endeffekt? Es wird zugesperret, bitte. Das kann ja auch niemand verleugnen.

Aber ich will jetzt bei Mistelbach bleiben. Und ich glaube, es ist im Weinviertel schon erklärbar, daß dort die Landwirtschaft eigentlich keine Perspektive mehr hat auf Grund einer total verfehlten Agrarpolitik, die diese Bundesregierung betrieben hat. Und das zeigt sich eben in den Schülerzahlen. Und wenn ich so reagiere, daß meine einzige Konsequenz daraus ist, Schulen zuzusperren, dann muß ich sagen, dann kann man die Agrarpolitik als gescheitert betrachten.

Wo ich dem Kollegen Sacher recht gebe, und das ist wirklich wahr, daß man mit innovativen Möglichkeiten, sprich mit dieser Agro-HAK, die Schülerzahlen halten kann. Weil in dem Bereich sieht man ja, das stagniert zwar jetzt, aber es war am Anfang auch leicht ansteigend. Und was, glaube ich, aber auch wichtig ist für die Zukunft, daß man Schulabgänger hat, wie das bei dieser HAK ist, die eben nicht nur einen Beruf erlernt haben, die auch die Möglichkeit haben - und die Arbeitsplatzsituation wird ja nicht rosig sein - auch im landwirtschaftlichen Bereich tätig zu sein.

Was mir bei diesem Bericht nicht ganz gefällt, und ich muß mir auch einmal eine Kritik an den Beamten des Finanzkontrollausschusses erlauben, ist, daß kritisiert wird, daß die landwirtschaftliche Fachschule Mistelbach einmal wirklich eine geringe Menge an Wein zugekauft hat, um nicht den Großkunden dort zu verlieren. Ich glaube, das ist marktwirtschaftlich nur richtig. Und die Schüler

sollen ja dort auch wissen, wie sich der Wettbewerb abspielt. Und als Landwirt wird es halt auch so sein, wenn er einen Rotweinkunden hat und das eine Jahr durch eine Mißernte eben nicht den Ertrag bringt und er sonst den Auftrag verlieren würde. Ich glaube, es ist kein Schaden entstanden. So lernt der Schüler marktwirtschaftlich zu denken und das finde ich nicht so schlecht. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich rede jetzt nicht mehr weiter. Entweder redet der Kollege Keusch oder ich. Und Herr Präsident, da erwarte ich mir auch, daß ... Er redet mir dauernd drein. Wir können einen Dialog führen, aber dann höre ich auf. Dann bleibe ich eben da stehen und warte, bis Du nichts mehr sagst. Nein, ich warte, ich habe Zeit, bitte. Nein, ich habe diesen Klassenkampf und diesen Bauernhaß da herinnen satt. Und der kommt nur von Dir, das ist immer von Dir und das habe ich echt satt. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Keusch: Das ist unsachlich! Herr Präsident, ich trete die Beweisführung an. Das ist falsch, was Du berichtet hast!)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es besteht dann die Möglichkeit, am Rednerpult die Argumente auszutauschen.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Danke, Herr Präsident. *(Abg. Dr. Bauer: Aber bitte, es besteht kein Bauernhaß! In keinster Weise!)* Ich habe auch nicht den Herrn Klubobmann gemeint.

Ich komme zur landwirtschaftlichen Fachschule Sooß und habe gesagt, daß eben diese Schule auf Grund, glaube ich, eines hervorragenden Rufes die Schülerzahl fast halten kann. Sie fallen zwar auch, aber sind nicht so stark fallend wie in anderen Schulen.

Ich möchte auch eingehen auf die Bemerkung des Kollegen Sacher, daß die Lehrer für die Arbeitsgemeinschaft der Bäuerinnen und der Landjugend tätig sind. Ich glaube, das muß man differenziert sehen. Wird in diesen Bereichen, und das wird zweifelsohne auch - und da muß ich ihm recht geben - wirklich Parteipolitik gemacht, dann ist das zu verurteilen. Es gibt aber auch andere Beispiele. Aber mir sind ja selber bäuerliche Lehrkräfte bekannt, das sage ich jetzt gerade im Landjugendbereich, die wirklich viel tun. Wobei man dann auch sagen muß, dann ist es uns das wert. Und dann kann man auch dazu stehen. Es gibt aber auch Landjugendbereiche, und ich sage das auch dezidiert, was für eine Partei, wo wirklich versucht wird, ÖVP-Einfluß zu nehmen. Und das ist, glaube ich, abzustellen. Es werden das wahrscheinlich nur einige, und im wahrsten Sinn des Wortes "schwarze" Schafe

sein. Aber ansonsten bekenne ich mich dazu, daß die Erwachsenenbildung bei den Bäuerinnen, aber auch die Jugendarbeit dort weiter geführt wird. Ich möchte das da auch einmal sagen.

Ich komme zum Schulvergleich der Schulen. Und das ist natürlich schon interessant, wenn man sich die Zahlen anschaut. Es wurden ja acht Schulen geprüft, vier Landwirtschaftsschulen und vier Hauswirtschaftsschulen. Es zeigt sich schon bei der Auslastung, daß die Differenzen sehr groß sind. Gumpoldskirchen hat eine Auslastung von 50 Prozent, Sooß in diesem Prüfungszeitraum 113 Prozent, ist mittlerweile auf 100 Prozent zurückgegangen. Man hat ja das dort exzellent gelöst, indem man ausgelagert hat und nicht zugebaut hat. Unterleiten, und ich werde auf diese Schule noch ein paar Mal zu sprechen kommen, 100 Prozent. Die anderen Schulen auch fast alle über 80 Prozent. Wenn man sich den Kostendeckungsgrad der Schülerheimbeiträge anschaut, dann kann man dazu stehen wie man will. Man müßte das bei anderen Heimen auch anschauen. Aber auch hier sieht man, daß Unterleiten mit einem Kostendeckungsgrad von 51 Prozent weit über allen anderen liegt. Und wenn man sich dann die Vollkostenrechnung, die Kosten pro Schüler und Monat für die acht geprüften Schulen anschaut, dann tun sich da, glaube ich, Welten auf. Und hier ist wieder die Schule Unterleiten mit 4.860,- Schilling pro Schüler und pro Monat eindeutig Spitzenreiter. Und dann kommt man zur Schule Gumpoldskirchen. Und das soll jetzt kein Anschlag sein, ich bekenne mich dazu, daß man diese Schule braucht. Aber man muß sich bei der Führung schon etwas überlegen. Wenn dort der Schüler 12.591,- Schilling pro Monat kostet, ebenso Ottenschlag und Obersiebenbrunn, wo die Kosten auch über 11.000,- und einmal über 12.000,- Schilling liegen. Und dann gibt es dann noch die Deckungsbeitragsrechnung, wo überhaupt nur zwei Schulen es schaffen, einen positiven Deckungsbeitrag zu erwirtschaften. Das ist wieder Unterleiten und auch Sooß. Und die Schule Gumpoldskirchen hat bei der Deckungsbeitragsrechnung je Schüler und Monat ein Minus von 3.110,- Schilling. Und ich glaube, das zeigt genau, wie unterschiedlich gearbeitet wird. Die Leute werden sich überall bemühen. Nur, eines hat man gesehen: Gumpoldskirchen ist halt mit Abstand überall die schlechteste Schule, von den Zahlen her. Wie gesagt, ich bekenne mich dazu, daß der Standort aufrecht erhalten wird. Aber es muß dort etwas passieren aus wirtschaftlichen Gründen.

Und jetzt komme ich zur Fachschule Unterleiten. Diese Schule ist im Konzept des Herrn Lan-

desrates von der Schließung bedroht. Und da muß ich mich schon fragen, wenn man die Schule, die mit 100 Prozent ausgelastet ist, die mit Abstand am wirtschaftlichsten arbeitet, die der Gemeinde - und diese Resolution habe ich da schon einmal vorgetragen, die haben auch alle Klubobleute und Regierungsmitglieder bekommen - die dort jährlich der Gemeinde Hollenstein an Investitionen usw. 750.000,- Schilling bringt, die 17 Personen im Ort Beschäftigung bringt, und wo man auch sagt, daß das Baujuwel Schule ein Kulturgut darstellt, diese Schule will man zusperrern. Da frage ich mich, Herr Landesrat, da wäre es vielleicht nicht schlecht, wenn Ihre Beamten auch einmal die Finanzkontrollausschußberichte lesen würden. Dann würde man nicht auf die Idee kommen, diese Schule zuzusperrern. Das möchte ich da auch einmal sagen.

Insgesamt muß man sagen, daß der Finanzkontrollausschuß-Bericht sehr genau und gut ist und auch möchte ich es hier einmal wirklich sagen, daß in den landwirtschaftlichen Schulen - und ich habe das am Anfang der Legislaturperiode einmal gesagt - wirklich gute Arbeit geleistet wird. Wir haben das beste Ausbildungssystem Österreichs, glaube ich, und wir sollten da nicht am falschen Platz sparen. Machen wir diese Schulen attraktiver, lassen wir uns gemeinsam etwas einfallen, so ähnlich wie Agro-HAK usw. Ich glaube, dann könnten wir auch die Standorte erhalten und haben so für die bäuerliche Jugend einen großen Schritt getan. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bevor ich mich mit dem heutigen eigentlichen Thema beschäftige, glaube ich, ist es notwendig, einmal hier einige Klarstellungen zu treffen. Ich beginne damit, daß ich mich wehre und die sozialdemokratische Fraktion sich dagegen verwehrt, wenn der Kollege Keusch einen Zwischenruf macht, daß er als Bauernhasser hingestellt wird oder ähnliche Bemerkungen ihm gegenüber gesagt werden. Ich glaube, man muß grundsätzlich einmal feststellen, und das an die Adresse des Herrn Marchat bitte: Wenn die bäuerliche Bevölkerung von 13 Prozent auf 7 Prozent in Niederösterreich zurückgegangen ist, dann muß man auch bitte über das bäuerliche Schulwesen reden - egal, in welche Richtung. Und wenn eben, wie es schon vorgekommen ist, Schulen, bäuerliche Fachschulen da waren, wo auf einen

Lehrer vier Kinder gekommen sind, so muß man auch darüber nachdenken, ob es noch sinngemäß ist, diese Schule aufrechtzuerhalten. Das hat mit "Bauernhaß" nichts zu tun, das hat mit wirtschaftlichem Denken etwas zu tun. Das hat auch damit etwas zu tun, den Lehrer vor Frust zu schützen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und noch etwas dazu. Es hat auch der Kollege Sacher nicht von Parteipolitischem gesprochen. Kollege Sacher hat festgestellt, daß manche Entscheidungen politische Entscheidungen sind. Und ob sie uns als Sozialdemokraten passen oder nicht, verschiedene Positionen muß man auch aus politischer Sicht zur Kenntnis nehmen. Wir werden kritisieren. Wir werden wahrscheinlich noch lange kritisieren, daß aus dem Schulbudget nicht die Erwachsenenbildung bezahlt werden soll. Das hat Kollege Sacher kritisiert. Und wir kritisieren auch, daß aus dem Schulbudget nicht die Tätigkeit für die Landjugend bezahlt werden soll. Der, der den Nutzen hat, soll ihn haben, soll aber auch bezahlen. Aber das ist eine politische Entscheidung der ÖVP, des Herrn Landesrates. Wir werden es kritisieren, müssen es aber zur Kenntnis nehmen. Und ich verwehre mich hier gegen parteipolitische Entscheidungen. Ich weiß schon, von meiner Seite aus gesehen, auf der linken Seite, da wird so darüber hinweggewischt nach dem Motto, irgendetwas wird schon hängen bleiben. Aber ich glaube, man soll wirklich bei der Wahrheit bleiben. Es gibt Entscheidungen, die wir kritisieren, mit denen wir nicht einverstanden sind. Wir stehen auf dem Standpunkt, der, der den Nutzen hat, soll auch bezahlen. Und wenn hier Aufgaben der Landwirtschaftskammer erledigt werden, so soll die Landwirtschaftskammer die Lehrer dafür entschädigen und nicht das Schulbudget des Landes. Das wollte ich dazu gesagt haben.

Noch eine Feststellung, die, glaube ich, auch notwendig ist. Denn es wird immer so dargestellt, daß sehr vieles aus den Finanzkontrollamtsberichten nicht korrigiert wird. Ich bekenne mich dazu, daß verschiedenen Äußerungen des Rechnungshofes man nicht nachgekommen ist. Aber ich habe auch eine Erklärung dafür. Denn auch hier, glaube ich, muß man wieder unterscheiden. Nicht alles, was der Rechnungshof sagt, ist gleichsam Evangelium. Hier kann man anderer Meinung sein. Hier kann es politisch andere Intentionen geben. Man muß unterscheiden zwischen Anregungen und Mißständen. Mißstände gehören beseitigt, Anregungen kann man, muß man aber nicht

befolgen. Nur, in manchen Diktionen - und das auch an die Medien - sind Anregungen des Rechnungshofes so dargestellt, als wären sie Anordnungen. Der Rechnungshof und das Finanzkontrollamt sind Kontrollorganisationen, haben aber keine gesetzgebende Wirkung. Ich sage noch einmal, Mißstände gehören aufgeklärt, Anregungen können, müssen aber nicht ausgeführt werden.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich mit meinem Thema beschäftigen. Es paßt heute, denn es wurde auch von dieser Stelle heute schon wieder einmal gesprochen von der Privatisierung der Straßenverwaltung. Ich werde das Wort nicht mehr in den Mund nehmen. Ich will nur einiges aufzeigen und Sie anregen, nachzudenken, ob nicht hier wirklich Änderungen durchgeführt werden sollen.

Man könnte meinen, wenn man den Bericht auf den Seiten 171 bis 192 liest, man liest eine Fernsehsendung "Akte X". Weil so ähnlich sind hier Feststellungen getroffen worden, die man fast nicht glauben kann. Sie sind nicht erfunden, sie sind Tatsache. Ich frage, wie lange soll das so gehen? Wenn eine Privatfirma all die Probleme, die darin aufgezählt werden - ich komme schon im Einzelnen noch darauf zu sprechen - gemacht hätte, hätte es sicher ein großes Köpferollen gegeben.

Hier wurden eben die Akten, wie ich hoffe, geordnet im Archiv verstaut. Und die Probleme, die es gibt, sollen beseitigt werden. Ich darf aber eingangs feststellen, daß wirklich der Fisch beim Kopf zu stinken beginnt. Ich spreche über das Projekt "Stanger Berg". Wir haben ein Landesverkehrskonzept, wir haben ein Verkehrsraumordnungsprogramm und ein Landesstraßengesetz. Doch alles, was im Stanger Berg-Projekt spielt, hat mit diesen drei Ordnungslinien nichts zu tun. Das würde mich auch nicht wundern. Denn die Landesregierung und der Landtag haben auch ein Landesverkehrskonzept beschlossen und der Landeshauptmann reitet eine eigene Tour. "Wie der Herr, so das G'scher", heißt es halt bei uns am Land. Und warum soll es dann dort anders sein?

Die Ordnungslinien wurden nicht eingehalten. Man kann nicht nachvollziehen, warum das Projekt so durchgeführt wurde. Aber vielleicht liegt es daran, daß "berühmte" Menschen in dieser Umgebung wohnen, die diese Straße vielleicht benutzen, weil sie dort zu Hause sind. Vielleicht war das die Ordnungslinie, das ist aber nicht nachvollziehbar. Denn bis heute weiß man nicht,

warum die Straße nicht einfach ausgebessert wurde, warum sie verbreitert wurde, warum ein Belag aufgezogen wurde, der 15 Jahre halten hätte sollen, nach fünf Jahren ein neuer Belag aufgezogen wurde, der jetzt angeblich 20 Jahre halten soll.

Damit bin ich schon bei der Ausschreibung. Ich habe vom Belag gesprochen. Auf niederösterreichischer Seite wurden im Umkreis von 50 Kilometer vom Projekt entfernt fünf Firmen eingeladen zur Anbotslegung für die Bitumenmasse. Bewußt oder unbewußt hat man vielleicht geglaubt, daß fünf Firmen fünf verschiedene Eigentümer haben. Denkste! Diese fünf Firmen gehören drei verschiedenen Eigentümern, doch man hat alle fünf zur Anbotslegung zugelassen. Ob es da Absprachen gegeben hat, steht im Bericht nicht drinnen. Ich will auch niemandem etwas unterstellen. Nur, beim selben Firmenchef von zwei verschiedenen Firmen zum selben Thema zwei Angebote zu verlangen, da kann ich mir schon einiges vorstellen. Und man hat natürlich das Bitumen von relativ weit herangekarrt. Dummerweise hätte man jenseits der Grenze im Burgenland, fast nur einen Steinwurf entfernt, auch eine Mischanlage gehabt. Nachdem sie allerdings im Burgenland ist, hat man diese Firma nicht eingeladen. Man hat mehr Kilometer gefahren, man hat mehr Lastautos überladen - darauf komme ich auch noch zu sprechen - um ja nicht vielleicht aus dem Burgenland etwas billiger zu bekommen, was man teuer in Niederösterreich haben kann.

Nächster Punkt dazu: Es wurde errechnet - das ist nachvollziehbar - daß die Menge, die dort zum Einbau gekommen ist auf der Fläche normalerweise in drei Tagen verarbeitet sein hätte müssen. In der Ausschreibung waren fünf Tage vorgesehen. Die Ausrede, daß vielleicht die Kapazitäten des Mischwerkes nicht ausgereicht hätten, stimmt nicht, denn die Kapazität des Mischwerkes war nur zu 50 Prozent damit beansprucht, 50 Prozent waren noch frei. Statt drei Tage hat man fünf Tage gebraucht und hat noch Überstunden verfahren. Nur weiß man nicht, wo das alles eingebaut wurde. Denn die Liefermenge wurde nicht kontrolliert, weder mengenmäßig noch qualitätsmäßig. Die Überstunden wurden verfahren, nur wo weiß man nicht. Denn die Bautagebücher liegen schon irgendwo im Archiv. Sie sind nicht da. Angeblich wurden aber welche geführt. Und zu all dem gibt es natürlich keine Sanktionen, ist ja klar. Wozu Sanktionen? Das alles wäre erst halb so interessant, wenn man dem nicht nachgegangen wäre und aus dieser Straßendecke Bohrkern entnommen hätte zur Kontrolle. Acht hätten es sein sol-

len, sechs haben genügt für die Ablage. Denn man hat nicht einmal die Dicke des Asphalttes kontrolliert und der Ausschreibung gegenüber gestellt. Sondern man hat eben die Bohrpfropfen herausgenommen und abgelegt, ohne die Dichte zu kontrollieren, ohne die Qualität des Bitumens zu kontrollieren und ohne zu kontrollieren, ob die nötige Stärke aufgetragen war.

Ich nehme an, wir werden sehr bald merken, ob die Stärke richtig war. Denn über diese Strecke sind auch die Transportautos gefahren, die das Bitumen brachten. Und die Straße ist in diesem Bericht ausgelegt auf sehr wenig LKW-Verkehr mit 6 Zentimeter Bitumenschicht. Nur, von den Bohrkernen hatte keiner sechs Zentimeter. Und wenn dann die Lastautos mit acht und zehn Tonnen überladen über das heiße Bitumen fahren, kann man sich vorstellen, wann die nächste Straßenrenovierung dort durchgeführt werden muß.

Ich bin überzeugt, daß der Herr Landesrat sicher dann wieder intervenieren wird. Es wäre nur interessant zu wissen, ich habe vorhin schon gesagt, man hat die Menge nicht kontrolliert, man hat die Qualität nicht kontrolliert. Man hat Überstunden verfahren. Auf Grund des Nachweises wäre man um zwei Tage schneller fertig gewesen. Ich habe mich ins Auto gesetzt und habe mich einmal ein bißchen dort umgeschaut, bin hingefahren. Es ist nicht weit weg von mir zu Hause. Ich bin draufgekommen, daß dort alles, jeder Feldweg auch noch asphaltiert wurde. Ich hätte schon gerne gewußt - das ist natürlich nicht Aufgabe des Finanzkontrollamtes gewesen, das zu überprüfen - wann das dort asphaltiert wurde. Es schaut ziemlich gleich aus. Jeder Asphalt ist schwarz, aber der eine ist lichter, der andere ist dunkler. Die dort sind alle ziemlich gleich. Wäre natürlich ziemlich interessant, wer hat asphaltiert? Wer hat die Nebenstrecken asphaltiert? Es wäre interessant gewesen, wer hier der Auftraggeber war. Das war nicht Aufgabe der Prüfer. Aber wenn man als normaler Staatsbürger durch die Gegend fährt und dann diesen Schauerroman liest, denkt man sich halt einiges dabei. Denken wird man ja noch dürfen. Und noch eine Frage - der Herr Landeshauptmann ist auch nicht da - hätte ich gerne gestellt: Welche Autos und welche Maschinen verwenden wir in Niederösterreich? Denn die Abrechnung, die zwar nach einem Jahr erst gekommen ist, hat ergeben, daß pro Stunde bei diesem Baulos 62 Liter Dieseltreibstoff verbraucht wurden. Selbst die amerikanischen Vielfresserautos schaffen das nicht. (*Abg. Gratzner: Ein "M 35" schon!*) Darauf wäre ich

gerade gekommen. Mit Panzern werden die ja hoffentlich nicht asphaltiert haben, weil die Straße dafür nicht ausgelegt wurde. Also man hätte müssen Panzerfahrzeuge nehmen, um auf einen solchen Dieselverbrauch zu kommen. Es dürfte aber in der Straßenbauabteilung niemandem aufgefallen sein, daß man so viel Treibstoff gebraucht hat. Es ist halt unglaublich. Aber es ist zu lesen im Bericht III/1996, von Seite 171 bis 192 ist alles nachzulesen. Und da hätte ich wirklich gerne ein wenig Aufklärung gehabt. Wenn man die Akten wirklich geordnet ins Archiv legt, daß man auch weiß, was vorher dort alles passiert ist. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf ebenfalls zum Bericht des Finanzkontrollausschusses III einige Stellungnahmen anbringen und möchte vielleicht als Nichtmitglied des Finanzkontrollausschusses anführen, wenn der Kollege Kautz selbst als Mitglied des Kontrollausschusses, ich hoffe, ich habe mich da nicht verfehlt, diesen Kontrollausschuß-Bericht sozusagen als "Schauerroman" bezeichnet, dann, glaube ich, ist vielleicht eine mangelnde Mitwirkung vorhanden. Ich weiß es nicht, aber ich glaube, daß die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses sehr wohl Zugang zu allen Unterlagen haben und daher auch ein entsprechender Bericht hier abzufassen ist. (*Abg. Dr. Bauer: Nicht der Bericht, die Vorgänge sind ungeheuerlich!*) Ich habe das auf den Bericht bezogen gehört. Ich möchte schon feststellen, Herr Klubobmann, geschätzte Damen und Herren, daß hier im Finanzkontrollausschuß, glaube ich, doch die Dinge sehr klar aufgezeigt werden und die Anregungen und die Kritik, die enthalten ist. Vielleicht hast Du es ein bißchen mißverständlich dargestellt. Ich habe aber sehr genau aufgepaßt, wir können das im Protokoll dann nachlesen und uns davon überzeugen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Klubobmann, wir sollten die Aufgaben, die der Finanzkontrollausschuß hier wahrgenommen hat, nicht ins Lächerliche ziehen, sondern das, was an Anregungen drinnen ist, sehr klar bitte auch zur Kenntnis nehmen. Und ich möchte hier durchaus erwähnen, daß Anregungen und auch die Kritik doch eine positive Wirkung erzeugen soll. Und ich bin davon überzeugt, daß verschiedene Dinge, die hier sehr ordnungsgemäß abgefaßt wurden in diesem Bericht, vor allem

auch davon zeugen, daß in den überwiegendsten Bereichen eigentlich alles wirklich optimal geschieht. Und ich glaube, dazu darf ich nun auch einige Feststellungen treffen.

Ich freue mich ganz besonders, daß gerade im Bereich, der unter 2. angeführt ist, "Umweltwirtschaft und Raumordnung" im Zusammenhang mit den Baurechtsgrundstücken, glaube ich, sehr wesentliches für junge Familien geschieht und sehr viel geleistet wird. Wenn hier zu lesen ist in diesem Bericht, daß 142 Millionen Schilling insgesamt an Baurechts-, Zins- und Verkaufserlösen eingenommen wurden, dann zeigt das natürlich, daß hier sehr verantwortungsvoll und im Sinne eines ordentlichen Kaufmannes gewirtschaftet wird. Es ist erfreulich auch festzustellen, daß Vorsorge getroffen worden ist, entsprechende Haushaltsrücklagen zu schaffen, um eben für künftige Grundstückswerber Grundstücke bereitzustellen, damit man hier sehr rasch und effizient entsprechend für Jungfamilien Grundstücke anbieten kann.

Wenn hier auch vermerkt wird, daß im Zusammenhang mit der Errichtung des Ennshafens der Industriezone Ennsdorf ebenfalls Grundstücke gekauft wurden und dazu eine Stammeinlage sozusagen in der Betriebsgesellschaft erfolgte, in Zusammenhang mit ECO-PLUS, dann kann man das durchaus vertreten. Denn es werden ja im Rahmen dieser Aktion auch andere Grundstücke zum Verkauf gebracht. Und ich glaube, daß diese privatwirtschaftlichen Instrumente in Zusammenhang mit der Grundbeschaffung sehr wohl eine wichtige Aufgabe des Landes Niederösterreich sind, um hier einerseits den Grundstückswerbern zur Gründung eines Eigenheimes zu verhelfen bzw. natürlich auch in Zusammenhang mit der Wirtschaft. Wenn wir Arbeitsplätze sichern wollen, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß das natürlich auch eine entsprechende Grundstücks politik voraussetzt, daß das auch voraussetzt, Grundstücke zur Verfügung zu haben, die eben auch für internationale Betriebe entsprechende Standorte ermöglichen. Ich glaube, daß insgesamt diese Erträge und daß auch die Bewirtschaftung dieser Grundstücke im Zusammenhang mit der Raumordnung zu sehen ist, welche ebenfalls hier, glaube ich, eine sehr, sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Ich möchte auch feststellen zu den Anmerkungen im Zusammenhang damit, daß sicherlich die Zinsanpassungen bei dem Baurechtszins erfolgen. Und daß vielleicht auch zu überlegen ist, daß ein Unterschied bezüglich der Grundstücksgröße gemacht wird. Vor allem zwischen jenen Gebieten, wo der Druck stärker ist

und jenen Gebieten, wo der Druck, Bauland zu erwerben, nicht so stark ist, wo wir Abwanderungsgebiete haben. Da sollten wir vielleicht künftig etwas größer mit der Fläche umgehen, in diesen Bereichen. Wenn der Grundstückswert und der Druck, Bauland zu erwerben, nicht so stark gegeben ist, wir meistens sogar Abwanderungsgemeinden haben, können wir etwas toleranter auch im Rahmen der Baurechtsaktion mit der Parzellengröße umgehen. Abschließend zu diesem Thema darf ich sagen, daß es sich hier wirklich um eine sehr, sehr gute Einrichtung handelt, um eben Grundstückswerbern eine Hilfe zu geben und im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich, glaube ich, hier eine effiziente Möglichkeit, ein Eigenheim zu errichten, geschaffen wurde.

Der Bereich landwirtschaftlicher Fachschulen ist angesprochen worden. Ich möchte nichts wiederholen. Zu dem Thema Internatspflicht glaube ich, ist schon festzustellen, daß gerade im landwirtschaftlichen Betrieb, das dürften vielleicht nicht alle wissen, wenn es sich um Tierhaltung handelt, auch Arbeiten am Abend anfallen und die Schüler ihrer Praxis ja auch am Abend im Stall nachgehen, dort also auch diese Arbeiten erledigen müssen. Die Ausbildung erfolgt sehr praxisbezogen, wobei man durchaus über Modelle in der Richtung diskutieren kann, keine Frage. Aber grundsätzlich glaube ich, ist es notwendig, all diese Arbeiten auch den Schülern entsprechend näherzubringen.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung sollte man natürlich nicht nur standortbezogen als ausschließliches Instrumentarium darstellen, überhaupt keine Frage. Aber dennoch ist es wichtig, doch in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß sich die heute schon aufgezeigten Unterschiede hier sehr, sehr deutlich herausstellen. Sowohl was den Kostendeckungsgrad betrifft, als auch im Zusammenhang mit der Vollkostenrechnung. Wenn hier Gumpoldskirchen mit 12.000,- Schilling pro Schüler und Monat gegenüber anderen Schulen, die hier mit 4.000,- 5.000,-, 6.000,- Schilling doch sehr wirtschaftlich sind, im Hinter treffen liegt, geht es nicht nur um die Frage Zusperrungen, sondern es geht sicherlich in erster Linie darum, was kann man anderes in diesen Bereichen machen? Wir müssen gerade im Zusammenhang mit der Diskussion derartiger Modelle, glaube ich, sehr flexibel sein und durchaus auch anderen Überlegungen, wie ja das schon beispielgebend auch heute hier in Zusammenhang mit den gewerblichen Schulen erwähnt wurde, offen gegenüberstehen. Aber eines muß man schon

feststellen: Daß die Schulen nicht ein Ghetto für Schüler darstellen sollen, sondern durchaus sich öffnen sollen. Gerade die Beratungskräfte, die sehr wertvolle Kräfte in unserer Gesellschaft sind, für die Beratung im ländlichen Raum, der Landjugend über die Schulen hinaus. Wir dürfen die Ausbildung nicht so isoliert betrachten, daß Beratung nur sozusagen im Schulbereich passiert. Sondern ich vertrete schon die Auffassung, daß es notwendig ist, dieses Wissen und Know-how der Lehrer, die ja gerade auch an diesen Schulen angeschlossene Betriebe haben in den meisten Fällen, daß dieses auch breiter zugänglich gemacht wird. Und ich darf mich da wirklich auch dahingehend äußern, daß ich gegen jede Art einer Äußerung, die irgendwo in Richtung einer parteipolitischen Äußerung geht, daß ich hier die Lehrkräfte schützen möchte. Denn soweit mir bekannt ist, wird hier eine sehr fachbezogene Arbeit geleistet, die sehr wichtig ist. Nicht nur für den reinen Agrarbereich, da geht es ja bitte um die Fragen der Ernährung, der Sicherung, der Bewirtschaftung der Landschaft und vieles mehr. Und daher ist es wichtig, daß das wirklich im Zusammenhang mit den bäuerlichen Familienbetrieben hier sehr fachlich eben gemacht wird.

Wenn Personalkosten angesprochen wurden, dann spiegelt sich etwa das wider, daß gerade in Schulen, wo die Auslastung halt nicht entsprechend ist, die Personalkosten eklatant höher sind, wenn man es auf den Schüler umrechnet. Gumpoldskirchen mit 6.000,- Schilling. Wenn man also Soofuß und Unterleiten nimmt, das ist schon erwähnt worden, mit 2.400,-, 2.500,- 2.200,- Schilling, in diesem Bereich, dann ist hier sehr deutlich zu sehen, daß auch bei dem Verhältnis der Personalkosten umgerechnet auf die Schülerzahl man achten muß auf die entsprechende Wirtschaftlichkeit. Daß die auch in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Sacher, gegeben ist. Und da darfst Du nicht, wenn auch nur in einem Nachsatz, auch wenn Du grundsätzlich von politischer Aufgabe gesprochen hast, im Nachsatz meinen, Parteipolitik will ich gar nicht aussprechen. Ich möchte das überhaupt ausschließen. Ich glaube, daß es hier um fachliche Bereiche geht und wir diese gut ausgebildeten Lehrkräfte ganz einfach nicht auf diese Stufe stellen sollen, wie sie von manchen politischen Verantwortungsträgern hier eingestuft werden. Ich vertrete aber schon die Auffassung, daß es durchaus notwendig ist in den Bereichen Internat, Schule, eine sehr klare Kostenrechnung, welche ja im Zusammenhang mit den EDV-Programmen des Landes bereits umgesetzt wird, zu legen. Diese Kostenrechnung ist natürlich notwendig, auch um die entsprechenden

Schlüsse zu ziehen und vieles mehr. Wobei ich schon dazu sagen muß, daß wir im Zusammenhang mit der Diskussion der Standorte durchaus auch Bezug nehmen auf die Reduzierung der Vollerwerbsbetriebe und auch Nebenerwerbsbetrieben ein bedarfsgerechtes Schulmodell anzubieten haben. Daß wir in diesem Zusammenhang durchaus Reformen überlegen sollten, daß auch die Ausbildungszeit innerhalb der Schule gemeinsam mit einer guten Praxisausbildung hier neu überdacht wird. Und ich glaube, daß es notwendig ist, diesen neuen Anforderungen Rechnung zu tragen, um unsere Schüler in den Schulen auch entsprechend zu fordern. Weil ich glaube, gerade das ist wichtig. Weil die Anforderungen, die an diese Kräfte gestellt werden, wenn sie die Schule verlassen, in Zukunft sicherlich mindestens genauso hoch sind als das in der Vergangenheit war. Und sie werden immer stärker und höher. Und vor allem, was die ganze EDV-Vernetzung und all diese modernen Kommunikationen betrifft, so haben die ja längst nicht vor der Landwirtschaft Halt gemacht. Ganz im Gegenteil! Es ist in vielen Bereichen der Agrarbereich sogar als Vorreiter zu sehen. Und es gibt eine ganze Reihe engagierte landwirtschaftliche Fachschulen, die sich diesem Thema besonders widmen.

Ich möchte es doch gerade in Zusammenhang mit der Fachschule Mistelbach als großen Erfolg sehen, daß hier wirtschaftlich sowohl im Weinbau als auch im Obstbau Mehreinnahmen verzeichnet werden konnten. Trotz eines Schulbetriebes, der natürlich auch Mehrkosten verursacht bei der Bewirtschaftung, durch Versuche, durch Betreuung und Forschung, die hier ebenfalls betrieben wird. Und wenn die Schülerzahlen in der Fachschule hier sehr rückläufig sind und hier ein neues Modell, die Agro-HAK versucht wurde, dann läuft das, möchte ich sagen, von den Schülerzahlen her doch einigermaßen. Zumindest ist es gelungen, die absinkende Schülerzahl der Fachschule wettzumachen. Wobei, wie man hört, die Schüler an sich, die Abgänger eine gute Nachfrage haben. Und man durchaus mehr Schüler erwarten könnte, denn die Schülerzahl ist trotzdem für mich nicht in sehr großem Umfang gegeben mit 64 Schülern insgesamt. In der HAK ist es doch noch etwas wenig. Ich glaube, daß hier Maßnahmen gesetzt werden sollen, um vielleicht diesen Schultyp noch besser zu bewerben und attraktiver zu gestalten. Ich glaube aber auch, daß der Einsatz der Lehrkräfte, der sowohl im Bereich der Bäuerinnen als auch im Bereich der Landjugend gegeben ist, daß der durchaus sogar erweiterungsfähig ist. Und ich glaube, daß wir diese Kräfte vor allem in den nächsten Jahren bei der Umsetzung von Ziel 5 b-Projekten, die wir in den

ländlichen Gebieten dringend brauchen, daß wir diese geistigen Ressourcen durchaus nutzen sollten. Und daß hier sicherlich eine intensivere Zusammenarbeit notwendig ist. Ich glaube, es ist hier nicht "Kastlendenken" angesagt, sondern es ist ganz einfach die Gesamtheit der Entwicklung des ländlichen Raumes zu sehen und die Chancen, die sich daraus ergeben, eben diese Kräfte hier optimal zum Vorteil der Bevölkerung zu erschließen.

Abschließend möchte ich noch festhalten, daß in diesem Prüfbericht auch der Verein Niederösterreich und Wien enthalten ist. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, und, obwohl in Zusammenhang mit der Förderung dieses Vereines, welcher aus dem Bundesland Niederösterreich und dem Bundesland Wien hier finanziert wird, einige Dinge angemerkt wurden, darf es als positiv bezeichnet werden, daß hier eine gemeinsame Vorgangsweise gewählt wurde. Um den Erholungsraum, den Naherholungsraum um Wien entsprechend auszubauen, wobei es darum geht, den Erholungswert Niederösterreichs für die Bevölkerung gerade im Großraum Wien noch attraktiver zu gestalten. Ich darf Ihnen sagen, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, unsere Fraktion wird den Bericht des Finanzkontrollausschusses III/1996 zur Kenntnis nehmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist noch der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich werte eigentlich die geringe Anwesenheit der Damen und Herren des Hohen Hauses als ein großes Vertrauen in die Arbeit des Finanzkontrollausschusses und nicht als ein Desinteresse an diesem Tagesordnungspunkt. Ich wollte eigentlich auf das Thema "Verein zur Förderung von Außenstellen" nicht eingehen. Aber es ist mir schon angesichts der stattgefundenen Debattenbeiträge ein Bedürfnis, zu sagen, daß hier der wesentliche Kritikpunkt des Kontrollausschusses offensichtlich nicht erkannt wurde. Denn der wesentliche Kritikpunkt bezieht sich darauf, daß das Kollegialorgan der Landesregierung die Kreditkürzungen einvernehmlich vornimmt, daß die Aufhebungen der Kreditkürzungen aber durch das für die Finanzangelegenheiten zuständige Regierungsmitglied allein vorgenommen werden kann. Ich glaube, hier hat der Kontrollausschuß eine sehr gute Anregung geliefert, die von der Regierung auch überdacht werden sollte, ob hier nicht eine

Änderung der Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung opportun wäre.

Der Kontrollausschuß hat in seinem umfangreichen Bericht, den er heute dem Landtag vorgelegt hat, unter anderem über seine Wahrnehmungen über die Straßenbauabteilung 4 Wr. Neustadt und im speziellen über die Abwicklung des Bauleses "Stanger Berg", über die Kollege Kautz schon gesprochen hat, berichtet. Ich möchte aber doch hervorheben, daß in diesem Bericht auf Grundlage des Voranschlages 1996 sehr eindrucksvoll ein größenordnungsmäßiger Überblick über den Finanzbedarf des gesamten NÖ Straßendienstes dargestellt wurde. Ich darf die Zahlen erwähnen: Voraussichtlichen Einnahmen von rund 537,8 Millionen Schilling standen Ausgaben in Höhe von 3.090,3 Millionen Schilling gegenüber, sodaß sich ein budgetierter Finanzbedarf für den gesamten NÖ Straßendienst von rund 2,5 Milliarden Schilling für das Jahr 1996 ergab. Ich glaube, das ist eine gewaltige Ausgabensumme, die einerseits für den gesamten Bau-, Betriebs- und Verwaltungsaufwand für die Landesstraßen mit einer gewaltigen Länge von 10.700 km und andererseits für den Betrieb und die Verwaltung der Autobahnen, Schnell- und Bundesstraßen mit einer Länge von rund 3.400 km von den Steuerzahlern aufzubringen war.

Hohes Haus! Aus einer früheren Untersuchung geht hervor, daß für die Umsetzung der jährlichen Instandsetzungs- und Erhaltungsprogramme rund 70 Prozent des Gesamtausgabenrahmens aufgewendet werden müssen und daß es sich dabei - wie im Bericht des Kontrollausschusses erwähnt und angeführt - um eine Unmenge von Kleinmaßnahmen handelt. Das heißt, daß die Disposition über einen Betrag von rund 2,1 Milliarden Schilling im Jahre 1996 im wesentlichen den Straßenmeistereien oblag. Und ich glaube, allein die Größenordnung dieses Betrages, Hohes Haus, macht es notwendig, die Straßenmeistereien als Dienstleistungsbetrieb im Sinne einer privatwirtschaftlichen Beurteilung ihrer Tätigkeit zu sehen. Macht es notwendig, daß im Sinne einer zweckmäßigen und wirtschaftlichen Steuergeldverwendung laufend Vergleiche mit der Privatwirtschaft angestellt werden können, was die Leistungserbringung betrifft. Macht es aber auch notwendig, die Straßenverwaltung auf Einsparungspotentiale zu untersuchen. Ich darf daran erinnern, daß im Jahre 1990 über die Initiative des damaligen Landeshauptmannes Mag. Siegfried Ludwig mit der Kostenrechnung im Bereich der Straßenverwaltung begonnen wurde. Denn Landeshauptmann Ludwig hat klar und deutlich erkannt, daß in diesem Bereich ein

Sparpotential aufzufinden ist. Und die Einführung dieser Kostenrechnung sollte ganz einfach einen Vergleich der einzelnen Meistereien mit sich bringen, sollte aber auch einen Vergleich mit Marktpreisen der Wirtschaft ermöglichen. Das heißt für mich, daß mit der Einführung dieser Kostenrechnung beabsichtigt war, die Grundlage für Entscheidungen nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu schaffen.

Unter diesem Aspekt, daß diese Kostenrechnung 1990 begonnen wurde, stellt sich für mich ganz einfach die berechnete Frage, was ist nun seit 1990 wirklich geschehen? Was ist seit 1990 an Einsparungen erreicht worden? Was haben die Herren Finanzlandesräte seit 1990 auf Grund der Kostenrechnung an Einsparungspotential bei der Budgeterstellung einbringen können? Wenn ich mir diesen Bericht der Beamten des Kontrollamtes, der vom Kontrollausschuß einstimmig verabschiedet worden ist, anschau, dann muß ich wirklich sagen, was hier aufgezeigt wurde, daß ich diese Fragen mit "nicht viel" und "Nein" beantworten kann. Denn der Finanzkontrollausschuß, Hohes Haus, das wurde heute noch nicht gesagt, mußte unter anderem zu folgendem Ergebnis in seinem Bericht kommen, und ich zitiere ihn bitte: "Es sind dringend die notwendigen organisatorischen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen für die baustellenbezogene Erfassung der Kosten für Bauaufsicht (Personal- und Sachaufwand) und für die Bauführung (Bauleitung, Bauorganisation) zu schaffen, mit dem Ziel, interne Kostenvergleiche, aber auch Vergleiche mit privat abgewickelten Bauvorhaben zu ermöglichen." Diese Feststellung des Finanzkontrollausschusses, Hohes Haus, bedeutet, exakte Kostenvergleiche sind auch nach sechs Jahren nicht möglich. Diese Feststellung bedeutet für mich, daß wie eh und je in einem geschützten Bereich unverändert weitergearbeitet wird. Diese Feststellung bedeutet für mich aber auch, daß der Herr Finanzlandesrat an diesen Feststellungen offensichtlich vorbeigeschaut hat, obwohl es hier um hunderte Millionen Steuergelder geht. Denn sonst hätte ich mir auch erwartet, daß er von einem seiner Parteifreunde darauf aufmerksam gemacht wird vom Rednerpult aus.

Ich meine aber auch, daß der Herr Finanzlandesrat auch noch einen weiteren Ergebnis in seine Betrachtungen aufnehmen sollte und ich darf wieder zitieren, was der Finanzkontrollausschuß einstimmig beschlossen hat bitte: "Die Bemühungen zur Herstellung einer weitgehenden Kostentransparenz sind mit dem Ziel fortzusetzen, diese Transparenz auch in der budgetä-

ren Darstellung zu erreichen. Eine Kostentrennung zwischen Bundes- und Landesstraßen, die insbesondere auch den Personalsektor einschließt, scheint daher unumgänglich zu sein." Ja, Hohes Haus, die Landesregierung hat zu diesem Kritikpunkt des Finanzkontrollausschusses nur unzureichend Stellung genommen, sodaß der Finanzkontrollausschuß seine Forderung nach mehr Transparenz in der Darstellung des Landesbudgets aufrecht erhalten mußte. Und das sollte dem Landtag, der die Budgethoheit besitzt, zu denken geben. Und auch diese Gegenäußerung des Finanzkontrollausschusses, Hohes Haus, wurde einstimmig im Kontrollausschuß beschlossen und nicht mehrheitlich. Und das sollte dem Hohen Landtag wirklich zu denken geben. Denn ich glaube, daß die Forderung des Finanzkontrollausschusses nach Trennung der Personalkosten für die Bundes- und Landesstraßen, und zwar auf allen Ebenen, eben jener Schwerpunkt ist, den man anwenden muß, wenn man gewillt ist, zukünftige Budgets von der Ausgabenseite her zu entlasten.

Ich möchte, Hohes Haus, nicht weiter auf die Wahrnehmungen, die Kollege Kautz hinsichtlich des Bauloses "Stanger Berg" im Detail aufgezählt hat, eingehen. Die Entscheidungsfindung war weder technisch noch wirtschaftlich nachvollziehbar. Der Umstand, daß Preisabsprachen bei der Anbotslegung beim Bitumen-Heißmischgut nicht ausgeschlossen werden konnten, muß ganz einfach aufgehört haben in diesem Landtag. Daß die ausschreibungsgemäß vorgeschriebene tägliche Mindesteinbaumenge für das Mischgut von der Lieferfirma nicht eingehalten wurde, wurde auch schon gesagt. Eine quantitative Überprüfung der gewichtsmäßigen Baustofflieferungen hat nicht stattgefunden. Die Bauabrechnung nahm einen unnötig langen Zeitraum in Anspruch, es mußten darin auch die enthaltenen Dieselrechnungen, von denen Kollege Kautz schon gesprochen hat, einer Kritik unterzogen werden. Vor allem deswegen einer Kritik - das hast Du nicht gesagt, Kollege Kautz - weil sämtliche Tankvorgänge nicht im Abwicklungszeitraum der Durchführung des Bauloses stattgefunden haben. Ich meine daher, daß bei allen festgestellten Mängeln, und nach der Wortmeldung des Kollegen Kautz steht das für mich außer Zweifel, es sich hier ganz einfach um systembedingte Unzulänglichkeiten in einem geschützten Bereich handelt. Und diese meine getroffene Feststellung eigentlich auch durch die Stellungnahmen der NÖ Landesregierung zu diesen Punkten bestätigt. Die Stellungnahmen der Landesregierung waren durch ein unübliches Spannungsfeld zwischen Prüfern und Geprüften

gekennzeichnet und lassen daher auch die Vermutung offen, daß es sich bei den dargelegten Mängelfeststellungen um die Spitze eines Eisberges handelt. Mir ist schon klar, daß Kontrolle vom Kontrollierten nicht unbedingt immer als wünschenswert erachtet wird. Und ich glaube daher, es muß jener Gedanke Einzug halten, daß Kontrolle nicht nur als eine lästige Kritik gesehen wird, sondern nach meinem Dafürhalten vielmehr gesehen werden soll als das Unterbreiten von Vorschlägen für einen Interessensausgleich mit der Zielsetzung, wie kann die Verwaltung besser, wie kann sie effizienter, wie kann sie wirtschaftlicher und sparsamer gestaltet werden. Diese Zielsetzung können wir aber nur dann erreichen, Hohes Haus, wenn auch die Mitglieder der Landesregierung, sowie die geprüften Abteilungen und Landeseinrichtungen ihren Beitrag dazu leisten. Ich darf stellvertretend für die Landesregierung in diesem Sinne die Frau Landeshauptmannstellvertreterin einladen, an diesem von mir genannten Interessensausgleich zum Wohle der Landesbürger mitzuwirken. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der meines Wissens als letzter zu diesem Geschäftsstück gemeldete Redner ist der Herr Klubobmann Dr. Bauer. Ich darf den Herrn Abgeordneten bitten.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Berichte und die Diskussionen veranlassen mich, zwei grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Zuerst bin ich einmal froh, daß dieser Bericht des Finanzkontrollausschusses in dieser Genauigkeit erarbeitet wurde. Zum zweiten ist ein Kontrollausschußbericht nicht nur dazu da, daß man ihn schön und fein behandelt und dann zur Tagesordnung übergeht, sondern ich betrachte dies als einen Auftrag an die Handelnden. Und dieser Auftrag wird auch in Form einer Anfrage an die zuständigen Regierungsmitglieder unterstützt werden. Weil ich absolut es für geradezu unglaublich halte, daß hier das so vielgelobte, effiziente Verwaltungssystem Erfassungsschwächen aufweist wie das kaum vorstellbar ist. Daß nicht nachvollziehbare Vorgänge da sind. Wenn ich da lese, daß man nicht überprüfen kann, wieviel Liter Treibstoff verbraucht wurden, oder nicht überprüfen kann wieviel Zentimeter Bitumen hier aufgetragen wurde, dann denke ich, daß dies ein Verwaltungszustand ist, der besser der Vergangenheit angehören sollte. Und daher werde ich auch eine entsprechende Anfrage an die

zuständigen Regierungsmitglieder richten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Landes-Finanzsonderaktion. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Professor Breininger, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück, Ltg. 556/H-8/3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden wurde mit Beschluß des Landtages von Niederösterreich am 25. Jänner 1973 mit dem ursprünglichen Zweck ins Leben gerufen, die Gemeinden bei der Erfüllung der Aufgaben als Folgen der Kommunalstrukturverbesserung zu unterstützen. In den Folgejahren mußte diese Aktion mehrfach den sich ändernden Bedingungen und Voraussetzungen angepaßt werden. Derzeit werden zwei Untersektionen geführt. Die Förderung besteht aus der Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB für bei Kreditinstituten aufgenommene Darlehen und der Gewährung eines Zinszuschusses in der Höhe von 5 Prozent p.a. auf maximal fünf Jahre.

Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden allgemein beträgt 4,5 Milliarden. Die starke Inanspruchnahme dieser Aktion macht es erforderlich, eine weitere Ermächtigung zur Übernahme von Haftungen und zur Gewährung von Zinszuschüssen einzuholen. Es ist daher notwendig, die nur einmal ausnützbare Kredit- und Haftungsermächtigung in der Höhe von 4,5 Milliarden um 100 Millionen auf 4,6 Milliarden Schilling zu erhöhen. Die Bedeckung der in der Folge erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, allgemeine Aktion, erfolgt im Rahmen der vom Landtag zur Verfügung gestellten Mittel. Ich komme zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend

Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion; Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion wird von S 4.500.000.000,- um S 100.000.000,- auf S 4.600.000.000,- angehoben.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung des Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Herr Präsident, ich bitte um Durchführung der Debatte und Abstimmung.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Der nächste Tagesordnungspunkt umfaßt die Novellierung der Landarbeitsordnung. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hiller, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück, Ltg. 540/L-2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zu Ltg. 540/L-2, NÖ Landarbeitsordnung 1973, Änderung.

Hoher Landtag! Durch Art.1 des Bundesgesetzes vom 4. August 1992 über Änderungen des Landarbeitsgesetzes 1984 wurden die gemäß Art.12 Abs.1 Z.6 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 aufgestellten Grundsätze über die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft geändert. Durch diese Änderung des Grundsatzgesetzes soll der Schutz der Jugendlichen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der Erfordernisse dieses Berufszweiges an das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen aus dem Jahre 1987 angepaßt werden. Dadurch wird sichergestellt, daß für die Jugendlichen in der Land- und Forstwirtschaft und im gewerblichen bzw. industriellen Bereich trotz der verschiedenen kompetenzrechtlichen Basis gleichwertige Schutzbestimmungen gelten. Detailregelungen wurden teilweise der Landesgesetzgebung überlassen. Im Lehrlingswesen erfolgte im Grundsatzgesetz eine Angleichung an

das gewerbliche Berufsausbildungsgesetz, BGBl.Nr.142/1969. Teilweise wurden im Grundsatzgesetz veraltete Formulierungen dem heutigen Sprachgebrauch entsprechend neu gefaßt sowie textliche Bereinigungen und Richtigstellungen vorgenommen. Die vom Bund aufgestellten Grundsätze sind durch den Landesgesetzgeber auszuführen. Der vorliegende Gesetzesentwurf verfolgt diesen Zweck.

Hohes Haus! Diese umfangreiche Vorlage der Landesregierung wurde intensiv beraten. Der Landwirtschafts-Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 16. Jänner 1997 über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973 beraten und folgenden Beschluß gefaßt: "Der Gesetzesentwurf wird laut beiliegendem Antrag der Abgeordneten Hiller und Schütz geändert und in der geänderten Fassung angenommen." Die Begründung lautet: Das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) wurde mit BGBl.Nr.754/1996 vom 30. Dezember 1996 im Art.2 und BGBl.Nr.9/1997 Teil I vom 10. Jänner 1997 Art. II geändert. Beide Novellen traten mit 1. Jänner 1997 bereits in Kraft. In der Novelle zum 30. Dezember 1996 wurde der grundsätzliche Rechnungszinssatz von 6,5 % auf 7 % geändert. Das Betriebspensionsgesetz (BPG) wurde mit Bundesgesetzblatt Nr.754/1996 vom 30. Dezember 1996, Art.1, in Kraft getreten mit 1. Jänner 1997 geändert. Durch die sinngemäße Anwendung des § 5 Abs.2 bis 4 AVRAG in Verbindung mit dem BPG für die Berechnung und Auszahlung der Pensionszusagebeträge nach § 38c Abs.3 des Entwurfes war die Zitatänderung, welche nach Beschluß der Vorlage der Landesregierung entstanden ist, erforderlich. Ich stelle daher folgenden Antrag (*liest*):

"Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten um die Debatte und die Abstimmung.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt auch zu diesem Geschäftsstück keinerlei Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, zur Geschäftszahl Ltg. 554/A-3/35. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Haberler, den Bericht zu geben und den Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zum Landtagsgeschäftsstück Ltg. 554/A-3/35 der Abgeordneten Kurzreiter, Schütz, Marchat, Hoffinger, Knotzer, Moser, Vladyka, Lugmayr, Nowohradsky und Dr. Prober betreffend Arbeitslosenunterstützung für Nebenerwerbslandwirte. Der Antrag befindet sich in den Händen der Abgeordneten und ich stelle daher folgenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung in Verhandlung zu treten, um zu erwirken, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz im oben genannten Sinn geändert wird und der Einheitswert entsprechend der folgenden Dynamisierung auf öS 144.000,- angehoben wird. Weiters wolle eine Bestimmung über eine Anpassung aufgenommen werden."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und im Anschluß die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte meiner Freude schon ein bißchen Ausdruck verleihen, daß der ursprüngliche Antrag und die Idee eine freiheitliche Idee war. Wir sind noch nicht ganz zufrieden mit der Lösung, aber es ist ein Kompromiß, glaube ich, mit dem alle Parteien leben können. Der ursprüngliche Antrag sah eben vor die soziale Gleichbehandlung der Nebenerwerbslandwirte, die ja bekanntermaßen in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, jedoch bei der momentanen Gesetzeslage mit einem Einheitswert von 54.000,- Schilling nicht arbeitslosenunterstützungsberechtigt sind. Was bedeutet das?

54.000,- Schilling Einheitswert bedeutet in Gunstlagen, daß jeder, der zwei bis zweieinhalb Hektar Grund besitzt und diesen halt selber, kann ich sagen, als Hobby bewirtschaftet, von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen ist.

Wir werden uns genau anschauen, wie die Bundesregierung sich verhält. Ich habe auch meinen Kollegen im Parlament diesen Antrag gegeben. Wie gesagt, ich möchte mich auch bei den beiden anderen Fraktionen bedanken und werde mir gut anschauen, wie die Abgeordneten von SPÖ und von ÖVP auf Bundesebene entscheiden. Ich hoffe natürlich, daß das dann auch so reibungslos über die Bühne geht und glaube, daß wir damit einen Mißstand beseitigt haben, der wirklich eine Gruppe, die sozial in dem Fall benachteiligt wird, der echt geholfen wird. Und ich glaube, die Anhebung auf 144.000,- Schilling ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wie gesagt, wir sind noch nicht ganz zufrieden, können aber mit diesem Kompromiß leben und werden dem gern die Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch einen kleinen Irrtum des Herrn Berichterstatters hat er den Antrag gestellt aus der Vorlage selbst. Es hat aber der Landwirtschafts-Ausschuß sich mit dieser Frage befaßt und ich darf den Herrn Berichterstatter bitten, bevor wir die Diskussion fortsetzen und dann zur Abstimmung kommen, den im Ausschuß beschlossenen Antrag uns hier zur Kenntnis zu bringen. Damit alle die Gelegenheit haben, in der Diskussion den im Ausschuß beschlossenen Antrag zu diskutieren. *(Unruhe bei Abg. Uhl.)*

Bitte keine Zwischenbemerkungen in dieser Form. Es ist eine Sache des Vorsitzenden, das reklamiere ich schon für jeden Vorsitzenden, die Vorlagen so im Griff zu haben, daß die richtigen Anträge gestellt werden. Es passiert jedem einmal ein Irrtum. Bitte, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Der dementsprechende Antrag lautet *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Kurzreiter, Schütz, Marchat u.a., mit dem die NÖ Landesregierung aufgefordert wird, mit der Bundesregierung in Verhandlung zu treten, um zu erwirken, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz im oben genannten Sinn geändert wird und der Einheitswert entsprechend der erfolgten Dynamisierung auf S 144.000,- angehoben wird,

wird genehmigt. Weiters wolle eine Bestimmung über eine Anpassung aufgenommen werden."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende hat bereits festgestellt, daß der richtige Antrag hier zur Kenntnis gebracht wurde. Ich danke für alle Zwischenbemerkungen, die trotzdem erfolgt sind. Auch dem Herrn Landesrat. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Frage der Gleichbehandlung von Nebenerwerbsbauern beim Verlust des Arbeitsplatzes im Hinblick auf den Bezug von Arbeitslosengeld ist eine zentrale Frage für die Zukunft und Pflege der Kulturlandschaft im ländlichen Raum. Zum besseren Verständnis muß ich einige grundsätzliche Anmerkungen hier treffen, die, wie ich meine, durchaus notwendig sind.

Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft an der Gesamtanzahl der Beschäftigten ist auch in den überwiegend ländlichen Gebieten unseres Landes stark zurückgegangen. Dem steht eine Ausweitung des Dienstleistungssektors gegenüber. Gleichzeitig muß man auf die überdurchschnittliche Bedeutung des Tourismussektors in vielen Gebieten Niederösterreichs hinweisen, der hinsichtlich der Beschäftigten den Agrarsektor bei weitem übertrifft. Diese intensiven Wechselbeziehungen zwischen Landwirtschaft und anderen Wirtschaftssektoren sind durch das traditionell hohe Ausmaß der Nebenerwerbsbetriebe vor allem in Niederösterreich unter dem Begriff der Erwerbsskombination besonders drastisch im Zunehmen. In manchen Bezirken beträgt der Anteil der Nebenerwerbslandwirte bereits mehr als 70 Prozent. Generell ist diese Entwicklung aber nicht so sehr ein regionales Phänomen, sondern bereits in ganz Österreich festzustellen.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit vielen Jahren bemühen wir uns immer wieder, eine Änderung oder Novellierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes herbeizuführen. Denn niemand, vor allem aber kein Betroffener kann oder wird verstehen, daß er zwar Beiträge bezahlen muß, aber keinen Anspruch auf eine Leistung, sei es nun Arbeitslosengeld oder bei Frauen Karenzurlaubsgeld, erwirbt. Die Folgen dieser unverständlichen Politik sind absehbar bzw. können wir bereits hautnah verspüren. Viele kleinere Zu- und Nebenerwerbsbetriebe werden aus der Produktion gedrängt oder sind zur Verpachtung

oder dem Verkauf ihrer Grundstücke gezwungen. Gleichzeitig werden aber auch die Zielsetzungen einer modernen, sozialen, ökologischen, regionalen Politik aufgegeben. Das bedeutet aber auch mittelfristig das Ende der Besiedelung und Pflege der Kulturlandschaft im ländlichen Raum.

Und gerade im Hinblick auf eine funktionierende Fremdenverkehrswirtschaft in den Regionen wäre diese Entwicklung geradezu katastrophal. Die Fremdenverkehrswirtschaft ist daher aufgerufen, im ureigensten Interesse die berechtigten Forderungen der Zu- und Nebenerwerbsbauern, nämlich die Anhebung der Einheitswertobergrenze auf 144.000,- Schilling zu unterstützen. Zuständigkeitshalber sollte natürlich die Bundesregierung rasch eine positive Entscheidung in diese Richtung treffen. Durch diese Maßnahmen wäre eine Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze nach dem ASVG vorgenommen und der Anspruch auf Arbeitslosengeld und Karenzurlaubsgeld für Nebenerwerbsbauern und deren Angehörige gegeben. Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird dieser Vorlage gerne die Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist auch aus unserer Sicht wirklich absolut notwendig, hier die Arbeitslosenunterstützung für Nebenerwerbslandwirte zu verbessern. Ich glaube, daß der heute zu erwartende Landtagsbeschluß einfach zum Ziel hat, das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das ist heute schon ausgeführt worden, in der Form zu ändern, daß im Falle von Arbeitslosigkeit Nebenerwerbsbauern mit einem Einheitswert bis zu 144.000,- Schilling auch die Möglichkeit eröffnet wird, Arbeitslosengeld zu beziehen.

Das könnte aus meiner Sicht ein erster Schritt auch sein zur Gleichbehandlung zwischen Nebenerwerbsbauern und zwischen anderen unselbständig Erwerbstätigen. Ich meine, daß es natürlich auch Auffassungen gibt, die besagen, man sollte eigentlich zur Gänze hier Einheitswerte von der Leistung abkoppeln. Das heißt, es sollten keine Hindernisse für die generelle Ausbezahlung eines Arbeitslosengeldes im Kündigungsfall sein. Ein Einheitswert ist eine Größe, ein Meßbetrag, von dem her vieles berechnet wird. Diese Forderung, glaube ich, hat auch einen plausiblen Grund. Grundsätzlich sollte jeder, der als

Versicherungspflichtiger in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, auch die Möglichkeit haben, im Bedarfsfall daraus Leistungen zu lukrieren. Ich meine, daß diese heutige Kompromißformel, die hier gefunden worden ist und wie ich glaube, auch auf Zustimmung aller hier im Landtag vertretenen Parteien stößt, auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit ist und als unbedingter Zwischenschritt anzuschauen ist in jene Richtung, die ich kurz vorhin skizziert habe. Ich möchte auch erwähnen, daß diese Anpassung an die Geringfügigkeitsgrenze nach § 5 ASVG natürlich auch für karezierte Bäuerinnen, die Beiträge eingezahlt haben, gelten sollte.

Meine Damen und Herren! Für diese Notwendigkeit eines Aktes sozialer Gerechtigkeit, Herr Kollege Schütz hat das ja ausgeführt, dafür sprechen natürlich auch die Fakten, die global in Niederösterreich vorhanden sind. Zur Zeit bewirtschaften ja rund 35.000 Bauern ihre Höfe im Nebenerwerb, im Vergleich zu 25.000 Vollerwerbsbauern. Und von diesen 35.000 bäuerlichen Familien wiederum bewirtschaften rund 30.000 eine Fläche von unter 20 Hektar. Was nichts anderes heißt als daß viele dieser Höfe im Einheitswertbereich zwischen S 50.000,- und S 150.000,- liegen und deren Betreiber damit mit dieser heutigen gesetzlichen Regelung, das heißt mit dieser Anforderung an die Landesregierung, beim Bund vorstellig zu werden um diese Formel durchzusetzen, zu der wir uns gemeinsam bekannt haben, auch in den Genuß dieses Arbeitslosengeldes kommen könnten.

Ich meine aber, meine Damen und Herren, daß ich doch noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen darf trotz der fortgeschrittenen Stunde. Denn wenn heute ein Bauer in den Nebenerwerb geht, dann geschieht das nicht aus Jux und Tollerei oder aus irgendeinem anderen Grund. Ich meine, daß man auch auflisten muß, daß heute Nebenerwerbsbauern wirklich als Familienarbeitskräfte allein aus der Landwirtschaft heraus nicht mehr verdienen als sage und schreibe rund 50.000,- Schilling im Jahr. Das bedeutet nichts anderes als daß diese Familien ohne Nebenerwerb gezwungen sind, weit unter der Armutsgrenze zu leben. Und ich glaube, das kann es ja wohl nicht sein. Wir sind aber auch stolz darauf, daß gerade die Nebenerwerbsbauern in den Betrieben, in die sie gehen, auch geschätzte Arbeitskräfte sind. Weil sie fleißig und verlässlich sind, weil sie sehr wenig im Krankenstand sind, weil sie sich im besonderen Ausmaß mit den Erfordernissen der Betriebe identifizieren und weil sie auch eine hohe

Improvisationsfähigkeit besitzen und damit auch flexibel im Betrieb einsetzbar sind.

Ich glaube, daß aber - das ist der zweite Gedanke, den ich noch kurz anbringen möchte - Nebenerwerbsbauern auch einen moralischen Anspruch auf Gleichbehandlung am Arbeitsplatz haben und damit auch auf Gleichbehandlung bei ins Auge gefaßten Kündigungen in Betrieben. Daher verlangen wir auch, daß ein verbesserter Kündigungsschutz für Nebenerwerbsbauern Platz greift, was wiederum nichts anderes heißt, als daß im Falle von Kündigungen auch die Nebenerwerbsbauern Anspruch darauf haben, daß Rücksicht auf das Alter des betreffenden Bauern genommen wird. Daß Rücksicht genommen wird auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, auf die Arbeitsleistung, auf die gesamte familiäre Situation, aber natürlich auch auf die tatsächliche Einkommenssituation im gesamten Betrieb. Ich glaube, daß man das aus dem Grund besonders hervorheben muß, weil gerade die Nebenerwerbsbauern in Branchen arbeiten, die zum Teil gefährdet sind, in der Stahlbranche, in der Baubranche und in anderen Branchen, die sehr saisonabhängig sind, und auch zum Teil konjunkturabhängig sind. Und die zum Teil unter starken Auftragschwankungen insgesamt leiden, oder besonderen Rationalisierungstendenzen unterworfen sind. Ich meine daher, daß es notwendig sein wird, hier alle Möglichkeiten der flexibleren Arbeitszeitgestaltung stärker zum Durchbruch zu bringen, auch Arbeitszeitspezialvereinbarungen in Betrieben zu treffen, job sharing voranzutreiben, wenn sich zwei einen Arbeitsplatz teilen, oder zum Beispiel auch Jahresarbeitszeitverträge stärker in die politische Diskussion einzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind einige der Maßnahmen, die notwendig sind, um einen wirklich zukunftsorientierten Weg auch für Nebenerwerbsbauern in diesem Bundesland Niederösterreich zu gehen und damit auch als Impuls für die Republik anzusteuern. Die Anhebung der Einheitswertobergrenze von 54.000,- auf 144.000,- Schilling zum Bezug von Arbeitslosengeld begrüßen natürlich auch wir und stimmen dieser letzten Vorlage des heutigen Tages gerne zu. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 21.09 Uhr.)*